

Staatshaushaltsplan für 2017

Einzelplan 05

Ministerium der Justiz und für Europa



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR FINANZEN

Inhalt

	Betragsteil Seite	Stellenteil Seite
Vorwort	3	-
Produktorientierte Informationen	6	-
Grafische Übersicht der Fach- bzw. Servicebereiche	11	-
Kapitel 0501 Ministerium	12	181
Kapitel 0502 Allgemeine Bewilligungen	25	-
Kapitel 0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften	53	189
Kapitel 0504 Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen	73	204
Kapitel 0505 Verwaltungsgerichtsbarkeit	82	206
Kapitel 0506 Sozialgerichtsbarkeit	91	211
Kapitel 0507 Finanzgericht	100	215
Kapitel 0508 Justizvollzugsanstalten	107	217
Kapitel 0509 Arbeitsgerichtsbarkeit	139	228
Kapitel 0510 Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen	148	233
Kapitel 0511 Notariate und Grundbuchämter des badischen Rechtsgebiets	154	234
Kapitel 0512 Notariate des württembergischen Rechtsgebiets	164	238
Zusammenstellung der Haushaltsansätze	174	-
Zusammenstellung der Verpflichtungsermächtigungen	176	-
Zusammenstellung der Belastungen aus Verpflichtungsermächtigungen	177	-
Zusammenstellung der Personalstellen	-	242

Vorwort

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Die Aufgaben des Ministeriums der Justiz und für Europa sind in der Bekanntmachung der Landesregierung vom 24.07.2001 (GBl. S. 590) i. d. F. vom 26.07.2016 (GBl. S. 456) festgelegt. Sie umfassen:

1. sämtliche Verwaltungsangelegenheiten im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Verwaltungsgerichtsbarkeit, der Finanzgerichtsbarkeit, der Sozialgerichtsbarkeit, der Arbeitsgerichtsbarkeit (einschließlich der Zuständigkeiten für das arbeitsgerichtliche Verfahrensrecht, insbesondere das Arbeitsgerichtsgesetz), der Disziplinargerichtsbarkeit und der übergeordneten Dienstaufsicht über den Verwaltungsgeschichtshof;
2. verfassungsrechtliche Fragen bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen und Prüfung verfassungsrechtlicher Fragen;
3. die rechtliche Begutachtung von Gesetzentwürfen;
4. die Bearbeitung zwischenstaatlicher Angelegenheiten der Rechtspflege;
5. Justizvollzug;
6. Gnadenwesen;
7. Bewährungshilfe und Gerichtshilfe;
8. Angelegenheiten der Rechtsanwälte und Notare;
9. Prüfung und Ausbildung des juristischen Nachwuchses und der Anwärter für die Laufbahnen der in Nr. 1 genannten Gerichtsbarkeiten;
10. Recht der Presse;
11. das für den Geschäftsbereich der Justiz zuständige Mitglied der Landesregierung ist Mitglied kraft Amtes im Richterwahlausschuss im Sinne des § 3 Absatz 3 des Richterwahlgesetzes für Verfahren nach § 1 Absatz 3 Richterwahlgesetz;
12. Fragen in Bezug auf die Europäische Union;
13. Vertretung des Landes bei der Europäischen Union;
14. Tourismus, Erholung, Kurorte und Bäder (mit Ausnahme der staatlichen Bäder).

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Europa gehören:

- a) 2 Oberlandesgerichte (Karlsruhe und Stuttgart)
2 Generalstaatsanwaltschaften (Karlsruhe und Stuttgart)
17 Landgerichte (Baden-Baden, Ellwangen/Jagst, Freiburg i. Br., Hechingen, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Mosbach, Offenburg, Ravensburg, Rottweil, Stuttgart, Tübingen, Ulm und Waldshut-Tiengen)
17 Staatsanwaltschaften und 3 Zweigstellen (für Freiburg i. Br. in Lörrach, für Heilbronn in Schwäbisch Hall und für Karlsruhe in Pforzheim) sowie 1 Außenstelle (für Konstanz in Villingen-Schwenningen)
108 Amtsgerichte
64 Notariate badischen Rechts
234 Notariate württembergischen Rechts
- b) 1 Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen
- c) 1 Notarakademie Baden-Württemberg (Stuttgart)
- d) 1 Verwaltungsgeschichtshof Baden-Württemberg (Mannheim), 4 Verwaltungsgerichte (Freiburg i. Br., Karlsruhe, Sigmaringen und Stuttgart)
- e) 1 Landessozialgericht Baden-Württemberg (Stuttgart), 8 Sozialgerichte (Freiburg i. Br., Heilbronn, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Reutlingen, Stuttgart und Ulm)
- f) 1 Finanzgericht Baden-Württemberg (Stuttgart) mit Außensenaten in Freiburg i. Br.
- g) 1 Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg (Stuttgart) mit Außenkammern in Freiburg und Mannheim, 9 Arbeitsgerichte (Freiburg i.Br. mit Außenkammern in Offenburg und Villingen-Schwenningen, Heilbronn mit Außenkammern in Crailsheim, Karlsruhe, Lörrach mit Außenkammern in Radolfzell, Mannheim mit Außenkammern in Heidelberg, Pforzheim, Reutlingen, Stuttgart mit Außenkammern in Aalen und Ludwigsburg und Ulm mit Außenkammern in Ravensburg)
- h) 1 Disziplinarhof beim Verwaltungsgeschichtshof Baden-Württemberg
4 Disziplinarkammern in Freiburg i. Br., Karlsruhe, Sigmaringen und Stuttgart
- i) 1 Dienstgerichtshof beim Oberlandesgericht Stuttgart
1 Dienstgericht beim Landgericht Karlsruhe
- j) 19 Justizvollzugsanstalten (Adelsheim mit 1 Außenstelle, Bruchsal mit 1 Außenstelle, Freiburg mit 2 Außenstellen, Heilbronn mit 1 Außenstelle, Heimsheim mit 1 Außenstelle, Karlsruhe mit 1 Außenstelle, Konstanz mit 1 Außenstelle, Mannheim, Offenburg mit 1 Außenstelle, Ravensburg mit 1 Außenstelle, Rottenburg mit 2 Außenstellen, Rottweil mit 3 Außenstellen, Schwäbisch Gmünd, Schwäbisch Hall mit 1 Außenstelle, Stuttgart, Ulm mit 2 Außenstellen, Waldshut-Tiengen, Sozialtherapeutische Anstalt Baden-Württemberg Hohenasperg, Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg)
2 Jugendarrestanstalten (Göppingen und Rastatt)
1 Justizvollzugsschule Baden-Württemberg (Stuttgart)
- k) 1 Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen (Ludwigsburg)
- l) 1 Vertretung Baden-Württemberg bei der Europäischen Union.

Die Vertretung Baden-Württemberg bei der Europäischen Union vertritt die Interessen des Landes bei den Europäischen Behörden und dient dem Informationsaustausch zwischen ihnen und der Landesregierung.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber den Vorjahren:

Im Rahmen der Umsetzung der Grundbuchamts-Strukturreform werden die Grundbuchämter schrittweise in die zentralen Grundbuchabteilungen der Amtsgerichte übergeleitet. Mit der Überleitung wurde im badischen Rechtsgebiet im Jahr 2012, im württembergischen Rechtsgebiet im Jahr 2015 begonnen. Entsprechend der voraussichtlichen Eingliederung werden die Einnahmen und Ausgaben von Kap. 0511 und Kap. 0512 in Kap. 0503 übertragen. Daneben ist im Rahmen der Notariatsreform die zum 1. Januar 2018 zu erfolgende Aufnahme der Nachlass- und Betreuungsabteilungen der staatlichen Notariate bei 85 Amtsgerichten räumlich und technisch vorzubereiten.

Ein weiterer Schwerpunkt in den nächsten Jahren ist die Einführung und der Betrieb der elektronischen Aktenführung.

Im Rahmen der Neuorganisation der Bewährungs- und Gerichtshilfe übernimmt ab dem 1. Januar 2017 eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts den Geschäftsbetrieb und die Zuständigkeiten des bisherigen freien Trägers.

Infolge Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien werden zahlreiche Stellen und nicht unerhebliche Mittel von den Epl. 02 und 08 in den Epl. 05 übertragen.

C. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

	2016 Tsd. EUR	2017 Tsd. EUR
Steuern und steuerähnliche Abgaben	-	-
Verwaltungseinnahmen	800.457,9	828.667,8
Übrige Einnahmen	17.392,4	15.953,6
Gesamteinnahmen	817.850,3	844.621,4
Personalausgaben	1.142.695,6	1.217.913,9
Sächliche Verwaltungsausgaben	453.743,5	453.263,3
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	39.911,5	59.369,3
Ausgaben für Investitionen	15.800,9	23.734,7
Besondere Finanzierungsausgaben	- 989,6	-8.803,7
Gesamtausgaben	1.651.161,9	1.745.477,5
Zuschuss	833.311,6	900.856,1

D. Personalsoll

	Stellen 2016	Stellen 2017
Tit. 422 01 Planmäßige Beamte und Richter	11.258,0	11.493,5
	331,5 kw	580,0 kw
Tit. 422 01 Beamte zur Anstellung und Richter auf Probe	31,5	0,0
Tit. 422 03 Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.	835,0	844,0
Tit. 428 01 Arbeitnehmer (Beschäftigte)	3.634,0	3.617,0
	214,5 kw	481,5 kw
zus.	15.758,5	15.954,5
	546,0 kw	1.061,5 kw
Nachrichtlich	2016	2017
Im Personalsoll nicht enthaltene Bedienstete: Auszubildende und Praktikanten usw.	2.222,0	2.297,0

E. Zusammenfassung der wichtigsten Sachausgaben

	2016	2017
	in Mio. EUR	in Mio. EUR
1. Sächliche Verwaltungsausgaben		
Auslagen in Rechtssachen (Kap. 0503, 0505, 0506, 0507, 0509, 0510, 0511 und 0512 Gr. 536)	326,3	329,1
Geschäftsbedarf (einschl. Büchereimittel und Postgebühren) und Maschinen und Geräte einschließlich gerichtliches Mahnverfahren – ohne IuK-Aufwand – (alle Plankapitel Tit. 511 01 sowie Kap. 0512 Tit. 537 01 Erl. 1 und 3)	30,2	29,9
Aufwand für Informationstechnik (Titelgruppen 69)	47,7	49,7
Leistungen an den freien Träger für die Erbringung von Leistungen der Bewährungs- und Gerichtshilfe (Kap. 0503 Tit. 534 71)	8,4	-
Aufwand zur Umsetzung der Grundbuchamts-Strukturreform (Kap. 0502 Tit. 511 70 - Tit. 547 70 und Tit. 547 71)	6,7	6,5
Versorgung, Betreuung und Beschäftigung der Gefangenen (Kap. 0508 Tit. 537 01, Tit.Gr. 71, 72, 73 und Tit. 546 81)	18,4	19,6
Verbesserung der Sicherheit in Justizgebäuden (Kap. 0502 Tit. 511 82 und 546 82)	2,0	2,0
2. Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)		
Tourismusförderung (Kap. 0501 TGr. 71 - insbesondere KIF und Spielbankabgabe)	-	12,9
Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an freigesprochene Beschuldigte in Strafsachen (Kap. 0503 Tit. 681 02)	4,7	4,5
Zuschüsse für die Rechtsberatung und -vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfe – Kap. 0503 Tit. 685 01)	7,0	6,5
Zuschuss an das Netzwerk Straffälligenhilfe für die landesweite flächendeckende Durchführung des Programms Vermittlung von Straffälligen in gemeinnützige Arbeit („Schwitzen statt Sitzen“) - (Kap. 0503 Tit. 684 71)	2,1	2,2
Zuschuss an die Landesstiftung Opferschutz (Kap. 0502 Tit. 685 02)	0,4	0,4
Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Hessen für einen Betriebs-Verband der Länder zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung (Kap. 0503 Tit. 632 02)	0,4	0,4
Erstattung von Personalkosten an die Kirchenverwaltung für die Gestellung von Seelsorgern im Justizvollzug (Kap. 0508 Tit. 671 02)	0,8	0,9
Zuschüsse an Vereine für den Betrieb von Einrichtungen für den Jugendstrafvollzug in freien Formen (Kap. 0508 Tit. 684 02)	2,8	2,8
Zuschüsse an Vereine für das Nachsorgeprojekt Chance (Kap. 0508 Tit. 684 04)	0,3	0,4
Zuweisungen an die Bewährungs- und Gerichtshilfe Anstalt des öffentlichen Rechts (Kap. 0508 Tit. 685 75)	-	14,4
Erstattungen von Aufwendungen an den Landesbetrieb Vollzugliches Arbeitswesen (Kap. 0508 Tit. 671 81)	11,7	12,2
Entschädigungen der Gemeinden des badischen Rechtsgebiets für ihre personellen Aufwendungen zugunsten der Grundbuchämter (Kap. 0511 Tit. 633 70)	3,3	1,0
Entschädigungen der Gemeinden des württembergischen Rechtsgebiets für ihre Aufwendungen zugunsten der Notariate (Kap. 0512 Tit. 633 01 und 633 02)	2,7	2,7
Zusatzentschädigungen für die Gemeinden je elektronisch erfasstem Grundbuchblatt in Höhe von 6 EURO nach § 21a LJKG (Kap. 0502 Tit. 633 70)	1,7	1,1
3. Ausgaben für Investitionen		
Verkabelungsmaßnahmen (Kap. 0502 Tit. 711 69)	1,8	2,0
Investitionsausgaben im Rahmen der Grundbuchamts-Strukturreform (Kap. 0502 Tit. 711 70, Tit. 812 70 und Tit. 812 71)	2,3	1,5
Ersatz- und Erhaltungsinvestitionen – ohne IuK-Investitionen – (Tit. 811 01, 812 01, 812 02)	8,2	10,5
IuK-Investitionen (Tit. 812 69)	3,3	5,0

F. Verpflichtungsermächtigungen

	2016	2017
	in Mio. EUR	in Mio. EUR
Die Verpflichtungsermächtigungen betragen zus.	3,9	8,8

Politische Ziele des Ministeriums der Justiz und für Europa

Die Gerichte und Staatsanwaltschaften setzen den Justizgewährungsanspruch sowie den Strafverfolgungsanspruch des Staates durch.

Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Rechtsfriedens in unserer Gesellschaft.

Im Fachbereich Justizvollzug wird durch den Vollzug von Freiheitsstrafen einschließlich Sicherungsverwahrung, Ersatzfreiheitsstrafen, Jugendstrafe, Untersuchungshaft, Zivilhaft, Jugendarrest und Abschiebungshaft ein gesellschaftlicher und gesetzlicher Auftrag erfüllt. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung des Strafverfahrens sowie zum Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten und zur Vorbereitung der Gefangenen auf ein Leben ohne Straftaten erbracht.

Im Fachbereich Europa sind die Information der Bevölkerung über die Europapolitik des Landes und ihre Umsetzung in Brüssel wesentliche Komponenten.

Unser Ziel im Tourismus ist es, durch den Einsatz von Fördermitteln zu einer weiterhin positiven Tourismusentwicklung in Baden-Württemberg beizutragen. Wir fördern daher die Vermarktung des touristischen Angebots Baden-Württembergs im In- und Ausland und erhöhen somit den Bekanntheitsgrad des Tourismuslandes Baden-Württemberg. Mit dem Tourismusinfrastrukturprogramm unterstützen wir darüber hinaus die Kommunen im Land bei der Umsetzung von nachhaltigen und zukunftsfähigen Tourismusinfrastrukturmaßnahmen.

Im Sinne einer effizienten Umsetzung ist der ressourcenschonende Umgang in allen Bereichen des Ministeriums der Justiz und für Europa ein wichtiges Ziel.

Im Zuge der Notariats- und Grundbuchamtsreform, die im Wesentlichen einer Angleichung der Strukturen auf die des restlichen Bundesgebietes dient, werden die Kapitel 0511 und 0512 aufgelöst und bereits heute beginnend in andere Kapitel überführt. Von einer Zieldefinition in diesem Bereich wurde daher abgesehen.

Zu jeder nachstehend abgebildeten Kennzahl wird im Abgeordneten-Informationssystem eine Kennzahlenbeschreibung zur Verfügung gestellt.

Oberziele des Ministeriums der Justiz und für Europa

1. Erfüllung des Justizgewährungsanspruchs

Wirkungskennzahl/Einheit	Ist 2014 (Soll 2014)	Ist 2015 (Soll 2015)	Soll 2016	Soll 2017
Neuzugänge Zivilverfahren -Ordentliche Gerichtsbarkeit-	165.308 (179.000)	164.516 (179.000)	179.000	165.000
Erledigungen Zivilverfahren -Ordentliche Gerichtsbarkeit-	167.356 (179.000)	166.323 (179.000)	179.000	165.000
Neuzugänge Familienverfahren -Ordentliche Gerichtsbarkeit-	68.011 (73.000)	70.352 (73.000)	73.000	74.000
Erledigungen Familienverfahren -Ordentliche Gerichtsbarkeit-	68.875 (73.000)	69.078 (73.000)	73.000	74.000
Neuzugänge Strafverfahren -Ordentliche Gerichtsbarkeit-	104.909 (120.000)	103.274 (120.000)	120.000	106.000
Erledigungen Strafverfahren -Ordentliche Gerichtsbarkeit-	105.913 (120.000)	101.832 (120.000)	120.000	106.000
Neuzugänge Verwaltungsgerichtsbarkeit -Fachgerichtsbarkeit-	20.603 (16.500)	22.412 (22.000)	22.000	29.000
Erledigungen Verwaltungsgerichtsbarkeit -Fachgerichtsbarkeit-	19.265 (16.500)	23.575 (22.000)	22.000	29.000
Neuzugänge Sozialgerichtsbarkeit -Fachgerichtsbarkeit-	40.452 (45.000)	39.321 (45.000)	45.000	40.000
Erledigungen Sozialgerichtsbarkeit -Fachgerichtsbarkeit-	42.053 (45.000)	40.322 (45.000)	45.000	40.000
Neuzugänge Finanzgerichtsbarkeit -Fachgerichtsbarkeit-	3.926 (4.900)	3.597 (4.900)	4.900	3.700
Erledigungen Finanzgerichtsbarkeit -Fachgerichtsbarkeit-	4.436 (4.900)	4.010 (4.900)	4.900	3.900
Neuzugänge Arbeitsgerichtsbarkeit -Fachgerichtsbarkeit-	44.691 (50.000)	43.493 (50.000)	50.000	45.000
Erledigungen Arbeitsgerichtsbarkeit -Fachgerichtsbarkeit-	45.394 (50.000)	43.939 (50.000)	50.000	45.000

2. Sicherung der Strafverfolgung

Wirkungskennzahl/Einheit	Ist 2014 (Soll 2014)	Ist 2015 (Soll 2015)	Soll 2016	Soll 2017
Neuzugänge Ermittlungsverfahren (Js) -Staatsanwaltschaften-	478.322 (500.000)	508.630 (500.000)	500.000	510.000
Erledigungen Ermittlungsverfahren (Js) -Staatsanwaltschaften-	476.898 (500.000)	505.796 (500.000)	500.000	510.000
Neuzugänge Strafvollstreckung -Staatsanwaltschaften-	142.899 (145.000)	144.246 (145.000)	145.000	145.000

3. Optimale Sicherheit gewährleisten

Wirkungskennzahl/Einheit	Ist 2014 (Soll 2014)	Ist 2015 (Soll 2015)	Soll 2016	Soll 2017
Entweichungen aus dem geschlossenen Vollzug -Justizvollzug-	1 (0)	0 (0)	0	0
Übergriffe unter Gefangenen -Justizvollzug-	50 (0)	53 (0)	0	0
Hafttage -Justizvollzug-	2.437.634 (2.737.500)	2.359.074 (2.628.000)	2.628.000	2.628.000

4. Bestmögliche Resozialisierung

Wirkungskennzahl/Einheit	Ist 2014 (Soll 2014)	Ist 2015 (Soll 2015)	Soll 2016	Soll 2017
Beschäftigungsquote in % -Justizvollzug-	74,3 (70,0)	73,4 (74,0)	74,0	74,0

5. Information über die Europapolitik des Landes und ihre Umsetzung in Brüssel

Wirkungskennzahl/Einheit	Ist 2014 (Soll 2014)	Ist 2015 (Soll 2015)	Soll 2016	Soll 2017
Zahl der Veranstaltungen -Europa-	419 (440)	294 (430)	460	340
davon Zahl der Besuchergruppen -Europa-	89 (110)	75 (95)	110	80
Zahl der Veranstaltungsbesucher -Europa-	15.686 (18.700)	13.767 (17.000)	19.500	13.000
davon Zahl der Besucher in Besuchergruppen -Europa-	2.668 (3.400)	2.131 (2.500)	2.500	2.000

6. Optimale Entwicklung der Potenziale des Tourismus

Wirkungskennzahl/Einheit	Ist 2014 (Soll 2014)	Ist 2015 (Soll 2015)	Soll 2016	Soll 2017
Antragsvolumen in EUR -Förderprogramm Tourismusinfrastruktur-	12.679.800 (12.000.000)	14.366.800 (23.300.000)	20.000.000	20.000.000
Anzahl gestellte Anträge -Förderprogramm Tourismusinfrastruktur-	47 (45)	43 (45)	40	40
Förderprogrammvolume in EUR -Förderprogramm Tourismusinfrastruktur-	5.000.000 (5.000.000)	5.000.000 (5.000.000)	5.000.000	7.000.000
Anzahl der Bewilligungen -Förderprogramm Tourismusinfrastruktur-	29 (35)	20 (35)	20	25
Antragsvolumen in EUR -Förderprogramm Tourismusmarketing-	4.794.000 (5.400.000)	5.144.000 (6.000.000)	4.800.000	5.800.000
Anzahl gestellte Anträge -Förderprogramm Tourismusmarketing-	8 (15)	14 (15)	3	3
Förderprogrammvolume in EUR -Förderprogramm Tourismusmarketing-	4.500.000 (4.500.000)	4.800.000 (4.800.000)	4.800.000	5.800.000
Anzahl der Bewilligungen -Förderprogramm Tourismusmarketing-	8 (15)	14 (15)	3	3

7. Effizienter Ressourcenumgang

Wirkungskennzahl/Einheit	Ist 2014 (Soll 2014)	Ist 2015 (Soll 2015)	Soll 2016	Soll 2017
Kostendeckungsgrad in % Zivilverfahren -Ordentliche Gerichtsbarkeit-	79 (-)	76 (-)	-	-
Kostendeckungsgrad in % Familienverfahren -Ordentliche Gerichtsbarkeit-	30 (-)	29 (-)	-	-
Kostendeckungsgrad in % Strafverfahren -Ordentliche Gerichtsbarkeit-	18 (-)	17 (-)	-	-
Kostendeckungsgrad in % Verwaltungsgerichtsbarkeit -Fachgerichtsbarkeit-	12 (-)	12 (-)	-	-
Kostendeckungsgrad in % Sozialgerichtsbarkeit -Fachgerichtsbarkeit-	11 (-)	12 (-)	-	-
Kostendeckungsgrad in % Finanzgerichtsbarkeit -Fachgerichtsbarkeit-	31 (-)	29 (-)	-	-
Kostendeckungsgrad in % Arbeitsgerichtsbarkeit -Fachgerichtsbarkeit-	14 (-)	15 (-)	-	-
Kosten pro Hafttag in EUR -Justizvollzug-	96,0 (-)	102,8 (-)	-	-

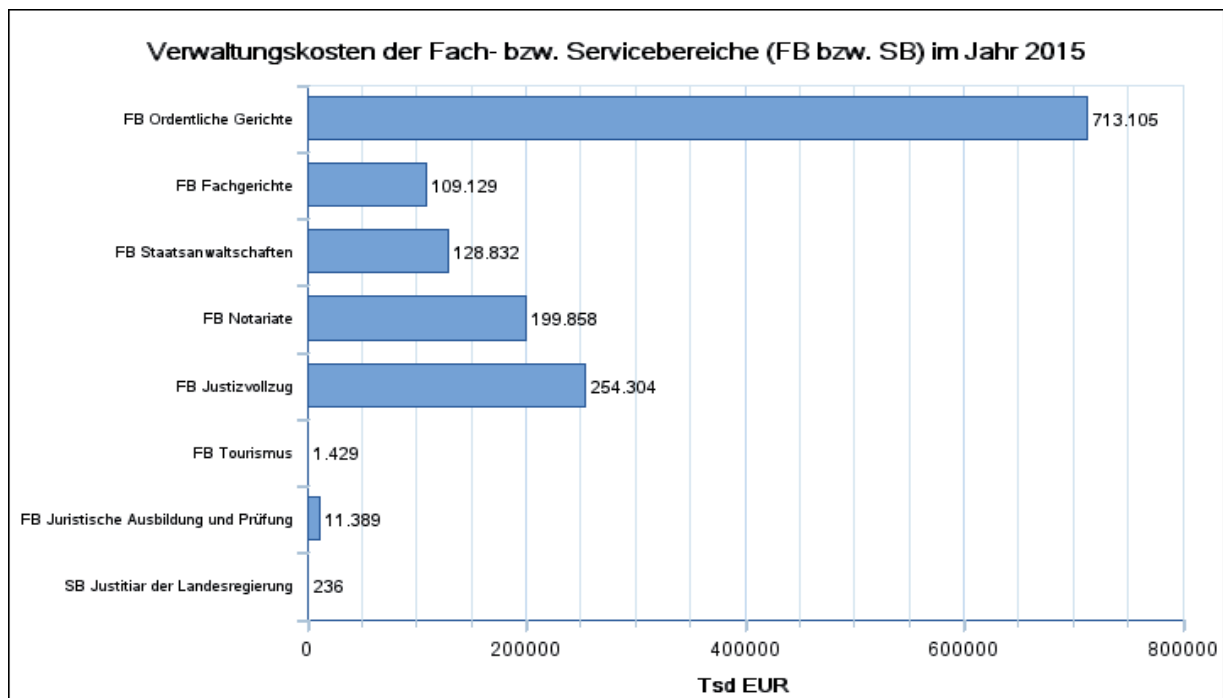
Produktinformationen

Die folgende Grafik zeigt die Verwaltungskosten der Fach- bzw. Servicebereiche des Einzelplans aus dem Jahr 2015 gerundet auf volle Tsd. EUR und soll einen Überblick über die Kostenverteilung im Einzelplan geben.

Zu einem Fachbereich (FB) werden homogene Aufgabenbereiche der Landesverwaltung, deren Aufgaben sich an Empfänger außerhalb der Landesverwaltung richten, zusammengefasst. Ein Servicebereich (SB) umfasst dagegen homogene Aufgabenbereiche der Landesverwaltung, die zentral für Empfänger innerhalb der Landesverwaltung erbracht werden.

Die Verwaltungskosten setzen sich zusammen aus den Personalkosten, den Sachkosten und Umlagen (d.h. Kosten der Querschnittsleistungen, die für Adressaten innerhalb der Verwaltung erbracht werden).

Weitere Informationen zu den Fach- bzw. Servicebereichen sind im Vorheft zum StHPI. 2017 unter Ziff. 8. und 10. der "Allgemeinen Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel und Stellen" sowie in der sog. Kosten- und Leistungsrechnungsübersicht dargestellt.



Beim FB Notariate ist die Abweichung zwischen 2014 und 2015 auf eine fehlerhafte, zu geringe Erlöskontierung in 2014 zurückzuführen.

Ministerium der Justiz und für Europa
0501 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung: Das Kapitel enthält auch die Einnahmen und Ausgaben des Landesjustizprüfungsamts, das nach § 1 des Gesetzes über die juristischen Prüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst in der Fassung vom 16.07.2003 (GBl. S. 354) beim Ministerium der Justiz und für Europa errichtet ist. Die Ausgaben der Außenstellen des Landesjustizprüfungsamts in Baden-Baden, Ellwangen, Freiburg, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Mosbach, Ravensburg, Rottweil, Tübingen, Ulm und Waldshut-Tiengen sind bei Kap. 0503 veranschlagt.

Bei diesem Kapitel werden auch Aufwendungen für die Vertretung und Verwaltung der vom Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Ministerium der Justiz und für Europa, errichteten Stiftung „Resozialisierungsfonds Dr. Traugott Bender“ mit Ausnahme der Bezüge und Vergütungen für das Personal der Geschäftsstelle der Stiftung nachgewiesen. Die Stiftung, deren Mittel durch Spenden, durch zugewiesene Geldauflagen sowie aus Zinsen aufgebracht werden, verfolgt den ausschließlichen Zweck, Straffälligen aus Baden-Württemberg, die dafür geeignet und würdig erscheinen, durch Darlehen und nicht rückzahlbare Zuschüsse einen Neuanfang in wirtschaftlich geordneten Verhältnissen zu ermöglichen.

In den veranschlagten Beträgen für Personalausgaben und bei der Tit. Gr. 69 ist auch der Bedarf für die Vertretung des Landes bei der Europäischen Union in Brüssel enthalten. Die Sachausgaben für die Landesvertretung Brüssel sind im Übrigen bei Kap. 0502 Tit. Gr. 88 veranschlagt.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 49	011	Gebühren und tarifliche Entgelte	25,0 9,0 5,4	a) b) c)	25,0
--------	-----	----------------------------------	--------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Gebühren für die Erteilung von Widerspruchsbescheiden in Prüfungsangelegenheiten und Gebühren in Verwaltungsangelegenheiten der freiberuflichen Notare.

119 49	011	Vermischte Einnahmen	10,0 10,3 13,9	a) b) c)	10,0
--------	-----	----------------------	----------------------	----------------	------

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			35,0	a)	35,0
---	--	--	------	----	------

Übrige Einnahmen

232 01	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern	1.748,0 406,6 934,5	a) b) c)	8,0
--------	-----	--	---------------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt ist die Erstattung der anteiligen Kosten der Teilnahme von Anwärterinnen und Anwärtern aus anderen Bundesländern an der Rechtsprüfung.

Zwischensumme Übrige Einnahmen			1.748,0	a)	8,0
---------------------------------------	--	--	---------	----	-----

Gesamteinnahmen			1.783,0	a)	43,0
------------------------	--	--	---------	----	------

Ministerium der Justiz und für Europa
0501 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
422 02	011	Bezüge und Nebenleistungen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter	680,0 911,9 673,9		a) b) c)	1.661,5
		Erläuterung:	2017 Tsd. EUR			
Veranschlagt sind auch Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften.						
		1. An das Ministerium der Justiz und für Europa abgeordnete Beamtinnen und Beamte	750,4			
		2. An die LV bei der EU abgeordnete Beamtinnen und Beamte (10 Ressortbeobachter), darunter	911,1			
		2.1 Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge:				
		steuerfreie Aufwandsentschädigungen nach der AER	102,9			
		Schul- und Kinderreisebeihilfe	140,0			
Übertragen infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung						
		von Kap. 0201 Tit. 422 02	Erl. 1	70,4 Tsd. EUR		
			Erl. 2	<u>911,1 Tsd. EUR</u>		
			zus.	981,5 Tsd. EUR.		
422 04	011	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
427 11	011	Nebenvergütungen	59,5 51,7 47,9		a) b) c)	59,5
Erläuterung: Nebenvergütung für eine Medizinalreferentin oder einen Medizinalreferenten für den Bereich des Justizvollzugs.						
427 26	011	Persönliche Prüfungskosten	778,0 817,7 710,6		a) b) c)	920,0
Erläuterung: Prüfungsvergütungen und Honorare, Kosten der Prüfungsaufsicht und Vergütungen für vorübergehend beschäftigte Schreibhilfen bei Prüfungen, die vom Landesjustizprüfungsamt abgehalten werden.						
		Übertragen von	Kap. 0503 Tit. 427 16	80,0 Tsd. EUR		
		von	Kap. 0503 Tit. 427 26	<u>9,0 Tsd. EUR</u>		
			zus.	89,0 Tsd. EUR.		
Mehr wegen steigender Kandidatenzahlen.						
427 51	011	Sonstige Beschäftigungsentgelte	5,0 0,0 0,0		a) b) c)	5,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen	5,0			

Ministerium der Justiz und für Europa
0501 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1a. Trennungsgelder	60,0
1b. Trennungsgelder für an die LV bei der EU abgeordneten Ressortbeobachter	15,0
2a. Umzugskostenvergütungen	30,0
2b. Umzugskostenvergütungen für an die LV bei der EU abgeordneten Ressortbeobachter	17,0
zus.	<u>122,0</u>

Übertragen infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung von Kap. 0201 Tit. 453 01 32,0 Tsd. EUR.

459 49	011	Vermischte Personalausgaben	2,0	a)		2,0
			0,0	b)		
			0,0	c)		

Erläuterung: Veranschlagt sind Geld- und Sachprämien für Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung, Vergütungen für Arbeitnehmererfindungen u. dgl.

Zwischensumme Personalausgaben	<u>12.003,1</u>	a)	16.770,6
---------------------------------------	-----------------	----	----------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	011	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	300,0	a)		340,0
			383,5	b)		
			310,3	c)		

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	200,0
2. Porto	90,0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	40,0
4. Unterhaltung und Instandsetzung	9,0
5. Sonstiges	1,0
zus.	<u>340,0</u>

Mehr wegen gestiegener Postentgelte.

Übertragen infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung

von Kap. 0201 Tit. 511 01 16,0 Tsd. EUR
und von Kap. 0801 Tit. 511 01 14,0 Tsd. EUR.

514 01	011	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	25,0	a)		25,0
			16,6	b)		
			19,2	c)		

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Haltung von Dienstfahrzeugen.

Bestand an Dienstfahrzeugen:	2016	2017
Pkw	2	2
davon geleast	2	2

514 02	011	Dienst- und Schutzkleidung	0,2	a)		0,2
			0,0	b)		
			0,0	c)		

Erläuterung: Insbesondere Schutzkleidung für den Hausdienst.

Ministerium der Justiz und für Europa
0501 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	30,0 20,3 17,4		a) b) c)	30,0
Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR						
8. Geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf) 11,0						
Hier werden auch die Kosten für kurzzeitige Vertretungen für vom Land beschäftigtes Reinigungspersonal nachgewiesen (19,0 Tsd. EUR).						
518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	14,0 12,7 9,6		a) b) c)	14,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Leasingkosten für 2 Pkw.						
525 21	011	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	50,0 34,1 23,7		a) b) c)	50,0
Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für die fachliche und fachübergreifende Weiterqualifizierung der Bediensteten des Ministeriums.						
525 41	011	Sächliche Prüfungskosten für Landesbedienstete	70,0 52,0 64,4		a) b) c)	80,0
Erläuterung: Veranschlagt sind im Wesentlichen die Reisekosten der Prüferinnen und Prüfer bei Prüfungen, die vom Landesjustizprüfungsamt abgehalten werden, sowie Aufwendungen für die Anmietung von Prüfungsräumen.						
Übertragen von Kap. 0511 Tit. 525 21 10,0 Tsd. EUR.						
526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	12,0 14,1 32,2		a) b) c)	12,0
Erläuterung: Veranschlagt sind Kostenerstattungen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren.						
526 11	011	Kosten für Sachverständige	2.040,0 529,2 1.040,3		a) b) c)	100,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Heranziehung von Sachverstän- digen, insbesondere die Aufwendungen für versicherungsmathematische Gutachten im Zusammenhang mit der Gründung des Notarversorgungswerks Baden- Württemberg.						

Ministerium der Justiz und für Europa
0501 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
527 01	011	Dienstreisen		130,0 158,4 145,8	a) b) c)	158,0
		Ersätze durch den Bund fließen den Mitteln zu.				
		Erläuterung: Vgl. Tit. 525 21, 525 41 und 525 69.				
		Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.				
		<u>Zugelassene Fahrzeuge</u>		2016	2017	
		Pkw		15	15	
		Übertragen von Kap. 0201 Tit. 527 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 28,0 Tsd. EUR.				
529 01	011	Zur Verfügung des Ministers für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen		18,0 14,9 13,4	a) b) c)	18,0
		Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.				
531 05	011	Ideen- und Beschwerdemanagement der Landesverwaltung		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
534 01	011	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		45,0 99,7 120,3	a) b) c)	120,0
		Erläuterung: Hier werden insbesondere Kosten für Übersetzungen in Rechtshilfe- und Verwaltungssachen (25,0 Tsd. EUR) und für Unterstützungsleistungen bei dem Projekt „Notariats- und Grundbuchamtsreform“ (20,0 Tsd. EUR) nachgewiesen. Mehr wegen verstärkter Werbemaßnahmen zur Gewinnung geeigneten Nachwuchses in verschiedenen Laufbahnen der Justiz (75,0 Tsd. EUR).				
546 40	011	Für Aufwendungen anlässlich von Sonderveranstaltungen		18,0 17,9 28,3	a) b) c)	18,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten eines Symposiums über aktuelle Rechtsfragen.				
546 49	011	Vermischte Verwaltungsausgaben		20,0 21,2 891,5	a) b) c)	20,0
		Hieraus dürfen auch Billigkeitsleistungen gewährt werden.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind Entschädigungen an Dritte, Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Zahlungen an die Künstlersozialkasse sowie sonstige vermischte Ausgaben. Hier werden auch die Entschädigungen für die Mitglieder des Richterwahlausschusses nach § 61 des Landesrichtergesetzes nachgewiesen.				
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben				2.772,2	a)	985,2

Ministerium der Justiz und für Europa
0501 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben für Investitionen

811 01	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen u. dgl. (für die Verwaltung)	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
812 01	011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	40,0 11,7 12,1		a) b) c)	40,0

Erläuterung: Veranschlagt sind Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Ausstattungsgegenständen und Neu- und Ersatzbeschaffungen von Maschinen und Geräten.

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen			40,0		a)	40,0
---	--	--	------	--	----	------

Titelgruppen

69 Aufwand für Informationstechnik

Erläuterung: Hier werden insbesondere die Aufwendungen für die informationstechnischen Anwendungen im Ministerium nachgewiesen. Die Bildschirmarbeitsplätze im Ministerium sind in vollem Umfang in das BK-Outsourcing einbezogen. Ausscheidbare Stellen- und Sachmitteleinsparungen ergeben sich dadurch nicht.

511 69A	011	Maschinen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	20,0 20,5 15,5		a) b) c)	40,5
---------	-----	---	----------------------	--	----------------	------

<u>Erläuterung:</u> Veranschlagt sind:	<u>Tsd. EUR</u>
1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	30,0
2. Unterhaltung und Instandsetzung	10,5
zus.	<u>40,5</u>

Übertragen infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung
von Kap. 0201 Tit. 511 69 A 8,5 Tsd. EUR
und von Kap. 0801 Tit. 511 69 A 12,0 Tsd. EUR.

511 69B	011	Fernmeldegebühren u. dgl.	79,2 112,8 81,4		a) b) c)	133,2
---------	-----	---------------------------	-----------------------	--	----------------	-------

<u>Erläuterung:</u> Veranschlagt sind:	<u>Tsd. EUR</u>
1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	93,7
2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	8,0
3. Rundfunkbeiträge	3,0
4. Sonstiges (LVN III)	28,5
zus.	<u>133,2</u>

Ministerium der Justiz und für Europa
0501 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
				Tsd. EUR		

Anzahl der in den Wohnungen von Landesbediensteten vorhandenen dienstlichen Fernsprechanschlüsse:

	2016	2017
	7	7

Das Ministerium ist an die Fernsprechzentrale Neues Schloss (Kap. 1212 Tit.Gr. 69) angeschlossen, ohne dass die anteiligen Fernsprechkosten erstattet werden.

Übertragen von Kap. 0201 Tit. 511 69 B infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 54,0 Tsd. EUR.

514 69	011	Verbrauchsmittel		44,6	a)		44,6
				37,2	b)		
				31,8	c)		

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Toner- und Tintenpatronen, Disketten, CD-ROM, Reinigungsmittel, Laserfolien u. ä. sowie Kosten der Anpassung von Vordrucken des automatisierten Mahnverfahrens.

518 69	011	Maschinen- und Gerätemieten		50,0	a)		50,0
				30,7	b)		
				31,0	c)		

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Mieten für Kopiergeräte.

525 69	011	Aus- und Fortbildung		24,8	a)		24,8
				5,2	b)		
				6,9	c)		

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Aufwendungen für DV-Schulungsmaßnahmen.

534 69	011	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		550,0	a)		400,0
				297,9	b)		
				432,2	c)		

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere laufende Kosten für das BK-Outsourcing, Kosten für Beratungsleistungen und für Programmieraufträge sowie für Erstattungen an das Statistische Landesamt für die DV-unterstützte Personalbedarfsberechnung. Einsparung zum Ausgleich des Haushalts.

546 69	011	Sonstiger Sachaufwand		5,0	a)		5,0
				3,8	b)		
				2,5	c)		

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Aufwendungen für die Unterrichtung der rechtsuchenden Bevölkerung über das automatisierte Mahnverfahren.

812 69	011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		9,0	a)		9,0
				15,8	b)		
				6,4	c)		

	Summe Titelgruppe 69	782,6	a)	707,1
--	-----------------------------	-------	----	-------

Ministerium der Justiz und für Europa
0501 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

71 Tourismusförderung

Die Gruppentitel (ohne Titel 883 71) sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Mittel sind übertragbar.
Die Mittel werden teilweise von der Landeskreditbank Baden-Württemberg verwaltet.

Erläuterung: Von den Maßnahmen werden in 2017 4.504,0 Tsd. EUR durch den Kommunalen Investitionsfonds (Titel 883 71), 4.726,9 Tsd. EUR aus Erträgen der Spielbanken (Spielbankabgabe) und 3.655,1 Tsd. EUR aus Landesmitteln finanziert.

429 71	N	652	Personalaufwand	0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

526 71	N	652	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten, für Sachverständige, Gutachten u. dgl.	0,0	a)	150,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Für wissenschaftliche Gutachten usw., die der Zweckbestimmung der Tit.Gr. 71 dienen, sowie für Aufwendungen (einschl. Reisekosten) für den Landesfachausschuss Tourismus, den Tourismustag u. ä.

Übertragen von Kap. 0803 Tit. 526 92 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 150,0 Tsd. EUR.

527 71	N	652	Dienstreisen	0,0	a)	3,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Übertragen von Kap. 0803 Tit. 527 92 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 3,0 Tsd. EUR.

547 71	N	652	Sonstiger Sachaufwand	0,0	a)	52,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt ist insbesondere der Verwaltungskostenbeitrag an die Landeskreditbank Baden-Württemberg.

Übertragen von Kap. 0803 Tit. 547 92 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 52,0 Tsd. EUR.

633 71	N	187	Zuschüsse an die Stadt Baden-Baden für das Festspielhaus	0,0	a)	2.557,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Der im Haushaltsjahr 1996 bewilligte Zuschuss in Höhe von 2,557 Mio. EUR jährlich für Miete und Instandhaltungskosten des Festspielhauses in Form eines Investorenmodells mit eigenständiger Betriebsgesellschaft ist auf die Dauer von 24 Jahren ab Betriebsbeginn (1998) vorgesehen.

Übertragen von Kap. 0803 Tit. 633 92 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 2.557,0 Tsd. EUR.

Ministerium der Justiz und für Europa
0501 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

686 71	N	652	Zuschüsse für Werbemaßnahmen und Absatzförderung	0,0	a)	5.250,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

				2017	
				Tsd. EUR	
			Verpflichtungsermächtigung	2.000,0	
			Davon zur Zahlung fällig im		
			Haushaltsjahr 2018bis zu	1.000,0	
			Haushaltsjahr 2019bis zu	600,0	
			Haushaltsjahr 2020bis zu	400,0	

Erläuterung: Tsd. EUR
 Veranschlagt sind:

- | | | |
|----|--|----------------|
| 1. | Zuschuss an die Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg (TMBW) zur Durchführung landesweiter Werbemaßnahmen im In- und Ausland sowie Förderung regionaler Tourismusorganisationen | 4.000,0 |
| 2. | Zuschuss an die Heilbäder und Kurorte Marketing GmbH (HKM) zur Durchführung des jährlichen Marketing -Aktionsplans | 280,0 |
| 3. | Sonstige Werbemaßnahmen insbesondere für natürlichen Dorfurlaub Schwarzwald und im Bereich des Wintersports | 970,0 |
| | zus. | <u>5.250,0</u> |

Übertragen von Kap. 0803 Tit. 686 92 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 4.800,0 Tsd. EUR.

687 71	N	652	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	0,0	a)	80,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Die Verpflichtungsermächtigung von Tit. 686 71 kann auch bei Tit. 687 71 in Anspruch genommen werden.

Erläuterung: Zuschüsse für Werbemaßnahmen und Absatzförderung bei grenzüberschreitenden internationalen Tourismusprojekten, u.a. im Zusammenhang mit INTERREG-Projekten.

Übertragen von Kap. 0803 Tit. 687 92 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 80,0 Tsd. EUR.

883 71	N	652	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,0	a)	4.504,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Mehrausgaben sind gegen Einsparung bei Tit. 686 71, 892 71 und 981 71 zulässig. Es dürfen auch Zuschüsse an Gemeinden zur Weiterleitung an öffentliche Unternehmen gewährt werden.

				2017	
				Tsd. EUR	
			Verpflichtungsermächtigung	6.000,0	
			Davon zur Zahlung fällig im		
			Haushaltsjahr 2018bis zu	1.500,0	
			Haushaltsjahr 2019bis zu	2.250,0	
			Haushaltsjahr 2020bis zu	1.750,0	
			Haushaltsjahr 2021bis zu	500,0	

Erläuterung: Die Landesmittel sind dem Kommunalen Investitionsfonds entnommen; vgl. Übersicht im Vorheft über die Leistungen des Landes an die Gemeinden (Gemeindeverbände) im Staatshaushaltsplan 2017 (Abschn. II Ziff. 1.2). Veranschlagt sind Zuschüsse zur Förderung von Tourismus-Infrastruktureinrichtungen der Gemeinden und gemeindlichen Zusammenschlüsse.

Übertragen von Kap. 0803 Tit. 883 92 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 4.504,0 Tsd. EUR.

Ministerium der Justiz und für Europa
0501 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und ihre Abdeckung (Beträge in Tsd. EUR)

Bewilligung im Haushaltsplan	Betrag	davon abzudecken aus Haushaltsmitteln				
		2017	2018	2019	2020	2021
bis 2015	4.148,0	2.254,0	1.394,0	500,0	-	-
2016	4.000,0	1.250,0	1.250,0	1.000,0	500,0	-
2017	6.000,0	-	1.500,0	2.250,0	1.750,0	500,0
zus.	14.148,0	3.504,0	4.144,0	3.750,0	2.250,0	500,0

Für Neubewilligungen stehen zur Verfügung: 2017
Tsd. EUR

1. Haushaltsmittel	4.504,0
2. Abzüglich fällige Verpflichtungsermächtigung	3.504,0
3. Zuzüglich neue Verpflichtungsermächtigung	6.000,0
Programmvolumen:	7.000,0

891 71	N	652	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen sowie sonstige Investitionsträger	0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Für Fördermaßnahmen mit hohem touristischem Nutzen.

892 71	N	652	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0,0	a)	290,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Die Verpflichtungsermächtigungen bei den Tit. 686 71 und 892 71 sind gegenseitig deckungsfähig.

	2017
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	250,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2018bis zu	180,0
Haushaltsjahr 2019bis zu	70,0

Erläuterung: Für Fördermaßnahmen mit hohem touristischem Nutzen.

Übertragen von Kap. 0803 Tit. 892 92 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 290,0 Tsd. EUR.

981 71	N	890	Zuschüsse an wissenschaftliche Institute u. dgl. des Landes	0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Summe Titelgruppe 71 0,0 a) 12.886,0

Gesamtausgaben 15.597,9 a) 31.388,9

Ministerium der Justiz und für Europa
0501 Ministerium

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Abschluss Kapitel 0501

Verwaltungseinnahmen	35,0	a)	35,0
Übrige Einnahmen	1.748,0	a)	8,0
Gesamteinnahmen	1.783,0	a)	43,0
Personalausgaben	12.003,1	a)	16.770,6
Sächliche Verwaltungsausgaben	3.545,8	a)	1.888,3
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	0,0	a)	7.887,0
Ausgaben für Investitionen	49,0	a)	4.843,0
Gesamtausgaben	15.597,9	a)	31.388,9
Kapitel 0501 Zuschuss	13.814,9	a)	31.345,9

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 01	051	Gebühren und tarifliche Entgelte	180,0 230,0 190,4	a) b) c)	180,0
--------	-----	----------------------------------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Prüfungsgebühren für die Teilnahme an der ersten und zweiten juristischen Staatsprüfung zur Notenverbesserung. Hier werden auch von der Universität Mannheim erhobene Entgelte für die Überlassung und die Korrektur von Aufsichtsarbeiten im Rahmen des gestuften Kombinationsstudiengangs nachgewiesen.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			180,0	a)	180,0
---	--	--	-------	----	-------

Übrige Einnahmen

235 02	253	Leistungen der Bundesagentur für Arbeit und kommunaler Träger nach dem SGB III und II	10,5 0,0 10,5	a) b) c)	10,5
--------	-----	---	---------------------	----------------	------

Erläuterung: Leistungen der Bundesagentur für Arbeit und kommunaler Träger nach dem SGB II und III zur Förderung der Arbeitsaufnahme und Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bzw. zur Eingliederung in Arbeit; vgl. Tit. 427 52.

235 03	253	Zuweisungen und Zuschüsse für die Einstellung und Beschäftigung von schwerbehinderten und ihnen gleichgestellten Menschen bei Landesbehörden	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Der Leertitel dient zum Nachweis von Förderleistungen der Bundesagentur für Arbeit oder anderer Stellen, z. B. der Rentenversicherungsträger. Die Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit zur Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden bei Tit. 235 02 vereinnahmt.

235 05	253	Zuweisungen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe zur besonderen Förderung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen	51,0 24,1 11,5	a) b) c)	30,0
--------	-----	--	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Leistungen zur besonderen Förderung der Einstellung und Beschäftigung Schwerbehinderter; vgl. Tit. 427 53.

Zwischensumme Übrige Einnahmen			61,5	a)	40,5
---------------------------------------	--	--	------	----	------

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
Titelgruppen						
87		Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg				
381 87	890	Zuweisungen aus Kap. 1240 Tit.Gr. 87 für Projekte der Nachhaltigkeitsstrategie unter Federführung des Ministeriums der Justiz und für Europa		0,0 0,0 14,1	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 87				0,0	a)	0,0
88		Vertretung des Landes bei der Europäischen Union				
119 88	N 011	Vermischte Einnahmen		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
124 88	N 011	Einnahmen aus der Vermietung, Verpachtung und Nutzung		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	10,0
Erläuterung: Vereinnahmt wird der Auslagenersatz aus der Nutzung der Gästezimmer.						
125 88	N 011	Einnahmen aus dem Veranstaltungsbetrieb der Vertretung des Landes bei der EU		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	200,0
Erläuterung: Vereinnahmt werden insbesondere die Erstattungen Dritter für die Ausrichtung von Veranstaltungen in der Landesvertretung Baden-Württemberg bei der EU.						
Summe Titelgruppe 88				0,0	a)	210,0
89		Europaangelegenheiten				
286 89	N 011	Zuweisungen zur Förderung des europäischen Gedankens		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Vgl. Vermerk bei Tit. Gr. 89 - Ausgaben -						
Summe Titelgruppe 89				0,0	a)	0,0

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
90		Dynamischer Europapool				
281 90	N 011	Sonstige Erstattungen		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Vereinnahmt werden insbesondere die Eigenbeiträge von Seminar- teilnehmern. Vgl. Vermerk bei Tit. Gr. 90 - Ausgaben -.						
Summe Titelgruppe 90				0,0	a)	0,0
91		Strategisches Donaübüro (Danube Strategy Point – DSP)				
Erläuterung: Vgl. Vermerk und Erläuterungen bei Tit. Gr. 91 - Ausgaben -.						
272 91A	N 011	Zuschüsse der Europäischen Union für das Strategische Donaübüro		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
272 91B	N 011	Zuschüsse der Europäischen Union zur Abwicklung von Projekten durch das Strategische Donaübüro		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
281 91	N 011	Zuschüsse von Dritten		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 91				0,0	a)	0,0
92		Beobachter der Länder bei der Europäischen Union				
Erläuterung: Seit 1. Januar 1989 ist der Länderbeobachter bei der Europäischen Union dem Landesminister zugeordnet, der Vorsitzender des Bundesratsausschus- ses für Fragen der Europäischen Union ist. Die anderen Bundesländer erstatten dem Land nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel die auf sie entfallenden Anteile am tatsächlichen Aufwand des Länderbeobachters. Der Anteil des Landes ist bei Titel 981 07 veranschlagt.						
232 92	N 011	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern für die Aufwendungen des Beobachters der Länder bei der Europäischen Union		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	462,6
381 92	N 890	Beteiligung des Landes Baden-Württemberg an den Aufwendungen des Beobachters der Länder bei der Europäischen Union		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	68,3
Summe Titelgruppe 92				0,0	a)	530,9
Gesamteinnahmen				241,5	a)	961,4

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			

Ausgaben

Personalausgaben

422 16	840	Versicherungsbeiträge für ausscheidende Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter	5.000,0 4.430,6 4.248,9	a) b) c)	5.000,0
--------	-----	--	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Die Ausgaben sind für den gesamten Geschäftsbereich des Ministeriums (ohne Kap. 0510) hier veranschlagt.

427 52	253	Entgelte an Beschäftigte nach dem SGB III und II	15,0 0,0 0,0	a) b) c)	10,5
--------	-----	--	--------------------	----------------	------

Die Mittel sind übertragbar.

Erläuterung: Entgelte an Beschäftigte bei Förderung der Arbeitsaufnahme bzw. bei Eingliederung in Arbeit und bei Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach dem SGB III und II. Die Leistungen der Bundesagentur für Arbeit und kommunaler Träger sind bei Tit. 235 02 veranschlagt.

427 53	253	Beschäftigungsentgelte für entlastende Personalmaßnahmen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe für schwerbehinderte Menschen	30,0 32,0 9,7	a) b) c)	30,0
--------	-----	---	---------------------	----------------	------

Ausgaben sind bis zur Höhe der Einnahmen bei Tit. 235 05 zulässig.

Erläuterung: Das Integrationsamt des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales sowie die Bundesagentur für Arbeit können nach dem SGB III und dem SGB IX aus Mitteln der Ausgleichsabgabe Zuschüsse an öffentliche und private Arbeitgeber zur Förderung der Beschäftigung bzw. Einstellung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen gewähren. Diese Förderinstrumentarien dienen mit dazu, Arbeitgeber zu motivieren, vermehrt schwer behinderte Menschen einzustellen und zu beschäftigen; vgl. Tit. 235 05.

429 01	253	Beschäftigungsentgelte zur Erleichterung der Beschäftigung von schwerbehinderten und ihnen gleichgestellten Menschen bei Landesbehörden	5,0 0,0 0,0	a) b) c)	5,0
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Zur Erleichterung der Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen können zu Lasten dieser Mittel schwerbehinderte Menschen bis zu drei Monate vor Freiwerden einer Stelle in den Landesdienst übernommen werden; vgl. Tit. 235 03.

432 01	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter und ihrer Hinterbliebenen	262.531,0 253.701,8 242.630,8	a) b) c)	272.099,4
--------	-----	---	-------------------------------------	----------------	-----------

Erläuterung: Anzahl der Versorgungsempfänger/innen Stand 31.12.2015: 7.914.

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
432 02	058	Alters- und Hinterbliebenengeld		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Leertitel, weil der Aufwand für 2017 ungewiss ist.						
441 01	840	Beihilfen auf Grund der Beihilfeverordnung u. dgl. (ohne Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger) Ersätze fließen den Mitteln zu.		28.304,1 29.135,3 27.880,1	a) b) c)	29.863,6
Erläuterung: Die Ausgaben sind für den gesamten Geschäftsbereich des Ministeriums (ohne Kap. 0501 Tit. 421 01 und Kap. 0504) hier veranschlagt.						
Übertragen von Kap. 0503 Tit. 422 01 21,6 Tsd. EUR						
von Kap. 0505 Tit. 422 01 16,7 Tsd. EUR						
von Kap. 0508 Tit. 422 01 <u>86,0 Tsd. EUR</u>						
zus. 124,3 Tsd. EUR.						
Übertragen infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung						
von Kap. 0202 Tit. 441 01 110,8 Tsd. EUR						
von Kap. 0802 Tit. 441 01 <u>16,2 Tsd. EUR</u>						
zus. 127,0 Tsd. EUR.						
Mehr wegen insgesamt 203,5 neu geschaffener Planstellen im gesamten Einzelplan.						
443 01	840	Fürsorgemaßnahmen		600,0 515,0 509,3	a) b) c)	600,0
Ersätze fließen den Mitteln zu.						
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Unfallfürsorgeleistungen nach §§ 47 ff. LBeamtVGBW, die Unfallausgleichsleistungen nach § 50 LBeamtVGBW jedoch nur, soweit sie neben Bezügen im Sinne des Besoldungsrechts gezahlt werden. Vgl. Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Planmittel zu Tit. 443 01 im Vorheft des Staatshaushaltsplans. Die Ausgaben sind für den gesamten Geschäftsbereich des Ministeriums (ohne Kap. 0504 und 0510) hier veranschlagt.						
443 03	840	Unterstützungen auf Grund der Unterstützungsgrundsätze		2,6 0,0 0,0	a) b) c)	2,6
Erläuterung: Veranschlagt sind Unterstützungen nach Maßgabe der Unterstützungsgrundsätze vom 07.09.2006 (GABl. S. 431). Die Ausgaben sind für den gesamten Geschäftsbereich des Ministeriums (ohne Kap. 0504) hier veranschlagt.						
446 01	058	Beihilfen auf Grund der Beihilfeverordnung u.dgl. (Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger) Ersätze fließen den Mitteln zu.		46.073,1 44.723,5 41.218,5	a) b) c)	47.789,4
446 21	058	Beihilfen zu den Kosten der Pflege auf Grund der Beihilfeverordnung u.dgl. (Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger) Ersätze fließen den Mitteln zu.		8.026,8 7.843,3 7.492,3	a) b) c)	8.329,0

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll	2016	a)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Ist	2015	b)	
			Ist	2014	c)	
			Tsd. EUR			

459 01	840	Ersatz von Sachschäden an Landesbedienstete, soweit die Leistungen nicht i.R. der Unfallfürsorge gewährt werden Ersätze fließen den Mitteln zu.	50,0		a)	50,0
			34,0		b)	
			43,2		c)	

Aus diesen Mitteln dürfen auch Billigkeitsleistungen gewährt werden (vgl. Erläuterungen).

Erläuterung: Leistungen nach § 80 LBG, bei Richterinnen und Richtern i.V. mit § 8 des Landesrichter- und staatsanwaltgesetzes - LRiStAG -, bei ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern nach § 14 LRiStAG, sowie Ausgaben für den Ersatz von Sachschäden an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) nach Maßgabe der gesetzlichen bzw. der für die Beamtinnen und Beamten geltenden Bestimmungen auch aus Billigkeitsgründen; vgl. auch Tit. 443 01.
Die Ausgaben sind für den gesamten Geschäftsbereich des Ministeriums (ohne Kap. 0504 und 0510) hier veranschlagt.

462 01	880	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	-1.570,5		a)	-520,4
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Globale Minderausgabe für im Epl. 05 zu streichende Stellen.

Der Betrag berechnet sich wie folgt:

	2017	
	Stellenabbau	in Tsd. EUR
Abbaugrund:		
Rationalisierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen (insbesondere Zentrales Vollstreckungsgericht - gesperrt ab 01.01.2017)	5,0	236,5
Elektronisches Handelsregister (gesperrt ab 01.01.2017)	2,5	118,3
Frühere Abbauprogramme (gesperrt ab 01.01.2017)	3,5	165,6
zus.		520,4

Zwischensumme Personalausgaben	349.067,1		a)	363.259,1
---------------------------------------	-----------	--	----	-----------

Sächliche Verwaltungsausgaben

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	4,0		a)	4,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Funktion eines Vertrauensanwalts für Korruptionsverhütung im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Europa nach der VwV Korruptionsverhütung und -bekämpfung vom 19. Dezember 2005 (GABl. 2006 S. 125).

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			
529 06	011	Für Aufwendungen zur Durchführung überregionaler Konferenzen und Veranstaltungen	125,0 291,6 34,7		a) b) c)	269,5
<p>Erläuterung: Hier werden die Aufwendungen nachgewiesen für von Baden-Württemberg auszurichtende größere Konferenzen und Veranstaltungen, für öffentliche Veranstaltungen des Ministeriums der Justiz und für Europa zu aktuellen Themen der Rechts- und Justizpolitik, für die Betreuung ausländischer Justizrepräsentanten sowie für kleinere, repräsentative Veranstaltungen des Ministeriums der Justiz und für Europa und im nachgeordneten Bereich. Die Mittel sind von Fall zu Fall zuzuweisen.</p> <p>Mehr insbesondere wegen Durchführung des Deutsch-Amerikanischen Rechtstages (Rechtshilfe mit den USA), für die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Asylprozess“, den Tag der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter sowie für Informationsveranstaltungen zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und den baden-württembergischen „eJustice Tag“.</p>						
529 10	011	Für Aufwendungen bei Amtseinführungen und Verabschiedungen von Behördenleiterinnen und Behördenleitern	15,5 9,3 8,3		a) b) c)	15,5
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Mittel für Amtseinführungen und -verabschiedungen von 30 Behördenleiterinnen und Behördenleitern im Geschäftsbereich des Ministeriums. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.</p>						
531 02	013	Für Veröffentlichungen und Dokumentation sowie für sonstige Öffentlichkeitsarbeit	110,0 139,0 92,2		a) b) c)	450,0
<p>Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.</p> <p>Erläuterung: Veröffentlichungen und Öffentlichkeitsarbeit auf dem Gebiet der Justizpolitik. Aus den veranschlagten Mitteln werden auch Aufwendungen für Regional- und Kreisbereisungen, Pressefahrten sowie für sonstige Öffentlichkeitsarbeit bestritten. Hier werden auch Urheberrechtsabgaben an die Verwertungsgesellschaft Wort für die Erstellung des Pressespiegels nachgewiesen. Mehr wegen gesteigener Zahl von Veröffentlichungen und verstärkter Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Umsetzung der Notariatsreform und der Eröffnung der Lokalkammer Mannheim des Einheitlichen Europäischen Patentgerichts sowie zu europapolitischen Themen. Hier werden für den gesamten Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Europa die Mittel für die Beschaffung von Flaggen in Gerichtsgebäuden nachgewiesen.</p>						
534 05	313	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes	450,0 383,2 432,4		a) b) c)	450,0
<p>Mehrausgaben sind zulässig bis zur Höhe von Einsparungen bei Kap. 0502 Tit. 537 09 und bei den nach § 6 Abs. 1 Nr. 4 StHG genannten Titeln der Kap. 0501, 0503, 0505, 0506, 0507, 0509, 0511 und 0512.</p> <p>Erläuterung: Zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörenden Unfallverhütungsvorschrift GUV 0.5. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen sowie die Erstattung von notwendigen Kosten für Sehhilfen an Bildschirmarbeitsplätzen. Die Ausgaben sind für den gesamten Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Europa ohne Kap. 0504, 0508 und 0510 hier veranschlagt. Der Mittelbedarf ermittelt sich insbesondere aus den in den Unfallverhütungsvorschriften vorgegebenen Einsatzzeiten von Betriebsärzten und Sicherheitsingenieuren und der Anzahl der Beschäftigten.</p>						

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR										
537 09	314	Gesundheitsmanagement	251,7 505,7 231,4		a) b) c)	251,7										
<p>Mehrausgaben können bis zur Höhe von Einsparungen bei Kap. 0502 Tit. 534 05 und bei den Kap. 0501, 0503, 0505, 0506, 0507, 0509, 0511 und 0512 jeweils Tit. 525 21 geleistet werden.</p> <p>Erläuterung: Leistung von Ausgaben im Rahmen des Gesundheitsmanagements zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit der Beschäftigten und damit ihrer Leistungsfähigkeit. Die Ausgaben sind für den gesamten Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Europa ohne Kap. 0504, 0508 und 0510 hier veranschlagt.</p>																
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben			956,2		a)	1.440,7										
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)																
632 01	051	Anteil des Landes Baden-Württemberg an den laufenden Kosten der Deutschen Richterakademie	294,5 243,4 303,5		a) b) c)	303,0										
<p>Erläuterung: Die laufenden Kosten der Deutschen Richterakademie werden je zur Hälfte vom Bund und den Ländern getragen. Die auf die Länder entfallenden Anteile berechnen sich nach dem sog. Königsteiner Schlüssel.</p>																
685 01	051	Zuschuss an die Kriminologische Zentralstelle	55,0 44,2 40,3		a) b) c)	55,0										
<p>Erläuterung: Zur Förderung und Koordination praxisbezogener kriminologischer Forschung wurde mit Sitz in Wiesbaden die Kriminologische Zentralstelle e.V. errichtet. Die Zentralstelle hat ihre Tätigkeit 1985 aufgenommen. Die Aufwendungen werden je zur Hälfte durch Zuschüsse des Bundes und der Bundesländer gedeckt. Die Anteile der Länder werden nach dem sog. Königsteiner Schlüssel berechnet.</p>																
685 02	051	Zuschuss an die Landesstiftung Opferschutz	400,0 398,8 400,0		a) b) c)	400,0										
<p>Erläuterung: Veranschlagt ist ein Zuschuss an die Landesstiftung Opferschutz zur Finanzierung laufender Ausgaben der Stiftung.</p>																
685 49	011	Mitgliedsbeiträge an Verbände, Vereine, Gesellschaften, Organisationen u. dgl.	0,7 0,4 0,4		a) b) c)	0,7										
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Beiträge an:</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th></th> <th style="text-align: right;">Tsd. EUR</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>1. die Gesellschaft für Rechtsvergleichung, Deutsche Landesgruppe im internationalen Verband der Rechtswissenschaft e.V., Freiburg</td> <td style="text-align: right;">0,3</td> </tr> <tr> <td>2. den Deutschen Arbeitsgerichtsverband e. V., Köln</td> <td style="text-align: right;">0,3</td> </tr> <tr> <td>3. den Verein „Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.“</td> <td style="text-align: right;">0,1</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">zus.</td> <td style="text-align: right; border-top: 1px solid black;">0,7</td> </tr> </tbody> </table>								Tsd. EUR	1. die Gesellschaft für Rechtsvergleichung, Deutsche Landesgruppe im internationalen Verband der Rechtswissenschaft e.V., Freiburg	0,3	2. den Deutschen Arbeitsgerichtsverband e. V., Köln	0,3	3. den Verein „Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.“	0,1	zus.	0,7
	Tsd. EUR															
1. die Gesellschaft für Rechtsvergleichung, Deutsche Landesgruppe im internationalen Verband der Rechtswissenschaft e.V., Freiburg	0,3															
2. den Deutschen Arbeitsgerichtsverband e. V., Köln	0,3															
3. den Verein „Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.“	0,1															
zus.	0,7															
Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			750,2		a)	758,7										

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Besondere Finanzierungsausgaben

972 03	880	Globale Minderausgabe dez. Sachausgabenbudgetierung § 6 StHG	-111,6		a)	-111,6
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Globale Minderausgabe im Zusammenhang mit der dezentralen Sachausgabenbudgetierung. Vorwegabzug für den Verzicht auf eine künftige Restestreichung.
Vgl. auch die Globalen Minderausgaben bei Tit. 462 01.

972 10	880	Globale Minderausgabe für den Epl. 05	-1.053,0		a)	-8.939,1
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Mehreinsparungen sind in Höhe von bis zu

17.380,0 Tsd. EUR Mindereinnahmen einmalig 2017 bei Kap. 0503 Tit. 111 42 (5.500,0 Tsd. EUR), 111 44 (1.200,0 Tsd. EUR) und 112 01 (3.000,0 Tsd. EUR);
Kap. 0511 Tit. 111 42 (3.000,0 Tsd. EUR);
Kap. 0512 Tit. 111 42 (4.000,0 Tsd. EUR) und 111 43 (680,0 Tsd. EUR);

3.000,0 Tsd. EUR Mindereinnahmen strukturell bei Kap. 0503, 0511 und 0512 jeweils Tit. 111 42 jeweils 1.000,0 Tsd. EUR;

3.732,0 Tsd. EUR Mehrausgaben strukturell bei Kap. 0503 Tit. 536 01

zusätzlich zu erwirtschaften.

Erläuterung: Die globale Minderausgabe ist bei den Mitteln der Hauptgruppe 5 - 8 zu erwirtschaften.

Vgl. auch die Globalen Minderausgaben bei Tit. 462 01.

Übertragen von Kap. 0802 Tit. 972 10 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 119,6 Tsd. EUR.

981 01	890	Erstattung des Aufwands an Kap. 0607 Tit. 381 73 von neuen und wesentlich ausgebauten Statistiken, die der Ressortdeckung unterliegen	10,0		a)	10,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Kostenerstattungen für Statistiken der Sozial- und der Arbeitsgerichtsbarkeit.

981 06	890	Anteil des Landes an den Aufwendungen für die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen	165,0		a)	168,7
			97,8		b)	
			102,5		c)	

Erläuterung: Vgl. Kap. 0510. Der Anteil der Länder an den Aufwendungen wird nach dem Verhältnis der fortgeschriebenen Einwohnerzahl am 01.01. des betreffenden Jahres ermittelt und bei Kap. 0510 Tit. 232 01 und Tit. 381 06 vereinnahmt.

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

981 07	N 890	Anteil des Landes Baden-Württemberg an den Aufwendungen des Beobachters der Länder bei der Europäischen Union		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	68,3
--------	-------	---	--	-------------------	----------------	------

Erläuterung: Vgl. Tit. 232 92 und 381 92.

Übertragen von Kap. 0204 Tit. 981 01 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe-
reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 68,3 Tsd. EUR.

Zwischensumme Besondere Finanzierungsausgaben			-989,6	a)	-8.803,7
--	--	--	--------	----	----------

Titelgruppen

61 Abfindungen und Übergangsgelder

Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Die Ausgaben sind für den gesamten Geschäftsbereich des Ministe-
riums (ohne Kap. 0504 und 0510) hier veranschlagt.

428 61	840	Abfindungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		60,6 17,5 12,7	a) b) c)	60,6
--------	-----	---	--	----------------------	----------------	------

Summe Titelgruppe 61			60,6	a)	60,6
-----------------------------	--	--	------	----	------

62 Jubiläumszuwendungen

Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Jubiläumsgaben und -zuwendungen für 25-, 40- und 50-jährige
Dienstjubiläen auf Grund von § 82 Abs. 1 LBG und § 8 LRiStAG sowie
§ 23 Abs. 2 TV-L.
Die Ausgaben sind für den gesamten Geschäftsbereich des Ministeriums (ohne
Kap. 0504) hier veranschlagt.

422 62	840	Jubiläumsgaben für Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter		171,3 157,5 170,2	a) b) c)	302,4
--------	-----	---	--	-------------------------	----------------	-------

428 62	840	Jubiläumsgelder für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		100,2 76,2 85,8	a) b) c)	251,1
--------	-----	---	--	-----------------------	----------------	-------

Summe Titelgruppe 62			271,5	a)	553,5
-----------------------------	--	--	-------	----	-------

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
67		Kosten des Hauptpersonalrats und der Bezirkspersonalräte sowie der Haupt- und Bezirksvertrauensleute der Schwerbehinderten Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.				
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für den Hauptpersonalrat beim Ministerium, für die Bezirkspersonalräte bei den Oberlandesgerichten Karlsruhe und Stuttgart, beim Verwaltungsgerichtshof und beim Landessozialgericht sowie für die Hauptschwerbehindertenvertretung.						
527 67	051	Reisekosten		90,0 66,2 56,0	a) b) c)	90,0
Erläuterung: Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.						
		<u>Zugelassene Fahrzeuge</u>	<u>2016</u>	<u>2017</u>		
		Pkw	17	17		
546 67	051	Sonstiger Sachaufwand		20,0 11,2 12,8	a) b) c)	20,0
Summe Titelgruppe 67				110,0	a)	110,0
68		Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten Die Titel der Tit.Gr. 68 und Kap. 0503 Tit. 525 21 sind gegenseitig deckungsfähig.				
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Aufwendungen für ein Blended-Learning-Konzept für vorhandene und vorgesehene Führungskräfte der Justiz. Die Aufwendungen für die fachliche und fachübergreifende berufliche Weiterqualifizierung der Justizbediensteten sind in den Tit. 525 21 der jeweiligen Plankapitel bzw. für die Bediensteten des Justizvollzugs in Kap. 0508 Tit.Gr. 68 veranschlagt. Mehr insbesondere wegen gestiegener Dozentenonorare.						
525 68	051	Allgemeiner Sachaufwand		22,5 7,7 25,4	a) b) c)	30,0
Erläuterung: Honorare und sonstige Sachausgaben einschließlich Reisekosten der Referentinnen und Referenten.						
Übertragen von Kap. 0802 Tit. 525 68 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 6,0 Tsd. EUR.						
527 68	051	Reisekosten		2,1 1,1 3,6	a) b) c)	2,5
Erläuterung: Reisekosten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.						
Summe Titelgruppe 68				24,6	a)	32,5

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
69		Aufwand für Informationstechnik				
534 69	051	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	1.070,0 989,0 895,7		a) b) c)	6.602,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für kapitelübergreifende Maßnahmen im Einzelplan 05, insbesondere die Kosten für die flächendeckende Einführung und den Betrieb des elektronischen Rechtsverkehrs, der elektronischen Aktenführung und die Kosten für den LAN-Betrieb.</p> <p>Mehr wegen kapitelübergreifender Dienstleistungen im Einzelplan 05 im Zusammenhang mit der Einführung einer elektronischen Aktenführung.</p>						
711 69	811	Bauliche Aufwendungen in bestehenden Gebäuden zur Einführung der Informations- und Kommunikationstechnik Ersätze fließen den Mitteln zu.	1.800,0 2.056,7 596,8		a) b) c)	2.000,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind bauliche Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einführung der Informations- und Kommunikationstechnik. Hierunter fallen alle baulichen Aufwendungen, für die keine sonstigen Instandsetzungs-, Umbau- oder Erweiterungsbauten durchgeführt werden. Informations- und kommunikationstechnisch bedingte bauliche Maßnahmen, die im Zusammenhang mit kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten oder großen Baumaßnahmen durchgeführt werden, sind zusammen mit den Baumaßnahmen bei den jeweiligen Titeln zu veranschlagen. Die Kosten notwendiger Ersatzmaßnahmen bei Schwachstromnetzen trägt die nutzende Verwaltung.</p>						
812 69	N 051	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	500,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insb. Aufwendungen für kapitelübergreifende Investitionen im Einzelplan 05 im Zusammenhang mit der Einführung einer elektronischen Aktenführung.</p>						
Summe Titelgruppe 69			2.870,0		a)	9.102,0

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

70 Aufwand zur Umsetzung der Grundbuchamts-Strukturreform

Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Veranschlagt sind alle abgrenzbaren Ausgaben für die Umsetzung der Grundbuchamtsstrukturreform. Die Aufwendungen für die vom IuK-Fachzentrum Justiz durchgeführte Pflege und Weiterentwicklung der EDV-Programme für den bereits laufenden Betrieb des Elektronischen Grundbuchs werden bei Kap. 0512 Titelgruppe 69 nachgewiesen. Die Kosten für den laufenden Betrieb im Rahmen der bisherigen Struktur der Grundbuchämter (ohne zentrale Grundbuchämter) und der Grundbuchdatenzentrale sind - soweit sie vom Land zu tragen sind - bei Kap. 0511 und 0512 veranschlagt. Die Kosten für den laufenden Betrieb der zentralen Grundbuchämter sind bei Kap. 0503 veranschlagt.

429 70	051	Personalaufwand	3.100,0		a)	3.700,0
			3.149,5		b)	
			2.693,1		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere zusätzliche Vergütungen sowie Beschäftigungsentgelte der zur Erstdatenerfassung eingesetzten Bediensteten.

Mehr wegen verstärkter Einstellung von Hilfskräften zur Unterstützung der Notariate bei der Verpackung der Grundbuchunterlagen für den Transport ins Grundbuchzentralarchiv.

511 70	051	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände, Fernmeldegebühren	230,0		a)	170,0
			458,2		b)	
			72,5		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind:

	Tsd. EUR
1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	110,0
2. Unterhaltung und Instandsetzung	0
3. Geschäftsbedarf (einschließlich Bücher und Druckschriften)	25,0
4. Porto	20,0
5. Fernmeldegebühren	15,0
zus.	170,0

Veranschlagt sind die Aufwendungen für den Betrieb der Erstdatenerfassungszentren und die Inbetriebnahme der zentralen Grundbuchämter in Württemberg.

514 70	051	Verbrauchsmittel	10,0		a)	20,0
			8,3		b)	
			6,5		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Druckerpatronen, Sicherungsbänder u. dgl.

Mehr wegen fortschreitender Eingliederung der Grundbuchämter.

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			
517 70	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	10,0		a)	8,0
			2,4		b)	
			2,9		c)	
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
8. Geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf)			8,0			
518 70	051	Maschinen- und Gerätemieten	10,0		a)	10,0
			5,1		b)	
			5,2		c)	
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Mieten für Kopiergeräte.						
525 70	051	Aus- und Fortbildung	223,0		a)	94,0
			31,4		b)	
			22,6		c)	
Erläuterung: Veranschlagt sind Aufwendungen für Schulungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Einführung neuer Arbeitsabläufe, neuer EDV-Programme und des elektronischen Rechtsverkehrs im Zuge der Grundbuchamts-Strukturreform.						
532 70	051	Umzugs- und Verlegungskosten	0,0		a)	0,0
			11,5		b)	
			0,0		c)	
534 70	051	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	980,0		a)	650,0
			421,8		b)	
			417,5		c)	
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für das BK-Outsourcing der Erstdatenerfassungszentren und für Programmieraufträge.						
546 70	051	Sonstiger Sachaufwand	17,0		a)	238,0
			128,5		b)	
			80,5		c)	
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Aufwendungen für externe Beratungsleistungen und für Öffentlichkeitsarbeit.						
Mehr wegen fortschreitender Eingliederung der Grundbuchämter und erhöhter Logistik für die Verpackung der Grundbuchunterlagen.						

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			
547 70	051	Sächliche Verwaltungsausgaben		0,0	a)	0,0
				1,7	b)	
				2,9	c)	
633 70	051	Zusatzentschädigung für die Gemeinden je elektronisch erfasstem Grundbuchblatt		1.700,0	a)	1.050,0
				870,8	b)	
				1.045,3	c)	
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Zusatzentschädigungen für die Gemeinden nach § 21a LJKG in Höhe von 6 Euro je elektronisch erfasstem Grundbuchblatt.				
671 70	051	Erstattung von Aufwendungen an die Stadt- und Landkreise		0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				32,5	c)	
		Erläuterung: Veranschlagt sind Erstattungsleistungen an die Stadt- und Landkreise für die personelle Unterstützung der Erstattdatenerfassung.				
711 70	811	Bauliche Aufwendungen in bestehenden Gebäuden zur Einführung der Informations- und Kommunikationstechnik		0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Verkabelungskosten für die Dienstgebäude der zentralen Grundbuchämter.				
812 70	051	Investitionsausgaben		550,0	a)	150,0
				713,2	b)	
				791,8	c)	
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Aufwendungen für die Ausstattung der zentralen Grundbuchämter.				
Summe Titelgruppe 70				6.830,0	a)	6.090,0
71		Aufwand für die Einrichtung des Grundbuchzentralarchivs Baden-Württemberg zur Verwaltung und Verwahrung der Grundakten				
		Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.				
		Erläuterung: Hier sind die im Rahmen der Errichtung des Grundbuchzentralarchivs zur Verwaltung und Verwahrung der Grundakten im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Europa (EPI. 05) und des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst (EPI. 14) anfallenden Sachkosten und nicht stellungsbundenen Personalkosten veranschlagt. Die Stellen für das Grundbuchzentralarchiv sind in Kap. 0503 veranschlagt mit Ausnahme zweier Stellen für Beamte, die Aufgaben des Landesarchivs wahrnehmen. Diese Stellen sind in Kap. 1469 ausgebracht.				

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			
429 71	051	Personalaufwand	2.399,0	1.283,3	a) b) c)	2.140,0
			676,6			
Erläuterung: Personalausgaben für befristete Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen des Aufbaus des Grundbuchzentralarchivs.						
547 71	051	Sächliche Verwaltungsausgaben	5.175,0	3.045,6	a) b) c)	5.320,0
			2.536,6			
Erläuterung: Sachausgaben für den Aufbau des Grundbuchzentralarchivs. Mehr wegen fortschreitender Eingliederung von Grundbuchämtern.						
812 71	051	Investitionsausgaben	1.775,0	784,0	a) b) c)	1.300,0
			472,6			
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für die Beschaffung der Regalanlagen für das Grundbuchzentralarchiv.						
Summe Titelgruppe 71			9.349,0		a)	8.760,0
77		Betreuungsförderung von Kindern von Landesbediensteten				
<p>Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Ersätze fließen den Mitteln zu. Die Ausgaben dürfen auch neben anderen zweckentsprechenden Bewilligungen des Staatshaushaltsplans geleistet werden (§ 35 Abs. 2 LHO). Mehrausgaben sind zulässig in Höhe von Mehreinsparungen bei Titeln der Gruppe 972 innerhalb des Einzelplans 05.</p>						
Erläuterung: Leertitel zur Förderung der Betreuung von Kindern von Landesbediensteten.						
534 77	270	Sicherung von Belegplätzen für Kinder von Landesbediensteten	0,0	0,0	a) b) c)	0,0
			0,0			
Erläuterung: Leertitel zur Finanzierung der Sicherung von Belegplätzen für Kinder von Landesbediensteten in Kinderbetreuungseinrichtungen kommunaler, freier oder privatgewerblicher Einrichtungsträger oder im Rahmen der Kindertagespflege in anderen Räumen.						
711 77	270	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für die betrieblich unterstützte Betreuung von Kindern von Landesbediensteten	0,0	0,0	a) b) c)	0,0
			0,0			

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
812 77	270	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die betrieblich unterstützte Betreuung von Kindern v. Landesbedienstete		0,0 69,2 0,0	a) b) c)	0,0
893 77	270	Investitionszuschüsse an Träger von Kindertageseinrichtungen für die betrieblich unterstützte Betreuung von Kindern von Landesbediensteten		100,0 172,5 0,0	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Vorgesehen ist die Einrichtung einer Kindertageseinrichtung am Justizstandort Karlsruhe.						
Summe Titelgruppe 77				100,0	a)	0,0
82		Verbesserung der Sicherheit in Justizgebäuden (ohne Justizvollzug)				
		Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.				
Erläuterung: Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Verbesserung der Sicherheit in den Justizgebäuden mit Ausnahme des Justizvollzugs, dessen Aufwendungen in Kap. 0508 Tit.Gr. 82 ausgebracht sind. Die hier veranschlagten Mittel dienen der Forcierung der Umsetzung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen, die auch künftig primär aus dem Einzelplan 12 sowie aus den Plankapiteln 0501, 0503 bis 0507 und 0509 bis 0512 zu finanzieren sind.						
429 82	051	Personalaufwand		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
511 82	051	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände		1.200,0 361,7 383,1	a) b) c)	1.200,0
525 82	051	Fortbildung		0,0 102,0 129,7	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Aufwendungen für die Schulung von Justizbediensteten in Konflikt- und Deeskalationsmanagement.						
546 82	051	Sonstiger Sachaufwand		800,0 47,0 86,1	a) b) c)	800,0
812 82	051	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen		0,0 703,2 445,2	a) b) c)	0,0
981 82	890	Zuführung an Kap. 1208 Tit. 381 01 und 381 04 für Baumaßnahmen		0,0 338,4 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 82				2.000,0	a)	2.000,0

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	-------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

87 Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Tit. 381 87 geleistet werden.
Ausgaben können geleistet werden, bevor bei Tit. 381 87 Einnahmen eingegangen sind.
Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.
Aus dieser Titelgruppe dürfen Ausgaben auch neben anderen zweckentsprechenden Bewilligungen des Staatshaushaltsplans geleistet werden (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterung: Veranschlagt sind die Aufwendungen für Projekte der Nachhaltigkeitsstrategie unter Federführung des Ministeriums der Justiz und für Europa.

547 87	051	Sachaufwand	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
684 87	051	Sonstige Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	
Summe Titelgruppe 87			0,0		a)	0,0

88 Vertretung des Landes bei der Europäischen Union

Die Mittel sind übertragbar.
Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.
Ersätze fließen den Mitteln zu.
Die Ausgabeermächtigung erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Wenigereinnahmen bei Tit. Gr. 88.

Erläuterung: Die Vertretung des Landes bei der EU hat die Aufgabe, die Interessen des Landes gegenüber der EU und den anderen Institutionen in Brüssel wahrzunehmen, die Landesregierung umfassend und kontinuierlich über die für das Land wichtigen Fragen zu informieren und Anliegen Baden-Württembergs vorzutragen und zu verfolgen. Sie ist unmittelbar dem Ministerium der Justiz und für Europa zugeordnet.
Der Aufwand für Informationstechnik der Vertretung des Landes bei der EU ist bei Kap. 0501 Tit. Gr. 69 mit veranschlagt.

427 88	N 011	Beschäftigungsentgelte	0,0		a)	50,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen (auch Werkstudenten, Ferienpraktikanten, Austauschstudenten, ständige Heimarbeiter u. dgl.)	40,0
2. Sonstiges (Unterstützung Hausmeister)	10,0
zus.	50,0

Übertragen von Kap. 0202 Tit. 427 76 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 50,0 Tsd. EUR.

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

511 88	N 011	Geschäftsbedarf				48,0
				0,0	a)	
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind:		Tsd. EUR
1.	Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	30,5
2.	Porto	12,0
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3,5
4.	Sonstiges	2,0
	zus.	48,0

Übertragen von Kap. 0202 Tit. 511 76 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 48,0 Tsd. EUR.

514 88	N 011	Haltung von Dienstfahrzeugen				5,0
				0,0	a)	
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind:		Tsd. EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	5,0
Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen:		
		2016 2017
Pkw		2 2
davon geleast		(2) (2)

Übertragen von Kap. 0202 Tit. 514 76 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 5,0 Tsd. EUR.

517 88	N 011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)				9,0
				0,0	a)	
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Verkehrssicherung der Verkehrs- und Grünflächen, für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z.B. Putzmittel u.ä.) für das Gebäude in Brüssel.

Übertragen von Kap. 0202 Tit. 517 76 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 9,0 Tsd. EUR.

518 88	N 011	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte				4,0
				0,0	a)	
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Leasingkosten für 2 PKW, Frankiermaschine u. dgl.

Übertragen von Kap. 0202 Tit. 518 76 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 4,0 Tsd. EUR.

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
				Tsd. EUR		

527 88	N	011	Dienstreisen	0,0	a)	124,5
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung:	Tsd. EUR
Veranschlagt sind:	
1. Reisekostenvergütungen	38,9
2. Reisekostenvergütungen für die an die LV bei der EU abgeordneten Res- sortbeobachter	85,6
zus.	124,5

Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.

Übertragen von Kap. 0202 Tit. 527 76 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 124,5 Tsd. EUR.

531 88	N	011	Öffentlichkeitsarbeit der Vertretung des Landes bei der Europäischen Union	0,0	a)	20,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial können an Dritte unentgeltlich oder gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterung: Veranschlagt sind die im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesvertretung Baden-Württemberg bei der EU anfallenden Sachausgaben. Hierzu gehören die Kosten für den Druck und die Herausgabe von Broschüren und Informationsmaterial, für die Veranstaltung von Pressekonferenzen u. dgl.

Übertragen von Kap. 0202 Tit. 531 76 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 20,0 Tsd. EUR.

532 88	N	011	Umzugs- und Verlegungskosten	0,0	a)	0,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

534 88	N	011	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	0,0	a)	125,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Serviceleistungen.

Übertragen von Kap. 0202 Tit. 534 76 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 125,0 Tsd. EUR.

541 88	N	011	Aufwendungen für Veranstaltungen der Vertretung des Landes bei der Europäischen Union	0,0	a)	223,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Hier werden die Aufwendungen für die von der Landesvertretung Baden-Württemberg bei der EU ausgerichteten Veranstaltungen, Ausstellungen u. dgl. nachgewiesen. Aus den Mitteln können im Einzelfall Ausgaben für Repräsentationszwecke, z.B. für Bewirtungen und Geschenke für Besucher, bestritten werden. Für die Sitzungen der nationalen Gruppen der im Europäischen Parlament vertretenen Fraktionen in der Landesvertretung in Brüssel sind Ausnahmen gem. § 63 Abs. 4 und 5 LHO zugelassen.

Übertragen von Kap. 0202 Tit. 541 76 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 223,0 Tsd. EUR.

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
546 88	N 011	Vermischte Verwaltungsausgaben	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	5,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Auslagen für Vorstellungsreisen usw.</p> <p>Übertragen von Kap. 0202 Tit. 546 76 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 5,0 Tsd. EUR.</p>						
685 88	N 011	Mitgliedsbeiträge an Verbände, Vereine, Gesell- schaften, Organisationen u. dgl.	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	3,0
<p>Erläuterung: Übertragen von Kap. 0202 Tit. 685 76 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 3,0 Tsd. EUR.</p>						
812 88	N 011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	15,0
<p>Tit. 812 88 und Kap. 0501 Tit. 812 01 sind gegenseitig de- ckungsfähig.</p> <p>Erläuterung: Veranschlagt sind Mittel für die Beschaffung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen u. dgl.</p> <p>Übertragen von Kap. 0202 Tit. 812 76 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 15,0 Tsd. EUR.</p>						
Summe Titelgruppe 88			0,0		a)	631,5
89		Europaangelegenheiten				
<p>Die Mittel sind übertragbar. Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um Einnahmen bei Tit. 286 89.</p> <p>Erläuterung: Veranschlagt sind Mittel zur Förderung des europäischen Gedankens und zur Wahrnehmung der Interessen des Landes auf europäischer Ebene, insbe- sondere im Hinblick auf die erweiterten Mitwirkungsrechte der Länder in Angele- genheiten der Regionen sowie im Kongress der lokalen und regionalen Gebietskör- perschaften Europas beim Europarat.</p>						
526 89	N 011	Kosten für Sachverständige	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,6
<p>Erläuterung: Übertragen von Kap. 0202 Tit. 526 75 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 0,6 Tsd. EUR.</p>						

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

531 89	N	011	Für die Sacharbeit zur Verbreitung des europäischen Gedankens	0,0	a)	248,2
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für Veranstaltungen und für Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung und Verbreitung des Europagedankens sowie für die Umsetzung von Maßnahmen zur Stärkung der europapolitischen Kommunikation.

Übertragen von Kap. 0202 Tit. 531 75 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe-
reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 48,2 Tsd. EUR.

685 89	N	011	Zuschüsse zur Förderung des Europäischen Gedankens	0,0	a)	36,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

	2017
	Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung	500,0
Davon zur Zahlung fällig im	
Haushaltsjahr 2018bis zu	250,0
Haushaltsjahr 2019bis zu	250,0

Erläuterung: Veranschlagt sind Mittel für Zuwendungen zur Förderung und Verbreitung des Europagedankens. Zu Lasten der Mittel können in Abweichung von § 35 Abs. 2 LHO Zuschüsse auch für Zwecke geleistet werden, für die an anderer Stelle des Staatshaushaltsplans Mittel veranschlagt sind. Hier werden auch Mittel für Stipendien für das Europakolleg Brügge/Natolin nachgewiesen.

Übertragen von Kap. 0202 Tit. 685 75 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe-
reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 18,0 Tsd. EUR.

Die Verpflichtungsermächtigung wird zur Folgefinanzierung der Andrassy Universität in Budapest benötigt.

Summe Titelgruppe 89	0,0	a)	284,8
-----------------------------	-----	----	-------

90 Dynamischer Europapool

Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Einnahmen bei
Tit. 281 90

Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben für den „Dynamischen Europapool“, der aufgrund des Ministerratsbeschlusses vom 5.12.2000 zur Steigerung der Europafähigkeit der Landesverwaltung eingerichtet wurde. Die Stellen für den „Dynamischen Europapool“ sind im Stellenplan zu Kap. 0501 in einem besonderen Abschnitt ausgewiesen. Eine weitere Stärkung des Pools erfolgt im Wege der Abordnung von entsprechenden Landesbediensteten.

429 90	N	011	Personalaufwand	0,0	a)	570,9
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Die Ausgabeermächtigung erhöht sich nach näherer Bestimmung des Ministeriums für Finanzen um Einsparungen durch die Nichtbesetzung von Stellen des Kap. 0501 Tit 422 01 Abschnitt 3.

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Erläuterung: Veranschlagt sind Abordnungsmittel für Landesbedienstete, die für befristete Zeit zu europäischen oder internationalen Institutionen sowie zu Europaeinheiten von Landes- oder Bundesverwaltungen oder vergleichbaren Einrichtungen abgeordnet oder dorthin zugewiesen werden. In Einzelfällen können auch die Personalkosten für spezielle Vorbereitungsmaßnahmen auf solche Europaeinsätze finanziert werden.

Übertragen von Kap. 0202 Tit. 429 79 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe-
reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 549,2 Tsd. EUR.

459 90	N	011	Sonstiger Personalaufwand	0,0	a)	115,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Die Mittel sind übertragbar.

Erläuterung: Veranschlagt sind Trennungsgelder, steuerfreie Aufwandsentschädigungen nach der AER, Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge (Schul- und Kinderreisebeihilfen an nationale Sachverständige, die nach § 123 a Abs. 1 BRRG/ § 20 Abs. 1 BeamStG bzw. § 4 Abs. 2 TV-L der Europäischen Kommission zur Dienstleistung zugewiesen oder an die Landesvertretung Baden-Württemberg bei der EU abgeordnet sind), Umzugskostenvergütungen u. dgl. Dies gilt auch für Bedienstete, die für begrenzte Zeit auf Stellen des Dynamischen Europapools geführt werden.

Übertragen von Kap. 0202 Tit. 459 79 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe-
reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 115,0 Tsd. EUR.

547 90	N	011	Sachaufwand	0,0	a)	115,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Die Mittel sind übertragbar.

Erläuterung: Veranschlagt sind Fortbildungs- und Seminarkosten, Reisekosten u. dgl. Die Mittel können in Einzelfällen für die Europafortbildung von Führungskräften der Landesverwaltung in Anspruch genommen werden. Sie sind grundsätzlich auch verwendbar für die Hospitation künftiger Führungskräfte sowie für Maßnahmen von Multiplikatoren zum Aufbau europäischer Netzwerke.

Übertragen von Kap. 0202 Tit. 547 79 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe-
reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 115,0 Tsd. EUR.

Summe Titelgruppe 90				0,0	a)	800,9
-----------------------------	--	--	--	-----	----	-------

91 Strategisches Donaübüro
(Danube Strategy Point – DSP)

Die Mittel sind übertragbar.
Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.
Ausgaben sind in Höhe der Einnahmen bei Tit. Gr. 91 zulässig.

Erläuterung: Vorgesehen sind folgende Projekte:
- Betreibung des Strategischen Donaübüros (Danube Strategy Point - DSP)
- Verwertung der Finanzmittel für die Koordinatoren der 12 Schwerpunktbereiche der Donauraumstrategie (Priority Area Coordinators - PAC)
- Verwertung der Finanzmittel für das Annual Forum 2017 in Bratislava

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
429 91	N 011	Personalaufwand		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
518 91	N 011	Mieten und Pachten		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
526 91	N 011	Kosten für Sachverständige		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
546 91	N 011	Sonstiger Sachaufwand		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
685 91	N 011	Zuschüsse und sonstige Förderungen		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
812 91	N 011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 91				0,0	a)	0,0
92		Beobachter der Länder bei der Europäischen Union				
		Die Gruppentitel sind - mit Ausnahme von Titel 529 92 - gegenseitig deckungsfähig.				
Erläuterung: Der Beobachter der Länder bei der Europäischen Union (Länderbeobachter) wird als gemeinsame Einrichtung der Länder geführt. Er wird bei der Landesministerin oder dem Landesminister eingerichtet, die oder der den Vorsitz des Bundesratsausschusses für Fragen der Europäischen Union führt. Dieser Vorsitz wird gegenwärtig vom Minister der Justiz und für Europa des Landes Baden-Württemberg wahrgenommen. Der Länderbeobachter hat die Aufgabe, den Bundesrat in der Wahrnehmung seiner Rechte nach Artikel 2 des Gesetzes vom 27. Juli 1957 zu den Verträgen vom 27. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft (BGBl. II S. 753), Artikel 23 Grundgesetz i.d.F. des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2086), dem Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBLG) vom 12. März 1993 (BGBl. I S. 313) und der gem. § 9 EUZBLG getroffenen Bund-Länder-Vereinbarung in der jeweils gültigen Fassung zu unterstützen und die Länder über für sie bedeutsame Vorgänge im Bereich der Europäischen Union zu informieren.						
422 92	N 011	Bezüge der Beamten einschließlich Abordnungen		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	125,0

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Erläuterung: Veranschlagt sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der
besoldungsgesetzlichen Vorschriften vgl. Stellenübersicht zu Tit. 422 01): Tsd. EUR

1. Abgeordnete Beamte						
darunter						125,0
1.2 Sonstiges:						
		Versorgungszuschlag für abgeordnete, hauptamtlich beim		28,8		
		Länderbeobachter tätige Beamtinnen / Beamte in Höhe				
		von 30 v. H. der jeweils zustehenden ruhegehaltstfähigen				
		Dienstbezüge zuzüglich der anteiligen jährlichen Sonder-				
		zuwendungen für 1/1 Beamtinnen / Beamte				

Übertragen von Kap. 0204 Tit. 422 73 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der
Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 125,0 Tsd. EUR.

427 92	N	011	Sonstige Beschäftigungsentgelte				
				0,0	a)		0,0
				0,0	b)		
				0,0	c)		
428 92	N	011	Entgelte der Arbeitnehmer (Beschäftigten)				
				0,0	a)		257,0
				0,0	b)		
				0,0	c)		

Erläuterung: Übertragen von Kap. 0204 Tit. 428 73 infolge der Neuabgrenzung der
Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung
241,0 Tsd. EUR.

459 92	N	011	Vermischte Personalausgaben				
				0,0	a)		17,0
				0,0	b)		
				0,0	c)		

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen, Fahrkostenbeiträge, Fahr-		kosten- und Verpflegungszuschüsse, Beihilfe, Ersatz von Sachschäden			
sowie Erstattungen der Auslandszuschläge für abgeordnete Bedienstete an		die entsendenden Länder u. dgl.		16,0	
2. Sonstiges				1,0	
				zus. 17,0	

Übertragen von Kap. 0204 Tit. 459 73 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der
Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 17,0 Tsd. EUR.

511 92	N	011	Geschäftsbedarf				
				0,0	a)		10,5
				0,0	b)		
				0,0	c)		

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)					
2. Porto				3,9	
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchs-		gegenstände		0,5	
4. Unterhaltung und Instandsetzung				1,0	
5. Sonstiges (insbesondere Fernmeldegebühren u. ä.)				1,0	
				4,1	
				zus. 10,5	

Übertragen von Kap. 0204 Tit. 511 73 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der
Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 15,9 Tsd. EUR.

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

517 92	N 011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	5,3
--------	-------	--	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Reinigung sowie für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z.B. Putzmittel u.a.).

Übertragen von Kap. 0204 Tit. 517 73 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 5,3 Tsd. EUR.

518 92	N 011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume sowie für Maschinen- und Gerätemieten	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	84,0
--------	-------	---	-------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind:	<u>Tsd. EUR</u>
1. Mieten für Gebäude, Räume und Kfz-Stellplatz einschließlich Nebenabgaben (Heizung, Strom, Grundbesitzabgaben usw.) für die vom Länderbeobachter genutzten Räume in Brüssel	79,6
2. Miete und Gebühren für Fernkopiergeräte und Kopiergeräte	4,4
zus.	<u>84,0</u>

Übertragen von Kap. 0204 Tit. 518 73 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 82,0 Tsd. EUR.

519 92	N 011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	2,2
--------	-------	---	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Mittel für kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen.

Übertragen von Kap. 0204 Tit. 519 73 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 0,1 Tsd. EUR.

525 92	N 011	Berufliche Aus- und Fortbildung der Landesbediensteten	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	1,1
--------	-------	--	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung:
Übertragen von Kap. 0204 Tit. 525 73 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 1,1 Tsd. EUR.

527 92	N 011	Dienstreisen	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	7,2
--------	-------	--------------	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.

Übertragen von Kap. 0204 Tit. 527 73 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 7,2 Tsd. EUR.

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
529 92	N 011	Zur Verfügung des Länderbeobachters für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,8
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Mittel des Länderbeobachters für außerordentlichen Aufwand bei dienstlichen Anlässen. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.</p> <p>Übertragen von Kap. 0204 Tit. 529 73 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 0,8 Tsd. EUR.</p>						
534 92	N 011	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	11,3
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für Unterstützungsleistungen.</p> <p>Übertragen von Kap. 0204 Tit. 534 73 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 10,0 Tsd. EUR.</p>						
546 92	N 011	Vermischte Verwaltungsausgaben	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,5
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Mittel für Bekanntmachungen in Tageszeitungen, Bankgebühren, für Vervielfältigung und Übersetzung von Dokumenten der Europäischen Union, für Farbbandkassetten, für Thermodrucker, für Disketten, für Programme und Lizenzgebühren u. dgl.</p> <p>Übertragen von Kap. 0204 Tit. 546 73 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 0,5 Tsd. EUR.</p>						
812 92	N 011	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	9,0
<p>Erläuterung: Übertragen von Kap. 0204 Tit. 812 73 infolge der Neuabgrenzung der Geschäftsbe- reiche der Ministerien im Rahmen der Regierungsneubildung 7,5 Tsd. EUR.</p>						
Summe Titelgruppe 92			0,0		a)	530,9
Gesamtausgaben			371.399,6		a)	385.611,5

Ministerium der Justiz und für Europa
0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Abschluss Kapitel 0502

Verwaltungseinnahmen	180,0	a)	390,0
Übrige Einnahmen	61,5	a)	571,4
Gesamteinnahmen	241,5	a)	961,4
Personalausgaben	354.898,2	a)	370.848,1
Sächliche Verwaltungsausgaben	10.815,8	a)	17.745,4
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	2.450,2	a)	1.847,7
Ausgaben für Investitionen	4.225,0	a)	3.974,0
Besondere Finanzierungsausgaben	-989,6	a)	-8.803,7
Gesamtausgaben	371.399,6	a)	385.611,5
Kapitel 0502 Zuschuss	371.158,1	a)	384.650,1

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung: Die Einnahmen und Ausgaben des Landesjustizprüfungsamtes, das nach § 1 des Gesetzes über die juristischen Prüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst i. d. F. vom 16.07.2003 (GBl. S. 354) beim Ministerium der Justiz und für Europa errichtet ist, sind bei Kap. 0501 veranschlagt. Ausgenommen sind die Ausgaben der Außenstellen in Baden-Baden, Ellwangen, Freiburg, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Mosbach, Ravensburg, Rottweil, Tübingen, Ulm und Waldshut-Tiengen, die bei Kap. 0503 nachgewiesen werden. Die Aufwendungen für die Vertretung und Verwaltung der vom Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Ministerium der Justiz und für Europa, errichteten Stiftung „Resozialisierungsfonds Dr. Traugott Bender“ werden mit Ausnahme der Bezüge und Vergütungen für das Personal der Geschäftsstelle der Stiftung bei Kap. 0501 nachgewiesen, vgl. die Vorbemerkung zu Kap. 0501. Die Stiftung, deren Mittel durch Spenden, durch zugewiesene Geldauflagen sowie aus Zinsen aufgebracht werden, verfolgt den ausschließlichen Zweck, Straffälligen aus Baden-Württemberg, die dafür geeignet und würdig erscheinen, durch Darlehen und nicht rückzahlbare Zuschüsse einen Neuanfang in wirtschaftlich geordneten Verhältnissen zu ermöglichen. Im Rahmen der Umsetzung der Grundbuchamts-Strukturreform werden die Grundbuchämter schrittweise in die zentralen Grundbuchabteilungen der Amtsgerichte übergeleitet. Mit der Überleitung wurde im Jahr 2012 im badischen Rechtsgebiet begonnen. Mit der Überleitung im württembergischen Rechtsgebiet wurde im Jahr 2015 begonnen. Dementsprechend werden die Einnahmen und Ausgaben schrittweise aus den Kap. 0511 und 0512 in das Kap. 0503 übertragen. Vgl. hierzu auch die Erläuterung zu Kap. 0511 Tit.Gr. 70 und die Vorbemerkung zu Kap. 0512.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 42	051	Gerichtskosten, Gebühren	308.700,0	a)	362.200,0
			303.761,4	b)	
			264.217,6	c)	

In Strafsachen eingezogene Gegenstände dürfen, wenn ihre Veräußerung nicht tunlich ist, ohne Entgelt an andere Dienststellen des Landes abgegeben werden.

Erläuterung: Veranschlagt sind die erhobenen Verfahrenskosten (Gebühren und Auslagen) der Gerichte und Staatsanwaltschaften, soweit nicht bei Tit. 112 01 ausgewiesen. Hier werden auch Gebühreneinnahmen in Verwaltungsangelegenheiten der Landgerichte für freiberufliche Notare nachgewiesen. Das Aufkommen ist unter Berücksichtigung der weiteren Auswirkungen des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes geschätzt.

Aufgrund der aktuellen Geschäftsentwicklung Erhöhung der Einnahmen um 5.500,0 Tsd. EUR einmalig 2017 und 1.000,0 Tsd. EUR strukturell zur Konsolidierung des Haushalts. Soweit die erwartete Einnahmenerhöhung nicht erzielt wird, erfolgt eine ersatzweise zusätzliche Einsparung bei den Ausgaben; vgl. auch Kap. 0502 Tit. 972 10.

Übertragen infolge Umsetzung der Grundbuchamts-Strukturreform von Kap. 0511 Tit. 111 70A 32.000,0 Tsd. EUR, und von Kap. 0512 Tit. 111 42 15.000,0 Tsd. EUR.

111 43	051	Einnahmen aus Vermögensabschöpfung oder durch Verzicht auf die Rückgabe von zu diesem Zweck sichergestellten Werten	6.390,0	a)	6.390,0
			3.921,4	b)	
			15.294,8	c)	

Soweit die Einnahmen den Betrag von 6,390 Mio. EUR übersteigen, erhöht sich die Ausgabeermächtigung bei Kap. 0315 - bis zu 15,340 Mio. EUR in Höhe von 50 v.H. - über 15,340 Mio. EUR bis zu 28,120 Mio. EUR in Höhe von 30 v.H. und - über 28,120 bis zu 51,110 Mio. EUR in Höhe von 10 v.H. der Mehreinnahmen.

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
<p>Erläuterung: Der konsequente staatliche Zugriff auf illegal erzielte Profite ist ein wichtiger strategischer Ansatz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und der Schwere Kriminalität. Zur weiteren Intensivierung der Vermögensabschöpfung wird ein Teil der abgeschöpften Vermögensgewinne speziell für Zwecke der Polizei und der Justiz verwendet. Hier werden auch Einnahmen aus Verfall nach § 29 OWiG und Ausgleichszahlungen nach § 111i Abs. 7 StPO nachgewiesen.</p>						
111 44	051	Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher	44.800,0 44.369,2 40.131,9		a) b) c)	46.000,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher nach dem Gerichtsvollzieherkostengesetz vom 19.04.2001 (BGBl. I S. 623) in der jeweils geltenden Fassung. Den Einnahmen stehen Ausgaben bei Tit. 459 53 gegenüber. Das Aufkommen ist auf der Basis der Ist-Entwicklung und der erwarteten Geschäftsentwicklung geschätzt. Aufgrund der aktuellen Geschäftsentwicklung Erhöhung der Einnahmen um 1.200,0 Tsd. EUR einmalig 2017 zur Konsolidierung des Haushalts. Soweit die erwartete Einnahmenerhöhung nicht erzielt wird, erfolgt eine ersatzweise zusätzliche Einsparung bei den Ausgaben; vgl. auch Kap. 0502 Tit. 972 10.</p>						
112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten In Strafsachen eingezogene Gegenstände dürfen, wenn ihre Veräußerung nicht tunlich ist, ohne Entgelt an andere Dienststellen des Landes abgegeben werden.	89.000,0 88.021,1 88.549,4		a) b) c)	92.000,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Geldstrafen und Geldbußen einschließlich gleichzeitig gezahlter Gerichtskosten. Das Aufkommen ist geschätzt. Aufgrund der aktuellen Geschäftsentwicklung Erhöhung der Einnahmen um 3.000,0 Tsd. EUR einmalig 2017 zur Konsolidierung des Haushalts. Soweit die erwartete Einnahmenerhöhung nicht erzielt wird, erfolgt eine ersatzweise zusätzliche Einsparung bei den Ausgaben; vgl. auch Kap. 0502 Tit. 972 10.</p>						
112 46	051	Erstattung von Prozesskosten	15,0 20,8 6,7		a) b) c)	15,0
119 49	051	Vermischte Einnahmen	400,0 272,8 1.036,1		a) b) c)	400,0
124 01	051	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	3,5 0,0 3,3		a) b) c)	3,5

Erläuterung: Vgl. Kap. 0510 Tit. 511 01. Hier wird die von der Zentralen Stelle zu entrichtende Nutzungsentschädigung nachgewiesen.

Ministerium der Justiz und für Europa
0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von (Kraftfahrzeugen), Maschinen und sonstigen beweglichen Sachen		10,0	a)	30,0
				43,0	b)	
				56,8	c)	

Erläuterung: Mehr in Anpassung an die Ist-Einnahmen.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen	449.318,5	a)	507.038,5
---	-----------	----	-----------

Übrige Einnahmen

231 01	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund		1.000,0	a)	1.000,0
				1.573,1	b)	
				1.198,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kostenausgleichsleistungen durch den Bund in Staatsschutz-Strafsachen auf Grund der Vereinbarung des Bundes und der Länder vom 31.01./09.02.1977, zuletzt geändert im Jahr 2009. Das Aufkommen ist geschätzt.

232 01	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern		2,0	a)	2,0
				1,8	b)	
				2,4	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Kostenerstattungen bei Inanspruchnahme von Lehrveranstaltungen durch Teilnehmer aus anderen Bundesländern. Erstattungen für die Inanspruchnahme der Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen werden bei Kap. 0504 nachgewiesen. Der Ansatz richtet sich nach der Zahl der Teilnehmer aus anderen Bundesländern.

Zwischensumme Übrige Einnahmen	1.002,0	a)	1.002,0
---------------------------------------	---------	----	---------

Titelgruppen

69		Informationstechnik				
231 69	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund		30,0	a)	30,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Anteile ersatzpflichtiger Dienststellen des Bundes an den persönlichen und sächlichen Betriebskosten und an den Fernspreckgebühren der gemeinsamen Fernspreckzentralen.

232 69	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern		1.700,0	a)	1.700,0
				1.536,6	b)	
				1.639,9	c)	

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Erläuterung: Im automatisierten Mahnverfahren werden die Pflege und die Weiterentwicklung der Programme und des Verfahrens für alle beteiligten Bundesländer zentral vom Land Baden-Württemberg vorgenommen. Die anteiligen Erstattungen der anderen Länder an den Aufwendungen des Landes für diese Pflege- und Weiterentwicklungsarbeiten werden hier nachgewiesen.

Die Anteile der beteiligten Länder (Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein) werden nach dem sog. Königsteiner Schlüssel und der Anzahl automatisiert durchgeführter Mahnverfahren ermittelt.

Anteilige Erstattungen der anderen Länder an den Aufwendungen des Landes für das bundesweite Akteneinsichtportal werden ebenfalls hier nachgewiesen.

Summe Titelgruppe 69			1.730,0	a)	1.730,0
90		Einnahmen im Rahmen der dezentralen Budgetverantwortung			
119 90	051	Vermischte Einnahmen im Rahmen der dezentralen Budgetverantwortung	30,7 35,0 39,1	a) b) c)	30,7

Erläuterung: Hier werden die erwirtschafteten Verwaltungseinnahmen nachgewiesen, insbesondere Erlöse aus dem Verkauf von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen und aus dem Verkauf von Büchern aus Gerichtsbibliotheken, Miet- und Pachteinnahmen aus der zeitweisen Überlassung von landeseigenen Räumen an Dritte, Entgelte von Bediensteten für die Gewährung von Nutzungen und Sachbezügen, Entgelte für die Aufstellung von Warenautomaten und privaten Kühlschränken in Dienstgebäuden, der Dienststelle überlassene Veröffentlichungshonorare für gerichtliche Entscheidungen, der Dienststelle zustehende bzw. ihr überlassene Honorare für die Teilnahme an Lehrveranstaltungen und anderen Veranstaltungen (z.B. Podiumsdiskussionen) im Auftrag des Gerichts, Entgelte für die Nutzung gerichtseigener Datenbanken, Entgelte für die Nutzung gerichtseigener Videokonferenzanlagen durch Dritte, Entgelte für die Teilnahme nicht dem Justizdienst angehörender Personen an dezentralen Fortbildungsveranstaltungen u. dgl.

Summe Titelgruppe 90			30,7	a)	30,7
Gesamteinnahmen			452.081,2	a)	509.801,2

Ausgaben

Über § 6 StHG hinaus sind die Ausgaben der OGr. 81 vollständig mit den Ausgaben der OGr. 51 - 54 (ohne GNr. 529 und 536, Tit. 537 02, 546 51 und Titel der TG 69 und 71) gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung dieser Titel erhöht sich um 75 v.H. der Einnahmen bei Tit. 119 90.

Personalausgaben

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

Das Personalausgabenbudget gemäß § 6a Abs. 2 StHG 2017 umfasst die Titel der Obergruppen 42 und 45 mit Ausnahme der Titel 422 03 und 459 53 sowie der Titel in Titelgruppen und hat ein Gesamtvolumen im Jahr 2017 in Höhe von 442.305,2 Tsd. Euro.

Über § 6a StHG 2017 hinaus sind die in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben uneingeschränkt gegenseitig deckungsfähig mit den in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben der Kap. 0501, 0511 und 0512.

Ministerium der Justiz und für Europa
0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
412 01	051	Entschädigungen an ehrenamtliche Richterinnen und Richter u. dgl.	2.250,0 2.154,2 2.164,1		a) b) c)	2.250,0
<p>Erläuterung: Die bei Gerichten als ehrenamtliche Richterinnen und Richter zugezogenen Personen werden nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz vom 05.05.2004 (BGBl. I S. 718, 776) in der jeweils geltenden Fassung entschädigt.</p>						
422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter	279.057,4 273.957,6 272.622,8		a) b) c)	302.357,0
<p style="text-align: center;">Ausgaben für reformbedingte zeitlich bis 31.12.2017 befristete Sonderzuschläge für Bezirksnotare und Notarvertreter nach § 75 Abs. 3 LBesGBW in Verbindung mit der Verordnung der Landesregierung über einen reformbedingten Sonderzuschlag für Bezirksnotare und Notarvertreter sind zulässig.</p>						
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften:</p>						
			2017 Tsd. EUR			
1. Planmäßige Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter			302.357,0			
darunter			<u>Tsd. EUR</u>			
1.1 Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge:						
Aufwandsentschädigungen nach der AER			26,0			
<p>Die Bezüge für die zur Rechtspflegerlaufbahn zugelassenen Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes werden für die Dauer ihrer Abordnung an die Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen (Kap. 0504) aus Kap. 0503 Tit. 422 01 weitergezahlt.</p>						
Übertragen nach			21,6 Tsd. EUR			
Kap. 0502 Tit. 441 01			<u>3.756,7 Tsd. EUR</u>			
Kap. 0503 Tit. 459 49			3.778,3 Tsd. EUR.			
zus.						
Übertragen von Kap. 1212 Tit. 461 01 gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16			670,8 Tsd. EUR.			
<p>Kürzung des Budgets um insgesamt 33,3 Tsd. EUR für die kw-Stellen mit konkretem Vollzugszeitpunkt. Die Kürzung erfolgte für den Wegfall von je 1 Stelle der Bes.Gr. A 7 (Justizobersekretär) und A 6 (Justizsekretär) ab dem 01.07.2015.</p>						
422 02	051	Bezüge und Nebenleistungen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter	500,0 295,7 347,8		a) b) c)	500,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind auch Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften.</p>						
<p>Zur Deckung der Bezüge von an das LuK-Fachzentrum abgeordneten Notarvertreterinnen und Notarvertretern sind fünf Stellen der Bes.Gr. A 12 bei Kap. 0512 Tit. 422 01 gesperrt.</p>						
422 03	051	Bezüge der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.	2.572,7 5.607,7 5.116,8		a) b) c)	2.724,7
<p>Erläuterung: Die Anwärterbezüge für die an die Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen (Kap. 0504) abgeordneten Rechtspflegeranwärterinnen und Rechtspflegeranwärter, Gerichtsvollzieheranwärterinnen und Gerichtsvollzieheranwärter werden aus Kap. 0503 Tit. 422 03 weitergezahlt.</p>						

Ministerium der Justiz und für Europa
0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			
422 04	051	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
427 11	051	Nebenvergütungen		2,2 194,7 207,3	a) b) c)	2,2
Erläuterung: Veranschlagt sind Nebenvergütungen für Bedienstete für die Übernahme von Büro- und Schreibarbeiten des Präsidialrats der ordentlichen Gerichtsbarkeit (179 EUR monatlich) sowie für die Zustellung von Gerichtspost durch Justizbedienstete.						
427 12	051	Vergütung für die nebenamtliche Sitzungsvertretung der Staatsanwaltschaft bei den Amtsgerichten		172,5 78,7 78,0	a) b) c)	172,5
Erläuterung: Veranschlagt sind Vergütungen für die Wahrnehmung der nebenamtlichen Sitzungsvertretung der Staatsanwaltschaft bei den Amtsgerichten durch Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare sowie beurlaubte Beamtinnen und Beamte (Staatsanwältinnen und Staatsanwälte) und Richterinnen und Richter.						
427 16	051	Unterrichtsvergütungen		1.000,0 779,2 708,1	a) b) c)	1.020,0
Ersätze fließen den Mitteln zu.						
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Vergütungen für die Erteilung von Unterricht im Rahmen der Ausbildung für den höheren, gehobenen und mittleren Justizdienst (ausgenommen Laufbahnen des Justizvollzugs) sowie für Rechtsstaatsunterricht für Flüchtlinge. Aus diesem Titel darf die Vergütung für Rechtsstaatsunterricht aller Justizbediensteten einschließlich Reise- und Qualifizierungskosten sowie für Unterrichtsmaterial und Dolmetscher geleistet werden.						
Übertragen nach Kap. 0501 Tit. 427 26			80,0 Tsd. EUR.			
427 26	051	Persönliche Prüfungskosten		35,0 26,0 22,3	a) b) c)	26,0
Erläuterung: Prüfungsvergütungen und Honorare, Kosten der Prüfungsaufsicht und Vergütungen für vorübergehend beschäftigte Schreibhilfen für Prüfungen, die von den Oberlandesgerichten abgehalten werden.						
Übertragen nach Kap. 0501 Tit. 427 26			9,0 Tsd. EUR.			
427 51	051	Sonstige Beschäftigungsentgelte		1.287,2 1.841,6 775,9	a) b) c)	3.253,3
Erläuterung: Veranschlagt sind:						
			2017 Tsd. EUR			
1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen			3.113,3			
2. Sonstiges (Hausdienstvergütungen u. a.)			140,0			
zus.			3.253,3			

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Mehr bei Erläuterung 1:

a) Infolge Umstellung der Ausbildung für den mittleren Justizdienst. Der Vorbereitungsdienst wird durch eine sechsmontatige laufbahnspezifische Zusatzausbildung von Justizfachangestellten ersetzt. Zur Kompensation der Abwesenheit der Nachwuchskräfte ist die vorübergehende Einstellung von 35 zusätzlichen Ersatzkräften notwendig (Mehrbedarf: 859,3 Tsd. EUR).

b) Infolge Grundbuchamtsreform. Zur Eingliederung bislang kommunaler Grundbuchämter werden Aushilfskräfte benötigt, da diese Aufgabe mit dem vorhandenen Personal nicht neben den herkömmlichen Aufgaben des Grundbuchamts erledigt werden kann.

Übertragen von Kap. 0512 Tit. 427 51 42,5 Tsd. EUR.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	107.209,6 115.628,5 111.537,1	a) b) c)	120.822,7
--------	-----	---	-------------------------------------	----------------	-----------

Erläuterung: Veranschlagt sind neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen auf Grund von Tarifverträgen Tsd. EUR

- | | | |
|----|---|------|
| 3. | 1600/1600 Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis
0/100 Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis
- kw spätestens ab 01.07.2019 -
490/465 Auszubildende zu Justizfachangestellten
10/10 Auszubildende an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg -
Bereich Wirtschaftsinformatik (Vertiefungsrichtung Verwaltungsinformatik) - | |
| 6. | Sonstige Zulagen (Zulagen nach § 14 TV-L, §§ 10 und 18 TVÜ-L) | 40,6 |

Die für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, Auszubildende und Praktikantinnen und Praktikanten angegebenen Zahlen sind Durchschnittszahlen, weil sich Beginn und Ende der Ausbildungszeit teilweise überschneiden.

Für einen blinden Bediensteten darf eine Vorlesekraft (Entg.Gr. 6 TV-L) beschäftigt werden, sofern bei Kap. 0502 Tit. 429 01 Mittel in Höhe der dafür anfallenden Ausgaben eingespart werden.

Kürzung des Budgets um insgesamt 72,2 Tsd. EUR für die kw-Stellen mit konkretem Vollzugszeitpunkt. Die Kürzung erfolgte für den Wegfall von 3 Stellen der Entg.Gr. 6 TV-L (Beschäftigte) ab dem 01.07.2016.

Übertragen von Kap. 0512 Tit. 428 01 Erl. 6 16,6 Tsd. EUR.

Übertragen nach Kap. 0503 Tit. 459 49 5.066,3 Tsd. EUR.

428 05	051	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte	31,0 38,1 22,1	a) b) c)	38,0
--------	-----	---	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind Tsd. EUR

- | | | |
|----|-------------------------|------|
| 1. | Zeitzuschläge | 1,2 |
| 2. | Überstundenentgelte | 22,1 |
| 3. | Entgelte für Mehrarbeit | 14,7 |
| | zus. | 38,0 |

Übertragen von Kap. 0501 Tit. 428 05 7,0 Tsd. EUR.

428 06	051	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes	4.555,7 4.404,0 4.487,5	a) b) c)	4.480,0
--------	-----	---	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Die anteiligen Lohnkosten für die Reinigung der vom Arbeitsgericht Lörrach – Kammern Radolfzell – belegten Diensträume im Amtsgerichtsgebäude Radolfzell sowie der vom Arbeitsgericht Ulm und dem Sozialgericht Ulm belegten Diensträume im Amtsgerichtsgebäude Ulm sind hier mit veranschlagt, ohne dass an Kap. 0503 Ersatz geleistet wird.

Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01 75,7 TEUR.

Ministerium der Justiz und für Europa
0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
428 51	051	Beschäftigungsentgelte für nicht vollbeschäftigte Arbeitnehmer mit weniger als 50 v.H. der durchschnittlichen regelmäßigen wöchentl. Arbeitszeit	40,0 33,5 45,2		a) b) c)	40,0
453 01	051	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.	793,5 532,3 446,3		a) b) c)	793,5
Erläuterung: Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
1. Trennungsgelder			593,5			
2. Umzugskostenvergütungen			200,0			
zus.			793,5			
459 49	N 051	Vermischte Personalausgaben	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	8.800,0
<p style="margin-left: 40px;">§ 6a Abs. 3 StHG 2017 darf nur zu Gunsten des Titels in Anspruch genommen werden.</p> <p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Ausgaben, die infolge der Maßnahmen zur sozialverträglichen Umsetzung der Grundbuchamtsstruktur- und der Notariatsreform entstehen. Mit Verwaltungsvorschrift des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 16. September 2016 kommen auf Grundlage des Beschlusses des Ministerrats vom 13. Oktober 2015 die folgenden Maßnahmen zur Anwendung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wechselprämie an Tarifbeschäftigte, die freiwillig aus dem Landesdienst ausscheiden. - Beiträge zum Ausgleich von Rentenminderungen bei vorzeitiger Inanspruchnahme einer Vollrente wegen Alters gemäß § 187a Sozialgesetzbuch Sechstes Buch (SGB VI) und damit zusammenhängende Zahlungen an den Arbeitnehmer. - Gewährung von Sonderurlaub für Tarifbeschäftigte. - Zuweisung von Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes an Nurnotarinnen bzw. Nurnotare. - Versetzung von Beamtinnen und Beamten in den einstweiligen Ruhestand. 						
459 53	051	Vergütungen an Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher	32.290,5 33.418,5 30.267,8		a) b) c)	33.240,5
<p style="margin-left: 40px;">Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 111 44 geleistet werden.</p> <p>Erläuterung: Veranschlagt sind die den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern als Vergütung zustehenden Gebührenanteile sowie die für die Erledigung der Aufträge überlassenen oder ersetzten Auslagen.</p> <p>Das Aufkommen ist auf der Basis der Ist-Entwicklung und der erwarteten Geschäftsentwicklung geschätzt.</p>						
Zwischensumme Personalausgaben			431.797,3		a)	480.520,4

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	051	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	19.860,0 17.880,6 17.462,5	a) b) c)	19.200,6
--------	-----	---	----------------------------------	----------------	----------

Die Mittel sind zur Deckung des vorübergehenden Mehrbedarfs für Mittelstellen bei Kap. 0503 Tit. 428 01 in Höhe von 1.700,0 Tsd. EUR bis 30. Juni 2019 gesperrt und können nur mit Einwilligung des Finanzministeriums in Anspruch genommen werden.

Portorückvergütungen fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Veranschlagt sind:		Tsd. EUR
1.	Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	1.815,6
2.	Porto	16.900,0
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	200,0
4.	Unterhaltung und Instandsetzung	250,0
5.	Sonstiges	35,0
zus.		19.200,6

Hier werden auch die Papierkosten nachgewiesen, die durch Kopieraufträge usw. des Ministeriums, der Notariate des württembergischen Rechtsgebiets und der Notarakademie Baden-Württemberg bei der Zentralen Vervielfältigungsstelle des Oberlandesgerichts Stuttgart entstehen, desgleichen die Kosten von Vervielfältigungen für Notariate bei sonstigen Druckanlagen und Kopiergeräten, wenn diese Anlagen und Geräte hierfür nur zum geringeren Teil in Anspruch genommen werden. Umgekehrt werden Papierkosten, die für Aufträge von Gerichten und Staatsanwaltschaften anfallen, bei Kap. 0512 Tit. 537 01 nachgewiesen, wenn die Kopiergeräte überwiegend für Notariate im württembergischen Rechtsgebiet eingesetzt sind. Die Wartungs- bzw. Mietaufwendungen für Kopiergeräte werden jeweils bei Tit. 515 69 bzw. 518 69 nachgewiesen.

Die Ausgaben für Porto der Notariate, der Grundbuchämter und der Notarakademie Baden-Württemberg (Kap. 0511 und 0512), die Frankiermaschinen von Gerichten und Staatsanwaltschaften mitbenutzen, werden hier nachgewiesen.

Weniger wegen Zahlungen an den Versorgungsfonds sowie für Beihilfe für 95 Neustellen.

514 01	051	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	116,0 78,3 62,8	a) b) c)	116,0
--------	-----	--------------------------------------	-----------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind:		Tsd. EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	112,8
3.	Sonstiges (Steuern, Erwerb von Fahrrädern)	3,2
zus.		116,0

Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen:	2016	2017
Pkw	1	1
davon geleast	1	1
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.	27	27
davon geleast	27	27
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen	27	27

Ministerium der Justiz und für Europa
0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 02	051	Dienst- und Schutzkleidung	155,6 131,6 41,1		a) b) c)	155,6
Erläuterung: Dienstkleidung erhalten 435/435 Beamtinnen und Beamte des Justizwachmeisterdienstes sowie 7/7 Arbeitnehmer. Veranschlagt ist auch ein pauschaler Kostenersatz an das Logistikzentrum Baden-Württemberg (LZBW) für die Beschaffung der Dienstkleidung der Justizwachmeister.						
517 01	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	550,0 753,4 735,4		a) b) c)	550,0
Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR						
8. Geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf)			540,0			
Hier werden auch die Kosten für kurzzeitige Vertretungen für vom Land beschäftigtes Reinigungspersonal nachgewiesen (10,0 Tsd. EUR).						
518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	111,0 96,7 84,9		a) b) c)	111,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für 28 Kfz-Leasingverträge für: 1 Pkw, 4-türig, bis 2,2 l (130 kW), 27 Kombi, bis 2,2 l, (130 kW).						
525 21	051	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	1.150,0 1.057,1 954,0		a) b) c)	1.200,0
Tit. 525 21 und Kap. 0511 Tit. 525 70 sind gegenseitig deckungsfähig.						
Ersätze Dritter fließen den Mitteln zu.						
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für die fachliche und fachübergreifende Weiterqualifizierung der Bediensteten in der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Mehr wegen erforderlicher Nachqualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Notariate, die infolge der Grundbuchamts- und Notariatsreform spätestens zum 01.01.2018 an ein Gericht oder eine Staatsanwaltschaft wechseln.						
525 22	051	Berufliche Ausbildung der Landesbediensteten (soweit nicht Titelgruppe 68)	205,0 232,1 227,0		a) b) c)	205,0
Erläuterung: Veranschlagt sind im Wesentlichen Reisekosten für Reisen im Rahmen der Ausbildung und Kosten für sonstige Ausbildungsmaßnahmen sowie Aufwendungen für die Ausstattung von Bibliotheken für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare sowie der Ausbildungszentren für Justizfachangestellte mit Lehr- und Lernmaterial, Ausbildungsvorschriften u. dgl. Die Reisekosten der an die Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen (Kap. 0504) abgeordneten Beamtinnen und Beamten in Ausbildung aus Baden-Württemberg werden hier nachgewiesen.						

Ministerium der Justiz und für Europa
0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

525 41	051	Sächliche Prüfungskosten für Landesbedienstete	35,0		a)	35,0
			29,5		b)	
			33,8		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind im Wesentlichen die Reisekosten der Prüferinnen und Prüfer bei Prüfungen, die von den Oberlandesgerichten abgehalten werden, die Reisekosten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Prüfungen, die vom Landesjustizprüfungsamt und den Oberlandesgerichten durchgeführt werden, sowie Aufwendungen für die Anmietung von Prüfungsräumen.

525 42	051	Aufwendungen anlässlich der praktischen Studienzeit von Studierenden der Rechtswissenschaft bei Justizbehörden (einschließlich Reisekosten)	30,0		a)	32,0
			27,1		b)	
			27,7		c)	

Erläuterung: Im Zuge der Intensivierung der Juristenausbildung wird Studierenden der Rechtswissenschaft ein verbindlicher praktischer Anschauungsunterricht über die Tätigkeit der Justiz- und der Innenverwaltung vermittelt. Der Justizabschnitt, den die Studentinnen und Studenten in Gruppen von bis zu 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchlaufen, dauert 2 Monate.

Übertragen von Kap. 0511 Tit. 525 21 2,0 Tsd. EUR.

525 51	051	Unterrichtung der in der Strafrechtspflege tätigen ehrenamtlichen Richterinnen und Richter (einschließlich Reisekosten)	20,0		a)	20,0
			13,3		b)	
			58,0		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Vergütungen der Referentinnen und Referenten, Entschädigungen für Zeitversäumnis und Verdienstausfall sowie Fahrtkostenersatz der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter.

526 01	051	Gerichts- und ähnliche Kosten	70,4		a)	70,4
			94,8		b)	
			67,5		c)	

526 11	051	Kosten für Sachverständige	17,8		a)	17,8
			26,5		b)	
			8,2		c)	

527 01	051	Dienstreisen	705,0		a)	730,0
			674,1		b)	
			657,1		c)	

Ersätze durch den Bund fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Vgl. Tit. 525 21, 525 22, 525 41, 525 42, 525 51, 536 01 und 525 69.
Übertragen von Kap. 0511 Tit. 527 70 15,0 Tsd. EUR
Kap. 0512 Tit. 527 01 5,0 Tsd. EUR
zus. 20,0 Tsd. EUR

Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.

Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017
Pkw	663	723

Mehr infolge verstärkter Reisetätigkeit im Rahmen einer Gerichtspartnerschaft.

Übertragen von Kap. 0512 Tit. 537 01 60 Fahrzeuge.

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

529 01	051	Zur Verfügung der Präsidenten der Oberlandesgerichte und der Generalstaatsanwälte für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in bes. Fällen	3,1 3,0 3,0		a) b) c)	3,1
--------	-----	--	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

532 01	051	Umzugs- und Verlegungskosten	320,0 24,7 0,0		a) b) c)	634,0
--------	-----	------------------------------	----------------------	--	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Umzugskosten bei der Verlegung von Gerichten und Staatsanwaltschaften. Mehr insbesondere wegen vermehrten Umzügen von Amtsgerichten und Staatsanwaltschaften.

534 01	051	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	50,0 27,4 21,3		a) b) c)	50,0
--------	-----	----------------------------------	----------------------	--	----------------	------

536 01	051	Auslagen in Rechtssachen (einschließlich Reisekosten)	263.000,0 215.567,9 220.818,9		a) b) c)	263.300,0
--------	-----	---	-------------------------------------	--	----------------	-----------

Aus den bei Erl. 10 ausgebrachten Mitteln dürfen auch Billigkeitsleistungen gewährt werden. Tit. 536 01 und Tit. 685 01, Tit. 536 01 und Tit. 536 02 sowie Tit. 536 01 und Tit. 632 02 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Veranschlagt sind folgende Einzelbeträge:

	2017 Tsd. EUR
1. Gebühren und Auslagen der beigeordneten Rechts- und Patentanwälte	56.470,0
2. Gebühren und Auslagen der beigeordneten Verteidiger und der psychosozialen Prozessbegleiter	34.300,0
3. Entschädigung für Zeugen	7.000,0
4. Vergütung der Sachverständigen (ohne Dolmetscher und Übersetzer)	88.600,0
5. Vergütung der Dolmetscher (ohne Übersetzer)	5.200,0
6. Vergütung der Übersetzer	3.100,0
7. Aufwand für ehrenamtliche Vormünder, Pfleger und Betreuer	5.400,0
8. Aufwand für einem Verein angehörende Vormünder, Pfleger und Betreuer	3.800,0
9. Aufwand für selbständige berufsmäßig tätige Vormünder, Pfleger und Betreuer (einschließlich Verfahrenspfleger)	35.430,0
10. Sonstige Auslagen in Rechtssachen	24.000,0
zus.	<u>263.300,0</u>

Das Aufkommen ist auf der Basis der Entwicklung der Ist-Ausgaben, der erwarteten Geschäftsentwicklung und der demografischen Entwicklung geschätzt.

Danach mögliche Reduzierung der Ausgaben um 3.732,0 Tsd. EUR strukturell zur Konsolidierung des Haushalts. Soweit die erwartete Minderausgabe nicht erzielt wird, erfolgt eine ersatzweise zusätzliche Einsparung bei den Ausgaben; vgl. auch Kap. 0502 Tit. 972 10.

Bei Erl. 10 werden auch Belohnungen für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung strafbarer Handlungen oder der Ergreifung von Straftätern sowie Hinterlegungsinsen nachgewiesen.

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

536 02	051	Therapeutische Maßnahmen im Rahmen der Führungsaufsicht	750,0 1.029,3 743,7	a) b) c)	750,0
--------	-----	--	---------------------------	----------------	-------

Tit. 536 01 und Tit. 536 02 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für therapeutische Maßnahmen für Straftäter in forensischen Ambulanzen nach ihrer Entlassung aus dem Strafvollzug im Rahmen der Führungsaufsicht (Vorstellungs- und Therapieweisungen nach § 68 b Abs. 1 Nr. 11, Abs. 2 S.2 StGB) und nach Maßgabe von Bewährungsaufgaben. Die Kosten werden fallbezogen erstattet.
Die Kosten für die Behandlung von entlassenen Maßregelvollzugspatienten werden bei Kap. 0930 nachgewiesen.

546 49	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	77,0 87,9 100,5	a) b) c)	77,0
--------	-----	--------------------------------	-----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind:		Tsd. EUR
2.	Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern sowie Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften	42,0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	23,0
5.	Aufwand für die Bewirtung ausländischer Gäste	12,0
zus.		77,0

Bei der Erl. 4 werden auch Sitzungsvergütungen und Reisekosten der Mitglieder der bei den Oberlandesgerichten – Verwaltungsabteilung – Karlsruhe und Stuttgart gebildeten Berufsbildungsausschüsse für Auszubildende zur Justizfachangestellten nach § 56 BBiG, der Schlichtungsausschüsse nach § 111 Abs. 2 ArbGG sowie die Kosten von Hepatitis-B-Schutzimpfungen nachgewiesen.

Der Betrag bei Erl. 5 ist verbindlich und einseitig deckungsfähig zu Gunsten anderer Erläuterungen dieses Titels. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

546 51	051	Schadenersatzleistungen (auch aus Billigkeitsgründen)	65,0 114,2 58,5	a) b) c)	65,0
--------	-----	---	-----------------------	----------------	------

Ersätze fließen den Mitteln zu.

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben	287.290,9	a)	287.322,5
--	-----------	----	-----------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

632 01	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	150,0 176,6 136,9	a) b) c)	150,0
--------	-----	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Anteile des Landes Baden-Württemberg an den Kosten der vom Land Nordrhein-Westfalen durchgeführten gemeinsamen Lehrgänge zur Ausbildung und gemeinsamen Prüfung von Amtsanwaltsanwärterinnen und Amtsanwaltsanwärttern.
Der Ansatz richtet sich im Wesentlichen nach der Zahl der Lehrgangsteilnehmer.

Ministerium der Justiz und für Europa
0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			
632 02	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Hessen für einen Betriebsverbund der Länder zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung Tit. 536 01 und Tit. 632 02 sind gegenseitig deckungsfähig.	420,0		a)	420,0
			343,2		b)	
			327,9		c)	
<p>Erläuterung: Nach § 68 b Abs. 1 Nr. 12 StGB in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des Rechts der Sicherungsverwahrung und zu begleitenden Regelungen vom 22.12.2010 (BGBl. I S. 2300) kann bei Verurteilten, die unter Führungsaufsicht stehen, eine elektronische Überwachung ihres Aufenthaltsortes angeordnet werden. Die bundeseinheitliche Umsetzung der erforderlichen technischen Dienstleistungen erfolgt durch die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung, die Überwachung in einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder. Die Anteile werden nach dem Königsteiner Schlüssel berechnet. Die unmittelbaren einzelfallbezogenen Kosten einer richterlichen Anordnung zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung werden bei Kap. 0503 Tit. 536 01 nachgewiesen.</p>						
671 01	W 051	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Bundesnotarkammer für die Übernahme von standesamtlichen Karteikarten über nichteheliche Kinder	0,0		a)	0,0
			19,2		b)	
			19,2		c)	
<p>Erläuterung: Hier werden Kostenerstattungen an die Bundesnotarkammer nachgewiesen für die bis einschließlich 2015 laufende Datenüberführung nach der bundesgesetzlichen Neuordnung zum Schutz des Erbrechts nichtehelicher und einzeladopter Kinder im Nachlassverfahren (§ 9 Abs. 1 TVÜG). Die Anteile werden nach dem Königsteiner Schlüssel berechnet.</p>						
681 02	051	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	4.705,0		a)	4.505,0
			3.900,3		b)	
			4.606,1		c)	
<p>Erläuterung: Hier werden auch die der Staatskasse auf Grund von §§ 467 Abs. 1, 473 Abs. 2 und 3 StPO auferlegten notwendigen Auslagen von Beschuldigten nachgewiesen. Einsparung zum Ausgleich des Haushalts.</p>						
681 10	051	Entschädigungen im Rahmen des Rechtsschutzes bei überlanger Verfahrensdauer	90,0		a)	90,0
			47,6		b)	
			9,6		c)	
<p>Erläuterung: Hier werden Entschädigungsleistungen der Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwaltschaften nach dem Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren nachgewiesen. Das Aufkommen ist geschätzt.</p>						
684 01	051	Zuwendungen an die Bewährungshilfe Stuttgart e. V.	115,0		a)	115,0
			115,0		b)	
			115,0		c)	
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Zuschüsse an die Bewährungshilfe Stuttgart e. V. für</p>						
			<u>Tsd. EUR</u>			
1. den Betrieb einer Sexualstrafäterambulanz und des Kompetenznetzwerks ambulanter Straftätertherapien			100,0			
2. die Weiterführung des Programms der Zeugenbegleitung durch ehrenamtliche Mitarbeiter			<u>15,0</u>			
			zus. 115,0			

Ministerium der Justiz und für Europa
0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
684 02	051	Zuwendung an die Behandlungsinitiative Opferschutz e.V.	100,0 100,0 100,0		a) b) c)	100,0
Erläuterung: Veranschlagt ist ein Zuschuss an die Behandlungsinitiative Opferschutz e. V. (BIOS) in Karlsruhe für den Betrieb der Forensischen Ambulanz Baden (FAB).						
684 03	051	Zuwendungen an Vereine und Opferberatungsstellen	200,0 200,0 0,0		a) b) c)	150,0
Erläuterung: Veranschlagt sind Zuschüsse an justiznahe Vereine und Opferberatungsstellen für die psychosoziale Prozessbegleitung von Kindern und Jugendlichen zur Weiterbildung.						
685 01	051	Zuschüsse für die Rechtsberatung und -vertretung für Bürger mit geringem Einkommen	7.000,0 5.615,5 6.047,2		a) b) c)	6.500,0
Tit. 536 01 und Tit. 685 01 sind gegenseitig deckungsfähig.						
Erläuterung: Aus den veranschlagten Mitteln werden Zuschüsse zu den Kosten der unentgeltlichen Rechtsberatung und -vertretung für Bürger mit geringem Einkommen durch Rechtsanwälte gewährt. Das Aufkommen ist geschätzt.						
685 02	051	Zuschüsse an Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher zum Erwerb von Schutzwesten	20,0 10,4 2,6		a) b) c)	20,0
Erläuterung: Aus den veranschlagten Mitteln werden Zuschüsse an Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher zu den Kosten des Erwerbs von Schutzwesten gewährt. Das Aufkommen ist geschätzt.						
Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			12.800,0		a)	12.050,0
Ausgaben für Investitionen						
811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen u. dgl. (für die Verwaltung)	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
812 01	051	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	4.520,0 1.225,5 600,5		a) b) c)	7.370,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Erläuterung: Veranschlagt sind Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Ausstattungsgegenständen, die Einrichtung von Infotheken in Gerichten sowie Neu- und Ersatzbeschaffungen von Maschinen und Geräten.
Mehr insbesondere wegen Ersatz der Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände der Staatsanwaltschaften sowie zur Ausstattung der Amtsgerichte auf Grund des Aufgabenübergangs im Zuge der Notariatsreform.

Aus dem Titel erfolgen Zahlungen an den Versorgungsfonds sowie für Beihilfe für 95 Neustellen.

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen	4.520,0	a)	7.370,0
---	---------	----	---------

Titelgruppen

69 Aufwand für Informationstechnik

Erläuterung: Bei der Tit.Gr. 69 werden die Aufwendungen für alle informationstechnischen Anwendungen im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften ausgebracht einschließlich der Aufwendungen für die Durchführung des gerichtlichen Mahnverfahrens. Die Arbeitsplätze sind im Wege des BK-Outsourcing in vollem Umfang mit vernetzten Personal-Computern ausgestattet. Ausscheidbare Stellen- und Sachmitteleinsparungen ergeben sich dadurch nicht.

Schwerpunkte in den nächsten Jahren sind die Einführung und der Betrieb der elektronischen Aktenführung.

429 69	051	Personalaufwand	1.500,0	a)	1.200,0
			1.439,1	b)	
			1.383,3	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die nicht stellige gebundenen Personalaufwendungen zur Einführung der Fachanwendung forumSTAR und zur Weiterentwicklung der Fachanwendung web.sta.

511 69A	051	Maschinen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	920,0	a)	920,0
			634,4	b)	
			690,6	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind:

	Tsd. EUR
1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	720,0
2. Unterhaltung und Instandsetzung	200,0
zus.	920,0

Veranschlagt sind notwendige Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen, insbesondere von Scannern, Spezialdruckern und Schreibmaschinen.

511 69B	051	Fernmeldegebühren u. dgl.	2.749,5	a)	2.200,0
			1.569,7	b)	
			1.615,9	c)	

Ministerium der Justiz und für Europa
0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR	Tsd. EUR
	2016	2017
1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	700,0	700,0
2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	180,0	180,0
3. Rundfunkbeiträge	20,0	20,0
4. Sonstiges (LVN III)	1.849,5	1.300,0
zus.	2.749,5	2.200,0

Anzahl der in den Wohnungen von Landesbediensteten vorhandenen dienstlichen Fernsprechan- schlüsse:	2016	2017
	45	45

Justizdienststellen sind an Zentralen anderer Dienststellen aus den Epl. 03, 06 und an im Epl. 12 ausgewiesene Staatszentralen angeschlossen, ohne dass die anteiligen Fernsprechkosten erstattet werden. An Justizzentralen sind Dienststellen aus den Epl. 03, 06, 07, 08, 12 und 14 angeschlossen, ohne dass die anteiligen Fernsprechkosten erstattet werden. 2016 mehr wegen Übernahme zentraler Rechenzentrumsbetrieb Grundbuchämter.

514 69	051	Verbrauchsmittel	1.290,7	a)	1.270,1
			1.091,5	b)	
			1.212,3	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Vordrucke, Spezialpapier u. dgl. sowie für Sicherungsbänder, CD-Rom, Disketten, Druckerpatronen u. ä.

518 69	051	Maschinen- und Gerätemieten	1.098,7	a)	1.098,7
			609,4	b)	
			706,3	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Mieten für Kopiergeräte.

525 69	051	Aus- und Fortbildung	700,0	a)	700,0
			208,7	b)	
			280,4	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Aufwendungen für DV-Schulungsmaßnahmen für Fachanwendungen (einschl. Reisekosten).

534 69	051	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	21.450,7	a)	21.645,1
			24.434,2	b)	
			19.309,9	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Programme, Programmieraufträge und Lizenzprogramme, für die Inanspruchnahme von Datenservice-Büros, für die JURIS-, SAP- und Internet-Nutzung sowie Raten für das BK-Outsourcing.

Weiter veranschlagt sind Mittel zur Einführung einer elektronischen Aktenführung.

Übertragen von Kap. 0512 Tit. 534 69 1.220,3 Tsd. EUR.

Ministerium der Justiz und für Europa
0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
546 69	051	Sonstiger Sachaufwand		30,0 0,3 0,5	a) b) c)	30,0
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Aufwendungen für externe Beratungsleistungen und für die Unterrichtung der rechtsuchenden Bevölkerung über das automatisierte Mahnverfahren.						
632 69	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Anteile des Landes Baden-Württemberg an den Entwicklungskosten länderübergreifender justizspezifischer Software.						
676 69	051	Erstattungen an Ausland		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Erstattungen an das österreichische Bundesministerium für Justiz für die Aufwendungen zur gemeinsamen Erstellung sowie für den Betrieb eines E-Learning-Programms für Rechtsreferendare.						
812 69	051	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		835,0 636,9 776,2	a) b) c)	825,0
Erläuterung: Veranschlagt sind Ersatzbeschaffungen von Servern und sonstigen EDV-Geräten, der Ersatz und die Erweiterung von Fernsprechanlagen sowie die Beschaffung von Zeiterfassungssystemen und Videokonferenzenanlagen.						
Summe Titelgruppe 69				30.574,6	a)	29.888,9
71		Bewährungs- und Gerichtshilfe				
Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.						
Erläuterung: In der Tit.Gr. 71 werden ab 2017 Zuschüsse an Bewährungs- und Straffälligenhilfevereine für Haftplatz entlastende Maßnahmen (Tit. 684 71) nachgewiesen.						
Ab dem Jahr 2017 werden						
- die Aufwendungen für die ehrenamtlichen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer (Tit. 412 71),						
- die Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer (Tit. 422 71),						
- die Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Tarifbereich (Tit. 428 71),						
- das Entgelt an den Träger für die Bewährungs- und Gerichtshilfe in Baden-Württemberg (Tit. 534 71) sowie die vom Land zu tragenden Sachaufwendungen (Tit. 546 71)						
in Kap. 0508 TGr. 75 nachgewiesen.						
Wegen der Neuorganisation der Bewährungs- und Gerichtshilfe sowie die Aufgabenübertragung auf die Landesanstalt Bewährungs- und Gerichtshilfe Baden-Württemberg (BGBW) als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Stuttgart siehe die dortigen Erläuterungen.						

Ministerium der Justiz und für Europa
0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014 Tsd. EUR	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
412 71	W 051	Entschädigungen an ehrenamtliche Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer		504,0 576,7 186,4	a) b) c)	0,0
		Erläuterung: Übertragen nach Kap. 0508 Tit. 685 75.				
422 71	W 051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten		10.416,0 8.206,4 0,0	a) b) c)	0,0
		Erläuterung: Übertragen nach Kap. 0508 Tit. 422 75.				
428 71	W 051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)		2.906,0 1.023,6 0,0	a) b) c)	0,0
		Erläuterung: Übertragen nach Kap. 0508 Tit. 428 75 nach Kap. 0508 Tit. 685 75 zus.		2.703,2 Tsd. EUR <u>202,8 Tsd. EUR</u> 2.906,0 Tsd. EUR.		
546 71	W 051	Sachaufwand		50,0 14,4 27,8	a) b) c)	0,0
		Erläuterung: Übertragen nach Kap. 0508 Tit. 685 75.				
684 71	051	Zuschuss an das Netzwerk Straffälligenhilfe		2.138,5 2.081,2 2.130,4	a) b) c)	2.202,7
		Erläuterung: Veranschlagt ist ein Zuschuss an das Netzwerk Straffälligenhilfe für die landesweite flächendeckende Durchführung des Programms Vermittlung von Straffälligen in gemeinnützige Arbeit ("Schwitzen statt Sitzen") und dessen Optimierung in Verantwortung der Verbände der freien Straffälligenhilfe.				
Summe Titelgruppe 71				16.014,5	a)	2.202,7
Gesamtausgaben				782.997,3	a)	819.354,5

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Abschluss Kapitel 0503

Verwaltungseinnahmen	449.349,2	a)	507.069,2
Übrige Einnahmen	2.732,0	a)	2.732,0
Gesamteinnahmen	452.081,2	a)	509.801,2
Personalausgaben	447.123,3	a)	481.720,4
Sächliche Verwaltungsausgaben	315.580,5	a)	315.186,4
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	14.938,5	a)	14.252,7
Ausgaben für Investitionen	5.355,0	a)	8.195,0
Gesamtausgaben	782.997,3	a)	819.354,5
Kapitel 0503 Zuschuss	330.916,1	a)	309.553,3

Ministerium der Justiz und für Europa
0504 Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung: An der Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen erfolgt die fachwissenschaftliche Ausbildung der Beamtinnen und Beamten des gehobenen Justizdienstes (Rechtspflegerlaufbahn).
Die Hochschule dient auch der fachwissenschaftlichen Ausbildung von Studierenden des Landes Rheinland-Pfalz und des Saarlandes. Die Ausgaben der Hochschule werden – mit Ausnahme der Kosten der Einrichtungsgegenstände – von den Ländern nach dem Verhältnis der von diesen im Abrechnungszeitraum an die Hochschule abgeordneten Anwärterinnen und Anwärtern und der tatsächlichen Dauer ihrer Ausbildung getragen. Außerdem entrichten das Land Rheinland-Pfalz und das Saarland eine Entschädigung für die Nutzung der Räume und Einrichtungsgegenstände der Hochschule. Die Erstattungen sind bei Tit. 232 01 ausgebracht. Die Besoldung und die sonstigen Personalausgaben für die vom Land Rheinland-Pfalz und vom Saarland abgeordneten hauptamtlich tätigen Richterinnen und Richter und Beamtinnen und Beamten werden von den entsendenden Ländern veranschlagt; sie werden bei der Berechnung der Umlage mitberücksichtigt.
Weitere Ausgaben für Studierende aus Baden-Württemberg werden bei den nachstehend aufgeführten Titeln nicht bei Kap. 0504, sondern bei den Kap. 0502 und 0503 veranschlagt:
a) bei Kap. 0502: Tit. 441 01, 443 01, 443 03 und 459 01,
b) bei Kap. 0503: Tit. 422 01, 422 03, 453 01 und 525 22.
Für Studierende aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland werden diese Ausgaben vom entsendenden Land getragen.
2016 betrug die Zahl der Studierenden 354 (davon 279 aus Baden-Württemberg). Nach den Zulassungszahlen ist 2017 mit 385 Studierenden (davon 288 aus Baden-Württemberg) zu rechnen.
Seit 1. September 2012 ist im Südflügel des Schwetzinger Schlosses auch die Justizakademie Baden-Württemberg als zentrale Fortbildungsstätte der Justiz des Landes Baden-Württemberg eingerichtet. Auf Grund der gemeinsamen Nutzung des Gebäudes durch den Aus- und den Fortbildungsbetrieb werden die Einnahmen und Ausgaben der Justizakademie ebenfalls bei Kap. 0504 veranschlagt.
Seit September 2016 ist ein Studiengang Bachelor of Laws für Gerichtsvollzieher aus Baden-Württemberg eingerichtet. 2016 betrug die Zahl der Studierenden 34. Nach den Zulassungszahlen ist 2017 mit 36 Studierenden zu rechnen.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 49	133	Vermischte Einnahmen	0,5 3,7 1,8	a) b) c)	0,5
Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			0,5	a)	0,5

Übrige Einnahmen

232 01	133	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern	250,0 151,3 160,5	a) b) c)	200,0
--------	-----	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Erstattung von Kosten der Inanspruchnahme der Hochschule durch Studierende aus anderen Bundesländern.
Der Ansatz richtet sich insbesondere nach dem Umfang der Inanspruchnahme.

Zwischensumme Übrige Einnahmen			250,0	a)	200,0
Gesamteinnahmen			250,5	a)	200,5

Ministerium der Justiz und für Europa
0504 Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben

Die Ausgabeermächtigung der Tit. 427 51, der Tit. der OGr. 51, 52 (mit Ausnahme der Gruppe 529) und der Tit. 546 49 und 812 01 sowie der Titel der Tit.Gr. 69 erhöht sich um 75 v.H. der Einnahmen bei Tit. 119 49.

Personalausgaben

422 01	133	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	470,1 514,1 416,0	a) b) c)	669,0
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind auch Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften.

422 02	133	Bezüge und Nebenleistungen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter	788,8 453,7 438,3	a) b) c)	566,6
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind auch Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften.

422 04	133	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	--	-------------------	----------------	-----

Ausgaben sind bis zur Höhe von Einsparungen bei Titeln des Kap. 0504 zulässig, die gem. § 6 Abs. 1 Nr. 4 und 5 i.V.m. § 6 Abs. 2 StHG von der dezentralen Finanzverantwortung erfasst sind.

427 16	133	Unterrichtsvergütungen	45,0 40,0 37,6	a) b) c)	47,5
--------	-----	------------------------	----------------------	----------------	------

Tit. 427 16 und 427 26 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Vergütungen für die Erteilung von Unterricht im Rahmen der theoretischen Ausbildung zum Rechtspfleger bzw. Gerichtsvollzieher.

Mehr wegen steigender Studierendenzahlen.

427 26	133	Persönliche Prüfungskosten	4,0 3,1 2,7	a) b) c)	4,5
--------	-----	----------------------------	-------------------	----------------	-----

Tit. 427 16 und 427 26 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.

Erläuterung: Veranschlagt sind Prüfungsvergütungen für nebenamtliche Lehrkräfte.

Mehr wegen steigender Studierendenzahlen.

Ministerium der Justiz und für Europa
0504 Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014 Tsd. EUR	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
427 51	133	Sonstige Beschäftigungsentgelte		1,0 0,0 0,0	a) b) c)	1,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen	1,0			
428 01	133	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)		183,4 168,4 141,0	a) b) c)	216,5
428 06	133	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		19,0 18,4 17,9	a) b) c)	19,0
441 01	840	Beihilfen auf Grund der Beihilfeverordnung u. dgl. (ohne Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger)		41,9 45,6 43,1	a) b) c)	41,9
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
443 01	840	Fürsorgemaßnahmen		0,5 0,0 0,0	a) b) c)	0,5
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Unfallfürsorgeleistungen nach §§ 47 ff. LBeamtVGBW, die Unfallausgleichsleistungen nach § 50 LBeamtVGBW jedoch nur, soweit sie neben Bezügen im Sinne des Besoldungsrechts gezahlt werden. Vgl. Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Planmittel zu Tit. 443 01 im Vorheft des Staatshaushaltsplans.				
443 03	840	Unterstützungen auf Grund der Unterstützungsgrundsätze		0,3 0,0 0,0	a) b) c)	0,3
453 01	133	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		25,0 3,1 6,1	a) b) c)	25,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Trennungsgelder	25,0			
459 01	840	Ersatz von Sachschäden an Landesbedienstete, soweit die Leistungen nicht i.R. der Unfallfürsorge gewährt werden		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
		Ersätze fließen den Mitteln zu. Aus diesen Mitteln dürfen auch Billigkeitsleistungen gewährt werden (vgl. Erläuterungen).				
		Erläuterung: Leistungen nach § 80 LBG, bei Richterinnen und Richtern i. V. m. § 8 des Landesrichter- und -staatsanwaltgesetzes - LRiStAG -, sowie Ausgaben für den Ersatz von Sachschäden an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) nach Maßgabe der gesetzlichen bzw. der für die Beamten geltenden Bestimmungen auch aus Billigkeitsgründen. Vgl. auch Tit. 443 01.				
Zwischensumme Personalausgaben				1.579,0	a)	1.591,8

Ministerium der Justiz und für Europa
0504 Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	133	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	30,0 23,0 29,4	a) b) c)	30,0
--------	-----	---	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind:

Tsd. EUR

1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	12,1
2. Porto	1,5
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10,0
4. Unterhaltung und Instandsetzung	2,5
5. Sonstiges	3,9
zus.	<u>30,0</u>

514 02	133	Dienst- und Schutzkleidung	0,2 0,1 0,1	a) b) c)	0,2
--------	-----	----------------------------	-------------------	----------------	-----

517 01	133	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	120,0 114,4 111,0	a) b) c)	120,0
--------	-----	--	-------------------------	----------------	-------

Mehrausgaben sind bis zur Höhe von Wenigerausgaben bei Tit. 428 06 zulässig.

Erläuterung: Wegen der Beteiligung anderer Länder (vgl. Vorbemerkung) werden die Haus- und Energiebewirtschaftungskosten hier nachgewiesen. Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für Gebäudereinigung, Hausmeisterservice, Wasser und Abwasser, Abfallbeseitigung, Gebäudeversicherung, geringwertige Gebrauchsgegenstände, Verbrauchsmittel u.a.

517 05	133	Energiebewirtschaftungskosten	86,0 53,6 26,5	a) b) c)	86,0
--------	-----	-------------------------------	----------------------	----------------	------

Mehrausgaben sind bis zur Höhe von Wenigerausgaben bei Tit. 428 06 zulässig.

Erläuterung: Wegen der Beteiligung anderer Länder (vgl. Vorbemerkung) werden die Haus- und Energiebewirtschaftungskosten hier nachgewiesen.

Veranschlagt sind:

Tsd. EUR

1. Elektrizität	23,0
2. Kostenerstattungen an die Heizzentrale des Staatlichen Vermögens- und Hochbauamts (Fernwärme)	63,0
zus.	<u>86,0</u>

Die Hochschule ist an die zentrale Stromversorgung und Heizzentrale des Staatlichen Vermögens- und Hochbauamts in Schwetzingen angeschlossen. Die anteiligen Personal- und Sachkosten werden im Hinblick auf die Beteiligung weiterer Länder erstattet.

525 21	133	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	32,0 35,9 24,3	a) b) c)	60,0
--------	-----	--	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Aufwendungen für die Ausstattung der Bibliothek und Reisekosten der Lehrkräfte. Mehr in Anpassung an die gestiegenen Studierendenzahlen.

Ministerium der Justiz und für Europa
0504 Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			
527 01	133	Dienstreisen		3,5	a)	3,5
				3,0	b)	
				2,9	c)	
Erläuterung: Hier werden Reisekosten in Verwaltungsangelegenheiten nachgewiesen. Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.						
<u>Zugelassene Fahrzeuge</u>						
			2015	2016	2017	
Pkw			1	0	0	
529 01	133	Zur Verfügung des Rektors und des Prorektors für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen		1,0	a)	1,0
				1,0	b)	
				1,0	c)	
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
546 40	133	Für Aufwendungen anlässlich von Sonderveranstaltungen		2,5	a)	2,5
				2,4	b)	
				2,3	c)	
Erläuterung: Veranschlagt sind Aufwendungen für die Anmietung eines Saales für die Diplomierungsfeier und für sonstige Vortragsveranstaltungen.						
546 41	133	Zur Pflege der Auslandsbeziehungen		3,0	a)	3,0
				1,5	b)	
				1,5	c)	
Zuwendungen Dritter fließen den Mitteln zu.						
Erläuterung: Aus den veranschlagten Mitteln können auch Reisekostenvergütungen und Reisebeihilfen bezahlt werden.						
546 49	133	Vermischte Verwaltungsausgaben		3,0	a)	3,0
				3,4	b)	
				5,6	c)	
Erläuterung: Veranschlagt sind Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Auslagen für Vorstellungsreisen usw. sowie Aufwendungen zur Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und für augenärztliche Untersuchungen von Arbeitnehmern an Bildschirmarbeitsplätzen. Wegen der Beteiligung anderer Länder (vgl. Vorbemerkung) werden diese Untersuchungskosten hier nachgewiesen. Hier werden auch die Ausgaben im Rahmen des Gesundheitsmanagements der Hochschule zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit der Beschäftigten und damit ihrer Leistungsfähigkeit nachgewiesen.						
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben				281,2	a)	309,2

Ministerium der Justiz und für Europa
0504 Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben für Investitionen

812 01	133	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	25,0 18,6 65,2	a) b) c)	125,0
--------	-----	--	----------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen für die Hochschule und die Justizakademie.
Mehr wegen notwendiger Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen in Anpassung an die gestiegenen Studierendenzahlen.

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen			25,0	a)	125,0
---	--	--	------	----	-------

Titelgruppen

61		Abfindungen und Übergangsgelder			
428 61	840	Abfindungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 61			0,0	a)	0,0

62 Jubiläumsgaben und -zuwendungen

Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Jubiläumsgaben und -zuwendungen für 25-, 40- und 50-jährige Dienstjubiläen auf Grund von § 82 Abs. 1 LBG und § 8 LRiG sowie § 23 Abs. 2 TV-L.

422 62	840	Jubiläumsgaben für Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter	0,0 0,3 0,0	a) b) c)	0,0
428 62	840	Jubiläumsgelder für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 62			0,0	a)	0,0

69 Aufwand für Informationstechnik

Erläuterung: Die Verwaltung der Hochschule ist zur Abwicklung der laufenden Aufgaben im Wege des BK-Outsourcing mit Personalcomputern ausgestattet. Außerdem ist für die Studierenden ein EDV-Arbeitsraum eingerichtet und jeder Hörsaal mit einem Personalcomputer nebst Beamer und Whiteboard ausgestattet. Ausscheidbare Stellen- und Sachmitteleinsparungen ergeben sich dadurch nicht. Mehr insbesondere wegen der Fortbildungsräume der Justizakademie.

Ministerium der Justiz und für Europa
0504 Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

511 69A	133	Maschinen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	20,0 22,8 17,4		a) b) c)	14,0
---------	-----	---	----------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	12,0
2. Unterhaltung und Instandsetzung	2,0
zus.	14,0

511 69B	133	Fernmeldegebühren u. dgl.	15,0 4,5 6,1		a) b) c)	15,0
---------	-----	---------------------------	--------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	4,8
2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	0,0
3. Rundfunkbeiträge	0,2
4. Sonstiges (LVN III)	10,0
zus.	15,0

Die Hochschule ist an die Fernsprechzentrale des Finanzamts Schwetzingen (Kap. 0608) angeschlossen. Die anteiligen Personal- und Sachkosten werden im Hinblick auf die Beteiligung weiterer Länder erstattet.

514 69	133	Verbrauchsmittel	3,5 2,9 1,8		a) b) c)	3,5
--------	-----	------------------	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für Verbrauchsmaterial wie Disketten, CD-Rom, Toner, Kopierfolien u.ä.

518 69	133	Maschinen- und Gerätemieten	3,5 0,2 1,6		a) b) c)	6,0
--------	-----	-----------------------------	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Mieten für Kopiergeräte.

534 69	133	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	45,0 42,9 47,0		a) b) c)	55,0
--------	-----	----------------------------------	----------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für das BK-Outsourcing, die Nutzung juristischer Datenbanken sowie juristischer Software.

Ministerium der Justiz und für Europa
0504 Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
546 69	133	Sonstiger Sachaufwand		1,0 0,0 0,0	a) b) c)	2,0
Ersätze fließen den Mitteln zu.						
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Aufwendungen für DV-Schulungsmaßnahmen für das Verwaltungspersonal der Hochschule.						
812 69	133	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen		50,0 4,1 33,1	a) b) c)	104,0
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die notwendigen Beschaffungen zur Ausstattung im Bereich der Medientechnik.						
Summe Titelgruppe 69				138,0	a)	199,5
88		Zur Förderung der geistigen, musischen, sportlichen und sozialen Interessen der Studierenden				
Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.						
Erläuterung: Zur Förderung der Aufgaben nach §§ 42, 43 LHG.						
429 88	133	Personalaufwand		0,4 0,2 0,0	a) b) c)	0,4
547 88	133	Sachaufwand		0,6 0,4 1,0	a) b) c)	1,6
Erläuterung: Veranschlagt ist auch die Miete für die Benutzung von Sportstätten der Stadt Schwetzingen durch Studentinnen und Studenten. Mehr in Anpassung an die gestiegenen Studierendenzahlen.						
Summe Titelgruppe 88				1,0	a)	2,0
Gesamtausgaben				2.024,2	a)	2.227,5

Ministerium der Justiz und für Europa
 0504 Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Abschluss Kapitel 0504

Verwaltungseinnahmen	0,5	a)	0,5
Übrige Einnahmen	250,0	a)	200,0
Gesamteinnahmen	250,5	a)	200,5
Personalausgaben	1.579,4	a)	1.592,2
Sächliche Verwaltungsausgaben	369,8	a)	406,3
Ausgaben für Investitionen	75,0	a)	229,0
Gesamtausgaben	2.024,2	a)	2.227,5
Kapitel 0504 Zuschuss	1.773,7	a)	2.027,0

Ministerium der Justiz und für Europa
0505 Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. EUR	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	---	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung: In Baden-Württemberg bestehen ein Verwaltungsgerichtshof in Mannheim und Verwaltungsgerichte in Freiburg, Karlsruhe, Sigmaringen und Stuttgart.
 Es bestehen beim
 Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg: 11 Senate
 Verwaltungsgericht Freiburg: 7 Kammern
 Verwaltungsgericht Karlsruhe: 11 Kammern
 Verwaltungsgericht Sigmaringen: 9 Kammern
 Verwaltungsgericht Stuttgart: 14 Kammern
 Zusätzlich sind beim Verwaltungsgerichtshof Fachsenate für Flurbereinigungs-
 sachen, Disziplinarsachen, Personalvertretungssachen sowie Sachen nach
 § 99 Abs. 2 Verwaltungsgerichtsordnung, bei den Verwaltungsgerichten Kammern
 für Disziplinarsachen und Personalvertretungssachen eingerichtet.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 05	051	Gerichtskosten, Gebühren	3.800,0 3.004,7 2.906,2	a) b) c)	3.400,0
--------	-----	--------------------------	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind die erhobenen Verfahrenskosten (Gebühren und Auslagen) im verwaltungsgerichtlichen Verfahren.
 Das Aufkommen ist unter Berücksichtigung der Entwicklung der Ist-Einnahmen und der erwarteten Geschäftsentwicklung geschätzt.

119 49	051	Vermischte Einnahmen	1,5 3,4 3,2	a) b) c)	1,5
--------	-----	----------------------	-------------------	----------------	-----

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			3.801,5	a)	3.401,5
---	--	--	---------	----	---------

Titelgruppen

90		Einnahmen im Rahmen der dezentralen Budgetverantwortung			
119 90	051	Vermischte Einnahmen im Rahmen der dezentralen Budgetverantwortung	0,0 8,3 9,7	a) b) c)	0,0

Erläuterung: Hier werden die erwirtschafteten Verwaltungseinnahmen nachgewiesen, insbesondere Erlöse aus dem Verkauf von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen und aus dem Verkauf von Büchern aus Gerichtsbibliotheken, Miet- und Pachteinahmen aus der zeitweisen Überlassung von landeseigenen Räumen an Dritte, Entgelte von Bediensteten für die Gewährung von Nutzungen und Sachbezügen, Entgelte für die Aufstellung von Warenautomaten und privaten Kühlschränken in Dienstgebäuden, der Dienststelle überlassene Veröffentlichungshonorare für gerichtliche Entscheidungen, der Dienststelle zustehende bzw. ihr überlassene Honorare für die Teilnahme an Lehrveranstaltungen und anderen Veranstaltungen (z.B. von Podiumsdiskussionen) im Auftrag des Gerichts, Entgelte für die Nutzung gerichtseigener Datenbanken, Entgelte für die Nutzung gerichtseigener Videokonferenzanlagen durch Dritte, Entgelte für die Teilnahme nicht dem Justizdienst angehörender Personen an dezentralen Fortbildungsveranstaltungen u. dgl.

Summe Titelgruppe 90			0,0	a)	0,0
-----------------------------	--	--	-----	----	-----

Gesamteinnahmen			3.801,5	a)	3.401,5
------------------------	--	--	---------	----	---------

Ministerium der Justiz und für Europa
0505 Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben

Über § 6 StHG hinaus sind die Ausgaben der OGr. 81 vollständig mit den Ausgaben der OGr. 51 - 54 (ohne GNr. 529 und 536, Titel der TG 69) gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um 75 v.H. der Einnahmen bei Tit. 119 90.

Personalausgaben

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

Das Personalausgabenbudget gemäß § 6a Absatz 2 StHG 2017 umfasst die Titel der Obergruppen 42 und 45 und hat ein Gesamtvolumen im Jahr 2017 von 20.636,3 Tsd. EUR.

Über § 6a StHG 2017 hinaus sind die in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben uneingeschränkt gegenseitig deckungsfähig mit den in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben der Kapitel 0506, 0507 und 0509.

412 01	051	Entschädigungen an ehrenamtliche Richterinnen und Richter u. dgl.	126,0 99,6 101,9	a) b) c)	126,0
--------	-----	---	------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Die bei Gerichten als ehrenamtliche Richterinnen und Richter zugezogenen Personen werden nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz vom 05.05.2004 (BGBl. I S. 718, 776) in der jeweils geltenden Fassung entschädigt.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter	16.824,8 14.305,1 14.081,6	a) b) c)	17.069,7
--------	-----	--	----------------------------------	----------------	----------

Erläuterung: Veranschlagt sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften: 2017
Tsd.EUR

1.	Planmäßige Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter darunter	17.069,7
	Tsd. EUR	
1.1	Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge: Aufwandsentschädigungen nach der AER	2,0

Übertragen nach Kap. 0502 Tit. 441 01 16,7 Tsd. EUR.

Übertragen von Kap. 1212 Tit. 461 01 gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16 11,6 Tsd. EUR.

Kürzung des Budgets um insgesamt 51,3 Tsd. EUR für den Wegfall von kw-Stellen ohne konkreten Vollzugszeitpunkt und den Vollzug eines ku-Vermerks. Die Kürzung erfolgte für den Wegfall von 0,5 Stellen der Bes.Gr. A 11 und Umwandlung von 0,5 Stellen von Bes.Gr. A 11 nach Bes.Gr. A 7 infolge Ausscheidens des Stelleninhabers einer Planstelle der Bes.Gr. A 11.

422 02	051	Bezüge und Nebenleistungen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter	120,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	---	---------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind auch Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften.

Ministerium der Justiz und für Europa
0505 Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
422 04	051	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
427 11	051	Nebenvergütungen		10,0 6,8 7,5	a) b) c)	10,0
Erläuterung: Veranschlagt sind Nebenvergütungen für nebenamtliche Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofs und der Verwaltungsgerichte sowie für eine Bedienstete für die Übernahme von Büro- und Schreibdienstleistungen des Präsidialrats der Verwaltungsgerichtsbarkeit (83,30 EUR monatlich).						
427 51	051	Sonstige Beschäftigungsentgelte		8,0 8,0 7,9	a) b) c)	8,0
Erläuterung: Veranschlagt sind:						
						Tsd. EUR
1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen						6,0
2. Sonstiges (Hausdienstvergütungen)						2,0
zus.						8,0
428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)		2.910,4 2.592,9 2.478,3	a) b) c)	3.293,6
Erläuterung: Veranschlagt sind: Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen auf Grund von Tarifverträgen						
						Tsd. EUR
6. Sonstige Zulagen (Zulagen nach § 14 TV-L, §§ 10 und 18 TVÜ-L)						4,5
Kürzung des Budgets um insgesamt 70,1 Tsd. Euro für die kw-Stellen mit konkretem Vollzugszeitpunkt. Die Kürzung erfolgte für den vorzeitigen Wegfall von 1,5 Stellen der Entg.Gr. 2 - 5 TV-L (Beschäftigte für Bürokommunikation) bereits ab dem 01.01.2017.						
428 05	051	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		5,0 4,9 1,0	a) b) c)	5,0
Erläuterung: Veranschlagt sind:						
						Tsd. EUR
1. Zeitzuschläge						1,0
2. Überstundenentgelte						3,0
3. Entgelte für Mehrarbeit						1,0
zus.						5,0
428 06	051	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		230,0 207,1 209,4	a) b) c)	230,0

Ministerium der Justiz und für Europa
0505 Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

453 01	051	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.	20,0 15,6 6,3		a) b) c)	20,0
--------	-----	--	---------------------	--	----------------	------

Ersätze durch den Bund fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Veranschlagt sind:		Tsd. EUR
1.	Trennungsgelder	16,0
2.	Umzugskostenvergütungen	4,0
	zus.	<u>20,0</u>

Zwischensumme Personalausgaben	20.254,2	a)	20.762,3
---------------------------------------	----------	----	----------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	051	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	550,0 634,3 529,6		a) b) c)	815,0
--------	-----	---	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind:		Tsd. EUR
1.	Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	430,0
2.	Porto	285,0
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	75,0
4.	Unterhaltung und Instandsetzung	20,0
5.	Sonstiges	5,0
	zus.	<u>815,0</u>

Mehr wegen gestiegenem Geschäftsanfall, zusätzlichem Personal und Portoerhöhung sowie für den laufenden Geschäftsbetrieb der Lokalkammer des Einheitlichen Europäischen Patentgerichts in Mannheim (15,0 Tsd. EUR).

514 01	051	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	6,9 8,2 2,5		a) b) c)	6,9
--------	-----	--------------------------------------	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Haltung von Dienstfahrzeugen.

Bestand an Dienstfahrzeugen und selbst-fahrenden Arbeitsmaschinen:	2016	2017
Pkw	1	1
davon geleast	1	1
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen	5	5

514 02	051	Dienst- und Schutzkleidung	1,1 0,3 0,0		a) b) c)	1,1
--------	-----	----------------------------	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Dienstkleidung erhalten 3/3/3 Beamtinnen und Beamte des Justizwachmeisterdienstes je 257,64 EUR im Jahr. Die Amtstracht der Protokollführerinnen und Protokollführer wird von Amts wegen beschafft.

Ministerium der Justiz und für Europa
0505 Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
517 01	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	29,7 49,1 46,5		a) b) c)	35,0
Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR						
8. Geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf) 26,0						
Hier werden auch die Kosten für kurzzeitige Vertretungen für vom Land beschäftigtes Reinigungspersonal nachgewiesen (9,0 Tsd. EUR). Mehr wegen zusätzlichem Personal.						
518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	3,0 2,5 3,1		a) b) c)	3,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für 1/1 Kfz-Leasingvertrag für einen Pkw, 4-türig, bis 2,3 l, (110 kw).						
525 21	051	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	29,0 46,6 49,0		a) b) c)	35,0
Ersätze Dritter fließen den Mitteln zu.						
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für die fachliche und fach- übergreifende Weiterqualifizierung der Bediensteten in der Verwaltungsgerichtsbar- keit. Mehr wegen zusätzlichem Personal.						
525 43	051	Für Aufwendungen zur Durchführung von Moot-Court-Verfahren	7,3 5,4 5,0		a) b) c)	6,0
Erläuterung: Veranschlagt sind Mittel für einen Moot-Court Öffentliches Recht beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (fiktives Gericht). Es handelt sich hierbei um einen Wettbewerb im Rahmen der juristischen Ausbildung, bei dem Studierenden der Rechtswissenschaften ein fiktiver oder realer Fall zugeteilt wird, in dem sie jeweils die Prozessparteien vertreten müssen.						
525 51	051	Unterrichtung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter (einschließlich Reisekosten)	0,0 7,1 0,0		a) b) c)	0,0
Erläuterung: Vergütungen der Referenten, Entschädigungen für Zeitversäumnis und Verdienstausschlag sowie Fahrkostenersatz der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter.						
526 21	051	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	1,5 5,6 0,7		a) b) c)	1,5
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Erstattungen in gericht- lichen Verfahren.						

Ministerium der Justiz und für Europa
0505 Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR																		
527 01	051	Dienstreisen		20,8 19,7 23,8	a) b) c)	20,8																		
Ersätze durch den Bund fließen den Mitteln zu.																								
Erläuterung: Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.																								
<table> <tr> <td>Zugelassene Fahrzeuge</td> <td>2016</td> <td>2017</td> </tr> <tr> <td>Pkw</td> <td>10</td> <td>10</td> </tr> </table>							Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017	Pkw	10	10												
Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017																						
Pkw	10	10																						
529 01	051	Zur Verfügung des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen		0,8 0,8 0,8	a) b) c)	0,8																		
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.																								
534 01	051	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		5,0 43,4 20,7	a) b) c)	10,0																		
Erläuterung: Für Dienstleistungsverträge (Hausdienstleistungen) u. ä. Mehr wegen zusätzlichem Personal.																								
536 01	051	Auslagen in Rechtssachen (einschließlich Reisekosten)		850,0 810,0 760,3	a) b) c)	950,0																		
Erläuterung: Veranschlagt sind:																								
<table> <tr> <td></td> <td>2017</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Tsd. EUR</td> </tr> <tr> <td>1. Gebühren und Auslagen der beigeordneten Rechtsanwälte</td> <td>510,0</td> </tr> <tr> <td>2. Entschädigungen für Zeugen</td> <td>25,0</td> </tr> <tr> <td>3. Vergütungen der Sachverständigen (ohne Dolmetscher und Übersetzer)</td> <td>170,0</td> </tr> <tr> <td>4. Vergütungen der Dolmetscher (ohne Übersetzer)</td> <td>205,0</td> </tr> <tr> <td>5. Vergütungen der Übersetzer</td> <td>5,0</td> </tr> <tr> <td>6. Sonstige Auslagen in Rechtssachen</td> <td>35,0</td> </tr> <tr> <td>zus.</td> <td>950,0</td> </tr> </table>								2017		Tsd. EUR	1. Gebühren und Auslagen der beigeordneten Rechtsanwälte	510,0	2. Entschädigungen für Zeugen	25,0	3. Vergütungen der Sachverständigen (ohne Dolmetscher und Übersetzer)	170,0	4. Vergütungen der Dolmetscher (ohne Übersetzer)	205,0	5. Vergütungen der Übersetzer	5,0	6. Sonstige Auslagen in Rechtssachen	35,0	zus.	950,0
	2017																							
	Tsd. EUR																							
1. Gebühren und Auslagen der beigeordneten Rechtsanwälte	510,0																							
2. Entschädigungen für Zeugen	25,0																							
3. Vergütungen der Sachverständigen (ohne Dolmetscher und Übersetzer)	170,0																							
4. Vergütungen der Dolmetscher (ohne Übersetzer)	205,0																							
5. Vergütungen der Übersetzer	5,0																							
6. Sonstige Auslagen in Rechtssachen	35,0																							
zus.	950,0																							
Das Aufkommen ist auf der Basis der Entwicklung der Ist-Ausgaben und der erwarteten Geschäftsentwicklung geschätzt. Mehr wegen Zunahme von Asylverfahren.																								
546 49	051	Vermischte Verwaltungsausgaben		2,8 4,0 2,7	a) b) c)	2,8																		
Erläuterung: Veranschlagt sind Unfallrenten usw. und Entschädigungen an Dritte, Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltungsgerichtsbarkeit und sonstige vermischte Ausgaben. Hier sind auch 1,0 Tsd. EUR für Aufwand für die Bewirtung ausländischer Gäste veranschlagt. Dieser Betrag ist verbindlich und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der anderen Aufwendungen bei diesem Titel. Die jeweiligen Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.																								
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben				1.507,9	a)	1.887,9																		

Ministerium der Justiz und für Europa
0505 Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

681 10	051	Entschädigungen im Rahmen des Rechtsschutzes bei überlanger Verfahrensdauer	5,0 0,0 0,0	a) b) c)		5,0
--------	-----	---	-------------------	----------------	--	-----

Erläuterung: Hier werden Entschädigungsleistungen der Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach dem Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren nachgewiesen. Der Bedarf ist geschätzt.

Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			5,0	a)		5,0
---	--	--	-----	----	--	-----

Ausgaben für Investitionen

811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen u. dgl. (für die Verwaltung)	0,0 0,0 0,0	a) b) c)		0,0
812 01	051	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	15,0 11,6 9,7	a) b) c)		25,0

Erläuterung: Veranschlagt sind Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Ausstattungsgegenständen und Neu- und Ersatzbeschaffungen von Maschinen und Geräten. Mehr wegen zusätzlichem Personal.

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen			15,0	a)		25,0
---	--	--	------	----	--	------

Titelgruppen

69 Aufwand für Informationstechnik

Erläuterung: In der Verwaltungsgerichtsbarkeit sind die Service-Einheiten, die Richter sowie die Verwaltung im Wege des BK-Outsourcing in vollem Umfang mit vernetzten Personal-Computern ausgestattet. Ausscheidbare Stellen- und Sachmitteleinsparungen ergeben sich dadurch nicht.

Schwerpunkte in den nächsten Jahren sind die Einführung und der Betrieb der elektronischen Aktenführung.

511 69A	051	Maschinen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	50,0 45,3 19,1	a) b) c)		50,0
---------	-----	---	----------------------	----------------	--	------

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1.	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	40,0
2.	Unterhaltung und Instandsetzung	10,0
	zus.	<u>50,0</u>

Ministerium der Justiz und für Europa
0505 Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
511 69B	051	Fernmeldegebühren u. dgl.		120,0 32,4 46,8		120,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	20,0			
		2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	3,5			
		3. Rundfunkbeiträge	1,5			
		4. Sonstiges (LVN III)	95,0			
		zus.	120,0			
<p>Mehrere Gerichte sind an Dienststellen aus den Epl. 03 und 12 angeschlossen, ohne dass die anteiligen Kosten erstattet werden.</p>						
514 69	051	Verbrauchsmittel		40,0 32,1 42,0		40,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Vordrucke, Spezialpapier u. dgl. sowie für Datensicherungsbänder u. ä.				
518 69	051	Maschinen- und Gerätemieten		80,0 58,5 57,0		80,0
		Erläuterung: Veranschlagt ist insbesondere die Miete für Kopiergeräte.				
534 69	051	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		542,0 636,4 511,1		542,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Programme, Programmieraufträge und Lizenzprogramme, für die JURIS-, SAP- und Internet-Nutzung sowie Raten für das BK-Outsourcing und die Betreuung der JUSTUS-Server. Weiter veranschlagt sind Mittel zur Einführung einer elektronischen Aktenführung.				
546 69	051	Sonstiger Sachaufwand		36,0 9,0 8,3		36,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Aufwendungen für DV-Schulungsmaßnahmen (einschl. Reisekosten).				
812 69	051	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		70,0 29,3 13,5		70,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für die Ersatzbeschaffung der Telefonanlage sowie der Videokonferenzanlage beim Verwaltungsgericht Freiburg und für die Ersatzbeschaffung von Servern.				
Summe Titelgruppe 69				938,0		938,0
Gesamtausgaben				22.720,1		23.618,2

Ministerium der Justiz und für Europa
0505 Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Abschluss Kapitel 0505

Verwaltungseinnahmen	3.801,5	a)	3.401,5
Gesamteinnahmen	3.801,5	a)	3.401,5
Personalausgaben	20.254,2	a)	20.762,3
Sächliche Verwaltungsausgaben	2.375,9	a)	2.755,9
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	5,0	a)	5,0
Ausgaben für Investitionen	85,0	a)	95,0
Gesamtausgaben	22.720,1	a)	23.618,2
Kapitel 0505 Zuschuss	18.918,6	a)	20.216,7

Ministerium der Justiz und für Europa
0506 Sozialgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung: In Baden-Württemberg bestehen seit 1. Januar 1954 1 Landessozialgericht in Stuttgart und 8 Sozialgerichte in Freiburg, Heilbronn, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Reutlingen, Stuttgart und Ulm.
 Es bestehen: beim Landessozialgericht 13 Senate, bei den Sozialgerichten 131 Kammern.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 47	051	Kostenerstattung für Gutachten	1.200,0 1.246,6 1.360,2	a) b) c)	1.200,0
--------	-----	--------------------------------	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Erstattung der Kosten für Gutachten gemäß § 109 SGG.

111 48	051	Pauschgebühren nach § 184 SGG	2.100,0 1.781,0 1.716,0	a) b) c)	1.900,0
--------	-----	-------------------------------	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Die Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende und die Träger der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind von der Pauschgebührenpflicht befreit.

111 49	051	Gebühren, sonstige Entgelte, Strafen u. dgl.	2.000,0 2.499,2 1.992,1	a) b) c)	2.300,0
--------	-----	--	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Gebühren	2.295,0
2. Ordnungsstrafen gemäß § 61 SGG i. V. mit § 178 GVG und § 118 SGG i. V. mit §§ 380, 409 ZPO	4,0
3. Mutwillenskosten nach § 192 SGG	1,0
zus.	<u>2.300,0</u>

Das Aufkommen ist unter Berücksichtigung der Entwicklung der Ist-Einnahmen und des Geschäftsaufkommens geschätzt.

Mehr zur Anpassung an die Ist-Einnahmen.

119 49	051	Vermischte Einnahmen	4,5 2,4 0,7	a) b) c)	4,5
--------	-----	----------------------	-------------------	----------------	-----

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen	5.304,5	a)	5.404,5
---	---------	----	---------

Ministerium der Justiz und für Europa
0506 Sozialgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

90		Einnahmen im Rahmen der dezentralen Budgetverantwortung				
119 90	051	Vermischte Einnahmen im Rahmen der dezentralen Budgetverantwortung	0,0 1,0 0,5	a) b) c)		0,0

Erläuterung: Hier werden die erwirtschafteten Verwaltungseinnahmen nachgewiesen, insbesondere Erlöse aus dem Verkauf von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen und aus dem Verkauf von Büchern aus Gerichtsbibliotheken, Miet- und Pachteinahmen aus der zeitweisen Überlassung von landeseigenen Räumen an Dritte, Entgelte von Bediensteten für die Gewährung von Nutzungen und Sachbezügen, Entgelte für die Aufstellung von Warenautomaten und privaten Kühlschränken in Dienstgebäuden, der Dienststelle überlassene Veröffentlichungshonorare für gerichtliche Entscheidungen, der Dienststelle zustehende bzw. ihr überlassene Honorare für die Teilnahme an Lehrveranstaltungen und anderen Veranstaltungen (z.B. Podiumsdiskussionen) im Auftrag des Gerichts, Entgelte für die Nutzung gerichtseigener Datenbanken, Entgelte für die Nutzung gerichtseigener Videokonferenzanlagen durch Dritte, Entgelte für die Teilnahme nicht dem Justizdienst angehörender Personen an dezentralen Fortbildungsveranstaltungen u. dgl.

Summe Titelgruppe 90	0,0	a)	0,0
-----------------------------	-----	----	-----

Gesamteinnahmen	5.304,5	a)	5.404,5
------------------------	---------	----	---------

Ausgaben

Über § 6 StHG hinaus sind die Ausgaben der OGr. 81 vollständig mit den Ausgaben der OGr. 51 - 54 (ohne GNr. 529 und 536, Titel der TG 69) gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung dieser Titel erhöht sich um 75 v.H. der Einnahmen bei Tit. 119 90.

Personalausgaben

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

Das Personalausgabenbudget gemäß § 6a Absatz 2 StHG 2017 umfasst die Titel der Obergruppen 42 und 45 und hat im Jahr 2017 ein Gesamtvolumen von 19.970,8 Tsd. EUR. Über § 6a StHG 2017 hinaus sind die in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben uneingeschränkt gegenseitig deckungsfähig mit den in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben der Kapitel 0505, 0507 und 0509.

412 01	051	Entschädigungen an ehrenamtliche Richterinnen und Richter u. dgl.	300,0 243,4 262,1	a) b) c)		260,0
--------	-----	---	-------------------------	----------------	--	-------

Erläuterung: Die bei Gerichten als ehrenamtliche Richterinnen und Richter zugezogenen Personen werden nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz vom 05.05.2004 (BGBl. I S. 718, 776) in der jeweils geltenden Fassung entschädigt.

Ministerium der Justiz und für Europa
0506 Sozialgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter		12.957,2 13.253,5 12.908,4	a) b) c)	13.493,8
Erläuterung: Veranschlagt sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften:			<u>2017</u> Tsd. EUR			
1. Planmäßige Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter			13.493,8			
darunter			<u>Tsd. EUR</u>			
1.1 Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge:						
Aufwandsentschädigungen nach der AER			2,0			
Übertragen von Kap. 1212 Tit. 461 01 gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16			3,2 Tsd. EUR.			
Kürzung des Budgets um insgesamt 291,6 Tsd. EUR für kw-Stellen mit konkretem Vollzugszeitpunkt. Die Kürzung erfolgte für den Wegfall von 4,0 Stellen der Bes.Gr. R 1 (Richter am Sozialgericht) ab dem 01.01.2017 [vorgezogener Vollzug des kw-Vermerks spätestens ab 01.01.2018 wegen des Zugangs von 4,0 Stellen der Bes.Gr. R 1 (Richter am Sozialgericht) zur Verstärkung der Sozialgerichtsbarkeit gegen Umwandlung von Stellen für Servicekräfte].						
422 04	051	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
427 11	051	Nebenvergütungen		4,0 2,9 3,4	a) b) c)	4,0
Erläuterung: Veranschlagt sind Nebenvergütungen für ein nebenamtliches Mitglied des Landessozialgerichts (analog § 62 LBesGBW) sowie für eine Bedienstete für die Übernahme von Büro- und Schreivarbeiten des Präsidialrats der Sozialgerichtsbarkeit (61,40 EUR monatlich).						
427 51	051	Sonstige Beschäftigungsentgelte		4,0 1,2 1,4	a) b) c)	4,0
Erläuterung: Veranschlagt sind:			<u>Tsd. EUR</u>			
1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen			2,0			
2. Sonstiges (Hausdienstvergütungen)			2,0			
zus.			<u>4,0</u>			
428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)		6.250,6 6.446,5 6.458,2	a) b) c)	6.452,0
Erläuterung: Veranschlagt sind: Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen auf Grund von Tarifverträgen						
			<u>Tsd. EUR</u>			
6. Sonstige Zulagen (Zulagen nach § 14 TV-L, §§ 10 und 18 TVÜ-L)			5,0			

Ministerium der Justiz und für Europa
0506 Sozialgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

428 06	051	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes	26,0 4,1 17,5		a) b) c)	0,0
--------	-----	---	---------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Die anteiligen Lohnkosten für die Reinigung des Sozialgerichts Ulm sind bei Kap. 0503 Tit. 428 06 ohne Ersatzleistung mitveranschlagt.
Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01 11,8 Tsd. EUR
und nach Kap. 0509 Tit. 428 06 14,2 Tsd. EUR.

453 01	051	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.	17,0 10,2 11,2		a) b) c)	17,0
--------	-----	--	----------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind:

	Tsd. EUR
1. Trennungsgelder	8,5
2. Umzugskostenvergütungen	8,5
zus.	17,0

Zwischensumme Personalausgaben 19.558,8 a) 20.230,8

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	051	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	840,0 816,3 918,1		a) b) c)	885,0
--------	-----	---	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind:

	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	320,0
2. Porto	520,0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	40,0
4. Unterhaltung und Instandsetzung	4,0
5. Sonstiges	1,0
zus.	885,0

Mehr wegen gestiegenem Geschäftsanfall und Portoerhöhung.

514 01	051	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	0,3 0,6 0,1		a) b) c)	0,3
--------	-----	--------------------------------------	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Unterhaltung und Instandsetzung von Dienstfahrrädern.

514 02	051	Dienst- und Schutzkleidung	0,3 0,0 0,1		a) b) c)	0,3
--------	-----	----------------------------	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Insbesondere Schutzkleidung für den Hausdienst.

Ministerium der Justiz und für Europa
0506 Sozialgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
517 01	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)		22,5 25,3 22,5	a) b) c)	25,5
		Erläuterung: Veranschlagt sind:				Tsd. EUR
		8. Geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf)				23,5
Hier werden auch die Kosten für kurzzeitige Vertretungen für vom Land beschäftigtes Reinigungspersonal nachgewiesen (2,0 Tsd. EUR). Mehr zur Anpassung an die Ist-Ausgaben.						
525 21	051	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten		65,0 57,9 55,1	a) b) c)	65,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für die fachliche und fachübergreifende Weiterqualifizierung der Bediensteten in der Sozialgerichtsbarkeit.				
525 51	051	Unterrichtung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter (einschließlich Reisekosten)		18,0 17,5 11,1	a) b) c)	22,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Vergütungen der Referentinnen und Referenten, Entschädigungen für Zeitversäumnis und Verdienstausfall sowie Fahrtkostenersatz der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter.				
		Übertragen von Kap. 0511 Tit. 525 21				4,0 Tsd. EUR.
526 21	051	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten		3,5 10,9 4,0	a) b) c)	8,5
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Verfahren vor Verwaltungs- und Arbeitsgerichten. Mehr zur Anpassung an die Ist-Ausgaben.				
527 01	051	Dienstreisen		10,0 12,9 8,7	a) b) c)	12,5
		Ersätze durch den Bund fließen den Mitteln zu.				
		Erläuterung: Vgl. Tit. 525 21, 536 01 und 546 69.				
		Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.				
		<u>Zugelassene Fahrzeuge</u>	<u>2016</u>	<u>2017</u>		
		Pkw	35	35		
Mehr zur Anpassung an die Ist-Ausgaben.						

Ministerium der Justiz und für Europa
0506 Sozialgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
529 01	051	Zur Verfügung der Präsidentin des Landesozialgerichts für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen		0,8 0,8 0,8	a) b) c)	0,8
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
532 01	051	Umzugs- und Verlegungskosten		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
536 01	051	Auslagen in Rechtssachen (einschließlich Reisekosten)		16.370,0 14.535,3 14.430,2	a) b) c)	16.370,0
Erläuterung: Veranschlagt sind:						
						Tsd. EUR
1. Sachverständigenvergütungen einschließlich Nebenleistungen				13.530,0		
2. Beobachtungskosten				40,0		
3. Reisekosten in sozialgerichtlichen Verfahren				20,0		
4. Entschädigungen für Zeugen und Beteiligte sowie Sonstiges				480,0		
5. Gebühren und Auslagen der beigeordneten Rechtsanwälte				2.300,0		
			zus.	16.370,0		
Das Aufkommen ist auf der Basis der Entwicklung der Ist-Ausgaben und der erwarteten Geschäftsentwicklung geschätzt.						
546 49	051	Vermischte Verwaltungsausgaben		4,0 3,4 3,7	a) b) c)	4,0
Erläuterung: Veranschlagt sind Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit des Landesozialgerichts und der Sozialgerichte und sonstige vermischte Ausgaben. Hier sind auch 1,0 Tsd. EUR für Aufwand für die Bewirtung ausländischer Gäste veranschlagt. Dieser Betrag ist verbindlich und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der anderen Aufwendungen bei diesem Titel. Die jeweiligen Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben				17.334,4	a)	17.393,9

Ministerium der Justiz und für Europa
0506 Sozialgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

681 10	051	Entschädigungen im Rahmen des Rechtsschutzes bei überlanger Verfahrensdauer	10,0 0,0 1,4	a) b) c)	10,0
--------	-----	---	--------------------	----------------	------

Erläuterung: Hier werden Entschädigungsleistungen der Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit nach dem Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren nachgewiesen. Der Bedarf ist geschätzt.

**Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

10,0 a) 10,0

Ausgaben für Investitionen

812 01	051	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	200,0 79,2 15,3	a) b) c)	200,0
--------	-----	--	-----------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Ausstattungsgegenständen und Neu- und Ersatzbeschaffungen von Maschinen und Geräten.

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen

200,0 a) 200,0

Titelgruppen

69 Aufwand für Informationstechnik

Erläuterung: In der Sozialgerichtsbarkeit sind die Service-Einheiten, die Richter sowie die Verwaltung im Wege des BK-Outsourcing in vollem Umfang mit vernetzten Personal-Computern ausgestattet. Ausscheidbare Stellen- und Sachmitteleinsparungen ergeben sich dadurch nicht.

Schwerpunkte in den nächsten Jahren sind die Einführung und der Betrieb der elektronischen Aktenführung.

511 69A	051	Maschinen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	55,0 66,5 63,8	a) b) c)	55,0
---------	-----	---	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind:		Tsd. EUR
1.	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	45,0
2.	Unterhaltung und Instandsetzung	10,0
	zus.	<u>55,0</u>

Ministerium der Justiz und für Europa
0506 Sozialgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
511 69B	051	Fernmeldegebühren u. dgl.	148,5 92,1 48,2		a) b) c)	148,5
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	28,5			
		2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	10,0			
		3. Rundfunkbeiträge	0,0			
		4. Sonstiges (LVN III)	110,0			
		zus.	148,5			
<p>Mehrere Gerichte sind an Dienststellen aus den Epl. 06 und 12 angeschlossen, ohne dass die anteiligen Kosten erstattet werden. An Sozialgerichte sind Dienststellen aus dem Epl. 10 angeschlossen, ohne dass anteilige Kosten erstattet werden.</p>						
514 69	051	Verbrauchsmittel	65,0 43,4 78,2		a) b) c)	65,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Druckerpatronen, Toner, EDV-Spezialpapier u. dgl.				
518 69	051	Maschinen- und Gerätemieten	55,0 69,6 55,8		a) b) c)	55,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Mieten für Kopiergeräte.				
534 69	051	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	720,0 809,2 702,6		a) b) c)	720,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Outsourcing-Raten, für Programme, Programmieraufträge, für die laufende Pflege und Betreuung der Fachanwendung sowie für die erweiterte Nutzung von Datenbanken. Weiter veranschlagt sind Mittel zur Einführung einer elektronischen Aktenführung.				
546 69	051	Sonstiger Sachaufwand	10,0 5,7 5,1		a) b) c)	10,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Aufwendungen für DV-Schulungsmaßnahmen (einschl. Reisekosten).				
812 69	051	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	60,0 41,0 23,7		a) b) c)	60,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für die Einrichtung von Überfallmeldeanlagen bei den Sozialgerichten.				
Summe Titelgruppe 69			1.113,5		a)	1.113,5
Gesamtausgaben			38.216,7		a)	38.948,2

Ministerium der Justiz und für Europa
0506 Sozialgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Abschluss Kapitel 0506

Verwaltungseinnahmen	5.304,5	a)	5.404,5
Gesamteinnahmen	5.304,5	a)	5.404,5
Personalausgaben	19.558,8	a)	20.230,8
Sächliche Verwaltungsausgaben	18.387,9	a)	18.447,4
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	10,0	a)	10,0
Ausgaben für Investitionen	260,0	a)	260,0
Gesamtausgaben	38.216,7	a)	38.948,2
Kapitel 0506 Zuschuss	32.912,2	a)	33.543,7

Ministerium der Justiz und für Europa
0507 Finanzgericht

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung: Das Finanzgericht Baden-Württemberg ist als oberes Landesgericht mit Sitz in Stuttgart errichtet mit Außensenaten in Freiburg. Einem Außensenat in Freiburg sind für den gesamten Bezirk des Finanzgerichts die Zoll-, Verbrauchssteuer- und Finanzmonopolsachen zugewiesen.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 05	051	Gerichtskosten, Gebühren	2.400,0 2.107,3 2.251,8	a) b) c)	2.500,0
--------	-----	--------------------------	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind die erhobenen Verfahrenskosten (Gebühren und Auslagen) im finanzgerichtlichen Verfahren. Das Aufkommen ist unter Berücksichtigung der Entwicklung der Ist-Einnahmen geschätzt.

119 49	051	Vermischte Einnahmen	0,1 0,0 0,0	a) b) c)	0,1
--------	-----	----------------------	-------------------	----------------	-----

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			2.400,1	a)	2.500,1
---	--	--	---------	----	---------

Titelgruppen

90		Einnahmen im Rahmen der dezentralen Budgetverantwortung			
119 90	051	Vermischte Einnahmen im Rahmen der dezentralen Budgetverantwortung	0,0 0,1 0,1	a) b) c)	0,0

Erläuterung: Hier werden die erwirtschafteten Verwaltungseinnahmen nachgewiesen, insbesondere Erlöse aus dem Verkauf von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen und aus dem Verkauf von Büchern aus Gerichtsbibliotheken, Miet- und Pachteinahmen aus der zeitweisen Überlassung von landeseigenen Räumen an Dritte, Entgelte von Bediensteten für die Gewährung von Nutzungen und Sachbezügen, Entgelte für die Aufstellung von Warenautomaten und privaten Kühlschränken in Dienstgebäuden, der Dienststelle überlassene Veröffentlichungshonorare für gerichtliche Entscheidungen, der Dienststelle zustehende bzw. ihr überlassene Honorare für die Teilnahme an Lehrveranstaltungen und anderen Veranstaltungen (z.B. Podiumsdiskussionen) im Auftrag des Gerichts, Entgelte für die Nutzung gerichtseigener Datenbanken, Entgelte für die Nutzung gerichtseigener Videokonferenzanlagen durch Dritte, Entgelte für die Teilnahme nicht dem Justizdienst angehörender Personen an dezentralen Fortbildungsveranstaltungen u. dgl.

Summe Titelgruppe 90			0,0	a)	0,0
-----------------------------	--	--	-----	----	-----

Gesamteinnahmen			2.400,1	a)	2.500,1
------------------------	--	--	---------	----	---------

Ministerium der Justiz und für Europa
0507 Finanzgericht

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben

Über § 6 StHG hinaus sind die Ausgaben der OGr. 81 vollständig mit den Ausgaben der OGr. 51 - 54 (ohne GNr. 529 und 536, Titel der TG 69) gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgabeermächtigung dieser Titel erhöht sich um 75 v.H. der Einnahmen bei Tit. 119 90.

Personalausgaben

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

Das Personalausgabenbudget gemäß § 6a Absatz 2 StHG 2017 umfasst die Titel der Obergruppen 42 und 45 und hat im Jahr 2017 ein Gesamtvolumen von 5.573,9 Tsd. EUR.
Über § 6a StHG 2017 hinaus sind die in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben uneingeschränkt gegenseitig deckungsfähig mit den in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben der Kapitel 0505, 0506 und 0509.

412 01	051	Entschädigungen an ehrenamtliche Richterinnen und Richter u. dgl.	54,0			54,0
			43,3		b)	
			46,5		c)	

Erläuterung: Die bei Gerichten als ehrenamtliche Richterinnen und Richter zugezogenen Personen werden nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz vom 05.05.2004 (BGBl. I S. 718, 776) in der jeweils geltenden Fassung entschädigt.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter	4.512,1			4.667,0
			4.290,3		b)	
			4.292,8		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften: Tsd. EUR

1.	Planmäßige Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter	4.667,0			
	darunter	<u>Tsd. EUR</u>			
	1.1 Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge:				
	Aufwandsentschädigungen nach der AER	2,0			
	Übertragen von Kap. 1212 Tit. 461 01 gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	3,7 Tsd. EUR.			

422 02	051	Bezüge und Nebenleistungen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter	180,0			0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind auch Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften.

422 04	051	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW	0,0			0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

427 11	051	Nebenvergütungen	0,0			0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Nebenvergütungen für die Zustellung von Gerichtspost durch Justizbedienstete.

Ministerium der Justiz und für Europa
0507 Finanzgericht

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
427 51	051	Sonstige Beschäftigungsentgelte		5,0 0,0 0,0	a) b) c)	5,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen	5,0			
428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)		821,2 930,5 778,8	a) b) c)	823,9
		Erläuterung: Veranschlagt sind: Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen auf Grund von Tarifverträgen	Tsd. EUR			
		6. Sonstige Zulagen (Zulagen nach § 14 TV-L, §§ 10 und 18 TVÜ-L)	2,5			
428 06	051	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		46,0 45,3 44,5	a) b) c)	48,0
		Erläuterung: Übertragen von Tit. 453 01	2,0 Tsd. EUR.			
453 01	051	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		40,0 20,9 21,7	a) b) c)	30,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Trennungsgelder	24,0			
		2. Umzugskostenvergütungen	6,0			
		zus.	30,0			
		Übertragen nach Tit. 428 06	2,0 Tsd. EUR.			
Zwischensumme Personalausgaben				5.658,3	a)	5.627,9
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01	051	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		170,0 167,4 185,0	a) b) c)	170,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	90,0			
		2. Porto	45,0			
		3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20,0			
		4. Unterhaltung und Instandsetzung	14,9			
		5. Sonstiges	0,1			
		zus.	170,0			

Ministerium der Justiz und für Europa
0507 Finanzgericht

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 02	051	Dienst- und Schutzkleidung		0,5 0,0 0,0	a) b) c)	0,5
Erläuterung: Die Amtstracht der Protokollführerinnen und Protokollführer wird von Amts wegen beschafft.						
517 01	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)		30,0 10,6 18,4	a) b) c)	30,0
Erläuterung: Veranschlagt sind: _____ Tsd. EUR						
8. Geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf) 3,6						
Hier werden auch die von der nutzenden Verwaltung zu tragenden Kosten für die Wartung gebäudetechnischer Anlagen des Dienstgebäudes in Stuttgart nachgewiesen (26,4 Tsd. EUR).						
525 21	051	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten		18,0 24,4 22,3	a) b) c)	18,0
Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für die fachliche und fachübergreifende Weiterqualifizierung der Bediensteten beim Finanzgericht.						
526 21	051	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten		0,3 0,5 1,0	a) b) c)	0,3
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Verfahren vor Verwaltungs- und Arbeitsgerichten.						
527 01	051	Dienstreisen		9,0 10,0 9,0	a) b) c)	9,0
Ersätze durch den Bund fließen den Mitteln zu.						
529 01	051	Zur Verfügung des Präsidenten des Finanzgerichts für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen		0,6 0,6 0,6	a) b) c)	0,6
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						
534 01	051	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		54,5 54,6 53,0	a) b) c)	54,5

Erläuterung: Für Dienstleistungsverträge, insbesondere Pförtnerdienste im gemeinsamen Dienstgebäude des Finanzgerichts und des Landesarbeitsgerichts.

Ministerium der Justiz und für Europa
0507 Finanzgericht

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
536 01	051	Auslagen in Rechtssachen (einschließlich Reisekosten)	150,0 89,0 110,8		a) b) c)	150,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Entschädigungen für Zeugen und die Vergütungen der Sachverständigen sowie sonstige Auslagen. Das Aufkommen ist auf der Basis der Entwicklung der Ist-Ausgaben und der erwarteten Geschäftsentwicklung geschätzt.</p>						
546 49	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	3,0 15,4 6,7		a) b) c)	3,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit des Finanzgerichts und sonstige vermischte Ausgaben. Hier sind auch 250 EUR für Aufwand für die Bewirtung ausländischer Gäste veranschlagt. Dieser Betrag ist verbindlich und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der anderen Aufwendungen bei diesem Titel. Die jeweiligen Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.</p>						
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben			435,9		a)	435,9
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)						
681 10	051	Entschädigungen im Rahmen des Rechtsschutzes bei überlanger Verfahrensdauer	2,0 0,0 10,3		a) b) c)	2,0
<p>Erläuterung: Hier werden Entschädigungsleistungen des Finanzgerichts nach dem Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren nachgewiesen. Der Bedarf ist geschätzt.</p>						
Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			2,0		a)	2,0
Ausgaben für Investitionen						
812 01	051	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	6,0 53,7 34,4		a) b) c)	6,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Ausstattungsgegenständen und Neu- und Ersatzbeschaffungen von Maschinen und Geräten.</p>						
Zwischensumme Ausgaben für Investitionen			6,0		a)	6,0

Ministerium der Justiz und für Europa
0507 Finanzgericht

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	-------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

69 Aufwand für Informationstechnik

Erläuterung: Beim Finanzgericht Baden-Württemberg sind die Service-Einheiten, die Richter sowie die Verwaltung im Wege des BK-Outsourcing in vollem Umfang mit vernetzten Personal-Computern ausgestattet. Ausscheidbare Stellen- und Sachmitteleinsparungen ergeben sich dadurch nicht.

Schwerpunkte in den nächsten Jahren sind die Einführung und der Betrieb der elektronischen Aktenführung.

511 69A	051	Maschinen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	18,8			18,8
			27,6		b)	
			30,0		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind:

	Tsd. EUR
1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	12,0
2. Unterhaltung und Instandsetzung	6,8
zus.	18,8

511 69B	051	Fernmeldegebühren u. dgl.	30,0			30,0
			17,1		b)	
			14,3		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind:

	Tsd. EUR
1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	7,0
2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	3,0
3. Rundfunkbeiträge	0,0
4. Sonstiges (LVN III)	20,0
zus.	30,0

514 69	051	Verbrauchsmittel	20,0			20,0
			10,2		b)	
			9,2		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Toner, Sicherungsbänder, Disketten u. dgl.

518 69	051	Maschinen- und Gerätemieten	30,0			30,0
			9,7		b)	
			15,1		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Mieten für Kopiergeräte.

Ministerium der Justiz und für Europa
0507 Finanzgericht

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
534 69	051	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	600,0 163,4 140,2		a) b) c)	594,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für das BK-Outsourcing, juristische CD-ROM, für die JURIS-Nutzung und die Anpassung und Pflege der Fachanwendung JUSTUS-FG. Weiter veranschlagt sind Mittel zur Einführung einer elektronischen Aktenführung.</p>						
546 69	051	Sonstiger Sachaufwand	9,0 0,2 0,1		a) b) c)	9,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Aufwendungen für DV-Schulungsmaßnahmen (einschl. Reisekosten).</p>						
812 69	051	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	10,0 37,9 5,2		a) b) c)	10,0
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind die Aufwendungen zur Ersatzbeschaffung von Servern.</p>						
Summe Titelgruppe 69			717,8		a)	711,8
Gesamtausgaben			6.820,0		a)	6.783,6
Abschluss Kapitel 0507						
Verwaltungseinnahmen			2.400,1		a)	2.500,1
Gesamteinnahmen			2.400,1		a)	2.500,1
Personalausgaben			5.658,3		a)	5.627,9
Sächliche Verwaltungsausgaben			1.143,7		a)	1.137,7
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)			2,0		a)	2,0
Ausgaben für Investitionen			16,0		a)	16,0
Gesamtausgaben			6.820,0		a)	6.783,6
Kapitel 0507 Zuschuss			4.419,9		a)	4.283,5

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

V o r b e m e r k u n g: Justizvollzugsanstalten (JVAen) i.S. der Kapitelbezeichnung 0508 sind die im Vorwort zum Einzelplan 05 unter der Rubrik "Justizvollzugsanstalten" im einzelnen aufgeführten Behörden und die Jugendarrestanstalten. Aus den bei Kap. 0508 veranschlagten Mitteln wird auch die Justizvollzugsschule Baden-Württemberg betrieben.

Außerdem werden hier ab dem Jahr 2017 die Aufwendungen der Bewährungs- und Gerichtshilfe veranschlagt (Titelgruppe 75, bisher Kapitel 0503 Titelgruppe 71).

Für das Planjahr wird von einer durchschnittlichen Belegung der Justizvollzugsanstalten mit insgesamt ca. 7.100 Gefangenen ausgegangen.

Die Kosten einer Unterbringung in einer Entziehungsanstalt (§ 93 a JGG), die von einem Gericht des Landes angeordnet worden ist, werden bei Kap. 0508 nachgewiesen (vgl. Tit. 633 01).

Das Gesetzbuch über den Justizvollzug in Baden-Württemberg vom 10.11.2009 ist an Stelle des Gesetzes über den Vollzug der Freiheitsstrafen und der freiheitsentziehenden Maßnahmen der Besserung und Sicherung - Strafvollzugsgesetz - vom 16.03.1976 (BGBl. I S. 581) getreten und wird in den Erläuterungen zu Kap. 0508 (Justizvollzugsanstalten) mit der amtlichen Abkürzung "JVollzGB" zitiert.

Im Rahmen der Bemühungen der Landesregierung um Verstärkung der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung wurden die Lehr- und Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten (Vollzugliches Arbeitswesen - VAW) in einen Landesbetrieb nach § 26 LHO umgewandelt. Der in einen Erfolgsplan und einen Finanzplan aufgegliederte Wirtschaftsplan dieses Betriebes ist in Anlage 1 zu Kap. 0508 dargestellt.

Der Betrieb verfügt aus organisatorischen Gründen nicht über eigenes Personal; er nimmt Personal der Justizvollzugsanstalten in Anspruch.

Die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit dem Landesbetrieb nach § 26 LHO sind bei Tit. 121 81, 261 81, 671 81 und 682 81 der Tit.Gr. 81 veranschlagt.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 57	056	Gebühren, Geldbußen u. dgl.	4,0 2,5 3,6	a) b) c)	4,0
111 58	056	Haftkostenbeiträge	500,0 386,6 393,8	a) b) c)	500,0

Erläuterung: Haftkostenbeiträge Gefangener nach § 51 JVollzGB III u. a.

119 49	056	Vermischte Einnahmen	300,0 315,9 342,7	a) b) c)	300,0
--------	-----	----------------------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Nach § 10 JVollzGB I kann ein noch nicht schulpflichtiges Kind einer Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt untergebracht werden, in der sich die Mutter befindet. Die hierfür vom Land erforderlichen Aufwendungen werden aus Mitteln des Kap. 0508 finanziert. Die Unterbringung erfolgt grundsätzlich auf Kosten des Unterhaltspflichtigen. Ersatzleistungen werden hier vereinnahmt.

124 01	056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	40,0 53,2 41,3	a) b) c)	40,0
--------	-----	---	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Aus der Überlassung landeseigener Geräte und Fahrzeuge an Dritte.

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
124 11	056	Aus der Gewährung von Unterkunft an Staatsbedienstete, Schüler, Lehrgangsteilnehmer, Gäste u. dgl.	40,0 40,8 44,3		a) b) c)	40,0
125 32	056	Aus der Verpflegung des Personals der Justizvollzugsanstalten	320,0 309,6 307,7		a) b) c)	320,0
Erläuterung: Vgl. Vermerk bei Tit. 514 32.						
132 01	056	Erlöse aus der Veräußerung von (Kraftfahrzeugen), Maschinen und sonstigen beweglichen Sachen	10,0 0,5 16,1		a) b) c)	10,0
182 01	N 056	Rückzahlung einer als Darlehen dem VSC Mannheim e. V. gewährten Zuwendung	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
Erläuterung: - vgl. Tit. 684 05 -						
Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			1.214,0		a)	1.214,0
Übrige Einnahmen						
231 01	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	200,0 344,0 126,6		a) b) c)	200,0
Erläuterung: Ersatz der Kosten des Vollzugs von Untersuchungshaft, Freiheitsstrafe und freiheitsentziehender Maßnahmen der Besserung und Sicherung in den Fällen des Art. 96 Abs. 5 GG.						
232 02	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern	20,0 14,3 30,9		a) b) c)	20,0
Erläuterung: Ersatz anderer Länder für die Unterbringung kranker Gefangener im Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg.						
Zwischensumme Übrige Einnahmen			220,0		a)	220,0

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

81 Einnahmen aus den Lehr- und Arbeitsbetrieben

Erläuterung: Einnahmen aus den Lehr- und Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalten. Einnahmen im Zusammenhang mit dem Landesbetrieb VAW (Landesbetrieb gem. § 26 LHO) sind bei Tit. 121 81 und Tit. 261 81 veranschlagt.

121 81	056	Ablieferung des Landesbetriebs Vollzugliches Arbeitswesen	300,0 300,0 400,0	a) b) c)	200,0
--------	-----	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Vgl. Tit. 261 81, 682 81 und Wirtschaftsplan – Anlage 1 zu Kap. 0508.

125 81	056	Erlöse aus den Arbeitsbetrieben der Jugendarrest- anstalten	1,0 0,0 0,0	a) b) c)	1,0
--------	-----	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Nach Eingliederung des VAW aller Justizvollzugsanstalten in den Landesbetrieb VAW werden hier nun noch Einnahmen aus den Arbeitsbetrieben der Jugendarrestanstalten nachgewiesen. Vgl. Tit. 546 81.

261 81	056	Erstattung anteiliger Personal- und Sachkosten durch den Landesbetrieb Vollzugliches Arbeitswesen	11.124,0 10.133,9 10.189,2	a) b) c)	10.944,3
--------	-----	--	----------------------------------	----------------	----------

Erläuterung: Die durch die Inanspruchnahme des Personals der Justizvollzugsanstalt anfallenden Personalkosten und die aus organisatorischen Gründen bei anderen Stellen der Landesverwaltung (Justizvollzugsanstalt, Liegenschaftsverwaltung etc.) für ihn anfallenden Sachkosten hat der Landesbetrieb zu erstatten.

Summe Titelgruppe 81	11.425,0	a)	11.145,3
-----------------------------	----------	----	----------

Gesamteinnahmen	12.859,0	a)	12.579,3
------------------------	----------	----	----------

Ausgaben

Personalausgaben

Das Personalausgabenbudget gemäß § 6a Abs. 2 StHG 2017 umfasst die Titel der Obergruppen 42 und 45 mit Ausnahme des Titels 422 03 sowie der Titel in Titelgruppen und hat ein Gesamtvolumen im Jahr 2017 in Höhe von 162.300,4 Tsd. Euro.

Die vom Personalausgabenbudget umfassten Personalausgaben sind über die Regelung in § 6a Abs. 3 StHG 2017 hinaus auch zu Gunsten der Titelgruppe 69 sowie der Titel 534 72 und 534 73 einseitig deckungsfähig.

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

422 01	056	Bezüge und Nebenleistungen für Beamtinnen und Beamte	133.279,1 127.885,1 124.447,2		a) b) c)	142.137,7
--------	-----	--	-------------------------------------	--	----------------	-----------

Die Beamtinnen und Beamten des allgemeinen Vollzugsdienstes erhalten freie Dienstkleidung, Dienstkleidungszuschüsse oder Kleidergeld. Mehrausgaben für Dienstkleidungszuschüsse oder Kleidergeld sind bis zur Höhe von Wenigerausgaben bei Tit. 514 02 zulässig. Den Bediensteten stehen die in den Diensträumen vorhandenen Badeeinrichtungen unentgeltlich zur Verfügung. Bis zum Umfang von 14 Deputaten können Lehrerinnen und Lehrer von beruflichen Schulen (Kap. 0420) ganz oder mit einem Teil ihrer Unterrichtsverpflichtung zum Unterricht in den Justizvollzugsanstalten eingesetzt werden, ohne dass die anteiligen Personalkosten erstattet werden. Anstelle hauptamtlicher Seelsorger können gegen entsprechende Sperrung von Planstellen der Bes.Gr. A 13 bis A 15 (Pfarrer bzw. Dekan im Justizvollzugsdienst) in Diensten der Landeskirchen stehende Seelsorger mit Kostenerstattung an die Kirchenverwaltungen beschäftigt werden. Die dadurch bei Tit. 671 02 entstehenden Mehrausgaben sind durch die Sperrung der Planstellen gedeckt. Derzeit sind hierfür 5,5 Planstellen (1 Stelle A 15 Dekan im Justizvollzugsdienst, 4,5 Stellen A13/A14 Pfarrer im Justizvollzugsdienst) gesperrt.

Erläuterung: Veranschlagt sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften:

		2017 Tsd. EUR
1.	Planmäßige Beamtinnen und Beamte	142.137,7
	darunter	
	1.1 Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Gründen der Fürsorge: Dienstkleidungszuschüsse/Kleidergeld für 5/5 Beamte je 21 EUR im Monat	1,3
	1.2 Sonstiges:	
	Vergütungen für Organisten und Messner	2,0
	Zulagen für besondere Einsätze in der Sicherheitsgruppe Justizvollzug	22,1

Die Bezüge der zum Aufstieg zugelassenen Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes werden für die Dauer der Abordnung außerhalb der Landesverwaltung aus Kap. 0508 Tit. 422 01 weitergezahlt. Ebenso werden die Bezüge von Beamtinnen und Beamten des allgemeinen Vollzugsdienstes, die zu ihrer Ausbildung zu Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern und Krankenpflegehelferinnen und Krankenpflegehelfern in andere Geschäftsbereiche und außerhalb der Landesverwaltung abgeordnet werden, aus Kap. 0508 Tit. 422 01 weitergezahlt. Zu Nr. 1.2: Beamtinnen und Beamten der Justizvollzugsanstalten, denen die regelmäßige Wahrnehmung des Organisten- und Messnerdienstes in den Anstaltsgottesdiensten übertragen ist, erhalten Vergütungen nach besonderen Bestimmungen. Vgl. Vermerke bei Tit. 422 01 über freie Sachbezüge.

Übertragen von Kap. 1212 Tit. 461 01 gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16 1.382,0 Tsd. EUR.

422 02	056	Bezüge und Nebenleistungen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter	374,9 277,4 194,4		a) b) c)	374,9
--------	-----	---	-------------------------	--	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind auch Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften. Hier werden auch die Bezüge von Lehrerinnen und Lehrern an allgemein bildenden Schulen nachgewiesen, die aus Kap. 0405 zur Gewinnung von Lehrkräften im Justizvollzugsdienst abgeordnet sind. Ferner können aus den Mitteln auch die Bezüge für aus Kap. 0503 zur Ausbildung abgeordnete Beamtinnen und Beamte des Justizwachtmeisterdienstes gedeckt werden.

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
422 03	056	Bezüge der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.	4.480,1 5.955,6 5.224,2		a) b) c)	4.480,1
		Obersekretärinwärterinnen und -anwärter im Justizvollzugsdienst erhalten freie Dienstkleidung, Dienstkleidungszuschüsse oder Kleidergeld. Mehrausgaben für Dienstkleidungszuschüsse oder Kleidergeld sind bis zur Höhe von Wenigerausgaben bei Tit. 514 02 zulässig. Den Bediensteten stehen die in den Diensträumen vorhandenen Badeeinrichtungen unentgeltlich zur Verfügung.				
		Erläuterung: In dem Haushaltsansatz sind neben den Anwärterbezügen und dgl. enthalten:		<u>Tsd. EUR</u>		
		3. Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten		160,0		
422 04	056	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
		Ausgaben sind bis zur Höhe von Einsparungen bei Titeln des Kap. 0508 zulässig, die gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 4 und 5 i.V. mit § 6 Abs. 2 StHG von der dezentralen Finanzverantwortung erfasst sind.				
422 05	056	Mehrarbeitsvergütung und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte und dgl.	2.040,0 1.986,9 2.023,2		a) b) c)	2.040,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind		<u>Tsd. EUR</u>		
		1. Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten		1.980,0		
		2. Mehrarbeitsvergütungen		<u>60,0</u>		
		zus.		2.040,0		
427 11	056	Nebenvergütungen	50,0 50,4 62,3		a) b) c)	50,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind Nebenvergütungen für Chirurginnen und Chirurgen des Justizvollzugskrankenhauses Hohenasperg für die Übernahme der chirurgischen Behandlung der Gefangenen in Justizvollzugsanstalten sowie Nebenvergütungen für Landesbedienstete, die in den Justizvollzugsanstalten Nebentätigkeiten als Ärztinnen und Ärzte, Psychologinnen und Psychologen, Lehrerinnen und Lehrer u. dgl. ausüben. Im Ansatz sind rd. 10,0 Tsd. EUR Reisekosten enthalten.				
427 26	056	Persönliche Prüfungskosten	18,0 14,9 11,6		a) b) c)	18,0
		Erläuterung: Prüfungsvergütungen, Kosten der Prüfungsaufsicht und Vergütungen für vorübergehend beschäftigte Schreibhilfen bei Prüfungen im Bereich des Strafvollzugs.				

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			

427 51	056	Sonstige Beschäftigungsentgelte	790,0		a)	1.000,0
			801,6		b)	
			708,3		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind:

	Tsd. EUR
1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen	300,0
2. Sonstiges	700,0
zus.	1.000,0

Zu Nr. 2: Hier sind insbesondere Vergütungen der nicht im Landesdienst stehenden nebenberuflich tätigen Ärztinnen und Ärzte, Geistlichen, Psychologinnen und Psychologen, Lehrkräfte, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Organistinnen und Organisten u. dgl. veranschlagt. Im Ansatz sind rd. 15,0 Tsd. EUR Reisekosten enthalten.
Mehr zur Verbesserung der medizinischen Fachaufsicht sowie für den verstärkten Einsatz von Fachärzten entsprechend den Empfehlungen der Expertenkommission „Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen“ sowie für Sicherstellung der gesetzlichen Schulpflicht insbesondere für jugendliche Migranten im Jugendvollzug.

428 01	056	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	15.594,9		a)	16.054,2
			19.402,2		b)	
			18.198,9		c)	

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) des allgemeinen Vollzugsdienstes erhalten freie Dienstkleidung, Dienstkleidungszuschüsse oder Kleidergeld. Mehrausgaben für Dienstkleidungszuschüsse oder Kleidergeld sind bis zur Höhe von Wenigerausgaben bei Tit. 514 02 zulässig. Den Bediensteten stehen die in den Diensträumen vorhandenen Badeeinrichtungen unentgeltlich zur Verfügung.

Erläuterung: Veranschlagt sind neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (Beschäftigten) einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen auf Grund von Tarifverträgen

	Tsd. EUR
3. 35/35 Auszubildende an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg - Bereich Sozialwesen -, 25/25 Praktikantinnen und Praktikanten und sonstige in einem privatrechtlichen Ausbildungsverhältnis beschäftigte Personen sowie Praxissemesterstudentinnen und -studenten	
6. Sonstige Zulagen (Zulagen nach § 14 TV-L, §§ 10 und 18 TVÜ-L)	21,0
7. Dienstkleidungszuschuss/Kleidergeld für 1/1 Arbeitnehmer je 21 EUR im Monat	0,3
8. Sonstiges (Vergütungen für Mesner u.a.)	1,5
Übertragen von Kap. 1212 Tit. 461 01 gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	28,0 Tsd. EUR.

428 02	056	Entgelte für abgeordnete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)	49,6		a)	49,6
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Entgelte für abgeordnete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Gesamtbezüge).

428 05	056	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte	276,0		a)	276,0
			268,5		b)	
			233,6		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind

	Tsd. EUR
1. Zeitzuschläge	27,5
2. Überstundenentgelte	5,5
3. Entgelte für Mehrarbeit	243,0
zus.	276,0

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

453 01	056	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.	300,0 152,7 181,5	a) b) c)	300,0
--------	-----	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind:

	Tsd. EUR
1. Trennungsgelder	230,0
2. Umzugskostenvergütungen	70,0
zus.	300,0

Zwischensumme Personalausgaben 157.252,6 a) 166.780,5

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	056	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.880,0 2.127,4 2.278,4	a) b) c)	2.000,0
--------	-----	---	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind:

	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	315,0
2. Porto	130,0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	810,0
4. Unterhaltung und Instandsetzung	740,0
5. Sonstiges	5,0
zus.	2.000,0

Mehr wegen erhöhtem Ersatzbeschaffungsbedarf und Portoerhöhung.

514 01	056	Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl.	790,0 654,7 696,2	a) b) c)	700,0
--------	-----	--------------------------------------	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung:

Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	700,0

Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen:

	2016	2017
--	------	------

Pkw	12	12
davon geleast	9	9
LKW	6	6
Kombi-, Einsatz- und Spezialfahrzeuge, Fahrzeuge mit Sonderausstattung, Funk usw.		
Gefangenentransportwagen bis 9 Plätze	85	85
Gefangenentransportwagen über 9 Plätze	8	8
Krankentransportwagen	2	2
Materialtransporter	1	1
Sondereinsatzfahrzeuge	18	18
davon geleast	13	13
Zugmaschinen	6	6
Anhänger für Kfz	3	3
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen	3	4

Änderungen des Fahrzeugbestands:

2016

Statt eines Leasing-PKW kann ein in einem Strafverfahren eingezogener PKW eingesetzt werden.

2017

Zugang eines Teleskopladens (Selbstfahrende Arbeitsmaschine) bei der Justizvollzugsanstalt Adelsheim.

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Neben dem obigen Bestand dürfen vier ersetzte Gefangenentransportwagen mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen dauerhaft für besondere Zwecke - nicht im Straßenverkehr - weiterverwendet werden: Beim Bildungszentrum Justizvollzug in Stuttgart-Stammheim und seiner Außenstelle Sachsenheim je ein Fahrzeug für Sicherheitsschulungen, je ein weiteres Fahrzeug bei der Justizvollzugsanstalt Bruchsal als Unterstand für die Dauer der dortigen Baumaßnahmen und bei der Justizvollzugsanstalt Heimsheim im Rahmen der Sicherungsmaßnahmen an der Mauer.

Zum Fahrzeugbestand des Landesbetriebs Vollzugliches Arbeitswesen siehe Anlage 1

Übertragen nach Kap. 0502 Tit. 441 01 50,0 Tsd. EUR

514 02	056	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)	1.170,0 1.090,5 1.105,3	a) b) c)	1.200,0
--------	-----	---	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Dienstkleidung nebst einem pauschalen Ersatz für den Reinigungsaufwand derselben erhalten 2471 Beamtinnen und Beamte und Beschäftigte des allgemeinen Vollzugsdienstes sowie der Leiter der Sicherheitsgruppe Strafvollzug. Veranschlagt ist außerdem die Erstausrüstung von 140 Anwärterinnen und Anwärtern für den allgemeinen Vollzugsdienst. Die Höhe des Ansatzes richtet sich insbesondere nach der Zahl der Dienstkleidungsberechtigten. Veranschlagt ist auch ein pauschaler Kostenansatz an das Logistikzentrum Baden-Württemberg (LZBW) für die Beschaffung der Dienstkleidung. Außerdem sind hier auch Schutzbekleidungen nach Regelungen zur Arbeitssicherheit und zur Hygiene veranschlagt. Mehr wegen Erhöhung der Anzahl der auszustattenden Anwärterinnen und Anwärter.

514 11	056	Verbrauchsmittel für den Justizvollzug	180,0 171,3 135,4	a) b) c)	180,0
--------	-----	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Beschaffungskosten für BtM-Testreagenzien, Munition und Verbrauchsmaterial für erkennungsdienstliche Behandlung (Filme etc.).

514 32	056	Verpflegung des Personals der Justizvollzugsanstalten	300,0 306,4 308,8	a) b) c)	300,0
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Ausgaben sind bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Tit. 125 32 zulässig.

Erläuterung: Vgl. Tit. 125 32.

517 01	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	680,0 742,2 675,3	a) b) c)	880,0
--------	-----	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01: 72,1 Tsd. EUR.

518 02	056	Mieten und Pachten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte	70,0 53,3 47,9	a) b) c)	60,0
--------	-----	--	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Leasingkosten für 21/21 Pkws bis 1,6 l (88 kW) und 1/1 PKW bis 2,0 l (110 kW).

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
525 51	056	Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschließlich Reisekosten)	30,0 30,0 30,0		a) b) c)	30,0
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Vergütungen für Referentinnen und Referenten, Entschädigungen für Zeitversäumnis und Verdienstaufschlag sowie Fahrtkostenersatz für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Aus- und Fortbildungsmaßnahmen.						
526 01	056	Gerichts- und ähnliche Kosten	10,0 12,3 3,2		a) b) c)	25,0
Erläuterung: Veranschlagt sind Kostenerstattungen in gerichtlichen Verfahren.						
526 11	056	Kosten für Sachverständige	86,0 119,3 90,8		a) b) c)	120,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Heranziehung von Sachverständigen. Mehr wegen vermehrter Inanspruchnahme insbesondere im Hinblick auf psychisch auffällige Gefangene.						
526 22	056	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	10,0 7,7 7,8		a) b) c)	10,0
527 01	056	Dienstreisen	110,0 112,3 97,9		a) b) c)	110,0
		<u>Zugelassene Fahrzeuge</u>		2016	2017	
		Pkw		40	40	
534 01	056	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	0,0 74,9 0,4		a) b) c)	0,0
Erläuterung: Leertitel zur Finanzierung vertretungsweiser Inanspruchnahme von Dienstleistungen Dritter.						
534 05	313	Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes	625,6 122,9 115,3		a) b) c)	455,6
Erläuterung: Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes und der dazugehörigen Unfallverhütungsvorschrift DGUV Vorschrift 2. Enthalten sind die Kosten für die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung der Beschäftigten einschließlich der Kosten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen. Einsparung zum Ausgleich des Haushalts.						

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
537 01	056	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschließlich Reisekosten)	140,0 168,0 165,6		a) b) c)	180,0
Erläuterung: Mehr wegen vermehrten Krankentransporten.						
537 09	314	Gesundheitsmanagement	60,0 77,9 53,8		a) b) c)	60,0
Erläuterung: Leistung von Ausgaben im Rahmen des Gesundheitsmanagements zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit der Beschäftigten und damit ihrer Leistungsfähigkeit für den Justizvollzug.						
546 49	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	120,0 152,2 173,5		a) b) c)	180,0
Hieraus dürfen auch Billigkeitsleistungen gewährt werden.						
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
1.	Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern		25,0			
2.	Auslagen für Vorstellungsreisen		1,0			
3.	Sonstige vermischte Ausgaben (u.a. Dolmetscher und Übersetzungskosten anlässlich der Besuchs- und Briefüberwachung bei gefährlichen Gefangenen)		150,0			
4.	Aufwand für die Bewirtung ausländischer Gäste		4,0			
			zus. 180,0			
Die Kantine der Justizvollzugsschule Baden-Württemberg wird als behördeneigene Kantine geführt. Für die Kantine gilt der nachfolgende Wirtschaftsplan:						
Voraussichtliche Einnahmen		Tsd. EUR	Voraussichtliche Ausgaben		Tsd. EUR	
1.	Teilnehmerbeiträge	0,0	1.	Personalausgaben	0,0	
2.	Zuschüsse des Landes	0,0	2.	Herstellung der Mahlzeiten	0,0	
3.	Sonstige Einnahmen (Gästeessen, Getränke usw.)	20,0	3.	Sonstige Ausgaben (Getränke usw.)	18,0	
			4.	Instandhaltung und Instandsetzung	0,2	
		zus. 20,0		zus. 18,2		
546 51	056	Schadenersatzleistungen (auch aus Billigkeitsgründen)	80,0 54,9 82,2		a) b) c)	80,0
Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben			6.341,6		a)	6.570,6

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	-------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

632 01	056	Erstattung von Kosten für die Unterbringung von Gefangenen in Justizvollzugsanstalten anderer Länder	20,0		a)	50,0
			33,2		b)	
			117,2		c)	

Erläuterung: In Vollzugsanstalten anderer Länder werden kranke Gefangene in besonderen Fällen und Gefangene zur Berufsausbildung untergebracht. Die Unterbringung von Gefangenen in Justizvollzugskrankenhäusern anderer Bundesländer erfolgt insbesondere auch aufgrund notwendiger Sanierung des Justizvollzugskrankenhauses Hohenasperg. Mehr wegen vermehrter Unterbringung von Gefangenen in Justizvollzugskrankenhäusern anderer Bundesländer aus diesem Grund.

633 01	056	Erstattung der Kosten für den Vollzug der Unterbringung von Jugendlichen und Heranwachsenden in einer Einrichtung nach § 93 a JGG	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Für Kostenerstattungen an den Bezirk Oberpfalz für die Behandlung suchtkranker Jugendlicher und Heranwachsender im Bezirkskrankenhaus Parsberg II als Einrichtung nach § 93 a JGG.

671 02	056	Erstattung von Personalkosten an die Kirchenverwaltung	819,6		a)	920,0
			909,2		b)	
			840,3		c)	

Soweit in Diensten der Landeskirchen stehende Seelsorger mit Kostenerstattung an die Kirchenverwaltungen als Ersatz für hauptamtliche Seelsorger beschäftigt werden, können die dadurch entstehenden Mehrausgaben durch entsprechende Sperrung von Planstellen der Bes.Gr. A 13 bis A 15 (Pfarrer bzw. Dekan im Justizvollzugsdienst) bei Tit. 422 01 gedeckt werden.
Zum Stand vom 1. Juni 2012 sind hierfür 5,5 Planstellen gesperrt.

Erläuterung: Veranschlagt sind Personalkostenerstattungen für die Übernahme der Seelsorge in den Justizvollzugsanstalten durch in Diensten der Landeskirchen stehende Pfarrer. Derzeit sind Erstattungen für 10,5 Seelsorger an die Kirchenverwaltungen zu leisten.

681 01	056	Taschengelder für Gefangene	200,0		a)	190,0
			157,8		b)	
			157,4		c)	

Erläuterung: Bedürftigen Gefangenen ist nach § 53 JVollzGB III oder § 48 JVollzGB IV oder nach besonderen Bestimmungen des Ministeriums der Justiz und für Europa ein Taschengeld zu gewähren.

681 02	056	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge	100,0		a)	100,0
			70,8		b)	
			57,9		c)	

Tit. 681 02 und Tit. 863 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Reisebeihilfen, Überbrückungsbeihilfen, Entlassungskleidung und Sicherstellung persönlicher Habe mittelloser Gefangener (§ 33 JVollzGB II, § 90 JVollzGB III, § 84 JVollzGB IV). Hier werden auch Unterbringungskosten für Maßnahmen nach § 89 Abs. 4 JVollzGB III nachgewiesen.

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
681 03	W 056	Taschengelder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für Abschiebungsgefangene	40,0 0,0 1,4		a) b) c)	0,0
684 01	056	Zuschüsse an Vereine für Gefangenen- und Entlassenenfürsorge für Sozialhilfe für Gefangene und für Entlassene in der Übergangszeit	135,0 135,0 135,0		a) b) c)	135,0
684 02	056	Zuschüsse an Vereine für den Betrieb von Einrichtungen für den Jugendstrafvollzug in freien Formen	2.760,0 2.379,7 1.943,7		a) b) c)	2.760,0
Erläuterung: Die Vereine Projekt Chance e.V. und Prisma e.V. fördern den Jugendstrafvollzug in freien Formen in den Einrichtungen Creglingen- Frauental und Leonberg (Seehaus) mit insgesamt 30 Plätzen.						
684 03	056	Zuschuss an die Kriminologische Zentralstelle e.V.	13,0 28,7 6,5		a) b) c)	24,0
Erläuterung: Nach dem Staatsvertrag vom 25. Juni 2009 über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe ist bei der Kriminologischen Zentralstelle e. V. die Kommission zur Verhütung von Folter angesiedelt. Die Kosten tragen die Bundesländer nach dem „Königsteiner Schlüssel“. Der Anteil des Landes wird zwischen Justiz-, Innen- und Sozialverwaltung aufgeteilt. Veranschlagt ist hier der Anteil der Justiz. Mehr wegen Erhöhung der Kosten der Zentralen Stelle.						
684 04	056	Zuschüsse an Vereine für das Nachsorgeprojekt Chance	290,0 145,0 127,8		a) b) c)	380,0
Erläuterung: Der Verein Projekt Chance e.V. ermöglicht mit dem Netzwerk Straffälligenhilfe als Dienstleister Betreuung von Gefangenen im Rahmen der Entlassungsvorbereitungen auch über die Haftentlassung hinaus. Bei Gefangenen mit minderjährigen Kindern wird im Rahmen der Nachsorge auch die Entlassungsvorbereitung im familiären Bereich unterstützt. Diese sogenannte Eltern-Kind-Projekt wurde bis Ende 2016 von der Landesstiftung unterstützt. Betreut werden Gefangene ohne Bewährungshelfer und ohne Anordnung von Führungsaufsicht. Mehr wegen Einbeziehung des Eltern-Kind-Projekts nach Ende der Finanzierung durch die Landesstiftung.						
684 05	N 056	Zuwendung an den VSC Mannheim e. V.	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
Ausgaben sind bis zur Höhe von 710,0 Tsd. EUR bei entsprechenden Minderausgaben bei Tit. 812 02 zulässig.						
Erläuterung: Der Vollzugssportclub (VSC) Mannheim e.V. ist Erbbauberechtigter einer auf einer Landesliegenschaft errichteten Sporthalle. Zur Sanierung dieser Sporthalle erhält der VSC eine Zuwendung des Landes. Weitere Zuwendungen für diese Maßnahme sind von der Stadt Mannheim und dem Badischen Sportbund zugesagt. Diese werden vom Land im Wege einer darlehensweise gewährten weiteren Zuwendung an den VSC vorfinanziert. Die Rückzahlung durch den Zuwendungsempfänger erfolgt nach Zahlungseingang von den weiteren Zuwendungsgebern - vgl. Tit. 182 01 - .						

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
685 01	056	Zuschuss an den Förderverein Strafvollzugsmuseum Ludwigsburg e.V.		20,0 20,0 20,0	a) b) c)	20,0
685 49	056	Mitgliedsbeiträge an Verbände, Vereine, Gesellschaften, Organisationen u. dgl.		15,5 11,2 11,2	a) b) c)	12,0
Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)				4.413,1	a)	4.591,0
Ausgaben für Investitionen						
811 01	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen u. dgl. (für die Verwaltung)		748,2 412,2 812,6	a) b) c)	485,3

Erläuterung: Veranschlagt sind die Mitgliedsbeiträge an die Organisationen „Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten e. V.“ in Wiesbaden und „C.E.P. The European Organisation for Probation“ in Utrecht.

Erläuterung:

Veranschlagt sind folgende Beschaffunge	Tsd. EUR
Ersatzbeschaffungen	
6 Gefangenentransportwagen Kombi bis 2,0 l (75 kW) für die Justizvollzugsanstalten Bruchsal, Heimsheim, Karlsruhe, Mannheim, Stuttgart und Ulm	248,3
1 Gefangenentransportwagen mit 17 Sitzen bis 2,0 l (120 kW) für die Justizvollzugsanstalt Stuttgart	83,3
1 Gefangenentransport- und Einsatzfahrzeug bis 2,0 l (120 kW) für die Sicherheitsgruppe Justizvollzug Baden-Württemberg bei der Justizvollzugsanstalt Bruchsal	47,4
Neubeschaffungen	
1 Teleskoplader mit Arbeitsbühne für die Justizvollzugsanstalt Adelsheim	106,3
zus.	485,3

Ausgesondert werden sollen im Jahr 2017:

Dienststellen (Justizvollzugsanstalt)	Typ des Dienstkraft- fahrzeugs	Baujahr	Gesamtfahrleistung am 1. Januar 2016 km	Voraussichtliche Gesamtfahrleistung zum Aussonde- rungszeitpunkt km	Amtliches Kenn- zeichen
Bruchsal	Gefangenentransportwagen Kombi VW Transporter	2002	193.266	221.000	KA-6057
Bruchsal	Gefangenentransport- und Einsatzfahrzeug DaimlerChrysler	2006	190.000	240.000	KA-6019
Heimsheim	Gefangenentransportwagen Kombi VW Transporter	2006	221.775	264.000	PF-318

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR		
	Karlsruhe	Gefangenen-transportwagen Kombi VW Transporter	2005	241.995	279.000	KA-VA 107		
	Mannheim	Gefangenen-transportwagen Kombi VW Transporter	2007	281.423	320.000	MA-VA 103		
	Stuttgart	Gefangenen-transportwagen Kombi VW Transporter	2003	256.809	320.000	S-1049		
	Stuttgart	Gefangenen-transportwagen Mercedes Benz	1993	216.343	280.000	S-1060		
	Ulm	Gefangenen-transportwagen Kombi VW Transporter	2005	194.778	224.000	UL-2350		
812 02	056	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl. (außer Arbeitsbetriebe) Einnahmen bei Tit. 182 01 fließen den Mitteln zu.				2.500,0 1.625,9 2.740,4	a) b) c)	2.100,0
<p>Erläuterung: Aus diesem Titel werden auch die Kosten für laufende Bau- und Bauunterhaltungsmaßnahmen bestritten, soweit diese Kosten nach der Dienstweisung für die Staatl. Hochbauämter vom Nutzer zu tragen sind. Vorgesehen sind des weiteren u. a. Ersatz- und Neubeschaffungen für Krankenabteilungen, Küchen und Wäschereien und zur Gewährleistung der Sicherheit der Justizvollzugsanstalten.</p>								
863 01	056	Darlehen an Gefangene Rückerinnahmen fließen den Mitteln zu. Tit. 863 01 und Tit. 681 02 sind gegenseitig deckungsfähig.				7,0 0,8 0,2	a) b) c)	7,0
Zwischensumme Ausgaben für Investitionen						3.255,2	a)	2.592,3

Titelgruppen

Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54, 81 und des Tit. 685 49, ohne alle Titel mit der Endzahl 60 bis 67 und 69, sind über § 6 Abs. 1 Nr. 4 StHG hinaus mit allen Titeln der Titelgruppen 71, 72, 73 und 81 (ohne Tit. 682 81) gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Hinsichtlich der Obergruppe 81 bleibt § 6 Abs. 1 Nr. 5 StHG unberührt.

68 Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten

Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Bei Aus- und Fortbildungslehrgängen erhalten Landesbedienstete in den Justizvollzugseinrichtungen freie Unterkunft.

Erläuterung: Mehr insbesondere wegen notwendiger Erweiterung der Supervision der im Vollzug der Sicherungsverwahrung eingesetzten Bediensteten.

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
			Tsd. EUR			
427 68	056	Unterrichtungsvergütungen u. dgl.	70,0		a)	90,0
			87,7		b)	
			71,7		c)	
525 68	056	Allgemeiner Sachaufwand	420,0		a)	670,0
			595,4		b)	
			549,8		c)	
Rückerstattungen fließen den Mitteln zu.						
Erläuterung: Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
1.	Kosten für die fachliche und fachübergreifende Weiterqualifizierung der Bediensteten der Justizvollzugsanstalten		385,0			
2.	Ausbildungskosten zur Sicherstellung des Personalbedarfes in den mittleren Diensten der Justizvollzugsanstalten		65,0			
3.	Kosten der Supervision		220,0			
		zus.	670,0			
527 68	056	Reisekosten	100,0		a)	100,0
			87,9		b)	
			104,5		c)	
Summe Titelgruppe 68			590,0		a)	860,0
69		Aufwand für Informationstechnik				
Erläuterung: Bei der Tit.Gr. 69 werden die Aufwendungen für alle informationstechnischen Aufwendungen im Bereich der Justizvollzugsanstalten ausgebracht. Hierzu gehören insbesondere auch die schwachstromtechnischen Sicherheitseinrichtungen.						
511 69A	056	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	1.260,0		a)	2.000,0
			1.717,7		b)	
			1.373,8		c)	
Erläuterung: Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
1.	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		370,0			
2.	Unterhaltung und Instandsetzung		1.630,0			
		zus.	2.000,0			
Mehr wegen erhöhtem Wartungsaufwand.						
511 69B	056	Fernmeldegebühren u. dgl.	850,0		a)	500,0
			482,1		b)	
			361,0		c)	
Erläuterung: Veranschlagt sind:						
			Tsd. EUR			
1.	Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		250,0			
2.	Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen		150,0			
3.	Rundfunkbeiträge		100,0			
		zus.	500,0			

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Anzahl der in Wohnungen von Landesbediensteten vorhandenen dienstlichen Telefonanschlüsse:

	2016	2017
	3	3

An Fernsprechzentralen von Justizvollzugsanstalten sind Dienststellen aus den Einzelplänen 03, 06, 08 und 12 angeschlossen, ohne dass die anteiligen Fernsprechkosten erstattet werden.

514 69	056	Verbrauchsmittel	170,0	a)	170,0
			158,4	b)	
			156,3	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für Vordrucke, Spezialpapier u. dgl. sowie für Sicherungsbänder, Disketten u. dgl.

518 69	056	Maschinen- und Gerätemieten	90,0	a)	90,0
			84,1	b)	
			90,4	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Mietkaufraten für EDV-Systeme sowie die Mieten für Kopiergeräte.

525 69	056	Aus- und Fortbildung	20,0	a)	30,0
			22,4	b)	
			18,0	c)	

534 69	056	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	2.000,0	a)	2.000,0
			1.664,3	b)	
			1.625,9	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für Wartungs- und Beratungsleistungen für Informationstechnik und die Raten für das BK-Outsourcing.

546 69	056	Sonstiger Sachaufwand	0,0	a)	0,0
			0,0	b)	
			0,1	c)	

812 69	056	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	2.000,0	a)	3.200,0
			1.293,3	b)	
			1.226,5	c)	

Erläuterung: Vorgesehen sind u. a. Ersatz- und Neubeschaffungen von informationstechnischen Einrichtungen, Anlagen, Geräten usw., darunter Zellenrufanlagen, Gefahrenmeldeanlagen etc.

Aus diesem Titel werden auch die Kosten für laufende Bau- und Bauunterhaltungsmaßnahmen bestritten, soweit diese Kosten nach der Dienstanweisung für die Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung vom Nutzer zu tragen sind. Im Planjahr ist der notwendige Ersatz mehrerer abgängiger Anlagen eingeplant. Außerdem wurde der notwendige Umstellungsaufwand für Telekommunikationsanlagen auf Grund der Einstellung des ISDN-Betriebs eingeplant.

Summe Titelgruppe 69			6.390,0	a)	7.990,0
-----------------------------	--	--	---------	----	---------

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
71		Verpflegung, Textilien, Hygiene				
Erläuterungen: Die Ansätze richten sich nach dem voraussichtlichen Bedarf.						
511 71	056	Kleidung, Wäsche, Bettzeug	1.350,0 1.271,2 1.140,7		a) b) c)	1.300,0
Erläuterung:						
Veranschlagt sind:			Tsd. EUR			
1. Neu- und Ersatzbeschaffungen			600,0			
2. Instandsetzung und Reinigung			700,0			
zus.			1.300,0			
Übertragen nach Kap. 0502 Tit. 441 01			50,0 Tsd. EUR			
514 71	056	Verpflegung und Hygiene der Gefangenen	6.248,3 5.985,4 6.140,4		a) b) c)	6.415,2
Erläuterung: Veranschlagt sind:						
			Tsd. EUR			
1. Verpflegung der Gefangenen			5.895,2			
2. Hygiene der Gefangenen			520,0			
zus.			6.415,2			
Übertragen nach Kap. 0502 Tit. 441 01			54,77 Tsd. EUR			
Mehr wegen steigender Gefangenenzahl.						
Summe Titelgruppe 71			7.598,3		a)	7.715,2
72		Ärztliche Versorgung				
Erläuterung: Die Ansätze richten sich nach dem voraussichtlichen Bedarf. Insgesamt mehr wegen steigenden Gefangenenzahlen; mehr Gefangenen mit erhöhtem Bedarf an medizinischer Versorgung sowie zur Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission „Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen“.						
514 72	056	Medikamente, Sanitätsverbrauchsmaterial (einschließlich Kleingerät)	3.000,0 3.189,2 2.814,3		a) b) c)	3.100,0
534 72	056	Ärztliche Behandlung, Unterbringung in Krankenanstalten u. dgl.	5.450,0 5.725,0 5.455,9		a) b) c)	5.978,0
Erläuterung: Neben der allgemeinen externen medizinischen Versorgung werden hier auch die Mittel für die Behandlung von Strafgefangenen durch externe Psychotherapeuten veranschlagt.						
Übertragen von Kap. 0304 Tit. 682 03:			80,0 Tsd. EUR.			
Summe Titelgruppe 72			8.450,0		a)	9.078,0

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

73 Sonstige Betreuung

Kostenerstattungen fließen den Mitteln zu.

Erläuterungen: Die Ansätze richten sich nach dem voraussichtlichen Bedarf. Aus Tit.Gr. 73 werden auch Dritten Aufwendungen ersetzt, die diesen im Zusammenhang mit der Betreuung der Gefangenen entstanden sind, einschließlich der Aufwendungen zur Bekämpfung des Drogen- und Alkoholmissbrauchs (z. B. freie Träger von Drogenberatungsstellen wie Kirchen, Mitglieder des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes; Kirchliche Arbeitsgemeinschaft zur Unterstützung der Seelsorge in den Justizvollzugsanstalten, Release Stuttgart e.V. usw.).

511 73	056	Gefangenenbücherei	10,0 6,3 9,5	a) b) c)	10,0
514 73	056	Bastelmaterial, Spiele, Zeitungen u. dgl.	50,0 51,9 47,9	a) b) c)	50,0
534 73	056	Dienstleistungen Dritter (einschließlich Reisekosten)	1.680,0 1.794,2 1.693,3	a) b) c)	2.275,0

<u>Erläuterung:</u> Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Ersatz von Aufwendungen für die Träger von Drogen- und Suchtberatungsstellen	1.400,0
2. Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche islamische Seelsorger	100,0
3. Ersatz von Aufwendungen an den Badischen und den Württembergischen Sportbund für therapeutische Sportangebote	100,0
4. Umsetzung der Standards für die Sozialarbeit im Justizvollzug und im Jugendarrest	150,0
5. Mittel zur Finanzierung der externen Schuldnerberatung im Justizvollzug	275,0
6. Sonstiges - insbesondere Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Betreuer, Sportübungsleiter u. ä. -	250,0
zus.	2.275,0

Die persönlichen Ausgaben für die haupt- und nebenberuflichen Ärzte, Geistlichen, Lehr- und sonstigen Kräfte werden bei den Tit. 422 01, 428 01, 427 11 und 427 51 nachgewiesen. Mehr insbesondere für die Erhöhung des Ersatzes von Aufwendungen für die Träger von Drogen- und Suchtberatungsstellen entsprechend den Empfehlungen der Expertenkommission „Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen“ sowie für die Aufwandsentschädigung ehrenamtlicher islamischer Seelsorger.

546 73	056	Schule, Freizeit, Sonstiges	230,0 248,7 227,9	a) b) c)	250,0
--------	-----	-----------------------------	-------------------------	----------------	-------

<u>Erläuterung:</u> Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Unterrichtsmittel, Schulbedarf u. dgl.	140,0
2. Mittel für Freizeitgestaltung, Sonstiges (darunter auch Kosten für den Betrieb der Ballsporthalle des VSC Rot-Weiß-Mannheim e. V.)	110,0
zus.	250,0

Mehr wegen erhöhtem schulischen Bedarf, insbesondere für Alphabetisierungs- und Deutschkurse.

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
681 73	056	Aufwand des Landes für Folgeschäden aus Sportunfällen Gefangener		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Erläuterung: Gefangene erhalten für Schäden aus Sportunfällen, die nach der Entlassung fortauern, Leistungen.						
686 73	056	Zuschüsse zu Fernstudiengängen		1,5 0,0 0,0	a) b) c)	1,5
Erläuterung: Veranschlagt ist ein Zuschuss zur Förderung von Fernstudiengängen im Justizvollzug.						
Summe Titelgruppe 73				1.971,5	a)	2.586,5
74		Kosten für die Umsetzung des Therapieunterbringungsgesetzes (ThUG)				
511 74	056	Allgemeiner Sachaufwand für die Umsetzung des Therapieunterbringungsgesetzes		20,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
526 74	056	Kosten für Sachverständige		6,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
534 74	056	Dienstleistungen Dritter		200,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 74				226,0	a)	0,0
75		Bewährungs- und Gerichtshilfe				
<p>Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Kosten für die Unterbringung in den landeseigenen oder vom Land angemieteten Liegenschaften einschließlich der Gebäudebewirtschaftungs- und Energiekosten sowie die Bauunterhaltung werden aus Kap. 1208 und 1209 getragen. Die Objekte werden der Landesanstalt Bewährungs- und Gerichtshilfe Baden-Württemberg kostenlos überlassen. Für Zwecke der therapeutischen Behandlung von Probanden der Landesanstalt Bewährungshilfe kann die Bewährungs- und Gerichtshilfe Baden-Württemberg ihr überlassene Räumlichkeiten stundenweise der Behandlungsinitiative Opferschutz e.V. (BIOS) zur Verfügung stellen.</p>						
Erläuterung:						
<p>Durch das Gesetz über die Sozialarbeit der Justiz (GSJ) vom 26. Oktober 2016 (GBl. S. 578) wurde mit Wirkung ab 8. November 2016 die Landesanstalt Bewährungs- und Gerichtshilfe Baden-Württemberg (BGBW) als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet. Die Landesanstalt Bewährungs- und Gerichtshilfe Baden-Württemberg ist staatliche Einrichtung und hat das Recht zur Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze. Sie übernimmt ab dem 1. Januar 2017 den Geschäftsbetrieb der in privatisierter Form für das Land betrieben wurde.</p>						

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Die BGBW deckt ihre Kosten durch vom Land gewährte Zuweisungen. Die bei der BGBW tätigen Beamtinnen und Beamten stehen in einem unmittelbaren Dienstverhältnis zum Land Baden-Württemberg. Die Bezüge sind in dieser Titelgruppe bei Titel 422 75 veranschlagt. Soweit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch in einem unmittelbaren Dienstverhältnis zum Land stehen, bleibt dieses bestehen. Ihre Bezüge sind in dieser Titelgruppe bei Titel 428 75 veranschlagt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des bisherigen privaten Dienstleisters werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der BGBW.
Soweit ein Post austausch zwischen den Gerichten und Staatsanwaltschaften und den Dienststellen der Bewährungs- und Gerichtshilfe stattfindet, kann dieser Post austausch auch der BGBW unentgeltlich mitgenutzt werden.

422 75	N	051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	0,0	a)	10.416,0
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind auch Zulagen nach Maßgabe der besoldungsrechtlichen Vorschriften.
Übertragen von Kap. 0503 Tit. 422 71 10.416,0 Tsd. EUR

428 75	N	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	0,0	a)	2.703,2
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Erläuterung: Übertragen von Kap. 0503 Tit. 428 71 2.703,2 Tsd. EUR

685 75	N	051	Zuweisungen an die Landesanstalt Bewährungs- und Gerichtshilfe Baden-Württemberg	0,0	a)	14.357,7
				0,0	b)	
				0,0	c)	

Die Ausgabeermächtigung des Tit. 685 75 erhöht sich um Einsparungen durch das Freiwerden von Stellen der zum Stichtag 01.01.2017 im Bereich der Bewährungs- und Gerichtshilfe verwendeten Beamtinnen und Beamten und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei deren dauerhaften Ausscheiden aus dem Landesdienst sowie bei Beurlaubungen ohne Dienstbezüge für die Zeit der Beurlaubung und bei Elternzeit ohne Dienstbezüge für die Dauer der Elternzeit.

Die Höhe des Schöpfungsbetrages bei Tit. 422 75 (Beamte) und 428 75 (Arbeitnehmer) für Erhöhung der Zuweisungen bei Tit. 685 75 beträgt im Jahr 2016 68.267 EUR. Der Schöpfungsbetrag ändert sich ab dem Jahr 2017 entsprechend der für Baden-Württemberg maßgeblichen Änderung des Tarifs der Entgeltgruppe 10 TV-L (West).

Der Schöpfungsbetrag steht nach Ablauf einer Wartezeit von 1,5 Monaten nach Freiwerden der Stelle bzw. nach Beginn der Beurlaubung ohne Dienstbezüge bzw. der Elternzeit ohne Dienstbezüge monatlich im Voraus zur Verfügung.

Erläuterung:

Veranschlagt sind die Zuweisungen des Landes an die Landesanstalt Bewährungs- und Gerichtshilfe Baden-Württemberg (BGBW) für die Erbringung ihrer gesetzlich vorgegebenen Leistungen. Durch die Übertragung auf die BGBW wird die Sicherung der im vorangegangenen privatisierten Betrieb verbesserten Aufgabenerfüllung und der erreichten Haushaltsentlastung erwartet.

Das am 1. Januar 2017 in einem unmittelbaren Dienstverhältnis zum Land stehende Personal der Bewährungs- und Gerichtshilfe verbleibt beim Land. Die Bezüge und Entgelte werden aus Mitteln der Tit. 422 75 und Tit. 428 75 bezahlt. Beim Ausscheiden eines Stelleninhabers wird die Stelle nicht mehr besetzt. Der Ersatz erfolgt durch eigenes Personal der BGBW. Entsprechend dem ausgebrachten Planvermerk erhöht sich die Zuweisung an die BGBW.

Für die Betreuung eines Probanden erhalten die ehrenamtlichen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer eine Pauschalentschädigung. Diese ist in den Ansätzen des Wirtschaftsplans berücksichtigt und im Zuweisungsbetrag mitenthalten.

Maßnahmen des Gesundheitsmanagements, der Umsetzung des Arbeitssicherheitsgesetzes sowie Aufwendungen der Personalvertretungen - insbesondere Reise- und Fortbildungskosten - sind ebenfalls im Zuweisungsbetrag enthalten.

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Die Zuweisung an die BGBW berücksichtigt auch die Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge der Bediensteten der Bewährungs- und Gerichtshilfe.

Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017
Pkw	272	272

Übertragen von Kap. 0503 Tit. 412 71	504,0 Tsd. EUR
Übertragen von Kap. 0503 Tit. 428 71	202,8 Tsd. EUR
Übertragen von Kap. 0503 Tit. 534 71	8.410,9 Tsd. EUR
Übertragen von Kap. 0503 Tit. 546 71	50,0 Tsd. EUR
Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 518 01	110,0 Tsd. EUR

Summe Titelgruppe 75 0,0 a) 27.476,9

81 Lehr- und Arbeitsbetriebskosten

Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig. Die im Finanzplan des Landesbetriebs Vollzugliches Arbeitswesen (Landesbetrieb VAW) für die Vermehrung des Anlagevermögens (Investitionen) veranschlagten Beträge sind bindend. Für im Finanzplan nicht veranschlagte Investitionen und für Mehrausgaben bei veranschlagten Investitionen dürfen -bei Beträgen über 50 Tsd. EUR im Einzelfall mit Einwilligung des Ministeriums der Justiz und für Europa verwendet werden:

- A) Einsparungen bei anderen Investitionen gegenüber den im Finanzplan veranschlagten Beträgen,
 B) eine Erhöhung des Überschusses oder eine Minderung des Fehlbetrags, die vom Betrieb gegenüber dem im Haushaltsplan veranschlagten Betrag erzielt wird, wenn und soweit die Erhöhung des Überschusses oder die Minderung des Fehlbetrages nicht durch buchungstechnische Vorgänge herbeigeführt wird. Die Bildung von Rücklagen bedarf der Einwilligung des Ministeriums für Finanzen. Die Betriebsgrundstücke können dem Landesbetrieb unentgeltlich überlassen werden.

Erläuterung: In den Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalten werden 62 Ausbildungsplätze in verwaltungstypischen Berufen für externe Auszubildende bereitgehalten. Bei Tit. 429 81 ist der hierfür erforderliche Aufwand an Ausbildungsvergütungen veranschlagt. Seit dem 01.01.2001 ist das VAW aller Justizvollzugsanstalten in den Landesbetrieb eingegliedert. Die im Zusammenhang mit dem Landesbetrieb VAW anfallenden Ausgaben sind bei Tit. 671 81 und 682 81 veranschlagt.

429 81	056	Personalausgaben, Trennungsgelder u. dgl.	350,0	a)	200,0
			171,1	b)	
			179,1	c)	

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) des Werkdienstes erhalten freie Dienstkleidung, Dienstkleidungszuschüsse oder Kleidergeld. Den Bediensteten stehen die in den Diensträumen vorhandenen Badeeinrichtungen unentgeltlich zur Verfügung.

Erläuterung: Veranschlagt sind:

	Tsd. EUR
1. Ausbildungsvergütungen für externe Auszubildende	195,0
2. Trennungsgelder	5,0
zus.	200,0

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

546 81	056	Mit den Arbeitsbetrieben der Jugendarrestanstalten zusammenhängende sächliche Kosten (einschließlich Reisekosten)	5,0 10,4 10,4		a) b) c)	10,0
--------	-----	---	---------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Nach Eingliederung des VAW aller Justizvollzugsanstalten in den Landesbetrieb VAW sind hier die Aufwendungen für die Arbeitsbetriebe der Jugendarrestanstalten veranschlagt.
Vgl. Tit. 125 81.

671 81	056	Erstattung von Aufwendungen an den Landesbetrieb Vollzugliches Arbeitswesen	11.646,2 10.415,9 10.061,8		a) b) c)	12.244,7
--------	-----	---	----------------------------------	--	----------------	----------

Erläuterung: Der Landesbetrieb VAW (Landesbetrieb gem. § 26 LHO) erbringt im Auftrag der Justizvollzugsanstalten Leistungen in den Bereichen der beruflichen und schulischen Bildung, der arbeitstherapeutischen Behandlung und der Versorgung der Gefangenen. Die hierfür anfallenden Aufwendungen sind dem Landesbetrieb zu erstatten. Die Ansätze berücksichtigen den voraussichtlichen Umfang des zu erstattenden Aufwands des Landesbetriebs VAW.
Vgl. Tit. 261 81 und Wirtschaftsplan – Anlage 2 zu Kap. 0508.
Mehr insbesondere wegen erstattungsrelevanter Mehrkosten in den Bereichen berufliche Ausbildung und Arbeitstherapie.

682 81	056	Zuschuss an den Landesbetrieb Vollzugliches Arbeitswesen	485,0 451,3 457,8		a) b) c)	460,0
		Die Mittel sind übertragbar.				

Erläuterung: Vgl. Tit. 121 81 und 261 81 sowie Wirtschaftsplan – Anlage 2 zu Kap. 0508.
Veranschlagt ist insbesondere der Ausgleich von Lizenzkosten für die Nutzung des SAP-Systems des Landes.

Summe Titelgruppe 81			12.486,2		a)	12.914,7
-----------------------------	--	--	----------	--	----	----------

82		Verbesserung der Sicherheit im Justizvollzug				
----	--	--	--	--	--	--

Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Gruppentitel sind übertragbar.

Erläuterung: In der Titelgruppe wird ein Programm zur Verbesserung der Sicherheit im Justizvollzug, insbes. Verbesserung der baulichen und technischen Sicherheit, umgesetzt. Das Programm begann im Jahr 2008 und sollte ursprünglich in 4. Tranchen zu je 7,5 Mio. EUR p. a. umgesetzt werden. Vgl. Erläuterungen der letzten Staatshaushaltspläne. Verzögerungen im Baufortschritt führten dazu, dass mit der Umsetzung der letzten Tranche erst im Jahr 2015 begonnen werden konnte. Die Deckung der Ausgaben 2015 ff. erfolgt über übertragbare Ausgabereste gem. § 45 Abs. 2 LHO. Dazu werden Restmittel i. H. v. rd. 3.300,0 Tsd. EUR ins Jahr 2016 übertragen. Mit den im Rahmen des Programms zur Verfügung gestellten Mitteln konnten in den Jahren 2008 bis 2016 beispielsweise der Neubau der Torwache und Verwaltung der JVA Konstanz realisiert und in mehreren Justizvollzugsanstalten die Außenwände der Unterkunftsbereiche verstärkt werden. In mehreren Justizvollzugsanstalten wurden technische Überwachungsanlagen zur Verhinderung von Entweichungen installiert. Für 2017 ff. ist der Abschluss der Erneuerung der Schließanlage und der Personennotsignalanlage in der JVA Freiburg sowie die Ertüchtigung der Außensicherung des Werkhofes der JVA Bruchsal geplant. Das Programm wird voraussichtlich im Jahr 2018 abgeschlossen sein.

Ministerium der Justiz und für Europa
0508 Justizvollzugsanstalten

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
511 82	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände		0,0 0,0 0,9	a) b) c)	0,0
812 82	056	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen		0,0 0,0 63,0	a) b) c)	0,0
981 82	890	Zuführung an Kap. 1208 Tit. 381 01 und 381 04 für Baumaßnahmen		0,0 1.312,2 1.961,2	a) b) c)	0,0

Erläuterung: Das Programm zur Verbesserung der Sicherheit im Justizvollzug beinhaltet auch Maßnahmen in der Zuständigkeit des Landesbetriebs Vermögen und Bau. Die insoweit erfolgenden Kostenerstattungen an den Landesbetrieb Vermögen und Bau werden hier nachgewiesen.

Summe Titelgruppe 82	0,0	a)	0,0
-----------------------------	-----	----	-----

Gesamtausgaben	208.974,5	a)	249.155,7
-----------------------	-----------	----	-----------

Abschluss Kapitel 0508

Verwaltungseinnahmen	1.515,0	a)	1.415,0
-----------------------------	---------	----	---------

Übrige Einnahmen	11.344,0	a)	11.164,3
-------------------------	----------	----	----------

Gesamteinnahmen	12.859,0	a)	12.579,3
------------------------	----------	----	----------

Personalausgaben	157.672,6	a)	180.189,7
-------------------------	-----------	----	-----------

Sächliche Verwaltungsausgaben	29.500,9	a)	31.518,8
--------------------------------------	----------	----	----------

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	16.545,8	a)	31.654,9
---	----------	----	----------

Ausgaben für Investitionen	5.255,2	a)	5.792,3
-----------------------------------	---------	----	---------

Gesamtausgaben	208.974,5	a)	249.155,7
-----------------------	-----------	----	-----------

Kapitel 0508 Zuschuss	196.115,5	a)	236.576,4
------------------------------	-----------	----	-----------

Wirtschaftsplan des Betriebes nach § 110 LHO:

Anlage 1 zu Kap. 0508

Landesanstalt Bewährungs- und Gerichtshilfe Baden-Württemberg (BGBW)

A. Erfolgsplan		Ist-Ergebnis 2015 Tsd. EUR	Betrag für 2017 (Planung) Tsd. EUR
I. Erträge			
1.	Umsatzerlöse		
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen		
4.	Sonstige betriebliche Erträge		
5.	Erträge aus Beteiligungen, Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, Zins- und ähnliche Erträge		
6.	außerordentliche Erträge	16,13	16,0
	Die Nr. 2-4 können auch unter der Bezeichnung "übrige Erträge" zusammengefasst werden.		
	<u>Summe der Erträge</u>	16,13	16,0
II. Aufwendungen			
1.	Materialaufwand		
1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		
1.2	Bezogene Leistungen		
2.	Personalaufwand	11.065,83	11.405,91
2.1	Löhne und Gehälter	9.185,23	9.462,62
2.2	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.880,60	1.943,29
3.	Abschreibungen	292,83	190,00
4.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.834,83	2.955,79
4.1	Instandhaltung und Instandsetzung	142,11	26,00
4.2	Übrige	1.692,72	2.929,79
5.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens, Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
6.	Außerordentliche Aufwendungen	12,35	12,00
7.	Steueraufwand		
	<u>Summe der Aufwendungen</u>	13.205,84	14.373,7
III.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) vor Zuweisungen und Abführungen Land - Ergebnisübernahme	-13.189,71	-14.357,7
IV. Zuweisungen/Ablieferungen Land - Ergebnisübernahme			
1.	Zuweisungen für den laufenden Betrieb		14.357,7
2.	Ablieferungen an das Land		
V.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) nach Ergebnisübernahme Land	-13.189,71	

Wirtschaftsplan des Betriebes nach § 110 LHO:

B. Finanzplan		Ist-Ergebnis 2015 Tsd. EUR	Betrag für 2017 (Planung) Tsd. EUR
I. Mittelbedarf			
1.	Jahresfehlbetrag des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land		14.357,7
2.	Zugänge des Anlagevermögens einschl. Anzahlungen/Anlagen im Bau und immaterielle Anlagegüter		
2.1	Grundstücke und Bauten		
2.2	Technische Anlagen und Maschinen		
2.3	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		
3.	Bildung von Rücklagen		190,00
4.	Erfolgswirksame Auflösung des Sonderpostens für Investitionszu- schüsse Dritter		
5.	Entnahmen/Ablieferung an das Land (Kap. Tit.) (Kap. ... Tit.) (Kap. ... Tit.)		
	a) davon erfolgswirksam - Ablieferung (Ergebnisübernahme)		
	b) davon erfolgsneutral - Kapital- rückzahlungen		
	<u>Summe I</u>		14.547,7
II. Deckungsmittel			
1.	Jahresüberschuss des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land		
2.	Verminderung des Anlagevermögens		
2.1	Abgänge		
2.2	Abschreibungen		190,00
3.	Verwendung/Auflösung von Rückla- gen		
4.	Zugänge Sonderposten Investitions- zuschüsse Dritter		
5.	Zuweisung des Landes (Kap. 0508 Tit. 685 75) (Kap. Tit.) (Kap. ... Tit.)		14.357,7
	a) davon erfolgswirksam - Zuwei- sungen für den laufenden Betrieb (Ergebnisübernahme)		14.357,7
	davon erfolgsneutral: b) Kapitalzuweisungen c) Zuweisungen zur Vermehrung des Anlagevermögens (Pos. I.2.) d) Zuweisungen für Rücklagen (Pos. I.3. - II.3)		
	<u>Summe II</u>		14.547,7

Erläuterungen zum Erfolgsplan:

1. Gesamtbestand Personal		Stellen/VZÄ Soll 2015	Stellen/VZÄ Planung 2017
a)	Planmäßige Beamtinnen und Beamte in Stellen	0,0	0,0
b)	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) in Stellen	193,25	221,00
c)	Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (in Stellen), Auszubildende, Praktikanten u.ä. (in VZÄ)	0,0	0,0
zus.		193,25	221,00

Die VZÄ Soll 2015 entsprechen dem Ist zum Stand 01.01.2016.

Die Personalkosten enthalten außerdem Mittel für bis zu 14 Auszubildende an der Dualen Hochschule sowie für bis zu 34 Praxissemesterstudenten (einschließlich Teilnehmende an einem Anerkennungsjahr).

Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) einschl. kw-/ku-Vermerken	Stellen Soll 2015	Veränderungen Planung 2017 (*)	Stellen Planung 2017 (*)
<u>Tarifliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</u>			
1. Entgeltgruppe Verwaltungskräfte			
Stufe 1	0,00		0,00
Stufe 2	1,25		2,00
Stufe 3	23,00		34,00
2. Entgeltgruppe Sozialarbeiter			
Stufe 1	8,00		8,00
Stufe 2	24,15		26,00
Stufe 3	36,70		39,00
Stufe 4	57,30		65,00
Stufe 5	26,10		29,00
3. Entgeltgruppe Assitenz der Geschäftsführung	2,00		2,00
4. Entgeltgruppe Sachbearbeiter Zentralbereiche	2,75		4,00
5. Entgeltgruppe Abteilungsleiter			
Stufe 1	0,00		0,00
Stufe 2	4,00		4,00
Stufe 3	8,00		8,00
Zusammen	193,25		221,00
Beschäftigte insgesamt	193,25		221,00

*) Die für 2017 geplante Anzahl an Stellen sind das voraussichtliche Ergebnis der im Jahr 2016 durch den privaten Dienstleister und im Jahr 2017 durch die Landesanstalt vorgesehenen Nachbesetzungen für freigewordene Stellen von Beamtinnen und Beamten und unmittelbar im Landesdienst stehenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - vgl Vermerk bei Tit. 685 75 -.

2. Bestand an Dienstfahrzeugen nach folgendem Muster:

Keine Dienstfahrzeuge

3. Erfolgswirksame Zahlungen aus dem Landeshaushalt oder an den Landeshaushalt unter Nennung der Grundlage für die Zahlung.

Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg: noch nicht bekannt

Landesoberkasse Baden-Württemberg: noch nicht bekannt

SCC: noch nicht bekannt

BITBW: noch nicht bekannt

4. Grundlagen des Erfolgsplans:

Basis der im Erfolgsplan angesetzten Werte für Kosten und Erlöse sind die aus der Gewinn- und Verlustrechnung des privaten Dienstleisters entnommenen Beträge, soweit diese für die BGBW ab dem Jahr 2017 noch zutreffend sind. Dessen Erlöse bestanden hauptsächlich aus den Dienstleistungsentgelten des Landes. Diese entfallen und werden durch den Zuführungsbetrag an die BGBW ersetzt. Die unter I. 6. ausgewiesenen Erträge stellen durchlaufende Gelder der Verbände der Bewährungshilfe dar, die der direkten Unterstützung der Probanden in besonderen Notlagen dienen. (vgl. II 6. Außerordentliche Aufwendungen).
II 2: Für die Löhne und Gehälter der von der BGBW beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde der Beschäftigungsstand von 2015 zu Grunde gelegt. Für 2016 und 2017 wurde eine Steigerung um jeweils 1,5% z.B. für Tarifierhöhungen angesetzt. Änderungen im Personalbestand ergeben sich beim Ausscheiden von Bediensteten im Landesdienst. Die höheren Personalaufwendungen werden entsprechend dem Haushaltsvermerk bei Kap. 0508 Tit. 685 75 ausgeglichen.

II 2.2: Die Sozialabgaben enthalten auch Beiträge zur Berufsgenossenschaft.

II. 3: Bei der BGBW entfallen insbesondere die Abschreibungen auf die EDV-Ausstattung (vgl. II. 4.2).

II. 4:

II. 4.1: Bei der BGBW entfällt insbesondere die Instandhaltung der EDV-Ausstattung (vgl. II. 4.2).

II. 4.2: Die Aufwendungen für sächliche Verwaltungsausgaben, Aus- und Fortbildung, Gebäudeunterhalt sowie Reisekosten wurden nahezu unverändert aus der Gewinn- und Verlustrechnung des privaten Dienstleisters fortgeschrieben. Die größte Veränderung ergibt sich beim Betrieb der EDV. Hier wurde der voraussichtliche Jahresbedarf für anfallende Zahlungen für Dienstleistungen und Hardwaremiete veranschlagt. Außerdem sind zukünftige Lizenzkosten für die notwendige Fachsoftware eingerechnet.

Erläuterungen zum Finanzplan:

Grundlagen:

Planungen für Zugänge oder die Verminderung des Anlagevermögens sind derzeit nicht möglich. Der private Dienstleister wird vertragsgemäß sein Inventar nach Ende der Vertragslaufzeit der Justiz übergeben, die dieses als Anlagevermögen in die BGBW einbringt. Die Bewertung des Inventars ist noch nicht erfolgt. Daher wurden vorerst die Abschreibungen (II 2.2) zum Ausgleich des Finanzplans als Rücklagenzuführung (I 3) dargestellt.

Wirtschaftsplan

des

Landesbetriebs Landesbetrieb VAW

gemäß § 26 LHO

A. Erfolgsplan		Betrag für 2015 Ist-Ergebnis	Betrag für 2016 Soll	Betrag für 2017 Planung
Tsd. EUR				
I. Erträge				
1.	Umsatzerlöse	30.697,2	31.637,8	30.027,7
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1.367,9	824,2	823,2
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	35,5	60,7	25,3
4.	Sonstige betriebliche Erträge	10.755,5	11.935,9	12.527,7
5.	Erträge aus Beteiligungen, Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, Zins- und ähnliche Erträge	45,9	7,6	8,2
6.	außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0
	Die Nr. 2-4 können auch unter der Bezeichnung "übrige Erträge" zusammengefasst werden. <u>Summe der Erträge</u>	42.902,1	44.466,3	43.412,1
II. Aufwendungen				
1.	Materialaufwand	11.706,4	11.798,2	11.295,4
1.1	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	10.011,2	10.221,4	9.675,6
1.2	Aufwendungen für Bezogene Leistungen	1.695,2	1.576,9	1.619,8
2.	Personalaufwand	26.159,9	28.601,4	28.235,5
2.1	Löhne und Gehälter	19.157,3	20.934,5	20.110,2
2.2	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.002,6	7.666,8	8.125,2
3.	Abschreibungen	1.797,4	2.476,1	2.064,4
4.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.839,5	1.244,7	1.621,1
4.1	Instandhaltung und Instandsetzung	0,0	0,0	0,0
4.2	Übrige	1.839,5	1.244,7	1.621,1
5.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens, Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
6.	Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
7.	Steueraufwand	8,2	7,6	9,4
	<u>Summe der Aufwendungen</u>	41.511,5	44.128,1	43.225,9
III.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) vor Zu- und Abführungen Land - Ergebnisübernahme	1.390,6	338,2	186,2
IV.	Zuführungen/Ablieferungen Land - Ergebnisübernahme	151,3	185,0	260,0
1.	Zuführungen für den laufenden Betrieb	451,3	485,0	460,0
2.	Ablieferungen an das Land	300,0	300,0	200,0
V.	Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-) nach Ergebnisübernahme Land	1.541,9	523,2	446,2

Die Berechnung der Summen erfolgt auf Basis der EUR-Werte. Durch die Rundung der Einzelwerte im Druck auf Tsd. EUR mit einer Nachkommastelle können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

**Anlage 2 zu Kap. 0508
Justizvollzugsanstalten Landesbetrieb VAW**

B. Finanzplan		Betrag für 2015 Ist-Ergebnis	Betrag für 2016 Soll	Betrag für 2017 Planung
Tsd. EUR				
I. Mittelbedarf				
1.	Jahresfehlbetrag des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	0,0	0,0	0,0
2.	Zugänge des Anlagevermögens einschl. Anzahlungen/Anlagen im Bau und immaterielle Anlagegüter	2.172,5	2.969,5	3.164,1
2.1	Grundstücke und Bauten	0,0	0,0	0,0
2.2	Technische Anlagen und Maschinen	1.297,8	2.273,6	2.263,6
2.3	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	856,6	695,9	897,5
2.4	Sonstige Anlagen	18,1	0,0	3,0
3.	Bildung von Rücklagen	2.188,4	769,9	500,0
4.	Erfolgswirksame Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse Dritter	0,0	0,0	0,0
5.	Entnahmen/Ablieferung an das Land	300,0	300,0	200,0
	<u>davon erfolgswirksam:</u> a) Ablieferung (Ergebnisübernahme)	300,0	300,0	200,0
	<u>davon erfolgsneutral:</u> b) Kapitalrückzahlungen	0,0	0,0	0,0
	Summe I	4.660,9	4.039,4	3.864,1
II. Deckungsmittel				
1.	Jahresüberschuss des Erfolgsplans vor Ergebnisübernahme Land	1.390,6	338,2	186,2
2.	Verminderung des Anlagevermögens	2.011,8	2.476,1	2.064,4
2.1	Abgänge	214,4	0,0	0,0
2.2	Abschreibungen	1.797,4	2.476,1	2.064,4
3.	Verwendung/Auflösung von Rücklagen	990,3	850,0	1.153,5
4.	Zugänge Sonderposten Investitionszuschüsse Dritter	0,0	0,0	0,0
5.	Zuführung des Landes	451,3	485,0	460,0
	<u>davon erfolgswirksam:</u> a) Zuführungen für den laufenden Betrieb (Ergebnisübernahme)	451,3	485,0	460,0
	<u>davon erfolgsneutral:</u> b) Kapitalzuführungen	0,0	0,0	0,0
	c) Zuführungen zur Vermehrung des Anlagevermögens	0,0	0,0	0,0
	d) Zuführungen für Rücklagen	0,0	0,0	0,0
	Summe II	4.844,0	4.149,3	3.864,1

Die Berechnung der Summen erfolgt auf Basis der EUR-Werte. Durch die Rundung der Einzelwerte im Druck auf Tsd. EUR mit einer Nachkommastelle können sich Rundungsdifferenzen ergeben.

**Anlage 2 zu Kap. 0508
Justizvollzugsanstalten Landesbetrieb VAW**

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan:

Der Landesbetrieb VAW verfügt über kein eigenes Personal.

Bestand an Dienstfahrzeugen und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen:	Anzahl für 2015 Ist-Ergebnis	Anzahl für 2016 Soll	Anzahl für 2017 Planung
PKW	14	15	15
Einsatz- und Spezialfahrzeuge	28	36	36
KOM, Mannschafts-, Transportwagen	0	2	3
Lastwagen	15	16	15
Anhänger für KFZ	62	67	66
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen	74	68	76
Sonstige	220	225	228

Erläuterungen zum Erfolgsplan:

Zu A II/1: Veranschlagt sind die Erträge aus der Produktion der Werkbetriebe der am Landesbetrieb beteiligten Justizvollzugsanstalten.

Zu A II/4: Veranschlagt sind sonstige betriebliche Erträge, Darüber hinaus sind die so genannten Erstattungsleistungen für betriebsfremde Leistungen des Landesbetriebs veranschlagt. Der Landesbetrieb erbringt betriebsfremde, nach dem Justizvollzugsgesetzbuch jedoch vorgeschriebene Leistungen, die aus dem Justizhaushalt (Kap. 0508 Tit. 671 81) erstattet werden. Es handelt sich hierbei im Einzelnen um Erstattungen für:

	2015 Tsd. EUR	2016 Tsd. EUR	2017 Tsd. EUR
a) Berufliche Förderung der Gefangenen	3.933,3	4.280,1	4.905,2
b) Arbeitstherapeutische Maßnahmen.....	1.538,8	1.916,4	2.115,4
c) Versorgungsleistungen für die Justizvollzugsanstalt	4.044,3	4.174,0	4.156,8
d) Schulunterricht der Gefangenen	854,3	1.051,1	1.067,3
Gesamtsumme Erstattungsleistungen	10.370,7	11.646,2	12.244,7

Zu A II/1.1: Veranschlagt sind die Aufwendungen der Werkbetriebe für die zur Produktion benötigten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Verbrauchswerkzeugteile, geringwertige Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung mit Beschaffungskosten bis 200 Euro und der Verbrauch an Fertigwaren

Zu A II/2.1: Der Landesbetrieb verfügt über keinen eigenen Personalhaushalt. Veranschlagt sind die Erstattungen der Dienstbezüge der beim Landesbetrieb VAW eingesetzten Bediensteten, soweit der Aufwand betrieblich bedingt ist sowie das Arbeitsentgelt bzw. die Ausbildungsbeihilfe für die Gefangenen nach §§ 35 II, 49 III und 44 IV JVollzGB

Zu A II/2.2: Veranschlagt ist der Beitrag zu den Versorgungslasten des Landes sowie die pauschale Erstattung von Beihilfeaufwendungen für die im Landesbetrieb beschäftigten Beamten, soweit der Aufwand betrieblich bedingt ist sowie die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung der Gefangenen nach §§ 26 Abs. 1 Nr. 4, 345, 347 SGB III.

Zu A II/3: Veranschlagt sind die Abschreibungen auf das Anlagevermögen, das für die Gefangenenbeschäftigung im Landesbetrieb vorgehalten wird.

Zu A II/4.1: Veranschlagt sind die Aufwendungen für laufende Instandhaltungen der für die Gefangenenarbeit vorgehaltenen Betriebseinrichtungen der im Anlagevermögen des Landesbetriebs geführten Anlagen.

Zu A II/4.2: Veranschlagt sind die Aufwendungen für das SAP-System (LCC), Dienstleistungen der LOK, Gebühren und Beiträge, Abfallentsorgung, Büromaterial, Werbung, Telekommunikation, Porti, Treibstoffverbrauch, Reisekostenerstattungen, die Jahresabschlussstellung, EDV Hardware, EDV Softwarebetreuung und sonstige Aufwendungen.

**Anlage 2 zu Kap. 0508
Justizvollzugsanstalten Landesbetrieb VAW**

Erläuterungen zum Finanzplan:

Zu B I/2.2: Veranschlagt sind Ersatz- und Neubeschaffungen von technischen Anlagen und Maschinen für die Werk- und Lehrbetriebe, darunter folgende größere Objekte:

2017	VAW Adelsheim	Drehmaschine(E) Fräsmaschine(E) CNC-Bearbeitungszentrum(E)
	VAW Freiburg	CNC-Fräsmaschine (Metall) (E) Fräsmaschine (konventionell)(E) liegende Plattensäge(E)
	VAW Heilbronn	Korpuspresse(E) Kantenleimmaschine(E) CNC-Bearbeitungszentrum (E)
	VAW Heimsheim	Druckmaschine(E)
	VAW Hohenasperg	Leichtbauhalle(N)
	VAW Mannheim	CNCPlasma-Schneideanlage(E) CNC-Drehmaschine(E) Froster(N)
	VAW Offenburg	Flächenschleifmaschine Scherenhubtisch
	VAW Ravensburg	Bandsäge(E) Bremsen- und Leistungsprüfstand (E) MAG-Schweißanlage (E)
	VAW Rottenburg	Säulenbohrmaschine (E) Drehmaschine (E)
	VAW Stuttgart	Leichtbauhalle (N)
	VAW Ulm	Schwenkbiegemaschine (E) Formatkreissäge(E) CNC-Bearbeitungszentrum(Holz)(E) CNC-Bearbeitungszentrum (Metall) (E)

(E): Ersatzbeschaffung / (N): Neubeschaffung

Zu B I/2.3: Veranschlagt sind neben anderen technischen Anlagen folgende Fahrzeugbeschaffungen:

2017	VAW Bruchsal	Hoflader(N)
	VAW Heilbronn	Hoflader(N) Sähkombination(E)
	VAW Heimsheim	Stapler (E)
	VAW Mannheim	Flurfördergerät(E) PKW (E)
	VAW Ravensburg	Transporter(E) Ladewagen (E) LKW (E)
	VAW Rottenburg	Trommelmäherwerk, Front (E) Scheibenmäherwerk, Heck (E)
	VAW Schwäbisch Hall	Futtermischwagen (N)
	VAW Stuttgart	Transporter (N)

**Anlage 2 zu Kap. 0508
Justizvollzugsanstalten Landesbetrieb VAW**

Zu B II/3. Veranschlagt sind die zur Finanzierung der notwendigen Investitionen sowie die zur Deckung der Ablieferung an das Land erforderliche Auflösungen von Rücklagen.

Rücklagenplan

Zweckbestimmung	Jahr 2015 - vorllst				Jahr 2016 - Plan (Haushaltjahr)			
	Bestand 01.01.	Entnahme	Zuführung	Bestand 31.12.	Bestand 01.01.	Entnahme	Zuführung	Bestand 31.12.
II. Gewinnrücklagen								
a) für Bestellobligos	251.000,00	251.000,00	888.352,00	888.352,00	888.352,00	888.352,00	400.000,00	400.000,00
b) für Werkhalle Schwäbisch Gmünd	2.823.177,22	0,00	1.000.000,00	3.823.177,22	3.823.177,22	2.823.177,22		1.000.000,00
c) für Technische Anlagen	2.501.988,00	0,00		2.501.988,00	2.501.988,00		369.900,00	2.871.888,00
d) für Ausstattung Offenburg	1.669.528,74	738.849,22		930.679,52	930.679,52	930.679,52		0,00
f) für Ablieferungen	250.000,00		300.000,00	550.000,00	550.000,00			550.000,00
				0,00	0,00			0,00
Zusammen	7.495.693,96	989.849,22	2.188.352,00	8.694.196,74	8.694.196,74	4.642.208,74	769.900,00	4.271.888,00

Zweckbestimmung	Jahr 2017 - Plan (Haushaltjahr)			
	Bestand 01.01.	Entnahme	Zuführung	Bestand 31.12.
II. Gewinnrücklagen				
a) für Bestellobligos	400.000,00	400.000,00	500.000,00	500.000,00
b) für Werkhalle Schwäbisch Gmünd	1.000.000,00			1.000.000,00
c) für Technische Anlagen	2.871.888,00	383.568,00		2.488.320,00
d) für Ausstattung Offenburg	0,00			0,00
f) für Ablieferungen	550.000,00			550.000,00
	0,00			0,00
Zusammen	4.821.888,00	783.568,00	500.000,00	3.988.320,00

Ministerium der Justiz und für Europa
0509 Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung: Entsprechend dem Gesetz über die Gerichte für Arbeitssachen i. d. F. vom 11. April 1972 (GBl. S. 134) bestehen in Baden-Württemberg:

1	Landesarbeitsgericht in Stuttgart	mit 13 Kammern in Stuttgart, 5 Kammern in Mannheim und 4 Kammern in Freiburg
9	Arbeitsgerichte in Freiburg	mit 6 Kammern in Freiburg, 4 Kammern in Offenburg und 5 Kammern in Villingen-Schwenningen
	Heilbronn	mit 6 Kammern in Heilbronn und 2 Kammern in Crailsheim
	Karlsruhe	mit 10 Kammern
	Lörrach	mit 3 Kammern in Lörrach und 2 Kammern in Radolfzell
	Mannheim	mit 11 Kammern in Mannheim und 4 Kammern in Heidelberg
	Pforzheim	mit 5 Kammern
	Reutlingen	mit 7 Kammern
	Stuttgart	mit 25 Kammern in Stuttgart, 4 Kammern in Aalen und 4 Kammern in Ludwigsburg
	Ulm	mit 5 Kammern in Ulm und 3 Kammern in Ravensburg

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 05	051	Gerichtskosten, Gebühren	5.200,0 4.716,3 4.267,3	a) b) c)	5.200,0
--------	-----	--------------------------	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind Gebühren und Auslagen nach dem Arbeitsgerichtsgesetz in der Fassung vom 2. Juli 1979 (BGBl. I S. 853) und anderen gesetzlichen Bestimmungen. Das Aufkommen ist unter Berücksichtigung des Geschäftsaufkommens geschätzt.

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten	50,0 28,8 26,0	a) b) c)	50,0
--------	-----	--	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Das Aufkommen ist geschätzt.

119 49	051	Vermischte Einnahmen	3,0 3,7 4,4	a) b) c)	3,0
--------	-----	----------------------	-------------------	----------------	-----

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			5.253,0	a)	5.253,0
---	--	--	---------	----	---------

Übrige Einnahmen

281 01	051	Kostenerstattungen für betriebliche Praktika von Arbeitsrichterinnen und Arbeitsrichtern	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Erstattung von Personalkosten der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände e.V. für insgesamt vier betriebliche Praktika von Arbeitsrichterinnen und Arbeitsrichter in Wirtschaftsunternehmen u. dgl.

Zwischensumme Übrige Einnahmen			0,0	a)	0,0
---------------------------------------	--	--	-----	----	-----

Ministerium der Justiz und für Europa
0509 Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

90		Einnahmen im Rahmen der dezentralen Budgetverantwortung				
119 90	051	Vermischte Einnahmen im Rahmen der dezentralen Budgetverantwortung	0,0 0,7 1,3	a) b) c)		0,0

Erläuterung: Hier werden die erwirtschafteten Verwaltungseinnahmen nachgewiesen, insbesondere Erlöse aus dem Verkauf von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen und aus dem Verkauf von Büchern aus Gerichtsbibliotheken, Miet- und Pachteinahmen aus der zeitweisen Überlassung von landeseigenen Räumen an Dritte, Entgelte von Bediensteten für die Gewährung von Nutzungen und Sachbezügen, Entgelte für die Aufstellung von Warenautomaten und privaten Kühlschränken in Dienstgebäuden, der Dienststelle überlassene Veröffentlichungshonorare für gerichtliche Entscheidungen, der Dienststelle zustehende bzw. ihr überlassene Honorare für die Teilnahme an Lehrveranstaltungen und anderen Veranstaltungen (z.B. Podiumsdiskussionen) im Auftrag des Gerichts, Entgelte für die Nutzung gerichtseigener Datenbanken, Entgelte für die Nutzung gerichtseigener Videokonferenzanlagen durch Dritte, Entgelte für die Teilnahme nicht dem Justizdienst angehörender Personen an dezentralen Fortbildungsveranstaltungen u. dgl.

Summe Titelgruppe 90 0,0 a) 0,0

Gesamteinnahmen 5.253,0 a) 5.253,0

Ausgaben

Über § 6 StHG hinaus sind die Ausgaben der OGr. 81 vollständig mit den Ausgaben der OGr. 51 - 54 (ohne GNR. 529 und 536, Titel der TG 69) gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um 75 v.H. der Einnahmen bei Tit. 119 90.

Personalausgaben

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

Das Personalausgabenbudget gemäß § 6a Absatz 2 StHG 2017 umfasst die Titel der Obergruppen 42 und 45 und hat im Jahr 2017 ein Gesamtvolumen von 16.766,5 Tsd. EUR.

Über § 6a StHG 2017 hinaus sind die in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben uneingeschränkt gegenseitig deckungsfähig mit den in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben der Kapitel 0505, 0506 und 0507.

412 01	051	Entschädigungen an ehrenamtliche Richterinnen und Richter u. dgl.	420,0 363,2 370,0	a) b) c)		400,0
--------	-----	---	-------------------------	----------------	--	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind Entschädigungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter sowie für Mitglieder der Ausschüsse (§§ 29 und 38 ArbGG) nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz vom 05.05.2004 (BGBl. I S. 718, 776) in der jeweils geltenden Fassung.

Ministerium der Justiz und für Europa
0509 Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter	10.702,9 10.141,1 10.053,8		a) b) c)	11.143,7
Erläuterung: Veranschlagt sind einschließlich der Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften:						2017 Tsd.EUR
1. Planmäßige Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter darunter			11.143,7			
						<u>Tsd.EUR</u>
1.1 Aufwandsentschädigungen und Zuwendungen aus Grün- den der Fürsorge: Aufwandsentschädigungen nach der AER			2,0			
Übertragen von Kap. 1212 Tit. 461 01 gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16			27,4 Tsd. EUR.			
422 04	051	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0
427 11	051	Nebenvergütungen	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,7
Erläuterung: Nebenvergütungen für die Zustellung von Gerichtspost durch Justiz- bedienstete sowie für eine Bedienstete für die Übernahme von Büro- und Schreibe- arbeiten des Präsidialrats der Arbeitsgerichtsbarkeit (57 EUR monatlich)						
Übertragen von Kap. 0509 Tit 427 51			0,7 Tsd. EUR.			
427 51	051	Sonstige Beschäftigungsentgelte	10,0 0,0 -5,6		a) b) c)	9,3
Erläuterung: Veranschlagt sind:						Tsd. EUR
1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen			9,3			
Übertragen nach Kap. 0509 Tit. 427 11			0,7 Tsd. EUR.			
428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	5.494,4 5.613,1 5.659,7		a) b) c)	5.530,0
Erläuterung: Veranschlagt sind: Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen auf Grund von Tarifverträgen						Tsd. EUR
6. Sonstige Zulagen (Zulagen nach § 14 TV-L, §§ 10 und 18 TVÜ-L)			20,5			

Kürzung des Budgets um 23,4 Tsd. EUR für die kw-Stellen mit konkretem Vollzugszeitpunkt. Die Kürzung erfolgte für den Wegfall von 0,5 Stellen der Entg.Gr. E 2 - 5 (Beschäftigte für Bürokommunikation) ab dem 01.01.2017.

Ministerium der Justiz und für Europa
0509 Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
428 05	051	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		5,1 0,0 0,0	a) b) c)	5,1
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Zeitzuschläge		1,0		
		2. Überstundenentgelte		3,0		
		3. Entgelte für Mehrarbeit		<u>1,1</u>		
		zus.		5,1		
428 06	051	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		45,0 42,9 40,1	a) b) c)	42,7
		Erläuterung: Die anteiligen Lohnkosten für die Reinigung der vom Arbeitsgericht Lörrach - Kammern Radolfzell - belegten Diensträume im Amtsgerichtsgebäude Radolfzell sowie der vom Arbeitsgericht Ulm belegten Diensträume im Amtsgerichtsgebäude Ulm sind bei Kap. 0503 Tit. 428 06 ohne Ersatzleistung mitveranschlagt.				
		Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01		16,5 Tsd. EUR		
		und von Kap. 0506 Tit. 428 06		14,2 Tsd. EUR.		
453 01	051	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		35,0 25,7 31,0	a) b) c)	35,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Trennungsgelder		29,0		
		2. Umzugskostenvergütungen		<u>6,0</u>		
		zus.		35,0		
Zwischensumme Personalausgaben				16.712,4	a)	17.166,5
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01	051	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		1.100,0 1.070,4 1.062,4	a) b) c)	1.100,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)		190,0		
		2. Porto		860,0		
		3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		40,0		
		4. Unterhaltung und Instandsetzung		8,0		
		5. Sonstiges		<u>2,0</u>		
		zus.		1.100,0		
514 02	051	Dienst- und Schutzkleidung (persönliche Ausrüstungsgegenstände)		0,5 0,0 0,0	a) b) c)	0,5
		Erläuterung: Die Amtstracht der Protokollführerinnen und Protokollführer wird von Amts wegen beschafft.				

Ministerium der Justiz und für Europa
0509 Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
517 01	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	30,0 25,9 29,3		a) b) c)	30,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	<u>Tsd. EUR</u>			
		8. Geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf)	26,0			
Hier werden auch die Kosten für kurzzeitige Vertretungen für vom Land beschäftigtes Reinigungspersonal nachgewiesen (4,0 Tsd. EUR).						
525 21	051	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	48,0 52,8 52,5		a) b) c)	50,0
Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für die fachliche und fachübergreifende Weiterqualifizierung der Bediensteten in der Arbeitsgerichtsbarkeit.						
Mehr wegen gestiegenem Fortbildungsbedarf.						
525 51	051	Unterrichtung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter (einschließlich Reisekosten)	3,0 1,4 0,8		a) b) c)	3,0
Erläuterung: Veranschlagt sind Vergütungen der Referentinnen und Referenten, Entschädigungen für Zeitversäumnis, Verdienstausschlag und Fahrtkostenersatz der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter sowie ein Kostenbeitrag zur Schulung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter durch vorschlagsberechtigte Organisationen.						
526 21	051	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	2,0 9,4 8,0		a) b) c)	5,0
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Erstattungen in gerichtlichen Verfahren.						
Mehr wegen Anpassung an die Ist-Ausgaben.						
527 01	051	Dienstreisen	55,0 46,4 54,1		a) b) c)	55,0
Erläuterung: Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.						
		<u>Zugelassene Fahrzeuge</u>	<u>2016</u>	<u>2017</u>		
		Pkw	33	33		
529 01	051	Zur Verfügung des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	0,8 0,7 0,8		a) b) c)	0,8
Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.						

Ministerium der Justiz und für Europa
0509 Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

534 01	051	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		8,0 17,9 22,7	a) b) c)	60,0
--------	-----	----------------------------------	--	---------------------	----------------	------

Erläuterung: Für Werkverträge u. ä, insbesondere Hol- und Bringdienst im Postverkehr.
Mehr wegen zusätzlichem Pfortendienst beim Arbeitsgericht Mannheim.

536 01	051	Auslagen in Rechtssachen (einschließlich Reisekosten)		7.400,0 6.946,9 7.303,3	a) b) c)	7.400,0
--------	-----	---	--	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Veranschlagt sind:		Tsd. EUR
1.	Gebühren und Auslagen der beigeordneten Rechtsanwälte	6.780,0
2.	Entschädigungen für Zeugen	105,0
3.	Vergütungen der Sachverständigen (ohne Dolmetscher und Übersetzer)	110,0
4.	Vergütungen der Dolmetscher (ohne Übersetzer)	380,0
5.	Vergütungen der Übersetzer	10,0
6.	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	15,0
	zus.	<u>7.400,0</u>

Das Aufkommen ist auf der Basis der Entwicklung der Ist-Ausgaben und der erwarteten Geschäftsentwicklung geschätzt.

546 49	051	Vermischte Verwaltungsausgaben		5,0 6,2 9,1	a) b) c)	6,0
--------	-----	--------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Unfallrenten usw. und Entschädigungen an Dritte, Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit der Arbeitsgerichtsbarkeit und sonstige vermischte Ausgaben.
Hier sind auch 1,0 Tsd. EUR für Aufwand für die Bewirtung ausländischer Gäste veranschlagt. Dieser Betrag ist verbindlich und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der anderen Aufwendungen bei diesem Titel. Die jeweiligen Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

Mehr wegen Anpassung an die Ist-Ausgaben.

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben	8.652,3	a)	8.710,3
--	---------	----	---------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

681 10	051	Entschädigungen im Rahmen des Rechtsschutzes bei überlanger Verfahrensdauer		5,0 0,0 0,0	a) b) c)	5,0
--------	-----	---	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Hier werden Entschädigungsleistungen der Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit nach dem Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren nachgewiesen.
Der Bedarf ist geschätzt.

Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	5,0	a)	5,0
---	-----	----	-----

Ministerium der Justiz und für Europa
0509 Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben für Investitionen

812 01	051	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	60,0 22,0 42,1	a) b) c)		50,0
--------	-----	--	----------------------	----------------	--	------

Erläuterung: Veranschlagt sind Ersatz- und Neubeschaffungen für das Landesarbeitsgericht und die Arbeitsgerichte.

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen			60,0	a)	50,0
---	--	--	------	----	------

Titelgruppen

69 Aufwand für Informationstechnik

Erläuterung: In der Arbeitsgerichtsbarkeit sind die Service-Einheiten, die Richter sowie die Verwaltung im Wege des BK-Outsourcing in vollem Umfang mit vernetzten Personal-Computern ausgestattet. Ausscheidbare Stellen- und Sachmitteleinsparungen ergeben sich dadurch nicht.

Schwerpunkte in den nächsten Jahren sind die Einführung und der Betrieb der elektronischen Aktenführung.

511 69A	051	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	79,2 45,0 46,3	a) b) c)		79,2
---------	-----	--	----------------------	----------------	--	------

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1.	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	69,2
2.	Unterhaltung und Instandsetzung	10,0
	zus.	79,2

511 69B	051	Fernmeldegebühren u. dgl.	138,6 42,4 86,2	a) b) c)		138,6
---------	-----	---------------------------	-----------------------	----------------	--	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1.	Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	68,6
2.	Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	0,0
3.	Rundfunkbeiträge	0,0
4.	Sonstiges (LVN III)	70,0
	zus.	138,6

Mehrere Gerichte sind an Dienststellen aus den Epl. 03, 08, 12 und 14 angeschlossen, ohne dass die anteiligen Kosten erstattet werden.

Ministerium der Justiz und für Europa
0509 Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
514 69	051	Verbrauchsmittel	79,2 59,4 60,7		a) b) c)	79,2
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Druckerpatronen, Toner, Spezialpapier u. dgl.						
518 69	219	Maschinen- und Gerätemieten	49,5 46,8 42,1		a) b) c)	49,5
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Mieten für Kopiergeräte.						
534 69	051	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	592,0 562,7 415,6		a) b) c)	592,0
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Programme, Programmieraufträge und Lizenzprogramme, für die JURIS-, SAP- und Internet-Nutzung sowie Raten für das BK-Outsourcing. Weiter veranschlagt sind Mittel zur Einführung einer elektronischen Aktenführung.						
546 69	051	Sonstiger Sachaufwand	24,8 2,5 8,1		a) b) c)	24,8
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Aufwendungen für DV-Schulungsmaßnahmen (einschl. Reisekosten).						
812 69	051	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	80,0 57,9 108,7		a) b) c)	80,0
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Ersatzbeschaffungen von Servern.						
Summe Titelgruppe 69			1.043,3		a)	1.043,3
Gesamtausgaben			26.473,0		a)	26.975,1

Ministerium der Justiz und für Europa
0509 Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Abschluss Kapitel 0509

Verwaltungseinnahmen	5.253,0	a)	5.253,0
Gesamteinnahmen	5.253,0	a)	5.253,0
Personalausgaben	16.712,4	a)	17.166,5
Sächliche Verwaltungsausgaben	9.615,6	a)	9.673,6
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	5,0	a)	5,0
Ausgaben für Investitionen	140,0	a)	130,0
Gesamtausgaben	26.473,0	a)	26.975,1
Kapitel 0509 Zuschuss	21.220,0	a)	21.722,1

Ministerium der Justiz und für Europa

0510 Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur
Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung: Die 70. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister vom 07. bis 09.06.1999 hat beschlossen, die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg in ihrer bisherigen Form weiterzuführen, solange Strafverfolgungsaufgaben anfallen. Um die Archivierung und Nutzung sowie die dauerhafte Erhaltung der umfangreichen Unterlagen zu gewährleisten, wurde mit Wirkung vom 01.01.2000 im Gebäude der Zentralen Stelle eine Außenstelle des Bundesarchivs eingerichtet. Die Unterlagen der Zentralen Stelle werden durch das Bundesarchiv übernommen, soweit sie nicht mehr für Zwecke der Strafverfolgung benötigt werden. Dem Bundesarchiv werden die erforderlichen Räumlichkeiten für die Außenstelle vom Land Baden-Württemberg kostenlos zur Verfügung gestellt. Die näheren Einzelheiten sind in einer Nutzungsvereinbarung zwischen der Liegenschaftsverwaltung des Landes Baden-Württemberg, dem Bundesarchiv und der Zentralen Stelle geregelt. Die für Zwecke der Strafverfolgung bei der Zentralen Stelle entstehenden Kosten werden auf der Grundlage der bisherigen Vereinbarungen auch weiterhin von allen Ländern getragen; vgl. Tit. 232 01 und 381 06.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

119 49	051	Vermischte Einnahmen	0,0	a)	0,0
			0,0	b)	
			0,0	c)	
124 01	051	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	0,0	a)	0,0
			0,0	b)	
			0,0	c)	
Zwischensumme Verwaltungseinnahmen			0,0	a)	0,0

Übrige Einnahmen

232 01	051	Beteiligung der anderen Länder an den Aufwendungen für die Zentrale Stelle	1.091,9	a)	1.109,2
			611,6	b)	
			671,7	c)	

Erläuterung: Vgl. die Vorbemerkung. Der Anteil des Landes Baden-Württemberg ist bei Kap. 0502 Tit. 981 06 veranschlagt.

381 06	890	Beteiligung des Landes Baden-Württemberg an den Aufwendungen für die Zentrale Stelle	165,0	a)	168,7
			97,8	b)	
			102,5	c)	

Erläuterung: Vgl. die Vorbemerkung. Der Anteil des Landes Baden-Württemberg ist bei Kap. 0502 Tit. 981 06 veranschlagt.

Zwischensumme Übrige Einnahmen			1.256,9	a)	1.277,9
Gesamteinnahmen			1.256,9	a)	1.277,9

Ministerium der Justiz und für Europa

0510 Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur
Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Ausgaben

Erstattungen durch das Bundesarchiv fließen den Mitteln zu.

Personalausgaben

422 02	051	Bezüge und Nebenleistungen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte	638,2 435,4 494,8	a) b) c)	653,9
--------	-----	---	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Veranschlagt sind auch Zulagen nach Maßgabe der besoldungsge-
setzlichen Vorschriften.

An die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen sind abgeordnet:

- 1 Leitender Oberstaatsanwalt (Bes.Gr. R 3)
- 1 Erster Staatsanwalt (Bes.Gr. R 1 + Amtszulage)
- 3 Staatsanwälte (Bes.Gr. R 1)
- 2 Kriminalhauptkommissare (Bes.Gr. A 11)
- 1 Justizinspektorin (Bes.Gr. A 9)
- 2 Amtsinspektoren (Bes.Gr. A 9 + Amtszulage)
- 1 Erster Justizhauptwachmeister (Bes.Gr. A 5).

Mehr entsprechend der festgelegten Personalausstattung.

422 04	051	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW	0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	---	-------------------	----------------	-----

Ausgaben sind bis zur Höhe von Einsparungen bei Titeln des
Kap. 0510 zulässig, die gem. § 6 Abs. 1 Nr. 4 und 5 i.V.m. § 6
Abs. 2 StHG von der dezentralen Finanzverantwortung erfasst
sind.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)	374,0 277,3 295,3	a) b) c)	380,3
--------	-----	--	-------------------------	----------------	-------

Erläuterung: Mehr entsprechend der festgelegten Personalausstattung.

428 06	051	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes	17,0 3,1 -3,4	a) b) c)	17,0
--------	-----	---	---------------------	----------------	------

443 01	840	Fürsorgemaßnahmen	0,1 0,0 0,0	a) b) c)	0,1
--------	-----	-------------------	-------------------	----------------	-----

Ersätze fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Unfallfürsorgeleistungen nach
§§ 47 ff. LBeamtVGBW, die Unfallausgleichsleistungen nach § 50 LBeamtVGBW
jedoch nur, soweit sie neben Bezügen im Sinne des Besoldungsrechts gezahlt
werden. Vgl. Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Planmittel zu Tit.
443 01 im Vorheft des Staatshaushaltsplans.

453 01	051	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.	15,0 18,7 12,3	a) b) c)	15,0
--------	-----	--	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Trennungsgelder	15,0
--------------------	------

Ministerium der Justiz und für Europa

0510 Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur
Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

459 01	840	Ersatz von Sachschäden an Landesbedienstete, soweit die Leistungen nicht i.R. der Unfallfürsorge gewährt werden Ersätze fließen den Mitteln zu. Aus diesen Mitteln dürfen auch Billigkeitsleistungen gewährt werden (vgl. Erläuterungen).	0,1 0,0 0,0		a) b) c)	0,1
--------	-----	---	-------------------	--	----------------	-----

Erläuterung:

Leistungen nach § 80 LBG, bei Richterinnen und Richtern i.V. mit § 8 des Landesrichter- und -staatsanwaltgesetzes -LRiStAG-, sowie Ausgaben für den Ersatz von Sachschäden an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) nach Maßgabe der gesetzlichen bzw. der für die Beamten geltenden Bestimmungen auch aus Billigkeitsgründen. Vgl. auch Tit. 443 01.

Zwischensumme Personalausgaben 1.044,4 a) 1.066,4

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	051	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	18,0 10,0 15,6		a) b) c)	18,0
--------	-----	---	----------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1.	Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	5,0
2.	Porto	4,0
3.	Unterhaltung und Instandsetzung	3,0
4.	Sonstiges	6,0
	zus.	18,0

Die Maschinen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände der Zentralen Stelle werden aus Mitteln des Kap. 0503 beschafft. Wegen der Kostenbeteiligung der anderen Länder entrichtet die Zentrale Stelle für die Inanspruchnahme dieser Gegenstände eine Nutzungsentschädigung.

517 01	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	5,0 26,7 8,5		a) b) c)	5,0
--------	-----	--	--------------------	--	----------------	-----

Erläuterung: Wegen der Beteiligung anderer Länder (vgl. Vorbemerkung) werden die Hausbewirtschaftungskosten hier nachgewiesen. Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für Wasser und Abwasser, Abfallbeseitigung, geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel.

517 05	051	Energiebewirtschaftungskosten	12,9 15,9 -11,8		a) b) c)	12,9
--------	-----	-------------------------------	-----------------------	--	----------------	------

Erläuterung: Wegen der Beteiligung anderer Länder (vgl. Vorbemerkung) werden die Energiebewirtschaftungskosten hier nachgewiesen. Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für Elektrizität, Öl und Gas.

518 01	051	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	46,5 44,9 44,8		a) b) c)	46,5
--------	-----	---	----------------------	--	----------------	------

Ministerium der Justiz und für Europa

0510 Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur
Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Erläuterung: Wegen der Beteiligung anderer Länder (vgl. Vorbemerkung) wird die Gebäudemiete hier nachgewiesen.

Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Dienstgebäude (ggf. mit Wohnungen), Diensträume u.dgl. 46,5

527 01	051	Dienstreisen		7,0 27,7 8,1	a) b) c)	7,0
--------	-----	--------------	--	--------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.

Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017
Pkw	3	3

529 01	051	Zur Verfügung des Leiters der Zentralen Stelle für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen		0,3 0,2 0,2	a) b) c)	0,3
--------	-----	---	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

534 01	051	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		42,0 56,4 5,8	a) b) c)	42,0
--------	-----	----------------------------------	--	---------------------	----------------	------

Erläuterung: Übersetzungskosten in Verwaltungssachen.

536 05	051	Auslagen in Ermittlungsverfahren (einschließlich Reisekosten)		42,0 60,0 46,1	a) b) c)	42,0
--------	-----	---	--	----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

Sonstige Auslagen in Rechtssachen (insbesondere Übersetzungskosten und Reisekosten) 42,0

546 49	051	Vermischte Verwaltungsausgaben		0,6 2,5 1,0	a) b) c)	0,6
--------	-----	--------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern sowie Aufwendungen für die Durchführung des Arbeitssicherheitsgesetzes.
Hier sind auch 400 EUR für Aufwand für die Bewirtung ausländischer Gäste veranschlagt. Dieser Betrag ist verbindlich und einseitig deckungsfähig zu Gunsten der anderen Aufwendungen bei diesem Titel. Die jeweiligen Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.
Hier werden auch die Ausgaben im Rahmen des Gesundheitsmanagements der Zentralen Stelle zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit der Beschäftigten und damit ihrer Leistungsfähigkeit nachgewiesen.

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben			174,3	a)	174,3
--	--	--	-------	----	-------

Ministerium der Justiz und für Europa
0510 Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur
Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

61		Abfindungen und Übergangsgelder				
		Die Gruppentitel sind gegenseitig deckungsfähig.				
428 61	840	Abfindungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		0,2 0,0 0,0	a) b) c)	0,2
Summe Titelgruppe 61				0,2	a)	0,2

69		Aufwand für Informationstechnik				
		Erläuterung: Die Zentrale Stelle ist im Wege des BK-Outsourcing mit Personal- Computern ausgestattet. Ausscheidbare Stellen- und Sachmitteleinsparungen ergeben sich dadurch nicht.				
511 69A	051	Maschinen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände		2,0 5,4 0,0	a) b) c)	2,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind die Kosten für die Unterhaltung und Instandsetzung von Maschinen und Geräten.				
511 69B	051	Fernmeldegebühren u. dgl.		8,0 4,4 2,2	a) b) c)	8,0

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen 8,0

Anzahl der in den Wohnungen von Landesbediensteten vorhandenen dienstlichen Fernsprechanchlüsse:

	2016	2017
	1	1

Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen ist an die Behördenzentrale des Finanzamts Ludwigsburg (Kap. 0608) angeschlossen. Die anteiligen Kosten werden wegen der Beteiligung der anderen Länder erstattet.

514 69	051	Verbrauchsmittel		3,0 0,0 0,8	a) b) c)	2,0
		Erläuterung:				
		Weniger wegen Konkretisierung globaler Minderausgaben.				
518 69	051	Maschinen- und Gerätemieten		5,0 -0,2 -0,2	a) b) c)	5,0

Erläuterung: Veranschlagt sind Mieten für Kopiergeräte.

Ministerium der Justiz und für Europa

0510 Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur
Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
534 69	051	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		20,0 15,3 15,2	a) b) c)	20,0
Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für das BK-Outsourcing.						
546 69	051	Sonstiger Sachaufwand		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 69				38,0	a)	37,0
Gesamtausgaben				1.256,9	a)	1.277,9
Abschluss Kapitel 0510						
Übrige Einnahmen				1.256,9	a)	1.277,9
Gesamteinnahmen				1.256,9	a)	1.277,9
Personalausgaben				1.044,6	a)	1.066,6
Sächliche Verwaltungsausgaben				212,3	a)	211,3
Gesamtausgaben				1.256,9	a)	1.277,9
Kapitel 0510 Überschuss				0,0	a)	0,0

Ministerium der Justiz und für Europa
0511 Notariate und Grundbuchämter
des badischen Rechtsgebiets

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung: Im badischen Rechtsgebiet sind 64 Notariate eingerichtet. Bis April 2012 waren außerdem 11 Grundbuchämter mit ausschließlich staatlichem Personal und 346 (354) Grundbuchämter mit kommunalem Personal eingerichtet. Den Notariaten obliegen die Beurkundung von Rechtsvorgängen und Zuständigkeiten für die anderen, den Notaren in der Bundesnotarordnung auf dem Gebiet der vorsorgenden Rechtspflege übertragenen Aufgaben sowie Nachlass- und Teilungssachen und die besondere amtliche Verwahrung der Verfügungen von Todes wegen.

Die Grundbuchämter sind für die Führung der Grundbücher zuständig. Im Rahmen der Umsetzung der Grundbuchamts-Strukturreform werden die Grundbuchämter schrittweise in die zentralen Grundbuchabteilungen der Amtsgerichte übergeleitet. Mit der Überleitung wurde im Jahr 2012 begonnen. Dementsprechend werden die Einnahmen und Ausgaben schrittweise in das Kap. 0503 übertragen. Vgl. hierzu auch die Erläuterung zu Kap. 0511 Tit.Gr. 70.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 42	051	Einnahmen an Gebühren und Auslagen	80.000,0	a)	84.000,0
			96.252,3	b)	
			87.828,7	c)	

Im Zuge der Umsetzung der Notariatsreform können die den Notaren zustehenden Gebührenanteile von den Einnahmen abgesetzt werden.

Die an die Steuerverwaltung abzuführende Umsatzsteuer aus Beurkundungs- und Beglaubigungstätigkeit der Ratschreiber wird von den Einnahmen abgesetzt.

Erläuterung: Veranschlagt sind die Einnahmen an Gebühren und Auslagen der Notariate, soweit sie von den Notaren an das Land abzuführen sind bzw. soweit sie dem Land zufließen (in Nachlasssachen). Das Aufkommen ist geschätzt.

Aufgrund der aktuellen Geschäftsentwicklung Erhöhung der Einnahmen um 3.000,0 Tsd. EUR einmalig 2017 und 1.000,0 Tsd. EUR strukturell zur Konsolidierung des Haushalts. Soweit die erwartete Einnahmenerhöhung nicht erzielt wird, erfolgt eine ersatzweise zusätzliche Einsparung bei den Ausgaben; vgl. auch Kap. 0502 Tit. 972 10.

112 46	051	Erstattung von Prozesskosten	12,5	a)	12,5
			10,8	b)	
			0,1	c)	
119 49	051	Vermischte Einnahmen	1,0	a)	1,0
			0,0	b)	
			0,0	c)	

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen	80.013,5	a)	84.013,5
---	----------	----	----------

Ministerium der Justiz und für Europa
0511 Notariate und Grundbuchämter
des badischen Rechtsgebiets

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Titelgruppen

70		Grundbuchämter des badischen Rechtsgebiets				
111 70A	051	Einnahmen an Gebühren und Auslagen der Grundbuchämter	30.000,0 42.719,9 51.108,9		a) b) c)	0,0
Erläuterung: Veranschlagt sind die Gebühren und Auslagen der Grundbuchämter. Das Aufkommen ist geschätzt. Übertragen infolge Umsetzung der Grundbuchamts-Strukturreform nach Kap. 0503 Tit. 111 42 32.000,0 Tsd. EUR.						
119 70	051	Verwaltungseinnahmen	0,1 0,0 5,8		a) b) c)	0,0
Summe Titelgruppe 70			30.000,1		a)	0,0
Gesamteinnahmen			110.013,6		a)	84.013,5

Ausgaben

Über § 6 StHG hinaus sind die Ausgaben der OGr. 81 vollständig mit den Ausgaben der OGr. 51 - 54 (ohne GNr. 529 und 536, Tit. 546 51 und Titel der TG 69) gegenseitig deckungsfähig.

Personalausgaben

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

Das Personalausgabenbudget gemäß § 6a Abs. 2 StHG 2017 umfasst die Titel der Obergruppen 42 und 45 mit Ausnahme des Tit. 459 52 sowie der Titel in Titelgruppen und hat ein Gesamtvolumen im Jahr 2017 in Höhe von 30.426,2 Tsd. Euro. Über § 6a StHG 2017 hinaus sind die in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben uneingeschränkt gegenseitig deckungsfähig mit den in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben der Kap. 0501, 0503 und 0512.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	15.462,6 20.036,0 19.735,2		a) b) c)	16.013,9
Erläuterung: Veranschlagt sind auch Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften.						
422 04	051	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW	0,0 0,0 0,0		a) b) c)	0,0

Ministerium der Justiz und für Europa
0511 Notariate und Grundbuchämter
des badischen Rechtsgebiets

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
427 51	051	Sonstige Beschäftigungsentgelte		196,3 971,9 137,2	a) b) c)	1.495,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen	1.494,7			
		2. Sonstiges (Hausdienstvergütungen u. a.)	0,3			
		zus.	1.495,0			
Mehr wegen zusätzlicher Aushilfskräfte zur Unterstützung der Grundbuchamtsreform.						
428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		13.135,5 13.918,0 14.942,5	a) b) c)	12.586,3
		Erläuterung: Veranschlagt sind:				
		Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen auf Grund von Tarifverträgen	Tsd. EUR 2017			
		6. Sonstige Zulagen (Zulagen nach § 14 TV-L, §§ 10 und 18 TVÜ-L)	64,0			
		Zugunsten Erl. 6 übertragen von Kap. 0501 Tit. 428 05	1,0 Tsd. EUR.			
428 05	051	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		3,0 0,0 2,8	a) b) c)	3,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Zeitzuschläge	0,8			
		2. Überstundenentgelte	0,7			
		3. Entgelte für Mehrarbeit	1,5			
		zus.	3,0			
428 06	051	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		310,0 279,8 268,1	a) b) c)	310,0
453 01	051	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		18,0 14,4 9,3	a) b) c)	18,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		1. Trennungsgelder	13,0			
		2. Umzugskostenvergütungen	5,0			
		zus.	18,0			

Ministerium der Justiz und für Europa
0511 Notariate und Grundbuchämter
des badischen Rechtsgebiets

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

459 52	051	Rückzahlung von Gebührenanteilen auf Grund der Änderung des Landesjustizkostengesetzes	0,0		a)	0,0
			547,5		b)	
			853,5		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Ausgaben für die Rückzahlung von zu viel abgeführten Gebührenanteilen an die Notarinnen und Notare im Landesdienst auf Grund der Änderung des Landesjustizkostengesetzes. Die Änderung des Landesjustizkostengesetzes beruht insbesondere auf einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes, wonach in gesellschaftsrechtlichen Angelegenheiten die Aufwendungspauschale in Höhe von 15 % der Beurkundungsgebühr von den Notarinnen und Notaren im Landesdienst nicht an das Land abzuführen ist. Aus diesem Titel darf auch die Rückzahlung von Gebührenanteilen an die Notarinnen und Notare im Landesdienst des württembergischen Rechtsgebiets geleistet werden.

Zwischensumme Personalausgaben	29.125,4	a)	30.426,2
---------------------------------------	----------	----	----------

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	051	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegen- stände Portorückvergütungen fließen den Mitteln zu.	1.000,0		a)	900,0
			827,5		b)	
			800,3		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	350,0
2. Porto	400,0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	120,0
4. Unterhaltung und Instandsetzung	20,0
5. Sonstiges	10,0
zus.	900,0

514 01	051	Haltung von Dienstfahrzeugen	1,5		a)	1,5
			0,0		b)	
			0,7		c)	

Erläuterung: Unterhaltung und Erwerb von Dienstfahrrädern.

514 02	051	Dienst- und Schutzkleidung	0,2		a)	0,2
			0,0		b)	
			0,0		c)	

517 01	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (außer Energiebewirtschaftungskosten)	40,0		a)	40,0
			51,4		b)	
			46,1		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
8. Geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel (z. B. Putzmittel, WC-Bedarf)	29,0

Ministerium der Justiz und für Europa
0511 Notariate und Grundbuchämter
des badischen Rechtsgebiets

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Der Aufwand für geringwertige Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmittel für die Grundbuch-
 ämter des badischen Rechtsgebiets (Tit.Gr. 70) wird, soweit er vom Land getragen wird, hier
 nachgewiesen.
 Hier werden auch die Kosten für kurzzeitige Vertretungen für vom Land beschäftigtes Reinigungs-
 personal nachgewiesen (11,0 Tsd. EUR).

525 21	051	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	48,0		a)	32,0
			64,9		b)	
			52,7		c)	

Tit. 525 21 und 525 70, Kap. 0503 Tit. 525 21 und Kap. 0512
 Tit. 525 21 sind gegenseitig deckungsfähig.
 Beiträge Dritter fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für die fachliche und fachübergreifende
 Weiterqualifizierung der Bediensteten der Notariate.

Übertragen nach	Kap. 0501 Tit. 525 41	10,0 Tsd. EUR
nach	Kap. 0503 Tit. 525 42	2,0 Tsd. EUR
nach	Kap. 0506 Tit. 525 51	<u>4,0 Tsd. EUR</u>
	zus.	16,0 Tsd. EUR.

526 01	051	Gerichts- und ähnliche Kosten	24,8		a)	24,8
			10,4		b)	
			15,0		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Kostenerstattungen in Amtshaftungsverfahren.

526 11	051	Kosten für Sachverständige	5,0		a)	5,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

527 01	051	Dienstreisen	24,0		a)	24,0
			17,3		b)	
			15,0		c)	

Erläuterung: Vgl. auch Tit. 525 21, 536 01, 537 01, 525 70, 527 70 und 536 70.

Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.

Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017
Pkw	150	150

532 01	051	Umzugs- und Verlegungskosten	8,0		a)	8,0
			5,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind die Umzugskosten für die Verlegung von Notariaten
 in neue Dienstgebäude.

536 01	051	Auslagen in Rechtssachen (einschließlich Reise- kosten)	225,0		a)	225,0
			145,4		b)	
			182,3		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Vergütungen der Nachlasspfleger
 sowie der Sachverständigen und Übersetzer sowie sonstige Auslagen in Rechtssa-
 chen.

Ministerium der Justiz und für Europa
0511 Notariate und Grundbuchämter
des badischen Rechtsgebiets

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

546 49	051	Vermischte Verwaltungsausgaben		2,5	a)	2,5
				0,6	b)	
				2,3	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit und sonstige vermischte Ausgaben.

546 51	051	Schadenersatzleistungen (auch aus Billigkeitsgründen)		120,0	a)	120,0
				-123,2	b)	
				27,4	c)	

Ersätze fließen den Mitteln zu.

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben		1.499,0	a)	1.383,0
--	--	---------	----	---------

Ausgaben für Investitionen

812 01	051	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		50,7	a)	30,4
				11,3	b)	
				8,0	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Ausstattungsgegenständen sowie Neu- und Ersatzbeschaffungen von Maschinen und Geräten.

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen		50,7	a)	30,4
---	--	------	----	------

Titelgruppen

69 Aufwand für Informationstechnik

Erläuterung: Bei der Tit.Gr. 69 werden die Aufwendungen für alle informationstechnischen Anwendungen im Bereich der Notariate und Grundbuchämter des badischen Rechtsgebiets ausgebracht. Die Arbeitsplätze sind im Wege des BK-Outsourcing in vollem Umfang mit vernetzten Personal-Computern ausgestattet. Ausscheidbare Stellen- und Sachmitteleinsparungen ergeben sich dadurch nicht.

511 69A	051	Maschinen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände		110,0	a)	10,0
				12,9	b)	
				1,6	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

- | | | | | | |
|---|--|--|------|------|--|
| 1. Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Lizenzen u. dgl. | | | | | |
| 2. Beschaffung von Headsets, EDV-Möbeln und Schreibmaschinen etc. | | | | | |
| 3. Unterhaltung und Instandsetzung | | | | 10,0 | |
| | | | zus. | 10,0 | |

Ministerium der Justiz und für Europa
0511 Notariate und Grundbuchämter
des badischen Rechtsgebiets

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

511 69B	051	Fernmeldegebühren u. dgl.	600,0		a)	400,0
			155,1		b)	
			295,4		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	100,0
2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	50,0
3. Rundfunkbeiträge	5,0
4. Sonstiges (LVN III)	245,0
zus.	400,0

Mehrere Notariate sind an Zentralen anderer Dienststellen aus den Epl. 06 und 08 angeschlossen, ohne dass die anteiligen Fernsprechkosten erstattet werden. Die Notare können die landeseigenen Telekommunikationseinrichtungen für das öffentliche Notariat gegen Kostenerstattung mitbenutzen. Kostenerstattungen werden bei Tit. 111 42 nachgewiesen. Einsparung zum Ausgleich des Haushalts.

514 69	051	Verbrauchsmittel	90,0		a)	90,0
			72,0		b)	
			76,4		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Toner, Spezialpapier u. dgl. sowie für Datensicherungsbänder, Disketten u. ä.

518 69	051	Maschinen- und Gerätemieten	220,0		a)	220,0
			134,0		b)	
			105,2		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Mieten für Kopiergeräte.

534 69	051	Dienstleistungen Dritter u. dgl.	900,0		a)	600,0
			512,0		b)	
			515,8		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Programme, Programmieraufträge und Lizenzprogramme, für die Betreuung der Fachanwendung NOAH sowie Raten für das BK-Outsourcing und die Nutzung juristischer Datenbanken und des Internets. Einsparung zum Ausgleich des Haushalts.

546 69	051	Sonstiger Sachaufwand	40,0		a)	70,0
			5,3		b)	
			11,4		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Aufwendungen für DV-Schulungsmaßnahmen (einschl. Reisekosten).

Ministerium der Justiz und für Europa
0511 Notariate und Grundbuchämter
des badischen Rechtsgebiets

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
812 69	051	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.		20,0 43,2 415,6	a) b) c)	50,0
Summe Titelgruppe 69				1.980,0	a)	1.440,0

Erläuterung: Veranschlagt sind Ersatzbeschaffungen im Rahmen des BK-Outsourcing und von Fernsprechanlagen.

70 Grundbuchämter des badischen Rechtsgebiets

Erläuterung: Hier werden die ausscheidbaren Aufwendungen für die Grundbuchämter des badischen Rechtsgebiets nachgewiesen (mit Ausnahme der Personalausgaben, die bei den Tit. 422 01, 428 01 und 428 06 nachgewiesen werden, jedoch einschließlich der Aufwendungen für die EDV-Ausstattung und den laufenden Betrieb des EGB), soweit sie vom Land zu bestreiten sind und soweit die Grundbuchämter noch nicht in die zentralen Grundbuchabteilungen der Amtsgerichte eingegliedert sind. Die bei den einzelnen Titeln bezifferten Übertragungen beruhen auf den geplanten Eingliederungen.

511 70	051	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		0,0 8,6 21,3	a) b) c)	6,0
--------	-----	---	--	--------------------	----------------	-----

Erläuterung:
Die Ausgaben für Porto der Grundbuchämter, die Frankiermaschinen von Gerichten und Notariaten mitbenutzen, werden bei Kap. 0503 und Kap. 0511 jeweils Tit. 511 01 nachgewiesen. Die Fernmeldegebühren der Grundbuchämter, die an Justizzentralen oder Fernsprecheinrichtungen von Notariaten angeschlossen sind, werden bei Kap. 0503 und Kap. 0511 jeweils Tit. 511 69B nachgewiesen.

Mehr wegen Verschiebungen im Zeitplan der Grundbuchamts-Strukturreform.

514 70	051	Verbrauchsmittel		0,0 4,4 1,6	a) b) c)	3,0
--------	-----	------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung:
Mehr wegen Verschiebungen im Zeitplan der Grundbuchamts-Strukturreform.

518 70	051	Maschinen- und Gerätemieten		3,0 6,9 7,2	a) b) c)	3,0
--------	-----	-----------------------------	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Mieten für Kopiergeräte.

Ministerium der Justiz und für Europa
0511 Notariate und Grundbuchämter
des badischen Rechtsgebiets

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR						
525 70	051	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung		0,0 0,1 0,7	a) b) c)	0,0						
<p>Tit. 525 70 und Tit. 525 21 bei Kap. 0503, 0511 und 0512 sind gegenseitig deckungsfähig. Ersätze Dritter fließen den Mitteln zu.</p> <p>Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für die fachliche und fachübergreifende Weiterqualifizierung der Bediensteten der Grundbuchämter.</p>												
526 70	051	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0						
527 70	051	Dienstreisen		45,0 39,6 58,7	a) b) c)	30,0						
<p>Erläuterung: Vgl. auch Tit. 525 21, 527 01, 536 01, 525 70 und 536 70. Übertragen nach Kap. 0503 Tit. 527 01 15,0 Tsd. EUR.</p> <p>Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black;">Zugelassene Fahrzeuge</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; text-align: center;">2016</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; text-align: center;">2017</td> </tr> <tr> <td>Pkw</td> <td style="text-align: center;">15</td> <td style="text-align: center;">15</td> </tr> </table>							Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017	Pkw	15	15
Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017										
Pkw	15	15										
532 70	051	Umzugs- und Verlegungskosten		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0						
534 70	051	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		0,0 64,3 100,1	a) b) c)	75,0						
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für Programme und für die Nutzung juristischer Datenbanken sowie die Outsourcingraten im Rahmen des BK-Outsourcing.</p> <p>Mehr wegen Verschiebungen im Zeitplan der Grundbuchamts-Strukturreform.</p>												
536 70	051	Auslagen in Rechtssachen (einschließlich Reisekosten)		2,0 0,0 0,1	a) b) c)	2,0						
<p>Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Entschädigungen an Übersetzer.</p>												
546 70	051	Vermischte Verwaltungsausgaben		0,0 0,0 0,5	a) b) c)	0,0						
<p>Ersätze für Schadenersatzleistungen fließen den Mitteln zu.</p> <p>Erläuterung: Veranschlagt sind Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit und sonstige vermischte Ausgaben sowie Schadenersatzleistungen.</p>												

Ministerium der Justiz und für Europa
0511 Notariate und Grundbuchämter
des badischen Rechtsgebiets

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

633 70	051	Entschädigungen der Gemeinden des badischen Rechtsgebiets für ihre personellen Aufwendungen zugunsten der Grundbuchämter	3.250,0		a)	1.000,0
			5.207,4		b)	
			7.589,1		c)	

Erläuterung: Auf Grund von § 21 Abs. 1 Nr. 1 des Landesjustizkostengesetzes (i. d. F. vom 12.12.2002, GBl. S. 477) erhalten die Gemeinden des badischen Rechtsgebiets eine Entschädigung pro Jahr und Einwohner für die Tätigkeit der Ratschreiber. Weniger auf Grund der Übernahme kommunaler Grundbuchbestände.

812 70	051	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	0,0		a)	0,0
			0,0		b)	
			0,0		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Ersatzbeschaffungen von Ausstattungsgegenständen sowie Ersatzbeschaffungen von Maschinen und Geräten sowie von IuK-Ausstattung.

	Summe Titelgruppe 70	3.300,0		a)	1.119,0
--	-----------------------------	---------	--	----	---------

	Gesamtausgaben	35.955,1		a)	34.398,6
--	-----------------------	----------	--	----	----------

Abschluss Kapitel 0511

	Verwaltungseinnahmen	110.013,6		a)	84.013,5
--	-----------------------------	-----------	--	----	----------

	Gesamteinnahmen	110.013,6		a)	84.013,5
--	------------------------	-----------	--	----	----------

	Personalausgaben	29.125,4		a)	30.426,2
--	-------------------------	----------	--	----	----------

	Sächliche Verwaltungsausgaben	3.509,0		a)	2.892,0
--	--------------------------------------	---------	--	----	---------

	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	3.250,0		a)	1.000,0
--	---	---------	--	----	---------

	Ausgaben für Investitionen	70,7		a)	80,4
--	-----------------------------------	------	--	----	------

	Gesamtausgaben	35.955,1		a)	34.398,6
--	-----------------------	----------	--	----	----------

	Kapitel 0511 Überschuss	74.058,5		a)	49.614,9
--	--------------------------------	----------	--	----	----------

Ministerium der Justiz und für Europa
0512 Notariate des württembergischen Rechtsgebiets

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Vorbemerkung: Im württembergischen Rechtsgebiet sind 223 Notariate und 298 Grundbuchämter eingerichtet.

Den Notariaten obliegen die Beurkundung von Rechtsvorgängen und Zuständigkeiten für die anderen, den Notaren in der Bundesnotarordnung auf dem Gebiet der vorsorgenden Rechtspflege übertragenen Aufgaben, Nachlass- und Teilungssachen und die besondere amtliche Verwahrung der Verfügungen von Todes wegen, sowie Betreuungssachen, soweit sie nicht nach § 37 des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit (LFGG) den Amtsgerichten vorbehalten sind.

Hier werden auch die Einnahmen und Ausgaben der Notarakademie Baden-Württemberg nachgewiesen.

Aufgaben der Notarakademie sind die Fortbildung der Notarinnen und Notare im Landesdienst und die Auskunftsstelle für Fragen über internationales und ausländisches Privatrecht nach § 4 Abs. 1 der 1. VV des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit.

Die zu den jeweiligen Notariatsbezirken gehörenden Grundbuchämter sind für die Führung der Grundbücher zuständig. Im Rahmen der Umsetzung der Grundbuchamts-Strukturreform werden die Grundbuchämter schrittweise in die zentralen Grundbuchabteilungen der Amtsgerichte übergeleitet. Mit der Überleitung wurde im Jahr 2015 begonnen. Dementsprechend werden die Einnahmen und Ausgaben der Grundbuchämter schrittweise in das Kap. 0503 übertragen.

Einnahmen

Verwaltungseinnahmen

111 42	051	Einnahmen an Gebühren und Auslagen	219.600,0			215.000,0
			256.243,3			
			250.465,5			

Im Zuge der Umsetzung der Notariatsreform können die den Notaren zustehenden Gebührenanteile von den Einnahmen abgesetzt werden.

Die an die Steuerverwaltung abzuführende Umsatzsteuer aus Beurkundungs- und Beglaubigungstätigkeit der Ratschreiber wird von den Einnahmen abgesetzt.

Erläuterung: Veranschlagt sind die Gebühren und Auslagen der Notariate, soweit sie dem Land zufließen oder von den Notaren an das Land abzuführen sind. Hier werden auch die Kostenerstattungen der Notare des württ. Rechtsgebiets für die Mitbenutzung der Frankiermaschinen für Postsendungen und für die Telekommunikationseinrichtungen für Zwecke des öffentlichen Notariats nachgewiesen. Das Aufkommen ist geschätzt.

Aufgrund der aktuellen Geschäftsentwicklung Erhöhung der Einnahmen um 4.000,0 Tsd. EUR einmalig 2017 und 1.000,0 Tsd. EUR strukturell zur Konsolidierung des Haushalts. Soweit die erwartete Einnahmenerhöhung nicht erzielt wird, erfolgt eine ersatzweise zusätzliche Einsparung bei den Ausgaben; vgl. auch Kap. 0502 Tit. 972 10.

Übertragung infolge Umsetzung der Grundbuchamts-Strukturreform nach Kap. 0503 Tit. 111 42 15.000,0 Tsd. EUR.

111 43	051	Einnahmen an Gebühren aus dem elektronischen Grundbuchabrufverfahren	3.000,0			4.180,0
			3.417,6			
			2.932,8			

Erläuterung: Veranschlagt sind die Gebühren für den Abruf von Daten aus dem maschinell geführten Grundbuch in beiden Rechtsgebieten. Mehr aufgrund zunehmenden Datenabrufs.

Weitere Erhöhung der Einnahmen um 680,0 Tsd. EUR einmalig 2017 zur Konsolidierung des Haushalts. Soweit die erwartete Einnahmenerhöhung nicht erzielt wird, erfolgt eine ersatzweise zusätzliche Einsparung bei den Ausgaben; vgl. auch Kap. 0502 Tit. 972 10.

Ministerium der Justiz und für Europa
0512 Notariate des württembergischen Rechtsgebiets

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

112 46	051	Erstattung von Prozesskosten		0,5 0,0 0,0	a) b) c)	0,5
--------	-----	------------------------------	--	-------------------	----------------	-----

119 02	051	Teilnehmerbeiträge für Veranstaltungen der Notarakademie Baden-Württemberg		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	--	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Veranschlagt sind Beiträge nicht der Justizverwaltung des Landes Baden-Württemberg angehörenden Teilnehmern an interdisziplinären Veranstaltungen, Symposien u. dgl. der Notarakademie Baden-Württemberg. Wegen der Ausgaben vgl. Tit. 546 40.

119 49	051	Vermischte Einnahmen		5,0 0,0 13,2	a) b) c)	5,0
--------	-----	----------------------	--	--------------------	----------------	-----

Erläuterung: Das Aufkommen ist geschätzt.

Zwischensumme Verwaltungseinnahmen		222.605,5	a)	219.185,5
---	--	-----------	----	-----------

Gesamteinnahmen		222.605,5	a)	219.185,5
------------------------	--	-----------	----	-----------

Ausgaben

Über § 6 StHG hinaus sind die Ausgaben der OGr. 81 vollständig mit den Ausgaben der OGr. 51 - 54 (ohne GNr. 529 und 536, Tit. 546 51 und Titel der TG 69) gegenseitig deckungsfähig.

Personalausgaben

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017.

Das Personalausgabenbudget gemäß § 6a Abs. 2 StHG 2017 umfasst die Titel der Obergruppen 42 und 45 und hat ein Gesamtvolumen im Jahr 2017 in Höhe von 71.512,6 Tsd. Euro. Über § 6a StHG 2017 hinaus sind die in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben uneingeschränkt gegenseitig deckungsfähig mit den in das Personalausgabenbudget einbezogenen Personalausgaben der Kap. 0501, 0503 und 0511.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten		35.680,1 32.742,9 32.751,5	a) b) c)	32.143,7
--------	-----	---	--	----------------------------------	----------------	----------

Erläuterung: Veranschlagt sind auch Zulagen nach Maßgabe der besoldungsgesetzlichen Vorschriften.

422 04	051	Leistungsprämien für Beamtinnen und Beamte gem. § 76 LBesGBW		0,0 0,0 0,0	a) b) c)	0,0
--------	-----	--	--	-------------------	----------------	-----

Ministerium der Justiz und für Europa
0512 Notariate des württembergischen Rechtsgebiets

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
427 51	051	Sonstige Beschäftigungsentgelte		364,0 858,4 188,8	a) b) c)	800,0
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
			<u>2017</u>			
		1. Urlaubs- und Krankheitsstellvertretungen, Aushilfen	800,0			
Mehr wegen zusätzlicher Aushilfskräfte zur Unterstützung der Notariats- und Grundbuchamtsreform.						
		Übertragen nach Kap. 0503 Tit. 427 51	42,5 Tsd. EUR.			
428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten)		40.723,2 39.344,9 40.483,3	a) b) c)	38.265,8
		Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR			
		Neben den ordentlichen Bezügen für die tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der nicht besonders aufgeführten Zulagen auf Grund von Tarifverträgen	<u>2017</u>			
		6. Sonstige Zulagen (Zulagen nach § 14 TV-L, §§ 10 und 18 TVÜ-L)	120,0			
		Übertragen nach nach Kap. 0503 Tit. 428 01 Erl. 6 Tit. 428 05	16,6 Tsd. EUR <u>11,4 Tsd. EUR</u>			
		zus.	<u>28,0 Tsd. EUR.</u>			
428 05	051	Zeitzuschläge, Überstundenentgelte und Entgelte für Mehrarbeit für Beschäftigte		15,0 37,1 7,3	a) b) c)	39,4
		Erläuterung: Veranschlagt sind	Tsd. EUR			
		1. Zeitzuschläge	0,8			
		2. Überstundenentgelte	20,5			
		3. Entgelte für Mehrarbeit	18,1			
		zus.	<u>39,4</u>			
		Übertragen von von Tit. 428 01 Erl. 6 Tit. 453 01	11,4 Tsd. EUR <u>13,0 Tsd. EUR</u>			
		zus.	<u>24,4 Tsd. EUR.</u>			
428 06	051	Entgelte der Beschäftigten des Reinigungsdienstes		260,0 242,1 257,3	a) b) c)	253,7
Erläuterung: Die anteiligen Lohnkosten für die Reinigung des Notariats Haigerloch sind bei Kap. 0314 Tit. 428 06 ohne Ersatzleistung mitveranschlagt.						
		Übertragen nach Kap. 1209 Tit. 517 01	6,3 Tsd. EUR.			
453 01	051	Trennungsgelder, Umzugskostenvergütungen u. dgl.		23,0 1,0 10,3	a) b) c)	10,0

Ministerium der Justiz und für Europa
0512 Notariate des württembergischen Rechtsgebiets

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Trennungsgelder	8,0
2. Umzugskostenvergütungen	2,0
zus.	10,0

Übertragen nach Tit. 428 05 13,0 Tsd. EUR.

Zwischensumme Personalausgaben 77.065,3 a) 71.512,6

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01	051	Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	8,0	a)	8,0
			2,2	b)	
			3,9	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind für die Notarakademie Baden-Württemberg: Tsd. EUR

1. Geschäftsbedarf (einschl. Bücher und Druckschriften)	5,0
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1,4
4. Unterhaltung und Instandsetzung	1,0
5. Sonstiges	0,6
zus.	8,0

Die Kosten, die durch Druckaufträge der Notarakademie Baden-Württemberg bei der Zentralen Vervielfältigungsstelle des Oberlandesgerichts Stuttgart entstehen, werden bei Kap. 0503 Tit. 511 01 nachgewiesen.
Die Ausgaben für Porto der Notarakademie, die die Frankiermaschine des Oberlandesgerichts Stuttgart mitbenutzt, werden bei Kap. 0503 Tit. 511 01 nachgewiesen.

525 21	051	Maßnahmen für die berufliche Weiterqualifizierung der Bediensteten	120,0	a)	170,0
			126,7	b)	
			135,7	c)	

Tit. 525 21 und Kap. 0511 Tit. 525 70 sind gegenseitig deckungsfähig.
Beiträge Dritter fließen den Mitteln zu.

Erläuterung: Veranschlagt sind Kosten für die fachliche und fachübergreifende Weiterqualifizierung der Bediensteten der Notariate.

Mehr wegen Qualifizierung der Notariatsmitarbeiter, die aufgrund der Notariatsreform an ein Gericht oder eine Staatsanwaltschaft wechseln.

525 22	051	Berufliche Ausbildung der Landesbediensteten	2,5	a)	2,5
			2,5	b)	
			1,1	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Aufwendungen für die Ausstattung der Bücherei der Notarakademie Baden-Württemberg.

526 01	051	Gerichts- und ähnliche Kosten	50,0	a)	10,0
			4,9	b)	
			3,5	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind Kostenerstattungen in Amtshaftungsverfahren.

Ministerium der Justiz und für Europa
0512 Notariate des württembergischen Rechtsgebiets

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

526 11	051	Kosten für Sachverständige		5,0 5,8 4,1	a) b) c)	5,0
527 01	051	Dienstreisen		34,0 52,4 40,3	a) b) c)	95,0

Erläuterung: Vgl. auch Tit. 525 21, 525 22, 525 41, 536 01 und 537 01.

Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017
Pkw	2	2

Mehr wegen Informationsveranstaltungen und Dienstbesprechungen zur Umsetzung der Notariatsreform.

Übertragen nach Kap. 0503 Tit. 527 01 5,0 Tsd. EUR.

529 01	051	Zur Verfügung des Direktors der Notarakademie Baden-Württemberg für Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen		0,4 0,0 0,0	a) b) c)	0,4
--------	-----	--	--	-------------------	----------------	-----

Erläuterung: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

532 01	051	Umzugs- und Verlegungskosten		40,0 0,0 0,0	a) b) c)	40,0
--------	-----	------------------------------	--	--------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind die Umzugskosten für die Verlegung von Notariaten in neue Dienstgebäude.

536 01	051	Auslagen in Rechtssachen (einschließlich Reisekosten)		37.500,0 32.104,6 29.640,9	a) b) c)	39.903,8
--------	-----	---	--	----------------------------------	----------------	----------

Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Vergütungen der Sachverständigen	3.000,0
2. Vergütungen der Übersetzer	10,0
3. Aufwand für ehrenamtliche Vormünder, Pfleger und Betreuer	6.000,0
4. Aufwand für einem Verein angehörende Vormünder, Pfleger und Betreuer	3.500,0
5. Aufwand für selbständige berufsmäßig tätige Vormünder, Pfleger und Betreuer	27.308,8
6. Sonstige Auslagen in Rechtssachen	85,0
zus.	39.903,8

Das Aufkommen ist geschätzt auf Basis der Entwicklung der Ist-Ausgaben und der demografischen Entwicklung.

537 01	051	Aufwendungen für sächliche Kosten der Notariate des württembergischen Rechtsgebiets (einschließlich Reisekosten)		4.500,0 4.470,8 4.374,2	a) b) c)	4.500,0
--------	-----	--	--	-------------------------------	----------------	---------

Portorückvergütungen fließen den Mitteln zu.

Ministerium der Justiz und für Europa
0512 Notariate des württembergischen Rechtsgebiets

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1. Pauschaler Kostenersatz an Notare für Büroaufwand	1.100,0
2. Reisekosten	70,0
3. Sonstige sächliche Kosten einschließlich Auslagen der Notariate	3.330,0
zus.	4.500,0

Veranschlagt sind auch Wegstreckenentschädigungen für privateigene Kraftfahrzeuge.

Zugelassene Fahrzeuge	2016	2017
Pkw	380	320

Die Ausgaben für Porto derjenigen Notariate, die Frankiermaschinen von Amtsgerichten und Staatsanwaltschaften mitbenutzen, werden bei Kap. 0503 Tit. 511 01 nachgewiesen. Die Papierkosten für Kopien werden auch dann voll hier nachgewiesen, wenn die Kopiergeräte zum geringen Teil auch von Gerichten und Staatsanwaltschaften mitbenutzt werden. Umgekehrt werden die Papierkosten für Vervielfältigungen, die für Notariate anfallen, bei Kap. 0503 Tit. 511 01 nachgewiesen, wenn die Druckanlagen und Kopiergeräte überwiegend für Gerichte und Staatsanwaltschaften eingesetzt sind. Die Wartungs- bzw. Mietkosten für Kopiergeräte werden jeweils bei Tit. 511 69 A bzw. 518 69 nachgewiesen. Die Notare können die landeseigenen Frankiermaschinen für Postsendungen des öffentlichen Notariats gegen Kostenerstattung mitbenutzen. Die Erstattungsbeträge werden bei Kap. 0512 Tit. 111 42 vereinnahmt.

Übertragen nach Kap. 0503 Tit. 527 01 60 Fahrzeuge.

546 40	051	Für Aufwendungen anlässlich von Sonderveranstaltungen	12,0			12,0
			16,7	b)		
			10,6	c)		
		Die Ausgabeermächtigung erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 119 02.				

Erläuterung: Veranschlagt sind Aufwendungen für Symposien u. dgl. der Notar Akademie Baden-Württemberg. Wegen den Beiträgen externer Teilnehmer vgl. Tit. 119 02.

546 49	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	8,0			8,0
			6,8	b)		
			4,4	c)		

Erläuterung: Veranschlagt sind Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit und sonstige vermischte Ausgaben. Aus den veranschlagten Mitteln können auch Reisekostenvergütungen und Reisebeihilfen im Rahmen von Auslandskontakten der Notar Akademie Baden-Württemberg bezahlt werden.

546 51	051	Schadenersatzleistungen (auch aus Billigkeitsgründen)	500,0			200,0
			10,6	b)		
			69,3	c)		
		Ersätze fließen den Mitteln zu.				

Erläuterung: Das Aufkommen ist geschätzt.

Zwischensumme Sächliche Verwaltungsausgaben	42.779,9			44.954,7
--	----------	--	--	----------

Ministerium der Justiz und für Europa
0512 Notariate des württembergischen Rechtsgebiets

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

633 01	051	Entschädigungen der Gemeinden des württembergischen Rechtsgebiets für ihre Aufwendungen zugunsten der Notariate	2.650,0 2.573,1 2.550,5	a) b) c)	2.650,0
--------	-----	---	-------------------------------	----------------	---------

Erläuterung: Auf Grund von § 21 Abs. 1 Nr. 2 des Landesjustizkostengesetzes (i.d.F. vom 12.12.2002, GBl. S. 477) erhalten die Gemeinden des württembergischen Rechtsgebiets eine Entschädigung pro Jahr und Einwohner des Notariatsbezirks für ihre Aufwendungen zu Gunsten der Notariate.

633 02	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden, soweit nicht Tit. 633 01	55,0 43,6 50,0	a) b) c)	55,0
--------	-----	---	----------------------	----------------	------

**Zwischensumme Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Investitionen)**

2.705,0 a) 2.705,0

Ausgaben für Investitionen

812 01	051	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	70,0 5,0 0,0	a) b) c)	70,0
--------	-----	--	--------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Ausstattungsgegenständen sowie Neu- und Ersatzbeschaffungen von Maschinen und Geräten.

Zwischensumme Ausgaben für Investitionen

70,0 a) 70,0

Titelgruppen

69 Aufwand für Informationstechnik

Erläuterung: Bei der Tit.Gr. 69 werden die Aufwendungen für alle informationstechnischen Anwendungen im Bereich der Notariate des württembergischen Rechtsgebiets und der Notarakademie Baden-Württemberg ausgebracht, einschließlich der Kosten für den laufenden Betrieb des EGB. Die Arbeitsplätze sind im Wege des BK-Outsourcing in vollem Umfang mit vernetzten Personal-Computern ausgestattet. Ausscheidbare Stellen- und Sachmitteleinsparungen ergeben sich dadurch nicht.

511 69A	051	Maschinen, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	386,1 13,5 44,6	a) b) c)	86,1
---------	-----	---	-----------------------	----------------	------

Erläuterung: Veranschlagt sind: Tsd. EUR

1.	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	46,1
2.	Unterhaltung und Instandsetzung	40,0
	zus.	86,1

Veranschlagt sind notwendige Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen.

Ministerium der Justiz und für Europa
0512 Notariate des württembergischen Rechtsgebiets

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

511 69B	051	Fernmeldegebühren u. dgl.		1.300,0	a)	1.000,0
				677,3	b)	
				744,4	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind:	Tsd. EUR
1. Laufende Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	285,0
2. Einmalige Gebühren und Kosten für Fernmeldeanlagen	0,0
3. Rundfunkbeiträge	15,0
4. Sonstiges (LVN III)	700,0
zus.	1.000,0

Mehrere Notariate sind an Zentralen anderer Dienststellen aus den Epl. 06 und 08 angeschlossen, ohne dass die anteiligen Fernsprechkosten erstattet werden. Die Notare können die landeseigenen Telekommunikationseinrichtungen für das öffentliche Notariat gegen Kostenerstattung mitbenutzen. Kostenerstattungen werden bei Tit. 111 42 nachgewiesen. Einsparung zum Ausgleich des Haushalts.

514 69	051	Verbrauchsmittel		59,4	a)	59,4
				52,1	b)	
				45,9	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Datensicherungsbänder, Disketten u. ä.

518 69	051	Maschinen- und Gerätemieten		500,0	a)	500,0
				528,3	b)	
				485,3	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Mieten für Kopiergeräte.

534 69	051	Dienstleistungen Dritter u. dgl.		5.200,0	a)	4.750,0
				4.731,9	b)	
				6.111,6	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Kosten für Programme, Programmieraufträge und Lizenzprogramme, für die Betreuung der Fachanwendungen EGB und NOAH sowie Raten für das BK-Outsourcing, die Nutzung juristischer Datenbanken und des Internets. Einsparung zum Ausgleich des Haushalts.

Übertragen nach Kap. 0503 Tit. 534 69 1.220,3 Tsd. EUR.

546 69	051	Sonstiger Sachaufwand		50,0	a)	50,0
				28,2	b)	
				50,2	c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Aufwendungen für DV-Schulungsmaßnahmen (einschl. Reisekosten) und für Beratungsleistungen.

Ministerium der Justiz und für Europa
0512 Notariate des württembergischen Rechtsgebiets

Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	Soll Ist Ist Tsd. EUR	2016 2015 2014	a) b) c)	Betrag für 2017 Tsd. EUR
-------------------	-----	-----------------	--------------------------------	----------------------	----------------	-----------------------------------

812 69	051	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	200,0		a)	50,0
			78,8		b)	
			975,1		c)	

Erläuterung: Veranschlagt sind insbesondere Ersatzbeschaffungen von Servern für das EGB und von Fernsprechanlagen.

Summe Titelgruppe 69	7.695,5	a)	6.495,5
-----------------------------	---------	----	---------

Gesamtausgaben	130.315,7	a)	125.737,8
-----------------------	-----------	----	-----------

Abschluss Kapitel 0512

Verwaltungseinnahmen	222.605,5	a)	219.185,5
-----------------------------	-----------	----	-----------

Gesamteinnahmen	222.605,5	a)	219.185,5
------------------------	-----------	----	-----------

Personalausgaben	77.065,3	a)	71.512,6
-------------------------	----------	----	----------

Sächliche Verwaltungsausgaben	50.275,4	a)	51.400,2
--------------------------------------	----------	----	----------

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	2.705,0	a)	2.705,0
---	---------	----	---------

Ausgaben für Investitionen	270,0	a)	120,0
-----------------------------------	-------	----	-------

Gesamtausgaben	130.315,7	a)	125.737,8
-----------------------	-----------	----	-----------

Kapitel 0512 Überschuss	92.289,8	a)	93.447,7
--------------------------------	----------	----	----------

Einzelplan 05

Ministerium der Justiz und für Europa

Zusammenstellung 2017

Kapitel	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Verwaltungseinnahmen	Übrige Einnahmen	Gesamteinnahmen	Personalausgaben	Sächl. Verwaltungsausgaben	Schuldendienst
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
0501	-	35,0	8,0	43,0	16.770,6	1.888,3	-
0502	-	390,0	571,4	961,4	370.848,1	17.745,4	-
0503	-	507.069,2	2.732,0	509.801,2	481.720,4	315.186,4	-
0504	-	0,5	200,0	200,5	1.592,2	406,3	-
0505	-	3.401,5	-	3.401,5	20.762,3	2.755,9	-
0506	-	5.404,5	-	5.404,5	20.230,8	18.447,4	-
0507	-	2.500,1	-	2.500,1	5.627,9	1.137,7	-
0508	-	1.415,0	11.164,3	12.579,3	180.189,7	31.518,8	-
0509	-	5.253,0	-	5.253,0	17.166,5	9.673,6	-
0510	-	-	1.277,9	1.277,9	1.066,6	211,3	-
0511	-	84.013,5	-	84.013,5	30.426,2	2.892,0	-
0512	-	219.185,5	-	219.185,5	71.512,6	51.400,2	-
Summe 2017	-	828.667,8	15.953,6	844.621,4	1.217.913,9	453.263,3	-
Summe 2016	-	800.457,9	17.392,4	817.850,3	1.142.695,6	453.743,5	-
Mehr (+) 2017	-	28.209,9 +	1.438,8 -	26.771,1 +	75.218,3 +	480,2 -	-
Weniger (-)							

Einzelplan 05

Ministerium der Justiz und für Europa

Zusammenstellung 2017

Zuweisungen und Zuschüsse/ohne Investitionen	Ausgaben für Investitionen	Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben	2017 Überschuss (+) Zuschuss (-)	2016 Überschuss (+) Zuschuss (-)	2017 Verbesserung (+) Verschlechtg (-)	Kapitel
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
7.887,0	4.843,0	-	31.388,9	31.345,9 -	13.814,9 -	17.531,0 -	0501
1.847,7	3.974,0	-8.803,7	385.611,5	384.650,1 -	371.158,1 -	13.492,0 -	0502
14.252,7	8.195,0	-	819.354,5	309.553,3 -	339.327,0 -	29.773,7 +	0503
-	229,0	-	2.227,5	2.027,0 -	1.773,7 -	253,3 -	0504
5,0	95,0	-	23.618,2	20.216,7 -	18.918,6 -	1.298,1 -	0505
10,0	260,0	-	38.948,2	33.543,7 -	32.912,2 -	631,5 -	0506
2,0	16,0	-	6.783,6	4.283,5 -	4.419,9 -	136,4 +	0507
31.654,9	5.792,3	-	249.155,7	236.576,4 -	196.115,5 -	40.460,9 -	0508
5,0	130,0	-	26.975,1	21.722,1 -	21.220,0 -	502,1 -	0509
-	-	-	1.277,9	-	-	-	0510
1.000,0	80,4	-	34.398,6	49.614,9 +	74.058,5 +	24.443,6 -	0511
2.705,0	120,0	-	125.737,8	93.447,7 +	92.289,8 +	1.157,9 +	0512
59.369,3	23.734,7	-8.803,7	1.745.477,5	900.856,1 -	833.311,6 -	67.544,5 -	
39.911,5	15.800,9	-989,6	1.651.161,9				
19.457,8 +	7.933,8 +	7.814,1 -	94.315,6 +				

Einzelplan 05

Ministerium der Justiz und für Europa

Verpflichtungsermächtigungen 2017

Kapitel Titel Tit. Gr.	FKZ	Zweckbestimmung	2017		von dem ges. Betrag Sp. 5 werden fällig			
			Haushalts- ansatz	Verpflich- tungs- ermäch- tigung	2018	2019	2020	In späteren Haushalts- jahren
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Tsd. EUR								
0501		Ministerium						
	71	Tourismusförderung						
	686 71 652	Zuschüsse für Werbemaßnahmen und Absatzförderung	5.000,0	2.000,0	1.000,0	600,0	400,0	-
	883 71 652	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	4.504,0	6.000,0	1.500,0	2.250,0	1.750,0	500,0
	892 71 652	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	290,0	250,0	180,0	70,0	-	-
0502		Allgemeine Bewilligungen						
	89	Europaangelegenheiten						
	685 89 011	Zuschüsse zur Förderung des Europäischen Gedankens	18,0	500,0	250,0	250,0	-	-
		Einzelplan 05						
		Ministerium der Justiz und für Europa	-	8.750,0	2.930,0	3.170,0	2.150,0	500,0

Einzelplan 05

Ministerium der Justiz und für Europa

Zusammenstellung der Belastungen aus Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen	Gesamtbelastung	Von der Gesamtbelastung werden fällig				
		2017	2018	2019	2020	in späteren Haushaltsjahren
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Vorbelastungen nach den Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre, und zwar						
1.1 eingegangene Verpflichtungen in den Haushaltsjahren 2015 und früher.....	-	-	-	-	-	-
1.2 lt. Staatshaushaltsplan 2016 (Haushaltssoll).....	3.940,0	3.940,0	-	-	-	-
2. Künftige Belastungen						
2.1 lt. Staatshaushaltsplan 2017 (Haushaltssoll).....	8.750,0	-	2.930,0	3.170,0	2.150,0	500,0
3. Gesamtbelastung.....	12.690,0	3.940,0	2.930,0	3.170,0	2.150,0	500,0

Stellenpläne und Stellenübersichten

Einzelplan 05

Ministerium der Justiz und für Europa

Erläuterungen zu den Stellenplänen

A. Zur Unterscheidung bestimmter Planstellen

A	=	Archivdienst
BAU	=	Bautechn. Dienst
B	=	Bergtechn. Dienst
BI	=	Bibliotheksdienst
BR	=	Feuerwehrentechn. Dienst
E	=	Eichtechn. Dienst
F	=	Forstdienst
G	=	nichttechn. Dienst bei den Gerichten
GE	=	Dienst bei der Gesundheitsverwaltung (Zusatz Gesundheits- im Eingangsamt)
GW	=	Gewerbe-(aufsichts-)dienst
J	=	Justizdienst
K	=	Kartographendienst
L	=	Landwirtschaftstechn. Dienst
O	=	Aufsichtsdienst bei den Justizvollzugsanstalten
R	=	nichttechn. Verwaltungsdienst (Zusatz Regierungs- im Eingangsamt)
S	=	Sozialdienst
ST	=	Dienst in der Steuerverwaltung
T	=	Technischer Dienst (Zusatz Technischer im Eingangsamt)
V	=	Vermessungstechn. Dienst

B. Empfänger von Amtszulagen (Stand 1.1.2017)

A 5	Amtszulage für Hauptwarte und Gestüthauptwärter kw	1
A 5	Amtszulage für Erste Justizhauptwachtmeister und Oberamtsmeister im Sitzungsdienst der Gerichte	2
A 6	Amtszulage im Spitzenamt für Erste Justizhauptwachtmeister	1
A 8 und A 9	Amtszulage für Straßenmeister und Oberstraßenmeister als Leiter einer Straßenmeisterei oder Autobahnmeisterei	3
A 9	Amtszulage für Oberin/Pflegevorsteher sowie Hauptstraßenmeister und im Spitzenamt für Beamte des übrigen mittleren Dienstes, Kriminalhauptwachtmeister kw	4
A 10	Amtszulage für Erste Oberin/Erster Pflegevorsteher	5
A 11	Amtszulage für Fachoberlehrer mit Funktionszusätzen	6
A 12	Amtszulage für Direktoren und Konrektoren an Schulen	7
A 13	Amtszulage für Direktoren und Konrektoren an Schulen, Sonderschuloberlehrer kw	6
A 13	Amtszulage für bestimmte Konrektoren und Seminarschulräte in künftig wegfallenden Ämtern	8
A 13	Amtszulage im Spitzenamt für Rechtspfleger und für Beamte des gehobenen technischen Dienstes	9
A 14	Amtszulage für bestimmte Beamte in herausgehobenen Funktionen an Schulen	6
A 14	Amtszulage für Professoren an einer Berufsakademie in künftig wegfallenden Ämtern	10
A 15	Amtszulage für Professoren in Ämtern als Bereichsleiter an einem Seminar für Didaktik und Lehrerbildung (Gymnasien und berufliche Schulen) und Amtszulage für Fachberater an einem Seminar für Schulpädagogik kw	11
A 15	Amtszulage für Professoren in Ämtern als der ständige Vertreter des Direktors an einem Seminar für Didaktik und Lehrerbildung (Gymnasien und berufliche Schulen)	12
A 15	Amtszulage für bestimmte Beamte im Schulbereich und an sonstigen Einrichtungen	6
A 15	Amtszulage für Regierungsmedizinalkonrektoren	13
A 15	Amtszulage für Professoren als Studiengangleiter an einer Berufsakademie in künftig wegfallenden Ämtern	14
A 15	Amtszulage für Professoren als Studienbereichsleiter an einer Berufsakademie in künftig wegfallenden Ämtern	15
A 16	Amtszulage für Leiter besonders großer und besonders bedeutender unterer Verwaltungsbehörden, Mittel- oder Oberbehörden	16
B 3	Amtszulage für Direktoren einer Päd. Hochschule mit einer Messzahl von mehr als 1 000 bis zu 2 000 in künftig wegfallenden Ämtern	17
R 1 und R 2	Amtszulage für bestimmte Bad. Amtsnotare	18
R 1 bis R 3	Amtszulage für bestimmte Richter und Staatsanwälte	19
R 1 bis R 3	Amtszulage für Leiter von Gerichten mit Registerzuständigkeit	19
R 1 bis R 3	Amtszulage für Leiter von Gerichten mit Grundbuchzuständigkeit	20

Betrag zum 1. Januar 2017
- monatlich -

Euro

38,64 ¹⁾
71,27 ²⁾
134,97 ³⁾
287,77 ⁴⁾
105,23 ⁵⁾
200,48 ⁶⁾
167,15 ⁷⁾
113,05 ⁸⁾
292,42 ⁹⁾
294,73 ¹⁰⁾
133,66 ¹¹⁾
334,08 ¹²⁾
339,15 ¹³⁾
419,40 ¹⁴⁾
523,32 ¹⁵⁾
224,24 ¹⁶⁾
267,27 ¹⁷⁾
221,67 ¹⁸⁾
339,15 ¹⁹⁾
169,58 ²⁰⁾

Hinweis: Die mit kw-Vermerk und zusätzlich mit * versehenen Stellen werden besonders ausgewiesen und summiert. Sie sind in den Stellenzahlen der zugehörigen Bes.-, bzw. Entgeltgruppen und in den Summen enthalten.
Amtsbezeichnungen gelten - auch bei Leerstellen - jeweils in weiblicher und männlicher Form (vgl. § 2 LBesGBW).

Ministerium der Justiz und für Europa

0501 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
422 01	011	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte		
		Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017		
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte		
		Zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse können bis zu zwei Planstellen des höheren Dienstes der Planstellenabschnitte vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.		
		1. Ministerium		
B 9		Ministerialdirektor	1,0	1,0
B 6		Ministerialdirigent	4,0	5,0
B 4		Präsident des Landesjustizprüfungsamtes	1,0	1,0
B 3		Leitender Ministerialrat	5,0	5,0
		kw spätestens ab 01.01.2022	* 1,0	* 1,0
B 3		Ministerialrat	9,0	11,0
A 16		Ministerialrat 1)	11,0	12,0
		kw spätestens ab 01.01.2022	* 1,0	* 1,0
A 15		Regierungsdirektor 1)2)	20,0	22,0
		kw	* 1,0	* 1,0
		Der Wegfallvermerk kann im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen in Abweichung von § 47 Abs. 2 LHO vollzogen werden.		
A 14		Oberregierungsrat 2)	15,5	17,5
		kw	* 1,0	* 1,0
		Der Wegfallvermerk kann im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen in Abweichung von § 47 Abs. 2 LHO vollzogen werden.		
		ku 5/5 spätestens bis 31.12.2018 nach Bes.Gr. R 1 (Richter am Land- und Amtsgericht) bei Kap. 0503 Tit. 422 01 (2. Landgerichte, Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte)		
A 14		Oberpsychologierat	0,0	0,5
A 13		Regierungsrat 2)	2,0	3,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Zentrale Stelle)	* 1,0	* 1,0
A 13		Oberamtsrat	16,5	17,5
A 12		Amtsrat	13,0	15,0
		Eine Stelle darf für die Dauer von 5 Jahren mit einem Notarvertreter der Bes.Gr. A 12 oder für die Dauer von einem Jahr mit einem Bezirksnotar der Bes.Gr. A 13 besetzt werden.		
A 11		Regierungsamtmann	3,5	5,5
		Die Stellen dürfen für die Dauer von 5 Jahren mit Notarvertretern der Bes.Gr. A 12 besetzt werden.		
A 9		Amtsinspektor + Amtszulage	3,0	3,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0501 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 9		Amtsinspektor (O) + Amtszulage	1,0	1,0
A 9		Amtsinspektor	7,0	7,0
A 8		Regierungshauptsekretär	7,0	7,0
		ku 1/1 nach Bes.Gr. A 7 (Regierungsoberssekretär) bis 31.12.2020		
A 7		Regierungsoberssekretär	8,0	8,0
A 6		Regierungssekretär	1,0	1,0
		ku 1/1 nach Entg.Gr. 2-5 TV-L (Beschäftigte für Bürokommunikation) nach Ausscheiden des Stelleninhabers		
Summe 1. Ministerium			128,5	143,0
Summe kw			* 5,0	* 5,0

1) Bis zu 7 Stellen der Bes.Gr. A 16 und bis zu 3 Stellen der Bes.Gr. A 15 dürfen mit Richtern, Staatsanwälten und Notariatsdirektoren der Bes.Gr. R 2 besetzt werden, jedoch längstens für die Dauer von 5 Jahren.

2) Die Stellen des höheren Dienstes der Bes.Gr. A 13 bis A 15 dürfen auch mit Richtern, Staatsanwälten und Justizräten der Bes.Gr. R 1 besetzt werden, die Stellen der Bes.Gr. A 13 jedoch längstens für die Dauer von 2 Jahren.

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
B 6 (Ministerialdirigent) neu gegen Wegfall einer Stelle der Bes.Gr. B 3 (Ministerialrat)	1,0	-
B 3 (Ministerialrat) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 422 01 1. Ministerium (Regierungsneubildung)	1,0	-
B 3 (Ministerialrat) Übertragen von Kap. 0801 Tit. 422 01 1. Ministerium (Regierungsneubildung)	1,0	-
B 3 (Ministerialrat) neu gegen Wegfall einer Stelle der Bes.Gr. A 16 (Ministerialrat)	1,0	-
B 3 (Ministerialrat) Wegfall, vgl. Zugang einer Stelle der Bes. Gr. B 6 (Ministerialdirigent)	-	1,0
A 16 (Ministerialrat) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 422 01 1. Ministerium (Regierungsneubildung)	1,0	-
A 16 (Ministerialrat) Übertragen von Kap. 0806 Tit. 422 01 (Regierungsneubildung)	1,0	-
A 16 (Ministerialrat) Wegfall, vgl. Zugang einer Stelle der Bes. Gr. B 3 (Ministerialrat)	-	1,0
A 15 (Regierungsdirektor) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 422 01 1. Ministerium (Regierungsneubildung)	1,0	-
A 15 (Regierungsdirektor) neu für IT-Sicherheitsmanagement	1,0	-
A 14 (Oberregierungsrat) Übertragen von Kap. 0801 Tit. 422 01 1. Ministerium (Regierungsneubildung)	2,0	-

Ministerium der Justiz und für Europa

0501 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 14		(Oberpsychologierat) neu zur Verbesserung der Fachaufsicht über die JVAen (Bericht der Expertenkommission)	0,5	-
A 13		(Regierungsrat) Übertragen von Kap. 0806 Tit. 422 01 (Regierungsneubildung)	1,0	-
A 13		(Oberamtsrat) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 422 01 1. Ministerium (Regierungsneubildung)	1,0	-
A 12		(Amtsrat) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 422 01 1. Ministerium (Regierungsneubildung)	1,0	-
A 12		(Amtsrat) Übertragen von Kap. 0801 Tit. 422 01 1. Ministerium (Regierungsneubildung)	1,0	-
A 11		(Regierungsamtmann) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 422 01 1. Ministerium (Regierungsneubildung)	1,0	-
A 11		(Regierungsamtmann) Übertragen von Kap. 0801 Tit. 422 01 1. Ministerium (Regierungsneubildung)	1,0	-
		zus. 1. Ministerium	16,5	2,0
		bleiben	14,5	-

2. Vertretung des Landes bei der EU

B 6	Ministerialdirigent	0,0	1,0
B 3	Leitender Ministerialrat	0,0	1,0
A 16	Ministerialrat	0,0	1,0
A 15	Regierungsdirektor	0,0	1,0
A 14	Oberregierungsrat	0,0	1,0
A 13	Regierungsrat	0,0	1,0
A 12	Amtsrat	0,0	1,0
A 11	Regierungsamtmann	0,0	1,0
Summe 2. Vertretung des Landes bei der EU		0,0	8,0

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
B 6 (Ministerialdirigent) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 422 01 2. Vertretung des Landes bei der EU (Regierungsneubildung)	1,0	-
B 3 (Leitender Ministerialrat) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 422 01 2. Vertretung des Landes bei der EU (Regierungsneubildung)	1,0	-
A 16 (Ministerialrat) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 422 01 2. Vertretung des Landes bei der EU (Regierungsneubildung)	1,0	-
A 15 (Regierungsdirektor) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 422 01 2. Vertretung des Landes bei der EU (Regierungsneubildung)	1,0	-
A 14 (Oberregierungsrat) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 422 01 2. Vertretung des Landes bei der EU (Regierungsneubildung)	1,0	-
A 13 (Regierungsrat) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 422 01 2. Vertretung des Landes bei der EU (Regierungsneubildung)	1,0	-

Ministerium der Justiz und für Europa

0501 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 12		(Amtsrat) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 422 01 2. Vertretung des Landes bei der EU (Regierungsneubildung)	1,0	-
A 11		(Regierungsamtmann) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 422 01 2. Vertretung des Landes bei der EU (Regierungsneubildung)	1,0	-
		zus. 2. Vertretung des Landes bei der EU	8,0	-
		bleiben	8,0	-

3. Stellenpool für die befristete Tätigkeit von Landesbediensteten bei europäischen / internationalen Institutionen oder Europaeinheiten von Landes- / Bundesverwaltungen oder bei vergleichbaren Einrichtungen (Dynamischer Europapool)

A 15	Regierungsdirektor	0,0	2,0
A 14	Oberregierungsrat	0,0	4,0
A 13	Regierungsrat	0,0	2,0
Summe 3. Dynamischer Europapool		0,0	8,0

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 15 (Regierungsdirektor) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 422 01 3. Stellenpool für befristete Tätigkeit (Regierungsneubildung)	2,0	-
A 14 (Oberregierungsrat) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 422 01 3. Stellenpool für befristete Tätigkeit (Regierungsneubildung)	4,0	-
A 13 (Regierungsrat) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 422 01 3. Stellenpool für befristete Tätigkeit (Regierungsneubildung)	2,0	-
zus. 3. Dynamischer Europapool	8,0	-
bleiben	8,0	-

Summe a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte 128,5 159,0

Summe kw * 5,0 * 5,0

c) Stellenübersicht für abgeordnete Beamtinnen und Beamte von außerhalb der Landesverwaltung

- außerhalb der Personalausgabenbudgetierung beschäftigt aus Kap. 0502 Tit. 422 92 -

A 16	Ministerialrat	0,0	1,0
A 15	Regierungsdirektor	0,0	1,0
Summe c) Stellenübersicht abgeordn. Bedienst.		0,0	2,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0501 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 16	(Ministerialrat) Übertragen von Kap. 0204 Tit. 422 01 c) Stellenübersicht für abgeordnete Beamtinnen und Beamte (Regierungsneubildung)	1,0	-
A 15	(Regierungsdirektor) Übertragen von Kap. 0204 Tit. 422 01 c) Stellenübersicht für abgeordnete Beamtinnen und Beamte (Regierungsneubildung)	1,0	-
	zus. c) Stellenübersicht abgeordn. Bedienst.	2,0	-
	bleiben	2,0	-

Leerstellen für planmäßige Beamtinnen und Beamte (kw)

A 13	Oberamtsrat 1)2)3)	4,0	4,0
A 11	Regierungsamtmann 2)	1,0	1,0
A 9	Amtsinspektor 3)	1,0	1,0
Summe Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)		6,0	6,0

- 1) 1/1 für eine Zuweisung zur Ausübung einer Tätigkeit bei der Stiftung "Resozialisierungsfonds Dr. Traugott Bender".
 2) 2/2 für ohne Dienstbezüge beurlaubte Beamtinnen und Beamte (§§ 153b und 153c LBG-alt und § 72 Abs. 1 und 2 LBG-neu).
 3) 3/3 für Elternzeiten nach § 3 Abs. 2 StHG.

Summe Stellenplan für Beamtinnen und Beamte (ohne Leerstellen und Stellen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte)	128,5	159,0
Summe kw	* 5,0	* 5,0

428 01 011 Stellenübersicht für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Beschäftigte)

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017

a) Außertarifliche Beschäftigte

Vertretung des Landes bei der EU	0,0	1,0
Beobachter der Länder bei der EU	0,0	2,0
- außerhalb der Personalausgabenbudgetierung beschäftigt aus Kap. 0502 Tit. 428 92 -		

Summe a) Außertarifliche Beschäftigte	0,0	3,0
---------------------------------------	-----	-----

Ministerium der Justiz und für Europa

0501 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
AT	(Vertretung des Landes bei der EU) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 428 01 a) (Regierungsneubildung)	1,0	-
AT	(Beobachter der Länder bei der EU) Übertragen von Kap. 0204 Tit. 428 01 a) (Regierungsneubildung)	2,0	-
	zus. a) Außertarifliche Beschäftigte	3,0	-
	bleiben	3,0	-

TV-L c) Tarifliche Beschäftigte

1. Ministerium

13		1,0	1,0
11		1,0	1,0
9		5,0	5,0
8		10,5	11,5
	ku 3/3 nach Entg.Gr. 7 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
7		2,0	2,0
6		6,0	6,0
4	Krafffahrer	2,0	2,0
2-5	Beschäftigte für Bürokommunikation	12,5	13,5
Summe 1. Ministerium		40,0	42,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
8	Übertragen von Kap. 0201 Tit. 428 01 c) 1. Ministerium (Regierungsneubildung)	1,0	-
2-5	(Beschäftigte für Bürokommunikation) Übertragen von Kap. 0801 Tit. 428 01 c) 1. Ministerium (Regierungsneubildung)	1,0	-
	zus. 1. Ministerium	2,0	-
	bleiben	2,0	-

Ministerium der Justiz und für Europa

0501 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
2. Vertretung des Landes bei der EU				
13			0,0	2,0
8			0,0	1,0
6			0,0	1,0
6-9		Fremdsprachenassistent; -sekretär	0,0	1,0
5-9		Fremdsprachenassistent; -sekretär	0,0	4,0
Summe 2. Vertretung des Landes bei der EU			0,0	9,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
13	Übertragen von Kap. 0201 Tit. 428 01 c) 2. Vertretung des Landes bei der EU (Regierungsneubildung)	2,0	-
8	Übertragen von Kap. 0201 Tit. 428 01 c) 2. Vertretung des Landes bei der EU (Regierungsneubildung)	1,0	-
6	Übertragen von Kap. 0201 Tit. 428 01 c) 2. Vertretung des Landes bei der EU (Regierungsneubildung)	1,0	-
6-9	(Fremdsprachenassistent; -sekretär) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 428 01 c) 2. Vertretung des Landes bei der EU (Regierungsneubildung)	1,0	-
5-9	(Fremdsprachenassistent; -sekretär) Übertragen von Kap. 0201 Tit. 428 01 c) 2. Vertretung des Landes bei der EU (Regierungsneubildung)	4,0	-
zus. 2. Vertretung des Landes bei der EU		9,0	-
bleiben		9,0	-

3. Beobachter der Länder bei der EU

- außerhalb der Personalausgabenbudgetierung beschäftigt aus Kap. 0502 Tit. 428 92 -

8			0,0	1,0
Summe 3. Beobachter der Länder bei der EU			0,0	1,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
8	Übertragen von Kap. 0204 Tit. 428 01 c) 2. Beobachter der Länder bei der EU (Regierungsneubildung)	1,0	-
zus. 3. Beobachter der Länder bei der EU		1,0	-
bleiben		1,0	-

Summe c) Tarifliche Beschäftigte 40,0 52,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0501 Ministerium

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Leerstellen für Beschäftigte (kw)

9	1)		1,0	1,0
8	1)		1,0	1,0
7	1)		1,0	1,0
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation 1)	3,0	3,0
Summe Leerstellen für Beschäftigte (kw)			6,0	6,0

1) 6/6 für Beurlaubungen nach § 3 Abs. 16 StHG

Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer/-innen			40,0	55,0
Summe Ministerium (ohne Leerstellen und Stellen für abgeordnete Beamtinnen und Beamte)			168,5	214,0
Summe kw			* 5,0	* 5,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
422 01	051	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter		
		Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017		
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter		
		Die Leiterinnen und Leiter von Gerichten mit Register- oder Grundbuchzuständigkeit bzw. mit Register- und Grundbuchzuständigkeit (2, 11, 2) erhalten eine Amtszulage nach Maßgabe des § 45 LBesGBW. Die mit der Leitung der Jugendarrestanstalten Göppingen und Rastatt beauftragten Stelleninhaber/-innen erhalten eine Stellenzulage nach Maßgabe des § 57 Abs. 1 Nr. 12 LBesGBW. Die Planstellen des gehobenen und mittleren Dienstes der Abschnitte 1 und 2 sowie der Kap. 0511 und 0512 können in den jeweiligen Laufbahngruppen vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Die Planstellen des gehobenen Justizdienstes in Abschnitt 2 (Landgerichte, Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte) dürfen im Rahmen vorgesehener Umwandlungen in Stellen des mittleren Justizdienstes vorübergehend auch mit Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes der Bes.Gr. A 6 bis A 9 besetzt werden. Bis zu 25 Planstellen des mittleren Dienstes der Bes.Gr. A 6 bis A 9 + Amtszulage in Abschnitt 2 (Landgerichte, Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte) dürfen nach Weiterqualifizierung der Beschlussfertiger zu Rechtspflegern in Grundbuchsachen bis 31.12.2017 auch mit Beamtinnen und Beamten des gehobenen Dienstes der Bes.Gr. A 9 und A 10 besetzt werden.		
		1. Oberlandesgerichte und Generalstaatsanwaltschaften		
		R 8 Präsident des Oberlandesgerichts	2,0	2,0
		R 6 Generalstaatsanwalt -als Leiter einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht mit 101 und mehr Planstellen für Staatsanwälte im Bezirk-	2,0	2,0
		R 4 Vizepräsident des Oberlandesgerichts	2,0	2,0
		R 3 Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht	46,0	46,0
		R 3 Leitender Oberstaatsanwalt -als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht-	5,0	5,0
		R 2 Richter am Oberlandesgericht	137,0	139,0
		10/10 Stellen dürfen -5/5 Stellen sollen ausschließlich- mit Richtern besetzt werden, die zugleich das Amt eines Professors an einer wissenschaftlichen Hochschule bekleiden. Die Dienstbezüge einschließlich der nichtruhegehaltfähigen Zulage nach § 62 LBesGBW werden aus der jeweiligen Professorenstelle bestritten.		
		R 2 Oberstaatsanwalt -als Dezernent bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht-	24,0	24,0
		A 15 Regierungsdirektor	3,0	3,0
		A 14 Oberregierungsrat	0,0	2,0
		A 13 Oberamtsrat (J) + Amtszulage	2,0	6,0
		A 13 Oberamtsrat (J)	7,0	11,0
		A 12 Amtsrat (J)	8,0	12,5
		Bis zu 3 Stellen dürfen mit Notarvertretern der Bes.Gr. A 12 besetzt werden.		

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 11		Justizamtmann	16,0	7,0
A 10		Justizoberinspektor	14,0	16,0
A 9		Justizinspektor	7,0	7,0
A 9		Amtsinspektor (J) + Amtszulage	18,0	21,5
A 9		Amtsinspektor (J)	5,0	15,0
A 8		Justizhauptsekretär	11,0	20,0
A 8		Justizhauptsekretär im Justizwachtmeisterdienst	1,0	0,0
A 7		Justizobersekretär	21,0	24,5
A 7		Justizobersekretär im Justizwachtmeisterdienst	1,0	2,0
A 6		Erster Justizhauptwachtmeister + Amtszulage	5,0	5,0
A 6		Justizsekretär	11,5	20,0
Summe 1. OLG und Generalstaatsanwaltschaft			348,5	392,5

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
R 2	(Richter am Oberlandesgericht) neu zur Verbesserung der aufgabengerechten personellen Ausstattung der Gerichte	2,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) Stellenhebung von A 13 - Oberamtsrat (J) im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	2,0	-
A 13	(Oberamtsrat (J) + Amtszulage) Stellenhebung von A 13 - Oberamtsrat (J) im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	4,0	-
A 13	(Oberamtsrat (J)) Stellenhebung von A 12 - Amtsrat (J) im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	8,0	-
A 13	(Oberamtsrat (J)) neu für IT-Sicherheitsmanagement	2,0	-
A 13	(Oberamtsrat (J)) Stellenhebung nach A 13 - Oberamtsrat (J) + Amtszulage im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	4,0
A 13	(Oberamtsrat (J)) Stellenhebung nach A 14 - Oberregierungsrat im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	2,0
A 12	(Amtsrat (J)) Stellenhebung von A 11 - Justizamtmann im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	10,0	-
A 12	(Amtsrat (J)) übertragen von Abschnitt 2 (Langerichte, Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte)	2,5	-
A 12	(Amtsrat (J)) Stellenhebung nach A 13 - Oberamtsrat (J) im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	8,0
A 11	(Justizamtmann) übertragen von Abschnitt 2 (Langerichte, Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte)	1,0	-
A 11	(Justizamtmann) Stellenhebung nach A 12 - Amtsrat (J) im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	10,0
A 10	(Justizoberinspektor) übertragen von Abschnitt 2 (Langerichte, Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte)	2,0	-
A 9	(Amtsinspektor (J) + Amtszulage) übertragen von Abschnitt 2 (Landgerichte, Staatsanwaltschaften, Amtsgerichte) wegen Überleitung in IuK- Fachzentrum Justiz	3,0	-

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 9		(Amtsinspektor (J) + Amtszulage) übertragen von Kap. 0507 Tit. 422 01 unter gleichzeitiger Hebung von Bes.Gr. A 7 (Gerichtsobersekretär) und unter Wegfall ku-Vermerk	0,5	-
A 9		(Amtsinspektor (J)) übertragen von Abschnitt2 (Landgerichte, Staatsanwaltschaften, Amtsgerichte) wegen Überleitung in luK- Fachzentrum Justiz	9,0	-
A 9		(Amtsinspektor (J)) übertragen von Kap. 0511 Tit. 422 01 wegen Überleitung in luK- Fachzentrum Justiz	1,0	-
A 8		(Justizhauptsekretär) übertragen von Abschnitt2 (Landgerichte, Staatsanwaltschaften, Amtsgerichte) wegen Überleitung in luK- Fachzentrum Justiz	9,0	-
A 8		(Justizhauptsekretär (JWMD)) übertragen nach Abschnitt 2 (Landgerichte, Staatsanwaltschaften, Amtsgerichte)	-	1,0
A 7		(Justizobersekretär) übertragen von Abschnitt2 (Landgerichte, Staatsanwaltschaften, Amtsgerichte) wegen Überleitung in luK- Fachzentrum Justiz	2,5	-
A 7		(Justizobersekretär) übertragen von Kap. 0511 Tit. 422 01 wegen Überleitung in luK- Fachzentrum Justiz	1,0	-
A 7		(Justizobersekretär (JWMD)) übertragen von Abschnitt 2 (Landgerichte, Staatsanwaltschaften, Amtsgerichte) unter gleichzeitiger Umwandlung von Bes.Gr. A 7 - Justizobersekretär	1,0	-
A 6		(Justizsekretär) übertragen von Abschnitt2 (Landgerichte, Staatsanwaltschaften, Amtsgerichte) wegen Überleitung in luK- Fachzentrum Justiz	8,5	-
		zus. 1. OLG und Generalstaatsanwaltschaft	69,0	25,0
		bleiben	44,0	-

2. Landgerichte, Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte

R 6	Präsident des Landgerichts -mit 151 und mehr Richterplanstellen im Bezirk-	1,0	1,0
R 5	Präsident des Landgerichts -mit 81 bis 150 Richterplanstellen im Bezirk-	1,0	1,0
R 5	Präsident des Amtsgerichts Stuttgart	1,0	1,0
R 5	Leitender Oberstaatsanwalt -als Leiter einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 81 und mehr Planstellen für Staatsanwälte-	1,0	1,0
R 4	Präsident des Landgerichts -mit 41 bis 80 Richterplanstellen im Bezirk-	10,0	10,0
R 4	Leitender Oberstaatsanwalt -als Leiter einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 41 bis 80 Planstellen für Staatsanwälte-	2,0	2,0
R 3	Präsident des Landgerichts -mit bis zu 40 Richterplanstellen im Bezirk-	5,0	5,0
R 3	Vizepräsident des Landgerichts -als der ständige Vertreter des in die Bes.Gr. R 5 oder R 6 eingestufenen Präsidenten-	2,0	2,0
R 3	Präsident des Amtsgerichts -mit bis zu 40 Richterplanstellen- + Amtszulage	3,0	0,0
R 3	Präsident des Amtsgerichts -mit bis zu 40 Richterplanstellen-	1,0	4,0
R 3	Vizepräsident des Amtsgerichts -als der ständige Vertreter des in die Besoldungsgruppe R 5 eingestufenen Präsidenten-	1,0	1,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
R 3		Leitender Oberstaatsanwalt -als Leiter einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 11 bis 40 Planstellen für Staatsanwälte- kw mit Wegfall der Aufgabe (Zentrale Stelle)	13,0 * 1,0	13,0 * 1,0
R 3		Leitender Oberstaatsanwalt -als Leiter einer Staatsanwaltschaft bei den Landgerichten Mosbach und Waldshut-Tiengen-	2,0	2,0
R 3		Oberstaatsanwalt -als der ständige Vertreter des in die Besoldungsgruppe R 5 eingestufenen Leitenden Oberstaatsanwalts-	1,0	1,0
R 2		Vorsitzender Richter am Landgericht -als weiterer aufsichtführender Richter an Landgerichten mit 81 und mehr Richterplanstellen- + Amtszulage	5,0	5,0
R 2		Vizepräsident des Landgerichts -als der ständige Vertreter des in die Bes.Gr. R 3 oder R 4 eingestufenen Präsidenten- + Amtszulage	15,0	15,0
R 2		Direktor des Amtsgerichts -mit 8 und mehr Richterplanstellen- + Amtszulage	26,0	26,0
R 2		Direktor des Amtsgerichts -mit 4 bis 7 Richterplanstellen- + Amtszulage	4,0	0,0
R 2		Direktor des Amtsgerichts -mit 4 bis 7 Richterplanstellen-	31,0	35,0
R 2		Vizepräsident des Amtsgerichts -als der ständige Vertreter des Präsidenten an Gerichten mit 16 und mehr Richterplanstellen- + Amtszulage	4,0	4,0
R 2		Vorsitzender Richter am Landgericht	228,0	237,0
R 2		Richter am Amtsgericht -als der ständige Vertreter des Direktors bei einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen-	26,0	26,0
R 2		Richter am Amtsgericht -als weiterer aufsichtführender Richter an Gerichten mit 10 und mehr Richterplanstellen-	38,0	38,0
R 2		Leitender Oberstaatsanwalt -als Leiter einer Zweigstelle einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht- + Amtszulage	2,0	2,0
R 2		Oberstaatsanwalt -als der ständige Vertreter der in Bes.Gr. R 3 und R 4 eingestufenen Leitenden Oberstaatsanwälte- + Amtszulage	14,0	14,0
R 2		Oberstaatsanwalt -als Hauptabteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 101 und mehr Planstellen für Staatsanwälte- + Amtszulage	5,0	5,0
R 2		Oberstaatsanwalt -als Hauptabteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 11 bis 100 Planstellen für Staatsanwälte- + Amtszulage	1,0	1,0
R 2		Oberstaatsanwalt -als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht-	59,0	67,0
R 1		Direktor des Amtsgerichts -mit bis zu 3 Richterplanstellen- + Amtszulage	42,0	42,0
R 1		Richter am Amtsgericht -als ständiger Vertreter des Direktors bei einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstellen- + Amtszulage	35,0	35,0
R 1		Richter am Land- und Amtsgericht 1)	827,0	881,5

Eine Stelle darf ausschließlich mit einem Richter besetzt werden, der zugleich das Amt eines Professors an einer wissenschaftlichen Hochschule bekleidet.
Die Dienstbezüge einschließlich der nicht ruhegehaltfähigen Zulage nach § 62 LBesGBW werden aus der jeweiligen Professorenstelle bestritten.
20/20 Stelleninhaber erhalten als Referenten für die freiwillige Gerichtsbarkeit eine Stellenzulage von 150 EUR.
Bis zu 2 Stellen können mit Beamten der Bes.Gr. A 14 (Oberregierungsrat) besetzt werden.
Bis zu 8,5 Stellen dürfen vorübergehend mit Notarvertretern der

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		Bes.Gr. A 12 oder Bezirksnotaren der Bes.Gr. A 13 und A 14 besetzt werden.		
R 1		Erster Staatsanwalt + Amtszulage	145,0	153,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Zentrale Stelle)	* 2,0	* 2,0
R 1		Staatsanwalt 1)	249,5	273,5
		Bis zu 35 Stellen können mit Richtern kraft Auftrags besetzt werden. Bis zu 8 Stellen können mit Amtsanwälten der Bes.Gr. A 12 besetzt werden.		
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Zentrale Stelle)	* 5,0	* 5,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 5,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 0,0	* 5,0
A 14		Erster Oberamtsanwalt	9,0	10,0
A 14		Oberregierungsrat	7,0	8,0
A 13		Regierungsrat	6,0	6,0
		Die Stellen können mit Beschäftigten der Entg.Gr. 14 TV-L bzw. der Entg.Gr. 13 TV-L, die nach § 17 Abs. 8 TVÜ-L eine persönliche Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrags zur Entg.Gr. 14 TV-L erhalten, besetzt werden.		
A 13		Bezirksnotar	0,0	36,0
		Bis zu 36 Planstellen dürfen mit Rechtspflegern der Bes.Gr. A 9 bis A 13 besetzt werden.		
A 13		Oberamtsrat (J) + Amtszulage	16,0	26,0
A 13		Oberamtsanwalt	40,0	39,0
		Bis zu 4 Stellen können bei unvorhergesehenem Ausscheiden von Oberamtsanwälten vorübergehend - längstens jedoch für die Dauer von 2 Jahren - mit richterlichen Hilfskräften der Bes.Gr. R 1 (Richter, Staatsanwälte) besetzt werden.		
A 13		Oberamtsrat (J), Oberamtsrat (A)	86,0	86,0
		Eine Stelle kann mit einem Justizrat (Bes.Gr. R 1) bzw. einem Oberjustizrat (Bes.Gr. R 1 + Amtszulage) bzw. einem Bezirksnotar (Bes.Gr. A 14) bzw. einem Richter und Staatsanwalt (Bes.Gr. R 1) bzw. einem Beamten des höheren nichtrichterlichen Dienstes (Bes.Gr. A 13 bis A 15) besetzt werden.		
A 13		Oberamtsrat (S)	17,0	0,0
		kw 2)	* 17,0	* 0,0
A 12		Amtsanwalt	37,0	37,0
		Bis zu 4 Stellen können bei unvorhergesehenen Elternzeiten von Amtsanwältinnen und Amtsanwälten vorübergehend - längstens jedoch für die Dauer von 2 Jahren - mit richterlichen Hilfskräften der Bes.Gr. R 1 (Richter, Staatsanwälte) besetzt werden.		
A 12		Notarvertreter	0,0	19,0
		Bis zu 19 Planstellen dürfen mit Rechtspflegern der Bes.Gr. A 9 bis A 12 besetzt werden.		
A 12		Amtsrat (J), Amtsrat (A)	221,5	252,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		Eine halbe Stelle kann mit einem Notarvertreter der Bes.Gr. A 12 besetzt werden.		
A 12		Amtsrat (S)	44,0	0,0
		kw 2)	* 44,0	* 0,0
A 11		Justizamtman, Archivamtman	413,0	391,0
		Eine Stelle kann für die Dauer von bis zu 5 Jahren mit einem Notarvertreter der Bes.Gr. A 12 besetzt werden.		
		kw spätestens ab 01.01.2019 3)	* 0,0	* 23,0
A 11		Sozialamtman	83,0	0,0
		kw 2)	* 83,0	* 0,0
A 10		Justizoberinspektor	246,0	244,0
A 10		Sozialoberinspektor	66,0	0,0
		kw 2)	* 66,0	* 0,0
A 9		Justizinspektor	102,5	112,5
		kw spätestens ab 01.01.2018 3)	* 24,5	* 25,5
		kw spätestens ab 01.01.2019 3)	* 0,0	* 9,0
A 9		Amtsinspektor (J) + Amtszulage	112,5	109,5
A 9		Obergerichtsvollzieher + Amtszulage	113,0	127,0
A 9		Amtsinspektor (J)	292,0	283,0
A 9		Obergerichtsvollzieher	263,0	249,0
A 8		Gerichtsvollzieher	156,0	156,0
A 8		Justizhauptsekretär	402,5	435,5
		ku 81/81 nach Bes.Gr. A 7 (Justizobersekretär) bis 31.12.2020		
A 8		Justizhauptsekretär im Justizwachtmeisterdienst	13,0	14,0
A 7		Justizobersekretär	384,0	337,5
		ku 70/70 nach Bes.Gr. A 6 (Justizsekretär) bis 31.12.2020		
		kw spätestens ab 01.07.2016 3)	* 1,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2017 3)	* 4,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2018 3)	* 5,5	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2020 3)	* 0,0	* 9,5
		kw spätestens ab 01.01.2023 3)	* 1,0	* 1,0
A 7		Justizobersekretär im Justizwachtmeisterdienst	58,0	58,0
A 6		Erster Justizhauptwachtmeister + Amtszulage	359,0	380,0
A 6		Justizsekretär	137,0	123,0
		kw spätestens ab 01.07.2016 3)	* 1,0	* 0,0
Summe 2. Land-/ Amtsgerichte, Staatsanwaltsch.			5.484,5	5.443,0
Summe kw			* 260,0	* 81,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

- 1) Die Planstellen für Richter am Land- und Amtsgericht der Bes.Gr. R 1 und für Staatsanwälte der Bes.Gr. R 1 dürfen bei Bedarf in bis zu 60 Fällen vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
- 2) Privatisierung der Bewährungshilfe. Die Wegfallvermerke können im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen in Abweichung von § 47 Abs. 2 LHO vollzogen werden.
- 3) Erläuterung: kw-Stellen für die Grundbuchamts-Strukturreform.

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
R 3	(Präsident des Amtsgerichts + Amtszulage) Veränderung der Darstellung (vgl. Zugang bei Bes.Gr. R 3 - Präsident des Amtsgerichts -mit bis zu 40 Richterplanstellen-)	-	3,0
R 3	(Präsident des Amtsgerichts) Veränderung der Darstellung (vgl. Wegfall bei Bes.Gr. R 3 - Präsident des Amtsgerichts -mit bis zu 40 Richterplanstellen- + Amtszulage)	3,0	-
R 2	(Direktor des Amtsgerichts + Amtszulage) Veränderung der Darstellung (vgl. Zugang bei Bes.Gr. R 2 - Direktor des Amtsgerichts -mit 4 bis 7 Richterplanstellen-)	-	4,0
R 2	(Direktor des Amtsgerichts) Veränderung der Darstellung (vgl. Wegfall bei Bes.Gr. R 2 - Direktor des Amtsgerichts -mit 4 bis 7 Richterplanstellen- + Amtszulage)	4,0	-
R 2	(Vorsitzender Richter am Landgericht) neu zur Verbesserung der aufgabengerechten personellen Ausstattung der Gerichte	9,0	-
R 2	(Oberstaatsanwalt) neu zur Verbesserung der aufgabengerechten personellen Ausstattung der Staatsanwaltschaften	8,0	-
R 1	(Richter am Land- und Amtsgericht) gegen Wegfall von 31,5 Stellen der Bes.Gr. R 1 (Richter, Staatsanwalt) in der Stellenübersicht für Richterinnen und Richter auf Probe	31,5	-
R 1	(Richter am Land- und Amtsgericht) neu zur Verbesserung der aufgabengerechten personellen Ausstattung der Gerichte	23,0	-
R 1	(Erster Staatsanwalt + Amtszulage) neu zur Verbesserung der aufgabengerechten personellen Ausstattung der Staatsanwaltschaften	8,0	-
R 1	(Staatsanwalt) neu zur Verbesserung der aufgabengerechten personellen Ausstattung der Staatsanwaltschaften	24,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2018) Veränderung der bis zum 01.01.2018 befristeten Wegfallvermerke	* -	* 5,0
kw	(spätestens ab 01.01.2020) Veränderung der bis zum 01.01.2018 befristeten Wegfallvermerke	* 5,0	* -
A 14	(Erster Oberamtsanwalt) Stellenhebung von A 13 - Oberamtsanwalt im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 14	(Oberregierungsrat) Stellenhebung von A 13 - Oberamtsrat (J) im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 13	(Bezirksnotar) übertragen von Kap. 0512 Tit. 422 01	36,0	-
A 13	(Oberamtsrat (J) + Amtszulage) Stellenhebung von A 13 - Oberamtsrat (J) im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	10,0	-

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 13		(Oberamtsanwalt) Stellenhebung nach A 14 - Erster Oberamtsanwalt im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
A 13		(Oberamtsrat (J), Oberamtsrat (A)) Stellenhebung von A 12 - Amtsrat (J), Amtsrat (A) im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	11,0	-
A 13		(Oberamtsrat (J), Oberamtsrat (A)) Stellenhebung nach A 13 - Oberamtsrat (J) + Amtszulage im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	10,0
A 13		(Oberamtsrat (J), Oberamtsrat (A)) Stellenhebung nach A 14 - Oberregierungsrat im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
A 13		(Oberamtsrat (S)) übertragen nach Kap. 0508 Tit. 422 01 (2. Bewährungs- und Gerichtshilfe)	-	17,0
	kw	übertragen nach Kap. 0508 Tit. 422 01 (2. Bewährungs- und Gerichtshilfe)	* -	* 17,0
A 12		(Notarvertreter) übertragen von Kap. 0512 Tit. 422 01	19,0	-
A 12		(Amtsrat (J), Amtsrat (A)) Stellenhebung von A 11 - Justizamtmann, Archivamtmann im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	44,0	-
A 12		(Amtsrat (J), Amtsrat (A)) Stellenhebung nach A 13 - Oberamtsrat (J) im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	11,0
A 12		(Amtsrat (J), Amtsrat (A)) übertragen nach Abschnitt 1 (Oberlandesgerichte, Generalstaatsanwaltschaften)	-	2,5
A 12		(Amtsrat (S)) übertragen nach Kap. 0508 Tit. 422 01 (2. Bewährungs- und Gerichtshilfe)	-	44,0
	kw	übertragen nach Kap. 0508 Tit. 422 01 (2. Bewährungs- und Gerichtshilfe)	* -	* 44,0
A 11		(Justizamtmann, Archivamtmann) neu aufgrund der Grundbuchamtsstrukturreform	23,0	-
A 11		(Justizamtmann, Archivamtmann) Stellenhebung nach A 12 - Amtsrat (J), Amtsrat (A) im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	44,0
A 11		(Justizamtmann, Archivamtmann) übertragen nach Abschnitt 1 (Oberlandesgerichte, Generalstaatsanwaltschaften)	-	1,0
	kw	(spätestens ab 01.01.2019) neu aufgrund der Grundbuchamtsstrukturreform	* 23,0	* -
A 11		(Sozialamtmann) übertragen nach Kap. 0508 Tit. 422 01 (2. Bewährungs- und Gerichtshilfe)	-	83,0
	kw	übertragen nach Kap. 0508 Tit. 422 01 (2. Bewährungs- und Gerichtshilfe)	* -	* 83,0
A 10		(Justizoberinspektor) übertragen nach Abschnitt 1 (Oberlandesgerichte, Generalstaatsanwaltschaften)	-	2,0
A 10		(Sozialoberinspektor) übertragen nach Kap. 0508 Tit. 422 01 (2. Bewährungs- und Gerichtshilfe)	-	66,0
	kw	übertragen nach Kap. 0508 Tit. 422 01 (2. Bewährungs- und Gerichtshilfe)	* -	* 66,0
A 9		(Justizinspektor) neu aufgrund der Grundbuchamtsstrukturreform	10,0	-
	kw	(spätestens ab 01.01.2018) neu aufgrund der Grundbuchamtsstrukturreform	* 10,0	* -
	kw	(spätestens ab 01.01.2018) Veränderung der bis zum 01.01.2018 befristeten kw-Vermerke	* -	* 9,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
kw		(spätestens ab 01.01.2019) Veränderung der bis zum 01.01.2018 befristeten kw-Vermerke	* 9,0	* -
A 9		(Amtsinspektor (J) + Amtszulage) übertragen nach Abschnitt 1 (Oberlandesgerichte, Generalstaatsanwaltschaften) wegen Überleitung in luK- Fachzentrum Justiz	-	3,0
A 9		(Obergerichtsvollzieher + Amtszulage) Stellenhebung von A 9 - Obergerichtsvollzieher im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	14,0	-
A 9		(Amtsinspektor (J)) übertragen nach Abschnitt 1 (Oberlandesgerichte, Generalstaatsanwaltschaften) wegen Überleitung in luK- Fachzentrum Justiz	-	9,0
A 9		(Obergerichtsvollzieher) Stellenhebung nach A 9 - Obergerichtsvollzieher + Amtszulage im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	14,0
A 8		(Justizhauptsekretär) Stellenhebung von A 7 - Justizobersekretär im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	42,0	-
A 8		(Justizhauptsekretär) übertragen nach Abschnitt 1 (Oberlandesgerichte, Generalstaatsanwaltschaften) wegen Überleitung in luK- Fachzentrum Justiz	-	9,0
A 8		(Justizhauptsekretär (JWMD)) übertragen von Abschnitt 1 (Oberlandesgerichte, Generalstaatsanwaltschaften)	1,0	-
A 7		(Justizobersekretär) Stellenhebung nach A 8 - Justizhauptsekretär im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	42,0
A 7		(Justizobersekretär) übertragen nach Abschnitt 1 (Oberlandesgerichte, Generalstaatsanwaltschaften) unter gleichzeitiger Umwandlung nach Bes.Gr. A 7 - Justizobersekretär im Justizwachtmeisterdienst	-	1,0
A 7		(Justizobersekretär) übertragen nach Abschnitt 1 (Oberlandesgerichte, Generalstaatsanwaltschaften) wegen Überleitung in luK- Fachzentrum Justiz	-	2,5
A 7		(Justizobersekretär) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	1,0
kw		(spätestens ab 01.07.2016) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
kw		(spätestens ab 01.01.2017) Veränderung der bis zum 01.01.2017 befristeten kw-Vermerke	* -	* 4,0
kw		(spätestens ab 01.01.2018) Veränderung der bis zum 01.01.2018 befristeten kw-Vermerke	* -	* 5,5
kw		(spätestens ab 01.01.2020) Veränderung der bis zum 01.01.2017 befristeten kw-Vermerke	* 4,0	* -
kw		(spätestens ab 01.01.2020) Veränderung der bis zum 01.01.2018 befristeten kw-Vermerke	* 5,5	* -
A 6		(Erster Justizhauptwachtmeister +Amtszul.) neu zur Verbesserung der Sicherheit in Justizgebäuden	21,0	-
A 6		(Justizsekretär) Wegfall ab 01.07.2015 infolge Übertragung Dienstreisemanagement auf LBV	-	2,0
A 6		(Justizsekretär) Wegfall ab 01.01.2016 Alteinsparverpflichtung	-	2,0
A 6		(Justizsekretär) übertragen nach Abschnitt 1 (Oberlandesgerichte, Generalstaatsanwaltschaften) wegen Überleitung in luK- Fachzentrum Justiz	-	8,5
A 6		(Justizsekretär) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	1,0
A 6		(Justizsekretär) Stellenwegfall 2016 gem. § 2 StHG 2015/16	-	0,5
kw		(spätestens ab 01.07.2016) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
zus. 2. Land-/ Amtsgerichte, Staatsanwaltsch.			343,5	385,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		zus. kw	* 56,5	* 235,5
		bleiben	-	41,5
		bleiben kw	* -	* 179,0
Summe a) Planstellen für Beamte-/Richter-/innen			5.833,0	5.835,5
Summe kw			* 260,0	* 81,0
Leerstellen für planmäßige Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter(kw)				
R 2		Vorsitzender Richter am Landgericht 2)	2,0	2,0
R 2		Richter am Oberlandesgericht 1)2)5)	5,0	5,0
R 2		Oberstaatsanwalt -als Dezernent bei der Staatsanwaltschaft bei den Oberlandesgerichten oder als Abteilungsleiter bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht- 5)	3,0	3,0
R 1		Richter am Land- und Amtsgericht 1)2)5)	20,0	20,0
R 1		Erster Staatsanwalt + Amtszulage 2)5)	4,0	4,0
R 1		Staatsanwalt 1)5)	13,0	13,0
A 13		Oberamtsrat (J) 4)	1,0	1,0
A 14		Erster Oberamtsanwalt	0,0	1,0
A 12		Amtsanwalt 3)	10,0	10,0
A 12		Amtsrat (J) 3)4)	6,0	7,0
A 11		Justizamtmann 3)4)5)6)	17,5	22,5
A 11		Sozialamtmann	1,0	0,0
A 10		Justizoberinspektor 3)4)5)6)	62,0	66,0
A 9		Justizinspektor 3)4)5)6)	42,5	56,5
A 9		Obergerichtsvollzieher + Amtszulage 4)	2,0	2,0
A 9		Amtsinspektor (J) + Amtszulage 3)4)	3,0	3,0
A 9		Amtsinspektor (J) 3)4)	10,0	10,0
A 9		Obergerichtsvollzieher 3)6)	12,0	14,0
A 8		Gerichtsvollzieher 2)6)	19,5	19,5
A 8		Justizhauptsekretär 3)4)6)	40,0	40,0
A 7		Justizobersekretär 3)4)6)	75,0	75,0
A 6		Erster Justizhauptwachtmeister + Amtszulage 3)4)	3,0	5,0
A 6		Justizsekretär 3)4)5)6)	66,0	66,0
Summe Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)			417,5	445,5

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

- 1) 15/15 für ohne Dienstbezüge beurlaubte Richterinnen und Richter (§ 7 Abs. 1 Nr. 2 LRiG-alt und § 7a Abs. 1 LRiG-neu).
- 2) 5/5 für ohne Dienstbezüge beurlaubte Richterinnen und Richter (§ 7a Abs. 1 Nr. 1 und 2 LRiG-alt und § 7a Abs. 2 LRiG-neu).
- 3) 159/161 für ohne Dienstbezüge beurlaubte Beamtinnen und Beamte (§§ 153b LBG-alt und § 72 Abs. 1 LBG-neu).
- 4) 62/62 für ohne Dienstbezüge beurlaubte Beamtinnen und Beamte (§ 153c LBG-alt und § 72 Abs. 2 LBG-neu).
- 5) 34/34 für Abordnungen oder Beurlaubungen für eine Tätigkeit bei Bundesbehörden und Bundesgerichten, öffentlichen internationalen oder supranationalen Organisationen.
- 6) 142,5/168,5 für Elternzeiten nach § 3 Abs. 2 StHG.

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 14 (Erster Oberamtsanwalt) neu für eine Beurlaubung nach § 72 Abs. 2 LBG	1,0	-
A 12 (Amtsrat (J)) neu für Elternzeit nach § 3 Abs. 4 StHG 2015/2016 (entspricht § 3 Abs. 2 StHG 2017)	1,0	-
A 11 (Justizamtman) neu für Elternzeit nach § 3 Abs. 4 StHG 2015/2016 (entspricht § 3 Abs. 2 StHG 2017)	4,0	-
A 11 (Justizamtman) neu für nach § 72 Abs. 1 LBG beurlaubte Beamte	1,0	-
A 11 (Sozialamtman) übertragen nach Kap. 0508 Tit. 422 01 (§ 72 Abs. 2 LBG)	-	1,0
A 10 (Justizoberinspektor) neu für Elternzeit nach § 3 Abs. 4 StHG 2015/2016 (entspricht § 3 Abs. 2 StHG 2017)	5,0	-
A 10 (Justizoberinspektor) Wegfall (Fußnote 3)	-	1,0
A 9 (Justizinspektor) neu für Elternzeit nach § 3 Abs. 4 StHG 2015/2016 (entspricht § 3 Abs. 2 StHG 2017)	14,0	-
A 9 (Obergerichtsvollzieher) neu für nach § 72 Abs. 1 LBG beurlaubte Beamte	2,0	-
A 6 (Erster Justizhauptwachmeister +Amtszul.) neu für Elternzeit nach § 3 Abs. 2 StHG 2017	2,0	-
zus. Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)	30,0	2,0
bleiben	28,0	-

b) Stellenübersicht für Richterinnen und Richter auf Probe

R 1	Richter, Staatsanwalt	31,5	0,0
-----	-----------------------	------	-----

Entwicklung der Zahl der Richter auf Probe:
 2011: 412
 2012: 416
 2013: 438
 2014: 468
 2015: 488

Summe b) Stellenübersichten für Beamte z.A.	31,5	0,0
---	------	-----

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
R 1 (Richter, Staatsanwalt) Wegfall; vgl. Zugang von 31,5 Stellen der Bes.Gr. R 1 (Richter am Land- und Amtsgericht) bei Tit. 422 01 unter Abschnitt 2 (Landgerichte, Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte)	-	31,5
zus. b) Stellenübersichten für Beamte z.A.	-	31,5
bleiben	-	31,5

Summe Stellenplan für Beamte-/Richter/-innen (ohne Leerstellen) 5.864,5 5.835,5

Summe kw * 260,0 * 81,0

422 03 051 Stellenübersicht Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.

a) Anwärterinnen und Anwärter und Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen

Die angegebenen Stellenzahlen können kurzfristig überschritten werden, wenn dies notwendig ist, weil sich Beginn und Ende des Vorbereitungsdienstes teilweise überschneiden.
Die Anwärterstellen für den gehobenen Dienst können laubahnübergreifend in Anspruch genommen werden.

Gerichtsvollzieheranwärterinnen und Gerichtsvollzieheranwärter (gehobener Dienst)	0,0	75,0
Rechtspflegeranwärterinnen und Rechtspflegeranwärter (gehobener Dienst)	470,0	436,0
Justizsekretäranwärterinnen und Justizsekretäranwärter (mittlerer Dienst)	35,0	3,0

Summe a) Anwärter-/Dienstanfänger/-innen 505,0 514,0

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
Anwärter (Gerichtsvollzieheranwärter - geh. Dienst) neu wegen Umstellung der Gerichtsvollzieherausbildung auf ein Fachhochschulstudium	41,0	-
Anwärter (Gerichtsvollzieheranwärter - geh. Dienst) Umwandlung von Stellen für Rechtspflegeranwärterinnen und Rechtspflegeranwärter (gehobener Dienst)	34,0	-
Anwärter (Rechtspflegeranwärter - gehobener Dienst) Umwandlung in Stellen für Gerichtsvollzieheranwärterinnen und Gerichtsvollzieheranwärter (gehobener Dienst)	-	34,0
Anwärter (Justizsekretäranwärter - mittl. Dienst) Wegfall	-	32,0
zus. a) Anwärter-/Dienstanfänger/-innen	75,0	66,0
bleiben	9,0	-

Summe Stellenübersicht für Beamte auf Widerruf 505,0 514,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
428 01	051	Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		
		Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017 Bis zu 400 Stellen für Arbeitnehmer (Beschäftigte) bei Kap. 0503 Tit. 428 01 und der Kap. 0511 Tit. 428 01 und Kap. 0512 Tit. 428 01 können in der jeweiligen Entgeltgruppe bis zum 31.12.2017 gegenseitig in Anspruch genommen werden.		
TV-L		c) Tarifliche Beschäftigte		
13			4,0	6,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe, spätestens ab 01.01.2020	* 2,0	* 2,0
12			1,0	1,0
11			6,0	6,0
9			270,5	295,0
8			288,0	322,0
6			1.213,0	1.226,0
		18,5/0 beschäftigt aus Kap. 0503 Tit. 428 71.		
		kw 1)	* 18,5	* 0,0
		kw spätestens ab 01.07.2016 2)	* 3,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2017 2)	* 5,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2018 2)	* 6,5	* 0,5
		kw spätestens ab 01.01.2020 2)	* 0,0	* 11,0
5			9,5	4,5
		9/0 Stellen dürfen mit Zustimmung des Ministeriums für Finanzen mit Beschäftigten der Entg.Gr. 6 bzw. 8 TV-L besetzt werden. 5/0 beschäftigt aus Kap. 0503 Tit. 428 71.		
		kw 1)	* 5,0	* 0,0
4			0,5	0,5
4		Kraftfahrer	1,0	1,0
		ku 1/1 nach Bes.Gr. A 6 + Amtszulage (Erster Justizhauptwachtmeister) mit Ausscheiden des näher bezeichneten Stelleninhabers		
3			16,0	16,0
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	28,5	12,0
		6,5/0 beschäftigt aus Kap. 0503 Tit. 428 71.		
		kw 1)	* 6,5	* 0,0
Summe c) Tarifliche Beschäftigte			1.838,0	1.890,0
Summe kw			* 46,5	* 13,5

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

- 1) Privatisierung der Bewährungshilfe. Die Wegfallvermerke können im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen in Abweichung von § 47 Abs. 2 LHO vollzogen werden.
 2) Erläuterung: kw-Stellen für die Grundbuchamts-Strukturreform

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
13	neu für weiteren Aufbau des Grundbuchzentralarchivs	2,0	-
9	übertragen von Kap. 0511 Tit. 428 01	7,5	-
9	übertragen von Kap. 0512 Tit. 428 01	17,0	-
8	übertragen von Kap. 0511 Tit. 428 01	4,0	-
8	übertragen von Kap. 0512 Tit. 428 01	30,0	-
6	übertragen von Kap. 0511 Tit. 428 01 wegen Überleitung in luK- Fachzentrum Justiz	2,0	-
6	übertragen von Kap. 0512 Tit. 428 01	31,0	-
6	übertragen von Kap. 0507 Tit. 428 01	0,5	-
6	neu für weiteren Aufbau des Grundbuchzentralarchivs	3,0	-
6	Wegfall ab 01.01.2016 Alteinparverpflichtung	-	2,0
6	übertragen nach Kap. 0508 Tit. 428 01 (7. Bewährungs- und Gerichtshilfe)	-	18,5
6	Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	3,0
kw	übertragen nach Kap. 0508 Tit. 428 01 (7. Bewährungs- und Gerichtshilfe)	* -	* 18,5
kw	(spätestens ab 01.07.2016) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 3,0
kw	(spätestens ab 01.01.2017) Veränderung der bis zum 01.01.2017 befristeten kw-Vermerke	* -	* 5,0
kw	(spätestens ab 01.01.2018) Veränderung der bis zum 01.01.2018 befristeten kw-Vermerke	* -	* 6,0
kw	(spätestens ab 01.01.2020) Veränderung der bis zum 01.01.2017 befristeten kw-Vermerke	* 5,0	* -
kw	(spätestens ab 01.01.2020) Veränderung der bis zum 01.01.2018 befristeten kw-Vermerke	* 6,0	* -
5	übertragen nach Kap. 0508 Tit. 428 01 (7. Bewährungs- und Gerichtshilfe)	-	5,0
kw	übertragen nach Kap. 0508 Tit. 428 01 (7. Bewährungs- und Gerichtshilfe)	* -	* 5,0
2-5	(Beschäftigte für Bürokommunikation) Wegfall ab 01.01.2015 Alteinparverpflichtung	-	3,0
2-5	(Beschäftigte für Bürokommunikation) übertragen nach Kap. 0618 Tit. 428 01 wegen Übertragung Dienstreisemanagement auf LBV	-	0,5

Ministerium der Justiz und für Europa

0503 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
2-5		(Beschäftigte für Bürokommunikation) Wegfall ab 01.01.2016 Alteinsparverpflichtung	-	4,0
2-5		(Beschäftigte für Bürokommunikation) übertragen nach Kap. 0508 Tit. 428 01 (7. Bewährungs- und Gerichtshilfe)	-	6,5
2-5		(Beschäftigte für Bürokommunikation) Stellenwegfall 2016 gem. § 2 StHG 2015/16	-	2,0
2-5		(Beschäftigte für Bürokommunikation) Wegfall ab 01.07.2015 infolge Übertragung Dienstreisemanagement auf LBV	-	0,5
kw		übertragen nach Kap. 0508 Tit. 428 01 (7. Bewährungs- und Gerichtshilfe)	* -	* 6,5
		zus. c) Tarifliche Beschäftigte	97,0	45,0
		zus. kw	* 11,0	* 44,0
		bleiben	52,0	-
		bleiben kw	* -	* 33,0

Leerstellen für Beschäftigte (kw)

11	1)	1,0	1,0
9	1)	8,0	8,0
8	1)	16,0	16,0
6	1)	88,0	88,0
2-5	Beschäftigte für Bürokommunikation 1)	22,0	22,0
Summe Leerstellen für Beschäftigte (kw)		135,0	135,0

1) 135/135 für Beurlaubungen nach § 3 Abs. 16 StHG

Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer/-innen		1.838,0	1.890,0
Summe kw		* 46,5	* 13,5
Summe Ordentl. Gerichtsbarkeit, Staatsanwalts. (ohne Leerstellen)		8.207,5	8.239,5
Summe kw		* 306,5	* 94,5

Ministerium der Justiz und für Europa
0504 Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

422 01 133 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte

W 3	Rektor		1,0	1,0
W 2	Prorektor		1,0	1,0
A 14	Oberregierungsrat		1,0	1,0
A 13	Regierungsrat		1,0	1,0
A 13	Oberamtsrat (J)		2,0	4,0
A 12	Amtsrat (J)		1,5	2,0
A 11	Justizamtman		1,0	1,0
Summe a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte			8,5	11,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 13	(Oberamtsrat (J)) neu gegen Reduzierung der Abordnungsmittel bei Kap. 0504 Tit. 422 02	2,0	-
A 12	(Amtsrat (J)) neu gegen Reduzierung der Abordnungsmittel bei Kap. 0504 Tit. 422 02	0,5	-
zus. a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte		2,5	-
bleiben		2,5	-

Summe Stellenplan für Beamtinnen und Beamte (ohne Leerstellen)	8,5	11,0
--	-----	------

428 01 133 Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)

TV-L	c) Tarifliche Beschäftigte			
9			0,5	0,5
6			2,5	3,5
2-5	Beschäftigte für Bürokommunikation		1,0	1,0
Summe c) Tarifliche Beschäftigte			4,0	5,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0504 Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
6	neu für FH Studiengang Gerichtsvollzieher gegen Umwandlung von Stellen im Unterstützungsbereich der Kap. 0505 (Bes.Gr. A 6, Entg.Gr. 6 TV-L), 0506 (Entg.Gr. 2-5 TV-L) und 0509 (Entg.Gr. 6 TV-L) sowie Reduzierung des Ansatzes bei Tit. 517 05	1,0	-
	zus. c) Tarifliche Beschäftigte	1,0	-
	bleiben	1,0	-

Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer/-innen	4,0	5,0
Summe Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen (ohne Leerstellen)	12,5	16,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0505 Verwaltungsgerichtsbarkeit

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
422 01	051	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter		
		Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017		
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter		
		Die Planstellen des gehobenen und mittleren Dienstes der Abschnitte 1 und 2 können in den jeweiligen Laufbahngruppen vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Die Stellen des gehobenen Gerichtsdienstes dürfen im Rahmen vorgesehener Umwandlungen in Stellen des mittleren Gerichtsdienstes vorübergehend auch mit planmäßigen Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes der Bes.Gr. A 6 bis A 9 besetzt werden. 3/3/3 Stellen des gehobenen Gerichtsdienstes dürfen auch mit Beamtinnen und Beamten besetzt werden, die die Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken abgelegt haben.		
		1. Verwaltungsgerichtshof		
R 8		Präsident des Verwaltungsgerichtshofs	1,0	1,0
R 4		Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofs	1,0	1,0
R 3		Vorsitzender Richter am Verwaltungsgerichtshof	11,0	11,0
R 2		Richter am Verwaltungsgerichtshof	34,0	34,0
A 14		Oberregierungsrat	1,0	1,0
A 13		Oberamtsrat (G)	0,0	1,0
A 12		Amtsrat (G)	2,0	1,0
A 11		Gerichtsamtmann	2,0	1,0
		ku 0,5/0,0 nach Bes.Gr. A 7 (Gerichtsobersekretär) mit Ausscheiden des Stelleninhabers aus dem Landesdienst		
		kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers	* 0,5	* 0,0
A 9		Amtsinspektor (G) + Amtszulage	3,0	3,0
A 9		Amtsinspektor (G)	3,0	3,0
A 8		Gerichtshauptsekretär	3,0	3,0
		ku 2/2 nach Bes.Gr. A 7 (Gerichtsobersekretär) bis 31.12.2020		
A 7		Gerichtsobersekretär	2,5	3,0
A 6		Gerichtssekretär	2,0	2,0
		Auf diesen Stellen können vorübergehend abweichend von VV Nr. 3 und Nr. 4 zu § 49 LHO Beschäftigte der Entgeltgruppe 6 TV-L geführt werden.		
		Summe 1. Verwaltungsgerichtshof	65,5	65,0
		Summe kw	* 0,5	* 0,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0505 Verwaltungsgerichtsbarkeit

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 13	(Oberamtsrat (G)) Stellenhebung von A 12 - Amtsrat (G) im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 12	(Amtsrat (G)) Stellenhebung nach A 13 - Oberamtsrat (G) im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
A 11	(Gerichtsamtman) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks mit Ausscheiden des Stelleninhabers	-	0,5
A 11	(Gerichtsamtman) Wegfall; vgl. Zugang von 0,5 Stellen der Bes.Gr. A 7 (Gerichtsobersekretär) in Vollzug des ku-Vermerks	-	0,5
kw	(mAd Stelleninhaber spät zum) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 0,5
A 7	(Gerichtsobersekretär) Zugang von Bes.Gr. A 11 (Gerichtsamtman) in Vollzug des ku-Vermerks	0,5	-
	zus. 1. Verwaltungsgerichtshof	1,5	2,0
	zus. kw	* -	* 0,5
	bleiben	-	0,5
	bleiben kw	* -	* 0,5

2. Verwaltungsgerichte

R 4	Präsident des Verwaltungsgerichts -mit 41 bis 80 Richterplanstellen-	2,0	2,0
R 3	Präsident des Verwaltungsgerichts -mit bis zu 40 Richterplanstellen-	2,0	2,0
R 2	Vizepräsident des Verwaltungsgerichts -als der ständige Vertreter eines Präsidenten- + Amtszulage	4,0	4,0
R 2	Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht	42,0	43,0
	kw 1) spätestens ab 01.01.2020	* 4,0	* 5,0
	kw 1) spätestens ab 01.01.2020	* 2,0	* 2,0
R 1	Richter am Verwaltungsgericht	95,0	97,0
	Bis zu 15/20 Stellen dürfen für Richter am Sozialgericht der Bes.Gr. R 1 vorübergehend wechselseitig in Anspruch genommen werden. 5/5 Stellen dürfen für Richter am Arbeitsgericht der Bes.Gr. R 1 vorübergehend wechselseitig in Anspruch genommen werden.		
	kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber	* 2,0	* 2,0
	kw 1) spätestens ab 01.01.2020	* 12,0	* 14,0
	kw 1) spätestens ab 01.01.2020	* 5,0	* 5,0
A 13	Oberamtsrat (G)	4,0	4,0
A 12	Amtsrat (G)	1,0	3,0
A 11	Gerichtsamtman	6,0	4,0
A 10	Gerichtsoberinspektor	2,0	2,0
A 9	Amtsinspektor (G) + Amtszulage	3,0	3,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0505 Verwaltungsgerichtsbarkeit

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 9		Amtsinspektor (G)	6,0	6,0
A 8		Gerichtshauptsekretär	14,5	14,5
		ku 6/6 nach Bes.Gr. A 7 (Gerichtsobersekretär) bis 31.12.2020		
A 7		Gerichtsobersekretär	15,0	15,0
		ku 12/12 nach Bes.Gr. A 6 (Gerichtssekretär) bis 31.12.2020		
A 6		Gerichtssekretär	6,0	5,0
		Auf diesen Stellen können vorübergehend abweichend von VV Nr. 3 und Nr. 4 zu § 49 LHO Beschäftigte der Entgeltgruppe 6 TV-L geführt werden.		
A 6		Erster Justizhauptwachtmeister + Amtszulage	3,0	3,0
A 6		Oberamtsmeister	2,0	2,0
		Die Stellen können auch mit Ersten Justizhauptwachtmeistern der Bes.Gr. A 6 + Amtszulage besetzt werden.		
Summe 2. Verwaltungsgerichte			207,5	209,5
Summe kw			* 25,0	* 28,0

1) kw-Stellen für Asylverfahren nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz.

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
R 2	(Vorsitzender Richter Verwaltungsgericht) Aufnahme der nach § 3a Abs. 2 StHG 2015/16 geschaffenen Stelle für Asylverfahren nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz	1,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2020) Aufnahme der nach § 3a Abs. 2 StHG 2015/16 geschaffenen Stelle für Asylverfahren nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz	* 1,0	* -
R 1	(Richter am Verwaltungsgericht) Aufnahme der nach § 3a Abs. 2 StHG 2015/16 geschaffenen Stellen für Asylverfahren nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz	2,0	-
kw	(spätestens ab 01.01.2020) Aufnahme der nach § 3a Abs. 2 StHG 2015/16 geschaffenen Stellen für Asylverfahren nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz	* 2,0	* -
A 12	(Amtsrat (G)) Stellenhebung von A 11 - Richtsamtmann im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 12	(Amtsrat (G)) Zugang; vgl. Wegfall von 1,0 Stellen der Bes.Gr. A 11 (Richtsamtmann)	1,0	-
A 11	(Richtsamtmann) Stellenhebung nach A 12 - Amtsrat (G) im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
A 11	(Richtsamtmann) Wegfall; vgl. Zugang von 1,0 Stellen der Bes.Gr. A 12 (Amtsrat -G-)	-	1,0
A 6	(Gerichtssekretär) Umwandlung zur Verstärkung der Sozialgerichtsbarkeit im Entscheiderbereich	-	1,0
zus. 2. Verwaltungsgerichte		5,0	3,0
zus. kw		* 3,0	* -

Ministerium der Justiz und für Europa

0505 Verwaltungsgerichtsbarkeit

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		bleiben	2,0	-
		bleiben kw	* 3,0	* -
		Summe a) Planstellen für Beamte-/Richter/-innen	273,0	274,5
		Summe kw	* 25,5	* 28,0
		Leerstellen für planmäßige Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter (kw)		
R 2		Richter am Verwaltungsgerichtshof 3)	2,0	2,0
R 1		Richter am Verwaltungsgericht 1)2)3)	13,0	13,0
		Summe Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)	15,0	15,0
		Summe Stellenplan für Beamte-/Richter/-innen (ohne Leerstellen)	273,0	274,5
		Summe kw	* 25,5	* 28,0
428 01	051	Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		
		Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017		
TV-L		c) Tarifliche Beschäftigte		
8			7,0	7,0
		kw 2) spätestens ab 01.01.2018	* 2,0	* 2,0
6			44,5	51,5
		ku 3/2 nach Entg.Gr. 5 mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
		kw 2) spätestens ab 01.01.2018	* 8,0	* 16,0
5			2,5	2,5
4		Krautfahrer	1,0	1,0
		kw	* 1,0	* 1,0
4			1,0	1,0
3			1,0	1,0

Ministerium der Justiz und für Europa
0505 Verwaltungsgerichtsbarkeit

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	6,0	4,5
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 4,0	* 0,5
		kw spätestens ab 01.01.2021	* 0,0	* 2,0
Summe c) Tarifliche Beschäftigte			63,0	68,5
Summe kw			* 15,0	* 21,5

2) kw-Stellen für Asylverfahren nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz.

Veränderungsnachweis		2017		
		Zugang	Abgang	
6	Aufnahme der nach § 3a Abs. 2 StHG 2015/16 geschaffenen Stellen für Asylverfahren nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz	8,0	-	
6	Umwandlung zur Verstärkung der Sozialgerichtsbarkeit im Entscheiderbereich sowie Änderung des ku-Vermerks	-	1,0	
kw	(spätestens ab 01.01.2018) Aufnahme der nach § 3a Abs. 2 StHG 2015/16 geschaffenen Stellen für Asylverfahren nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz	* 8,0	* -	
2-5	(Beschäftigte für Bürokommunikation) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks spätestens ab 01.01.2018	-	1,5	
kw	(spätestens ab 01.01.2018) Veränderung der bis zum 01.01.2018 befristeten Wegfallvermerke (Entg.Gr. 2-5 - Beschäftigte für Bürokommunikation)	* -	* 2,0	
kw	(spätestens ab 01.01.2018) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks spätestens ab 01.01.2018 (Entg.Gr. 2- 5 TV-L - Beschäftigte für Bürokommunikation)	* -	* 1,5	
kw	(spätestens ab 01.01.2021) Veränderung der bis zum 01.01.2018 befristeten Wegfallvermerke (Entg.Gr. 2-5 - Beschäftigte für Bürokommunikation)	* 2,0	* -	
zus. c) Tarifliche Beschäftigte		8,0	2,5	
zus. kw		* 10,0	* 3,5	
bleiben		5,5	-	
bleiben kw		* 6,5	* -	
Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer-/innen			63,0	68,5
Summe kw			* 15,0	* 21,5
Summe Verwaltungsgerichtsbarkeit (ohne Leerstellen)			336,0	343,0
Summe kw			* 40,5	* 49,5

Ministerium der Justiz und für Europa

0506 Sozialgerichtsbarkeit

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
422 01	051	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter		
		Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017		
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter		
		Die Planstellen des gehobenen und mittleren Dienstes der Abschnitte 1 und 2 können in den jeweiligen Laufbahngruppen vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.		
		1. Landessozialgericht		
R 8		Präsident des Landessozialgerichts	1,0	1,0
R 4		Vizepräsident des Landessozialgerichts	1,0	1,0
R 3		Vorsitzender Richter am Landessozialgericht	11,0	11,0
R 2		Richter am Landessozialgericht	39,0	39,0
A 14		Oberregierungsrat	1,0	1,0
A 13		Oberamtsrat (G)	1,0	1,0
A 12		Amtsrat (G)	1,0	1,0
A 11		Gerichtsamtmann	1,0	1,0
A 10		Gerichtsoberinspektor	1,0	1,0
A 9		Amtsinspektor (G) + Amtszulage	1,0	1,0
A 9		Amtsinspektor (G)	1,0	1,0
A 8		Gerichtshauptsekretär	3,0	3,0
A 7		Gerichtsobersekretär	2,0	2,0
		Summe 1. Landessozialgericht	64,0	64,0
		2. Sozialgerichte		
R 3		Präsident des Sozialgerichts -mit bis zu 40 Richterplanstellen-	7,0	7,0
R 2		Vizepräsident des Sozialgerichts -als der ständige Vertreter des Präsidenten an einem Gericht mit 16 und mehr Richterplanstellen- + Amtszulage	3,0	3,0
R 2		Direktor des Sozialgerichts -mit 8 und mehr Richterplanstellen- + Amtszulage	1,0	1,0
R 2		Vizepräsident des Sozialgerichts -als der ständige Vertreter des Präsidenten an einem Gericht mit bis zu 15 Richterplanstellen-	4,0	4,0
R 2		Richter am Sozialgericht -als der ständige Vertreter eines Direktors mit 8 und mehr Richterplanstellen-	1,0	1,0
R 2		Richter am Sozialgericht -als weiterer aufsichtführender Richter an einem Gericht mit 10 und mehr Richterplanstellen-	8,0	8,0
R 1		Richter am Sozialgericht -als der ständige Vertreter des Direktors bei einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstellen- + Amtszulage	1,0	1,0
R 1		Richter am Sozialgericht	80,0	80,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0506 Sozialgerichtsbarkeit

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		Bis zu 15/20 Stellen dürfen für Richter am Verwaltungsgericht der Bes.Gr. R 1 vorübergehend wechselseitig in Anspruch genommen werden. Bis zu 8/12 Stellen dürfen für Richter am Arbeitsgericht der Bes.Gr. R 1 vorübergehend wechselseitig in Anspruch genommen werden.		
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 4,0	* 0,0
A 13		Oberamtsrat (G)	3,0	3,0
A 12		Amtsrat (G)	5,0	5,0
A 11		Gerichtsamtmann	9,0	9,0
A 10		Gerichtsoberinspektor	5,0	5,0
A 9		Amtsinspektor (G) + Amtszulage	5,0	5,0
A 9		Amtsinspektor (G)	7,0	8,0
A 8		Gerichtshauptsekretär	19,0	18,0
		ku 8/8 nach Bes.Gr. A 7 (Gerichtsobersekretär) bis 31.12.2020		
A 7		Gerichtsobersekretär	10,5	10,5
		ku 6/6 nach Bes.Gr. A 6 (Gerichtssekretär) bis 31.12.2020		
A 6		Gerichtssekretär	2,0	2,0
Summe 2. Sozialgerichte			170,5	170,5
Summe kw			* 4,0	* 0,0

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
R 1 (Richter am Sozialgericht) Zugang zur Verstärkung der Sozialgerichtsbarkeit gegen Umwandlung von 1,0 Stellen der Bes.Gr. A 6 bei Kap. 0505 Tit. 422 01 (2. Verwaltungsgerichte), 1,0 Stellen der Entg.Gr. 6 TV-L bei Kap. 0505 Tit. 428 01, 2,0 Stellen der Entg.Gr. 2-5 TV-L bei Kap. 0506 Tit. 428 01 und 4,0 Stellen der Entg.Gr. 6 TV-L bei Kap. 0509 Tit. 428 01	4,0	-
R 1 (Richter am Sozialgericht) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks spätestens ab 01.01.2018	-	4,0
kw (spätestens ab 01.01.2018) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks spätestens ab 01.01.2018 (Bes.Gr. R 1 - Richter am Sozialgericht)	* -	* 4,0
A 9 (Amtsinspektor (G)) Stellenhebung von A 8 - Gerichtshauptsekretär im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 8 (Gerichtshauptsekretär) Stellenhebung nach A 9 - Amtsinspektor (G) im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
zus. 2. Sozialgerichte	5,0	5,0
zus. kw	* -	* 4,0
bleiben	-	-
bleiben kw	* -	* 4,0

Summe a) Planstellen für Beamte-/Richter/-innen	234,5	234,5
Summe kw	* 4,0	* 0,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0506 Sozialgerichtsbarkeit

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		Leerstellen für planmäßige Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter (kw)		
R 2		Richter am Landessozialgericht 1)4)	2,0	2,0
R 1		Richter am Sozialgericht 1)2)4)	8,0	8,0
A 10		Gerichtsoberinspektor 3)	1,0	1,0
A 8		Gerichtshauptsekretär 3)	4,0	4,0
A 7		Gerichtsobersekretär 3)	2,0	2,0
Summe Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)			17,0	17,0
<p>1) 4/4 für ohne Dienstbezüge beurlaubte Richterinnen und Richter (§ 7 Abs. 1 Nr. 2 LRiG-alt und nach § 7a Abs. 1 LRiG-neu). 2) 1/1 für ohne Dienstbezüge beurlaubte Richterinnen und Richter (§ 7a Abs. 1 Nr. 1 LRiG-alt und § 7a Abs. 2 LRiG-neu). 3) 7/7 für ohne Dienstbezüge beurlaubte Beamtinnen und Beamte (§ 153 b LBG-alt und § 72 Abs. 1 LBG-neu). 4) 5/5 für Abordnungen oder Beurlaubungen ohne Dienstbezüge für eine Tätigkeit bei Bundesbehörden und Bundesgerichten, öffentlichen internationalen und supranationalen Organisationen.</p>				
Summe Stellenplan für Beamte-/Richter/-innen (ohne Leerstellen)			234,5	234,5
Summe kw			* 4,0	* 0,0
428 01	051	Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		
		Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017		
TV-L		c) Tarifliche Beschäftigte		
9			2,0	2,0
8			16,0	16,0
6			91,0	94,0
		ku 1/1 nach Entg.Gr. 5 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
5			3,0	3,0
		ku 3/3 nach Entg.Gr. 3 mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
4			1,0	1,0
3			2,0	2,0
2			11,0	11,0
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	17,0	12,0
Summe c) Tarifliche Beschäftigte			143,0	141,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0506 Sozialgerichtsbarkeit

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
6	übertragen von Entg.Gr. 2-5 TV-L (Beschäftigte für Bürokommunikation)	3,0	-
2-5	(Beschäftigte für Bürokommunikation) Umwandlung zur Verstärkung der Sozialgerichtsbarkeit im Entscheiderbereich	-	2,0
2-5	(Beschäftigte für Bürokommunikation) übertragen nach Entg.Gr. 6 TV-L	-	3,0
	zus. c) Tarifliche Beschäftigte	3,0	5,0
	bleiben	-	2,0

Leerstellen für Beschäftigte (kw)

6	1)	1,0	1,0
	Summe Leerstellen für Beschäftigte (kw)	1,0	1,0

1) 1/1 für eine Beurlaubung nach § 3 Abs. 16 StHG

Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer-/innen	143,0	141,0
Summe Sozialgerichtsbarkeit (ohne Leerstellen)	377,5	375,5
Summe kw	* 4,0	* 0,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0507 Finanzgericht

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
422 01	051	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter		
		Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017		
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter		
R 6		Präsident des Finanzgerichts	1,0	1,0
R 3		Vizepräsident des Finanzgerichts + Amtszulage	1,0	1,0
R 3		Vorsitzender Richter am Finanzgericht -als örtlicher Gerichtsvorstand der Außensenate des Finanzgerichts- + Amtszulage	1,0	1,0
R 3		Vorsitzender Richter am Finanzgericht	11,0	11,0
R 2		Richter am Finanzgericht	37,0	37,0
A 14		Oberregierungsrat	1,0	1,0
A 12		Amtsrat (G)	3,0	3,0
A 11		Gerichtsamtmann	1,0	1,0
A 9		Amtsinspektor (G) + Amtszulage	1,0	2,5
A 9		Amtsinspektor (G)	4,0	2,5
A 8		Gerichtshauptsekretär	2,0	2,0
		ku 2/2 nach Bes.Gr. A 7 (Gerichtsobersekretär) bis 31.12.2020		
A 7		Gerichtsobersekretär	1,0	0,5
		ku 1/0,5 ku nach Bes.Gr. A 6 (Gerichtssekretär) bis 31.12.2019		
A 6		Oberamtsmeister	1,0	1,0
		Die Stelle kann auch mit einem Ersten Justizhauptwachtmeister der Bes.Gr. A 6 + Amtszulage besetzt werden.		
Summe a)Planstellen für Beamte-/Richter-/innen			65,0	64,5

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 9	(Amtsinspektor (G) + Amtszulage) Stellenhebung von A 9 - Amtsinspektor (G) im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 9	(Amtsinspektor (G) + Amtszulage) Zugang; vgl. Wegfall von 0,5 Stellen der Bes.Gr. A 9 - Amtsinspektor (G)	0,5	-
A 9	(Amtsinspektor (G)) Stellenhebung nach A 9 - Amtsinspektor (G) + Amtszulage im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
A 9	(Amtsinspektor (G)) Wegfall; vgl. Zugang von 0,5 Stellen der Bes.Gr. A 9 - Amtsinspektor (G) + Amtszulage	-	0,5
A 7	(Gerichtsobersekretär) unter gleichzeitiger Hebung nach Bes.Gr. A 9 + AZ übertragen nach Kap. 0503 Tit. 422 01 unter Abschnitt 1 (Oberlandesgerichte und Generalstaatsanwaltschaften) sowie Änderung des ku-Vermerks	-	0,5
zus. a)Planstellen für Beamte-/Richter-/innen		1,5	2,0
bleiben		-	0,5

Ministerium der Justiz und für Europa

0507 Finanzgericht

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		Leerstellen für planmäßige Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter (kw)		
R 2		Richter am Finanzgericht 2)	1,0	1,0
A 9		Amtsinspektor (G) 1)	1,0	1,0
Summe Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)			2,0	2,0
1) Für ohne Dienstbezüge beurlaubte Beamtinnen und Beamte (§ 153b LBG- alt und § 72 Abs. 1 LBG-neu). 2) Für eine Abordnung zum Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.				
Summe Stellenplan für Beamte-/Richter-/innen (ohne Leerstellen)			65,0	64,5

428 01 051 Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017

TV-L c) Tarifliche Beschäftigte

9			1,0	1,0
6			19,0	18,5
5			1,0	1,0
ku 1/1 nach Entg.Gr. 3 mit Ausscheiden des Stelleninhabers				
4			0,5	0,0
Summe c) Tarifliche Beschäftigte			21,5	20,5

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
6	übertragen nach Kap. 0503 Tit. 428 01	-	0,5
4	Wegfall	-	0,5
	zus. c) Tarifliche Beschäftigte	-	1,0
	bleiben	-	1,0

6	1)	Leerstellen für Beschäftigte (kw)	3,0	3,0
Summe Leerstellen für Beschäftigte (kw)			3,0	3,0
1) 3/3 für Beurlaubungen nach § 3 Abs. 16 StHG				
Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer-/innen			21,5	20,5
Summe Finanzgericht (ohne Leerstellen)			86,5	85,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0508 Justizvollzugsanstalten

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
422 01	056	Stellenplan für Beamtinnen und Beamte		
		Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017		
		a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte		
		1. Justizvollzugseinrichtungen		
A 16		Leitender Regierungsdirektor + Amtszulage 1)14)	13,0	13,0
A 16		Leitender Medizinaldirektor + Amtszulage 1)	1,0	1,0
A 16		Leitender Regierungsdirektor 1)14)	5,0	5,0
A 16		Leitender Medizinaldirektor 1)	1,0	4,0
		0/3 Stellen dürfen in Bes.Gr. A 16 nur in Anspruch genommen werden, wenn die entsprechende Einzelbewertung des Ministeriums für Finanzen vorliegt.		
A 16		Leitender Psychologiedirektor 1)	1,0	1,0
A 15		Regierungsdirektor 2)10)	14,0	14,0
A 15		Medizinaldirektor 2)11)	19,0	29,0
		7/20 Stellen dürfen in Bes.Gr. A 15 nur in Anspruch genommen werden, wenn die entsprechende Einzelbewertung des Ministeriums für Finanzen vorliegt.		
A 15		Psychologiedirektor 2)	1,0	1,0
A 15		Dekan im Justizvollzugsdienst 15)	2,0	2,0
A 15		Sonderschulrektor -als Leiter einer Sonderschule mit mindestens 9 Schulstellen im Justizvollzug-	1,0	1,0
A 14		Sonderschulrektor -als Leiter einer Sonderschule mit 3 bis 8 Schulstellen im Justizvollzug- + Amtszulage	2,0	2,0
A 14		Sonderschulkonrektor -als der ständige Vertreter des Leiters einer Sonderschule mit 3 bis 8 Schulstellen im Justizvollzug-	1,0	1,0
A 14		Oberregierungsrat 3)10)13)	27,0	27,0
A 14		Obermedizinalrat 3)12)	8,0	0,0
A 14		Oberpsychologierat 3)	44,0	46,5
A 14		Pfarrer im Justizvollzugsdienst 3)15)	9,0	9,0
A 13		Medizinalrat 4)7)	5,0	5,0
A 13		Pfarrer im Justizvollzugsdienst 4)8)15)	6,0	6,0
A 13		Psychologierat 4)5)	26,0	26,0
A 13		Oberamtsrat (R)	10,0	10,0
A 13		Oberamtsrat (S)	5,0	5,0
A 13		Sonderschullehrer, Realschullehrer	24,0	24,0
A 13		Lehrer -mit Befähigung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen bei überwiegender Verwendung in Hauptschul- oder Werkrealschulbildungsgängen-	3,0	3,0
A 12		Amtsrat (R)	11,0	11,0
A 12		Amtsrat (S)	26,0	28,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0508 Justizvollzugsanstalten

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 12		Lehrer	15,5	15,5
A 11		Regierungsamtmann	32,0	32,0
A 11		Sozialamtmann	46,0	46,0
A 11		Amtmann im Justizvollzugsdienst	14,0	14,0
A 11		Technischer Amtmann 6)	13,0	13,0
A 10		Regierungsoberinspektor	20,0	20,0
A 10		Sozialoberinspektor	35,0	35,0
A 10		Oberinspektor im Justizvollzugsdienst	23,0	33,0
A 9		Regierungsinspektor	4,0	4,0
A 9		Sozialinspektor	24,0	24,0
		Auf diesen Stellen können abweichend von VV Nr. 3 zu § 49 LHO Beschäftigte der Entgeltgruppe 10 TV-L (Sozialarbeiter) geführt werden.		
A 9		Amtsinspektor (O) + Amtszulage	181,0	239,0
A 9		Amtsinspektor (R) + Amtszulage	20,0	20,0
A 9		Betriebsinspektor + Amtszulage	43,0	43,0
A 9		Amtsinspektor (O) 9)	452,0	476,0
A 9		Amtsinspektor (R)	35,0	35,0
A 9		Betriebsinspektor	100,0	110,0
A 8		Regierungshauptsekretär 9)	81,0	81,0
		ku 16/16 nach Bes.Gr. A 7 (Regierungsobersekretär) bis 31.12.2020		
A 8		Hauptsekretär im Justizvollzugsdienst 9)	864,0	1.018,0
A 8		Hauptwerkmeister	184,0	184,0
A 7		Regierungsobersekretär 9)	68,5	67,5
		ku 25/24 nach Bes.Gr. A 6 (Regierungssekretär) bis 31.12.2020		
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Abschiebehafteinrichtungen)	* 1,0	* 0,0
A 7		Obersekretär im Justizvollzugsdienst	938,0	725,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe	* 14,0	* 0,0
A 7		Oberwerkmeister	105,0	105,0
		Bis zu 20 Stellen können mit Obersekretären im Justizvollzugsdienst besetzt werden.		
Summe 1. Justizvollzugseinrichtungen			3.563,0	3.614,5
Summe kw			* 15,0	* 0,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0508 Justizvollzugsanstalten

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

- 1) 2) 1 Stelle kann mit einem Beamten der jeweils anderen Fachrichtung besetzt werden.
- 3) 2 Stellen können mit einem Beamten der jeweils anderen Fachrichtung besetzt werden.
- 4) 1 Stelle kann mit einem Beamten der jeweils anderen Fachrichtung besetzt werden.
- 5) 2 Stellen können mit Beamten der Bes.Gr. A 13 (Medizinalrat) besetzt werden.
- 6) Die Stellen können auch mit Ersten Betriebsinspektoren (als Werkdienstleiter bei einer Justizvollzugsanstalt) besetzt werden.
- 7) 3 Stellen können auch mit Beschäftigten der Entgeltgruppen 13 oder 14 TV-L oder mit Beschäftigten der Entgeltgruppe Ä 1 TV-Ärzte besetzt werden.
- 8) 3 Stellen können auch mit Beschäftigten der Entgeltgruppe 13 oder 14 TV-L besetzt werden.
- 9) 7 Stellen können vorübergehend mit Beamten der jeweils anderen Fachrichtung besetzt werden.
- 10) Bis zu 5 Stellen dürfen auch mit abgeordneten Richtern und Staatsanwälten der Bes.Gr. R 1 besetzt werden.
- 11) Die Stellen können auch mit Beschäftigten der Entgeltgruppe Ä 1 oder Ä 2 TV-Ärzte besetzt werden.
- 12) Bis zu 5 Stellen können auch mit Beschäftigten der Entgeltgruppe Ä 1 TV-Ärzte besetzt werden.
- 13) Bis zu 11 Stellen können auch mit Beamten des gehobenen Verwaltungsdienstes in der Funktion als Verwaltungsleiter besetzt werden.
- 14) 1 Stelle kann auch mit einem Beamten des psychologischen Dienstes als Anstaltsleiter besetzt werden.
- 15) Die Stellen können gegen Sperrung auch zur Deckung der bei Tit. 671 02 durch die Beschäftigung von Seelsorgern mit Kostenerstattung an die Kirchenverwaltungen entstehenden Mehrausgaben in Anspruch genommen werden.

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 16	(Leitender Medizinaldirektor) neu gegen Wegfall von 3,0 Stellen der Bes.Gr. A 15 (Medizinaldirektor) zur Verbesserung der Haftbedingungen in den JVAen (Bericht der Expertenkommission)	3,0	-
A 15	(Medizinaldirektor) Stellenhebung von A 14 - Obermedizinalrat im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	8,0	-
A 15	(Medizinaldirektor) neu zur Verbesserung der Haftbedingungen in den JVAen (Bericht der Expertenkommission)	5,0	-
A 15	(Medizinaldirektor) Wegfall, vgl. Zugang einer Stelle der Bes. Gr. A 16 (Leitender Medizinaldirektor) zur Verbesserung der Haftbedingungen in den JVAen (Bericht der Expertenkommission)	-	3,0
A 14	(Obermedizinalrat) Stellenhebung nach A 15 - Medizinaldirektor im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	8,0
A 14	(Oberpsychologierat) neu zur Verbesserung der Haftbedingungen in den JVAen (Bericht der Expertenkommission)	2,5	-
A 12	(Amtsrat (S)) neu zur Verbesserung der Haftbedingungen in den JVAen (Bericht der Expertenkommission)	2,0	-
A 10	(Oberinspektor im Justizvollzugsdienst) Stellenhebung von A 9 - Oberinspektor (O) im Justizvollzugsdienst + Amtszulage im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	10,0	-

Ministerium der Justiz und für Europa

0508 Justizvollzugsanstalten

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 9		(Amtsinspektor (O) + Amtszulage) Stellenhebung von A 9 - Amtsinspektor (O) im Justizvollzugsdienst im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	55,0	-
A 9		(Amtsinspektor (O) + Amtszulage) neu zur Verbesserung der Haftbedingungen in den JVAen (Bericht der Expertenkommission)	13,0	-
A 9		(Amtsinspektor (O) + Amtszulage) Stellenhebung nach A 10 - Oberinspektor im Justizvollzugsdienst im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	10,0
A 9		(Amtsinspektor (O)) Stellenhebung von A 8 - Hauptsekretär im Justizvollzugsdienst im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	79,0	-
A 9		(Amtsinspektor (O)) Stellenhebung nach A 9 - Amtsinspektor (O) im Justizvollzugsdienst + Amtszulage im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	55,0
A 9		(Betriebsinspektor) neu zur Verbesserung der Haftbedingungen in den JVAen (Bericht der Expertenkommission)	10,0	-
A 8		(Hauptsekretär im Justizvollzugsdienst) Stellenhebung von A 7 - Obersekretär im Justizvollzugsdienst im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	233,0	-
A 8		(Hauptsekretär im Justizvollzugsdienst) Stellenhebung nach A 9 - Amtsinspektor (O) im Justizvollzugsdienst im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	79,0
A 7		(Regierungsobersekretär) Wegfall einschließlich ku (nach Bes.Gr. A 6 bis 31.12.2020) in Vollzug des kw-Vermerks	-	1,0
kw		(mit Wegfall der Aufgabe) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 1,0
A 7		(Obersekretär im Justizvollzugsdienst) neu zur Verbesserung der Haftbedingungen in den JVAen (Bericht der Expertenkommission)	34,0	-
A 7		(Obersekretär im Justizvollzugsdienst) Stellenhebung nach A 8 - Hauptsekretär im Justizvollzugsdienst im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	233,0
A 7		(Obersekretär im Justizvollzugsdienst) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	14,0
kw		(mit Wegfall der Aufgabe) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 14,0
		zus. 1. Justizvollzugseinrichtungen	454,5	403,0
		zus. kw	* -	* 15,0
		bleiben	51,5	-
		bleiben kw	* -	* 15,0

2. Bewährungs- und Gerichtshilfe

- außerhalb der Personalausgabenbudgetierung beschäftigt aus Kap. 0508 Tit. 422 75 -

A 13	Oberamtsrat (S)	0,0	17,0
	kw 1)	* 0,0	* 17,0
A 12	Amtsrat (S)	0,0	44,0
	kw 1)	* 0,0	* 44,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0508 Justizvollzugsanstalten

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
A 11		Sozialamtmann	0,0	83,0
		kw 1)	* 0,0	* 83,0
A 10		Sozialoberinspektor	0,0	66,0
		kw 1)	* 0,0	* 66,0
Summe 2. Bewährungs- und Gerichtshilfe			0,0	210,0
Summe kw			* 0,0	* 210,0

1) Die Wegfallvermerke können im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen in Abweichung von § 47 Abs. 2 LHO vollzogen werden.

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 13	(Oberamtsrat (S)) übertragen von Kap. 0503 Tit. 422 01 (2. Landgerichte, Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte)	17,0	-
kw	übertragen von Kap. 0503 Tit. 422 01 (2. Landgerichte, Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte)	* 17,0	* -
A 12	(Amtsrat (S)) übertragen von Kap. 0503 Tit. 422 01 (2. Landgerichte, Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte)	44,0	-
kw	übertragen von Kap. 0503 Tit. 422 01 (2. Landgerichte, Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte)	* 44,0	* -
A 11	(Sozialamtmann) übertragen von Kap. 0503 Tit. 422 01 (2. Landgerichte, Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte)	83,0	-
kw	übertragen von Kap. 0503 Tit. 422 01 (2. Landgerichte, Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte)	* 83,0	* -
A 10	(Sozialoberinspektor) übertragen von Kap. 0503 Tit. 422 01 (2. Landgerichte, Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte)	66,0	-
kw	übertragen von Kap. 0503 Tit. 422 01 (2. Landgerichte, Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte)	* 66,0	* -
zus. 2. Bewährungs- und Gerichtshilfe		210,0	-
zus. kw		* 210,0	* -
bleiben		210,0	-
bleiben kw		* 210,0	* -

Summe a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte 3.563,0 3.824,5

Summe kw * 15,0 * 210,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0508 Justizvollzugsanstalten

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
Leerstellen für planmäßige Beamte/innen				
A 14		Oberregierungsrat 1)2)	3,0	3,0
A 14		Oberpsychologierat 1)	2,0	2,0
A 13		Psychologierat 1)2)	2,0	2,0
A 11		Regierungsamtmann 1)2)	2,0	2,0
A 11		Sozialamtmann 1) 3)	2,0	3,0
A 10		Regierungsoberinspektor 1)2)	3,0	3,0
A 10		Sozialoberinspektor 1)2)	3,0	3,0
A 8		Regierungshauptsekretär 2)	3,0	3,0
A 8		Hauptsekretär im Justizvollzugsdienst 1)2)	20,0	20,0
A 7		Regierungsobersekretär 1)2)	4,0	4,0
A 7		Obersekretär im Justizvollzugsdienst 1)2)	25,0	25,0
Summe Leerstellen für planmäßige Beamte/innen			69,0	70,0

1) 30/30 für ohne Dienstbezüge beurlaubte Beamtinnen und Beamte nach § 72 Abs. 1 LBG.

2) 39/39 für Elternzeiten nach § 3 Abs. 2 StHG.

3) 0/1 für ohne Dienstbezüge beurlaubte Beamtinnen und Beamte nach § 72 Abs. 2 LBG.

Veränderungsnachweis	2017	
	Zugang	Abgang
A 11 (Sozialamtmann) übertragen von Kap. 0503 Tit. 422 01 (§ 72 Abs. 2 LBG)	1,0	-
zus. Leerstellen für planmäßige Beamte/innen	1,0	-
bleiben	1,0	-

Summe Stellenplan für Beamtinnen und Beamte (ohne Leerstellen) 3.563,0 3.824,5

Summe kw * 15,0 * 210,0

422 03 056 Stellenübersicht für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.

a) Anwärterinnen und Anwärter und Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen

Die angegebenen Stellenzahlen können kurzfristig überschritten werden, wenn dies notwendig ist, weil sich Beginn und Ende des Vorbereitungsdienstes teilweise überschneiden.

Obersekretäranwärter (O) 280,0 280,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0508 Justizvollzugsanstalten

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		Bis zu 25 Stellen können zum Ausgleich eines vorübergehenden Einstellungsmehrbedarfs mit Oberwerkmeisteranwärtern besetzt werden.		
		Regierungssekretärinnen und Regierungssekretäre	20,0	20,0
		Oberwerkmeisterinnen und Oberwerkmeister	30,0	30,0
		Summe a) Anwärter-/ Dienstanfänger/-innen	330,0	330,0
		Summe Stellenübersicht für Beamte auf Widerruf	330,0	330,0
428 01	056	Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		
		Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017		
TV-L		c) Tarifliche Beschäftigte		
		1. Verschiedene Dienste		
15		Arzt 1) 2)	1,0	5,0
14		Arzt 2)	4,0	0,0
13Ü		Psychologe, Soziologe, Diplomsozialpädagoge, Seelsorger ku 6/6 nach Entg.Gr. 13 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber	6,0	6,0
13		Psychologe, Soziologe, Diplomsozialpädagoge, Seelsorger	1,0	1,0
10		Sozialdienst	2,0	2,0
9		Sozialdienst	2,0	0,0
		kw mit Wegfall der Aufgabe (Abschiebehaftanstalten)	* 2,0	* 0,0
9			1,0	1,0
8			5,0	5,0
8		Werkdienst ku 1/1 nach Entg.Gr. 7 TV-L mit Ausscheiden des Stelleninhabers	1,0	1,0
7			3,0	3,0
7		Werkdienst	7,0	7,0
6			9,5	9,5
5			13,0	13,0
4			2,0	1,5
3			2,0	0,0
		Summe 1. Verschiedene Dienste	59,5	55,0
		Summe kw	* 2,0	* 0,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0508 Justizvollzugsanstalten

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

1) 1/1 Stelle kann auch mit einem Beschäftigten der Entgeltgruppe Ä 2 TV-Ärzte besetzt werden.

2) Bis zu 4/4 Stellen können mit Beschäftigten der Entgeltgruppe Ä 1 TV-Ärzte besetzt werden.

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
15	(Arzt) Stellenhebung von E 14 - Arzt im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	4,0	-
14	(Arzt) Stellenhebung nach E 15 - Arzt im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	4,0
9	(Sozialdienst) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	2,0
kw	(mit Wegfall der Aufgabe) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	* -	* 2,0
4	Stellenwegfall 2016 gem. § 2 StHG 2015/16	-	0,5
3	Stellenwegfall 2015 gem. § 2 StHG 2015/16	-	2,0
	zus. 1. Verschiedene Dienste	4,0	8,5
	zus. kw	* -	* 2,0
	bleiben	-	4,5
	bleiben kw	* -	* 2,0

2. Bürodienst

11		2,0	2,0
10		1,0	1,0
9		1,0	1,0
8		2,0	2,0
6		52,0	52,0
5		1,5	0,0
	ku 1,5/0 nach Entg.Gr. 4 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
2-5	Beschäftigte für Bürokommunikation	47,0	45,0
	Summe 2. Bürodienst	106,5	103,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0508 Justizvollzugsanstalten

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
5	Stellenwegfall 2015 gem. § 2 StHG 2015/16	-	1,5
2-5	(Beschäftigte für Bürokommunikation) Stellenwegfall 2016 gem. § 2 StHG 2015/16	-	2,0
	zus. 2. Bürodienst	-	3,5
	bleiben	-	3,5

3. Technischer Dienst

10		1,0	1,0
	Summe 3. Technischer Dienst	1,0	1,0

4. Allgemeiner Justizvollzugsdienst

8		2,0	2,0
	ku 2/2 nach Entg.Gr. 7 TV-L mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
7		5,0	5,0
6		8,0	6,0
	Summe 4. Allgemeiner Justizvollzugsdienst	15,0	13,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
6	Stellenwegfall 2015 gem. § 2 StHG 2015/16	-	2,0
	zus. 4. Allgemeiner Justizvollzugsdienst	-	2,0
	bleiben	-	2,0

5. Krankenhausdienst

9		5,0	5,0
8		1,0	1,0
6		1,5	1,5
	Summe 5. Krankenhausdienst	7,5	7,5

Ministerium der Justiz und für Europa

0508 Justizvollzugsanstalten

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
6. Pflegedienst				
Auf bis zu 3 Stellen des Pflegedienstes dürfen nach näherer Bestimmung des Ministeriums für Finanzen gebundene Schwestern mit entsprechender Tätigkeit im Rahmen von Gestellungsverträgen geführt werden.				
KR 9a			6,0	6,0
KR 8a			1,0	1,0
KR 7a			10,0	10,0
Summe 6. Pflegedienst			17,0	17,0

7. Bewährungs- und Gerichtshilfe

- außerhalb der Personalausgabenbudgetierung beschäftigt aus Kap. 0508 Tit. 428 75 -

6			0,0	18,5
	kw 1)		* 0,0	* 18,5
5			0,0	5,0
	kw 1)		* 0,0	* 5,0
2-5			0,0	6,5
	kw 1)		* 0,0	* 6,5
Summe 7. Bewährungs- und Gerichtshilfe			0,0	30,0
Summe kw			* 0,0	* 30,0

1) Die Wegfallvermerke können im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen in Abweichung von § 47 Abs. 2 LHO vollzogen werden.

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
6	übertragen von Kap. 0503 Tit. 428 01	18,5	-
kw	übertragen von Kap. 0503 Tit. 428 01	* 18,5	* -
5	übertragen von Kap. 0503 Tit. 428 01	5,0	-
kw	übertragen von Kap. 0503 Tit. 428 01	* 5,0	* -
2-5	übertragen von Kap. 0503 Tit. 428 01	6,5	-

Ministerium der Justiz und für Europa

0508 Justizvollzugsanstalten

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
	kw	übertragen von Kap. 0503 Tit. 428 01	* 6,5	* -
		zus. 7. Bewährungs- und Gerichtshilfe	30,0	-
		zus. kw	* 30,0	* -
		bleiben	30,0	-
		bleiben kw	* 30,0	* -
Summe c) Tarifliche Beschäftigte			206,5	226,5
Summe kw			* 2,0	* 30,0
Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer-/innen			206,5	226,5
Summe kw			* 2,0	* 30,0
Summe Justizvollzugsanstalten (ohne Leerstellen)			4.099,5	4.381,0
Summe kw			* 17,0	* 240,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0509 Arbeitsgerichtsbarkeit

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

422 01 051 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter

Die Planstellen des gehobenen und mittleren Dienstes der Abschnitte 1 und 2 können in den jeweiligen Laufbahngruppen vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Beim Landesarbeitsgericht (Abschnitt 1) und bei den Arbeitsgerichten (Abschnitt 2) kann eine Planstelle der Bes.Gr. A 9 bis A 13 des gehobenen Dienstes auch mit einer Beamtin oder einem Beamten einer anderen Fachrichtung besetzt werden.

1. Landesarbeitsgericht

R 8	Präsident des Landesarbeitsgerichts	1,0	1,0
R 4	Vizepräsident des Landesarbeitsgerichts	1,0	1,0
R 3	Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht	16,5	16,5
A 14	Oberregierungsrat	1,0	1,0
A 13	Oberamtsrat (G)	2,0	2,0
A 12	Amtsrat (G)	1,0	1,0
A 11	Gerichtsamtmann	1,0	1,0
A 10	Gerichtsoberinspektor	1,0	0,0
A 9	Amtsinspektor (G) +Amtszulage	0,0	1,0
A 9	Amtsinspektor (G)	2,0	1,0
A 8	Gerichtshauptsekretär	1,5	1,5
A 7	Gerichtsobersekretär	1,0	0,0
Summe 1. Landesarbeitsgericht		29,0	27,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 10	(Gerichtsoberinspektor) unter gleichzeitiger Umwandlung nach Bes.Gr. A 9 Amtsinspektor (G) + Amtszulage übertragen nach Abschnitt 2	-	1,0
A 9	(Amtsinspektor (G) +Amtszulage) Stellenhebung von A 9 - Amtsinspektor (G) im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 9	(Amtsinspektor (G)) Stellenhebung nach A 9 - Amtsinspektor (G) + Amtszulage im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
A 7	(Gerichtsobersekretär) übertragen nach Bes.Gr. A 7 (Gerichtsobersekretär) unter Abschnitt 2 (Arbeitsgerichte)	-	1,0
zus. 1. Landesarbeitsgericht		1,0	3,0
bleiben		-	2,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0509 Arbeitsgerichtsbarkeit

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		2. Arbeitsgerichte		
R 3		Präsident des Arbeitsgerichts -mit bis zu 40 Richterplanstellen-	3,0	3,0
R 2		Vizepräsident des Arbeitsgerichts -als der ständige Vertreter eines Präsidenten der Bes.Gr. R 3 an einem Gericht mit 16 und mehr Richterplanstellen- + Amtszulage	1,0	1,0
R 2		Direktor des Arbeitsgerichts -mit 8 und mehr Richterplanstellen- + Amtszulage	2,0	2,0
R 2		Vizepräsident des Arbeitsgerichts -als der ständige Vertreter eines Präsidenten der Bes.Gr. R 3-	2,0	2,0
R 2		Direktor des Arbeitsgerichts -mit 4 und mehr Richterplanstellen-	4,0	4,0
R 2		Richter am Arbeitsgericht -als der ständige Vertreter eines Direktors an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen-	2,0	2,0
R 2		Richter am Arbeitsgericht -als weiterer aufsichtführender Richter an einem Gericht mit 10 und mehr Richterplanstellen-	4,0	4,0
R 1		Richter am Arbeitsgericht -als der ständige Vertreter des Direktors bei einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstellen- + Amtszulage	5,0	5,0
R 1		Richter am Arbeitsgericht -als örtlicher Gerichtsvorstand der arbeitsgerichtlichen Kammern in Aalen, Crailsheim, Ludwigsburg, Offenburg, Radolfzell und Ravensburg- + Amtszulage	6,0	6,0
R 1		Richter am Arbeitsgericht	67,5	67,5
		5/5 Stellen dürfen für Richter am Verwaltungsgericht der Bes.Gr. R 1 vorübergehend wechselseitig in Anspruch genommen werden. Bis zu 8/12 Stellen dürfen für Richter am Sozialgericht der Bes.Gr. R 1 vorübergehend in Anspruch genommen werden.		
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 2,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.01.2019	* 0,0	* 2,0
A 13		Oberamtsrat (G)	3,0	3,0
A 12		Amtsrat (G)	8,0	12,0
A 11		Gerichtsamtmann	12,0	8,0
A 10		Gerichtsoberinspektor	6,0	6,0
A 9		Gerichtsinpektor	6,0	6,0
A 9		Amtsinspektor (G) + Amtszulage	1,0	3,0
A 9		Amtsinspektor (G)	6,0	5,0
A 8		Gerichtshauptsekretär	10,5	10,5
		ku 4/4 nach Bes.Gr. A 7 (Gerichtsobersekretär) bis 31.12.2020		
A 7		Gerichtsobersekretär	3,5	4,5
		ku 5/5 nach Bes.Gr. A 6 (Gerichtssekretär) bis 31.12.2020		
A 6		Gerichtssekretär	2,0	2,0
		kw spätestens ab 01.01.2018	* 1,0	* 1,0
		kw spätestens ab 01.01.2020	* 1,0	* 1,0
Summe 2. Arbeitsgerichte			154,5	156,5
Summe kw			* 4,0	* 4,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0509 Arbeitsgerichtsbarkeit

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
kw	(spätestens ab 01.01.2018) Veränderung der bis zum 01.01.2018 befristeten Wegfallvermerke (Bes.Gr. R 1 - Richter am Arbeitsgericht)	* -	* 2,0
kw	(spätestens ab 01.01.2019) Veränderung der bis zum 01.01.2018 befristeten Wegfallvermerke (Bes.Gr. R 1 - Richter am Arbeitsgericht)	* 2,0	* -
A 12	(Amtsrat (G)) Stellenhebung von A 11 - Richtsamtmann im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	4,0	-
A 11	(Richtsamtmann) Stellenhebung nach A 12 - Amtsrat (G) im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	4,0
A 9	(Amtsinspektor (G) + Amtszulage) Stellenhebung von A 9 - Amtsinspektor (G) im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	1,0	-
A 9	(Amtsinspektor (G) + Amtszulage) unter gleichzeitiger Umwandlung von Bes.Gr. A 10 Gerichtsoberinspektor übertragen von Abschnitt 1	1,0	-
A 9	(Amtsinspektor (G)) Stellenhebung nach A 9 - Amtsinspektor (G) + Amtszulage im Rahmen Personalentwicklungsplan gem. § 3 Abs. 26 StHG 2015/16	-	1,0
A 7	(Gerichtsobersekretär) übertragen von Bes.Gr. A 7 (Gerichtsobersekretär) unter Abschnitt 1 (Landesarbeitsgericht)	1,0	-
	zus. 2. Arbeitsgerichte	7,0	5,0
	zus. kw	* 2,0	* 2,0
	bleiben	2,0	-
	bleiben kw	* -	* -

Summe a) Planstellen für Beamte-/Richter/-innen 183,5 183,5

Summe kw * 4,0 * 4,0

Leerstellen für planmäßige Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter (kw)

R 3	Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht 1)	0,5	0,5
R 1	Richter am Arbeitsgericht 2)4)	7,0	7,0
A 10	Gerichtsoberinspektor 3)	1,0	1,0
A 9	Amtsinspektor (G) + Amtszulage 3)	1,0	1,0
A 8	Gerichtshauptsekretär 3)	4,0	4,0

Summe Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw) 13,5 13,5

Ministerium der Justiz und für Europa

0509 Arbeitsgerichtsbarkeit

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

- 1) 0,5/0,5 für eine nach § 7 Abs. 1 Nr. 1 LRiG teilzeitbeschäftigte Richterin.
 2) 4/4 für ohne Dienstbezüge beurlaubte Richterinnen und Richter (§§ 7 Abs. 1 Nr. 2, 7a Abs. 1 Nr. 1 und 2 LRiG-neu und § 7a Abs. 1 LRiG-neu sowie § 40 AzUVO).
 3) 6/6 für ohne Dienstbezüge beurlaubte Beamtinnen und Beamte (§§ 153b bis 153d LBG-alt und § 72 Abs. 1 und 2 LBG-neu sowie §§ 31 und 40 AzUVO).
 4) 3/3 für Abordnungen für eine Tätigkeit bei Bundesgerichten.

Summe Stellenplan für Beamte-/Richter/-innen (ohne Leerstellen)	183,5	183,5
Summe kw	* 4,0	* 4,0

428 01 051 Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017

TV-L c) Tarifliche Beschäftigte

9		6,5	6,5
8		3,0	3,0
6		112,5	108,5
5		1,0	1,0
	ku 1/1 nach Entg.Gr. 3 mit Ausscheiden der Stelleninhaber		
3		1,0	1,0
2		1,0	1,0
2-5	Beschäftigte für Bürokommunikation	3,0	2,5
	kw spätestens ab 01.01.2017	* 0,5	* 0,0
Summe c) Tarifliche Beschäftigte		128,0	123,5
Summe kw		* 0,5	* 0,0

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
6	Umwandlung zur Verstärkung der Sozialgerichtsbarkeit im Entscheiderbereich	-	4,0
2-5	(Beschäftigte für Bürokommunikation) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks	-	0,5
kw	(spätestens ab 01.01.2017) Wegfall in Vollzug des kw-Vermerks (Ent.Gr. 2-5 TV-L - Beschäftigte für Bürokommunikation)	* -	* 0,5
	zus. c) Tarifliche Beschäftigte	-	4,5
	zus. kw	* -	* 0,5
	bleiben	-	4,5
	bleiben kw	* -	* 0,5

Ministerium der Justiz und für Europa

0509 Arbeitsgerichtsbarkeit

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		Leerstellen für Beschäftigte (kw)		
9	1)		1,0	1,0
6	1)		9,5	9,5
		Summe Leerstellen für Beschäftigte (kw)	10,5	10,5
1) 10,5/10,5 für Beurlaubungen nach § 3 Abs. 16 StHG				
		Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer/-innen	128,0	123,5
		Summe kw	* 0,5	* 0,0
		Summe Arbeitsgerichtsbarkeit (ohne Leerstellen)	311,5	307,0
		Summe kw	* 4,5	* 4,0

Ministerium der Justiz und für Europa

**0510 Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung
nationalsozialistischer Verbrechen**

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
428 01	051	Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)		
TV-L		c) Tarifliche Beschäftigte		
10			1,0	1,0
9			1,0	1,0
6			2,5	2,5
2-5		Beschäftigte für Bürokommunikation	3,0	3,0
Summe c) Tarifliche Beschäftigte			7,5	7,5
Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer-/innen			7,5	7,5
Summe Zentrale Aufklärungsstelle NS-Verbrechen (ohne Leerstellen)			7,5	7,5

Ministerium der Justiz und für Europa

0511 Notariate und Grundbuchämter des badischen Rechtsgebiets

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Im Rahmen der Notariatsreform fallen in den Kap. 0511 und 0512 zum 1. Januar 2018 insgesamt 500 Stellen für Beamte (Tit. 422 01) und tariflich Beschäftigte (Tit. 428 01) weg. Die Konkretisierung der kw-Vermerke ist im Staatshaushaltsplan 2017 erfolgt. Das Ministerium für Finanzen wird ermächtigt, in den Kapiteln 0511 und 0512 Leerstellen für an freie Notariate zugewiesene Beamte nach § 20 BeamStG und für beurlaubte Tarifbeschäftigte mit Sonderurlaub gemäß § 28 TV-L zu schaffen. Die dadurch freiwerdenden Planstellen und anderen Stellen sind ab dem Zeitpunkt des Freiwerdens gesperrt, diese sind spätestens mit dem Haushalt 2018 in Abgang zu stellen und werden auf die in Satz 1 genannte Einsparverpflichtung angerechnet.

422 01 051 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte

Bis zu 40 Planstellen der Bes.Gr. R 1 bis Bes.Gr. R 2 + Amtszulage dürfen mit Bezirksnotaren der Bes.Gr. A 13 bis A 14 bis zum 31.12.2017 besetzt werden.

Bis zu 20 Planstellen der Bes.Gr. R 1 bis Bes.Gr. R 2 + Amtszulage dürfen mit Rechtspflegern der Bes.Gr. A 9 bis A 12 besetzt werden. Die Planstellen des gehobenen und mittleren Dienstes bei Kap. 0511 sowie der Kap. 0512 und 0503 (Abschnitte 1 und 2) können in den jeweiligen Laufbahngruppen vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

R 2	Notariatsdirektor -als Leiter eines Notariats mit 8 und mehr Planstellen für Notare- + Amtszulage	2,0	2,0
R 2	Notariatsdirektor -als Leiter eines Notariats mit 4 bis 7 Planstellen für Notare-	9,0	9,0
R 2	Notariatsdirektor -als der ständige Vertreter des Leiters eines Notariats mit 8 und mehr Planstellen für Notare-	2,0	2,0
R 1	Oberjustizrat -als Leiter eines Notariats mit bis zu 3 Planstellen für Notare- + Amtszulage	51,0	51,0
R 1	Justizrat	80,0	80,0
	15 Stellen dürfen auch mit Richtern und Staatsanwälten der Bes.Gr. R 1 besetzt werden, längstens jedoch für einen Zeitraum von 18 Monaten.		
	kw spätestens ab 01.01.2018 2)	* 0,0	* 17,0
A 10	Justizoberinspektor	13,0	13,0
	kw spätestens ab 01.01.2018 1)	* 5,0	* 5,0
A 9	Amtsinspektor (J) + Amtszulage	41,5	41,5
A 9	Amtsinspektor (J)	41,5	40,5
A 8	Justizhauptsekretär	33,0	33,0
	kw spätestens ab 01.01.2018 2)	* 0,0	* 21,0
A 7	Justizobersekretär	31,5	28,5
	kw spätestens ab 01.01.2018 1)	* 3,5	* 3,5
	kw spätestens ab 01.01.2018 2)	* 0,0	* 25,0
A 6	Justizsekretär	13,0	9,5

Ministerium der Justiz und für Europa

0511 Notariate und Grundbuchämter des badischen Rechtsgebiets

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		kw spätestens ab 01.01.2018 1)	* 9,5	* 9,5
		Summe a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte	317,5	310,0
		Summe kw	* 18,0	* 81,0

1) Erläuterung: kw-Stellen für die Umsetzung des elektronischen Grundbuchs.

2) Erläuterung: kw-Stellen für die Notariatsreform

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
kw	(spätestens ab 01.01.2018) (Bes.Gr. R 1 - Justizrat) Konkretisierung der Stelleneinsparverpflichtung aufgrund der Notariatsreform 2018 (vgl. einleitender Haushaltsvermerk)	* 17,0	* -
A 9	(Amtsinspektor (J)) übertragen nach Kap. 0503 Tit. 422 01 wegen Überleitung in luK- Fachzentrum Justiz	-	1,0
kw	(spätestens ab 01.01.2018) (Bes.Gr. A 8 - Justizhauptsekretär) Konkretisierung der Stelleneinsparverpflichtung aufgrund der Notariatsreform 2018 (vgl. einleitender Haushaltsvermerk)	* 21,0	* -
A 7	(Justizobersekretär) Wegfall ab 01.01.2016 Alteinsparverpflichtung	-	2,0
A 7	(Justizobersekretär) übertragen nach Kap. 0503 Tit. 422 01 wegen Überleitung in luK- Fachzentrum Justiz	-	1,0
kw	(spätestens ab 01.01.2018) Konkretisierung der Stelleneinsparverpflichtung aufgrund der Notariatsreform 2018 (vgl. einleitender Haushaltsvermerk)	* 25,0	* -
A 6	(Justizsekretär) Wegfall ab 01.07.2015 infolge Übertragung Dienstreisemanagement auf LBV	-	3,0
A 6	(Justizsekretär) Wegfall ab 01.01.2016 Alteinsparverpflichtung	-	0,5
	zus. a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte	-	7,5
	zus. kw	* 63,0	* -
	bleiben	-	7,5
	bleiben kw	* 63,0	* -

Leerstellen für planmäßige Beamtinnen und Beamte (kw)

A 9	Amtsinspektor (J) 1)	3,0	3,0
A 8	Justizhauptsekretär 1)2)	9,0	9,0
A 7	Justizobersekretär 1)2)	9,0	9,0
A 6	Justizsekretär 1)2)	8,0	8,0
	Summe Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)	29,0	29,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0511 Notariate und Grundbuchämter des badischen Rechtsgebiets

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

- 1) 15/15 für ohne Dienstbezüge beurlaubte Beamtinnen und Beamte (§ 153b LBG-alt und § 72 Abs. 1 und 2 LBG-neu).
 2) 14/14 für Elternzeiten nach § 3 Abs. 2 StHG.

	Summe Stellenplan für Beamtinnen und Beamte (ohne Leerstellen)	317,5	310,0
--	--	-------	-------

	Summe kw	* 18,0	* 81,0
--	----------	--------	--------

428 01 051 Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017
 Bis zu 400 Stellen für Arbeitnehmer (Beschäftigte) bei Kap. 0511 Tit. 428 01 und der Kap. 0503 Tit. 428 01 und Kap. 0512 Tit. 428 01 können in der jeweiligen Entgeltgruppe bis zum 31.12.2017 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

TV-L c) Tarifliche Beschäftigte

9		22,5	15,0
---	--	------	------

8		68,0	64,0
---	--	------	------

6		192,5	181,5
---	--	-------	-------

	kw spätestens ab 01.01.2018 1)	* 10,0	* 10,0
--	--------------------------------	--------	--------

	kw spätestens ab 01.01.2018 2)	* 0,0	* 83,0
--	--------------------------------	-------	--------

2-5	Beschäftigte für Bürokommunikation	6,0	6,0
-----	------------------------------------	-----	-----

	kw spätestens ab 01.01.2018 1)	* 6,0	* 6,0
--	--------------------------------	-------	-------

	Summe c) Tarifliche Beschäftigte	289,0	266,5
--	----------------------------------	-------	-------

	Summe kw	* 16,0	* 99,0
--	----------	--------	--------

1) Erläuterung: kw-Stellen für die Umsetzung des elektronischen Grundbuchs.

2) Erläuterung: kw-Stellen für die Notariatsreform

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
9	übertragen nach Kap. 0503 Tit. 428 01	-	7,5
8	übertragen nach Kap. 0503 Tit. 428 01	-	4,0
6	Wegfall ab 01.01.2015 Alteinsparverpflichtung	-	3,0
6	übertragen nach Kap. 0618 Tit. 428 01 wegen Übertragung Dienstreisemanagement auf LBV	-	3,0
6	Wegfall ab 01.01.2016 Alteinsparverpflichtung	-	2,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0511 Notariate und Grundbuchämter des badischen Rechtsgebiets

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
6		übertragen nach Kap. 0503 Tit. 428 01 wegen Überleitung in IuK- Fachzentrum Justiz	-	2,0
6		Stellenwegfall 2016 gem. § 2 StHG 2015/16	-	1,0
kw		(spätestens ab 01.01.2018) Konkretisierung der Stelleneinsparverpflichtung aufgrund der Notariatsreform 2018 (vgl. einleitender Haushaltsvermerk)	* 83,0	* -
		zus. c) Tarifliche Beschäftigte	-	22,5
		zus. kw	* 83,0	* -
		bleiben	-	22,5
		bleiben kw	* 83,0	* -

Leerstellen für Beschäftigte (kw)

9	1)	2,0	2,0
8	1)	8,0	8,0
6	1)	17,0	17,0
		<hr/>	
Summe Leerstellen für Beschäftigte (kw)		27,0	27,0

1) 27/27 für Beurlaubungen nach § 3 Abs. 16 StHG

		<hr/>	
Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer-/innen		289,0	266,5
Summe kw		* 16,0	* 99,0
		<hr/>	
Summe Bad. Notariate u. Grundbuchämter (ohne Leerstellen)		606,5	576,5
Summe kw		* 34,0	* 180,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0512 Notariate des württembergischen Rechtsgebiets

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Im Rahmen der Notariatsreform fallen in den Kap. 0511 und 0512 zum 1. Januar 2018 insgesamt 500 Stellen für Beamte (Tit. 422 01) und tariflich Beschäftigte (Tit. 428 01) weg. Die Konkretisierung der kw-Vermerke ist im Staatshaushaltsplan 2017 erfolgt. Das Ministerium für Finanzen wird ermächtigt, in den Kapiteln 0511 und 0512 Leerstellen für an freie Notariate zugewiesene Beamte nach § 20 BeamtStG und für beurlaubte Tarifbeschäftigte mit Sonderurlaub gemäß § 28 TV-L zu schaffen. Die dadurch freiwerdenden Planstellen und anderen Stellen sind ab dem Zeitpunkt des Freiwerdens gesperrt, diese sind spätestens mit dem Haushalt 2018 in Abgang zu stellen und werden auf die in Satz 1 genannte Einsparverpflichtung angerechnet.

422 01 051 Stellenplan für Beamtinnen und Beamte

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017

a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte

Bis zu 40 Planstellen der Bes.Gr. A 12 bis A 14 dürfen mit Richtern auf Probe, Justizräten, Oberjustizräten bzw. Notariatsdirektoren der Bes.Gr. R 1 bis R 2 + Amtszulage bis zum 31.12.2017 besetzt werden.

Die Planstellen des gehobenen und mittleren Dienstes bei Kap. 0512 sowie der Kap. 0511 und 0503 (Abschnitte 1 und 2) können in den jeweiligen Laufbahngruppen vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

A 14	Bezirksnotar -als Leiter eines Notariats mit 5 und mehr Planstellen für Notare und Notarvertreter-	44,0	44,0
A 13	Bezirksnotar	444,0	408,0
	Bis zu 50 Planstellen dürfen mit Rechtspflegern der Bes.Gr. A 9 bis A 13 besetzt werden.		
	kw spätestens ab 01.01.2018 1)	* 0,0	* 31,5
A 12	Notarvertreter	158,5	139,5
	Bis zu 139,5 Planstellen dürfen mit Rechtspflegern der Bes.Gr. A 9 bis A 12 besetzt werden.		
	Bis zu 5/5 Planstellen sind zur Deckung des Mehrbedarfs bei Kap. 0503 Tit. 422 02 gesperrt und können nur mit Einwilligung des Ministeriums für Finanzen in Anspruch genommen werden.		
	kw spätestens ab 01.01.2018 1)	* 0,0	* 139,5
A 9	Amtsinspektor (J) + Amtszulage	2,0	2,0
A 9	Amtsinspektor (J)	3,0	3,0
Summe a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte		651,5	596,5
Summe kw		* 0,0	* 171,0

1) Erläuterung: kw-Stellen für die Notariatsreform

Ministerium der Justiz und für Europa

0512 Notariate des württembergischen Rechtsgebiets

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
A 13	(Bezirksnotar) übertragen nach Kap. 0503 Tit. 422 01 2. Abschnitt (Landgerichte, Staatsanwaltschaften, Amtsgerichte)	-	36,0
kw	(spätestens ab 01.01.2018) Konkretisierung der Stelleneinsparverpflichtung aufgrund der Notariatsreform 2018 (vgl. einleitender Haushaltsvermerk)	* 31,5	* -
A 12	(Notarvertreter) übertragen nach Kap. 0503 Tit. 422 01 2. Abschnitt (Landgerichte, Staatsanwaltschaften, Amtsgerichte)	-	19,0
kw	(spätestens ab 01.01.2018) Konkretisierung der Stelleneinsparverpflichtung aufgrund der Notariatsreform 2018 (vgl. einleitender Haushaltsvermerk)	* 139,5	* -
zus. a) Planstellen für Beamtinnen und Beamte		-	55,0
	zus. kw	* 171,0	* -
	bleiben	-	55,0
	bleiben kw	* 171,0	* -

Leerstellen für planmäßige Beamtinnen und Beamte (kw)

A 13	Bezirksnotar 1)2)	18,0	18,0
A 12	Notarvertreter 1)2)	56,0	56,0
Summe Leerstellen planmäßige Beamte/innen (kw)		74,0	74,0

1) 10/10 für ohne Dienstbezüge beurlaubte Beamtinnen und Beamte (§§ 153b und 153c LBG-alt und § 72 Abs. 1 und 2 LBG-neu).

2) 64/64 für Elternzeiten nach § 3 Abs. 2 StHG.

Summe Stellenplan für Beamtinnen und Beamte (ohne Leerstellen)	651,5	596,5
Summe kw	* 0,0	* 171,0

428 01 051 Stellenübersicht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)

Personalausgabenbudgetierung nach § 6a StHG 2017

Bis zu 400 Stellen für Arbeitnehmer (Beschäftigte) bei Kap. 0512 Tit. 428 01 und Kap. 0503 Tit. 428 01 und Kap. 0511 Tit. 428 01 können in der jeweiligen Entgeltgruppe bis 31.12.2017 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

TV-L c) Tarifliche Beschäftigte

9		275,0	258,0
8		189,0	159,0
	kw spätestens ab 01.01.2018 2)	* 10,0	* 10,0
6		429,5	396,0

Ministerium der Justiz und für Europa

0512 Notariate des württembergischen Rechtsgebiets

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
		kw spätestens ab 01.01.2017 2)	* 21,0	* 0,0
		kw spätestens ab 01.07.2017 2)	* 25,0	* 15,5
		kw spätestens ab 01.01.2018 1)	* 46,0	* 46,0
		kw spätestens ab 01.01.2018 2)	* 24,0	* 24,0
		kw spätestens ab 01.01.2018 3)	* 0,0	* 183,0
		kw spätestens ab 01.01.2020 2)	* 6,5	* 37,0
		kw spätestens ab 01.01.2020 2)	* 2,0	* 2,0
Summe c) Tarifliche Beschäftigte			893,5	813,0
Summe kw			* 134,5	* 317,5

1) Erläuterung: kw-Stellen für die Umsetzung des elektronischen Grundbuchs.

2) Erläuterung: kw-Stellen für die Grundbuchamtsstrukturreform.

3) Erläuterung: kw-Stellen für die Notariatsreform.

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
9	übertragen nach Kap. 0503 Tit. 428 01	-	17,0
8	übertragen nach Kap. 0503 Tit. 428 01	-	30,0
6	übertragen nach Kap. 0618 Tit. 428 01 wegen Übertragung Dienstreisemanagement auf LBV	-	2,0
6	Wegfall ab 01.01.2016 Alteinparverpflichtung	-	0,5
6	übertragen nach Kap. 0503 Tit. 428 01	-	31,0
kw	(spätestens ab 01.01.2017) Veränderung der bis zum 01.01.2017 befristeten kw-Vermerke	* -	* 21,0
kw	(spätestens ab 01.07.2017) Veränderung der bis zum 01.07.2017 befristeten kw-Vermerke	* -	* 9,5
kw	(spätestens ab 01.01.2018) Konkretisierung der Stelleneinsparverpflichtung aufgrund der Notariatsreform 2018 (vgl. einleitender Haushaltsvermerk)	* 183,0	* -
kw	(spätestens ab 01.01.2020) Veränderung der bis zum 01.01.2017 befristeten kw-Vermerke	* 21,0	* -
kw	(spätestens ab 01.01.2020) Veränderung der bis zum 01.07.2017 befristeten kw-Vermerke	* 9,5	* -
zus. c) Tarifliche Beschäftigte		-	80,5
zus. kw		* 213,5	* 30,5
bleiben		-	80,5
bleiben kw		* 183,0	* -

Ministerium der Justiz und für Europa

0512 Notariate des württembergischen Rechtsgebiets

Tit. Bes.Gr. Entg.Gr.	FKZ	Bezeichnung	Stellenzahl	
			2016	2017
Leerstellen für Beschäftigte (kw)				
9	1)		1,0	2,0
8	1)		11,0	11,0
6	1)		23,0	23,0
Summe Leerstellen für Beschäftigte (kw)			35,0	36,0

1) 35/36 für Beurlaubungen nach § 3 Abs. 16 StHG

Veränderungsnachweis		2017	
		Zugang	Abgang
9	neu für Elternzeit nach § 3 Abs. 16 StHG	1,0	-
	zus. Leerstellen für Beschäftigte (kw)	1,0	-
	bleiben	1,0	-
Summe Stellenübersicht für Arbeitnehmer-/innen		893,5	813,0
Summe kw		* 134,5	* 317,5
Summe Württ. Notariate (ohne Leerstellen)		1.545,0	1.409,5
Summe kw		* 134,5	* 488,5

Einzelplan 05

Ministerium der Justiz und für Europa Personalstellen 2017

Kap.	Bezeichnung	Planmäßige Beamtinnen und Beamte			Nichtplanmäßige Beamtinnen und Beamte	
		Tit. 422 01			Tit. 422 01	
		2016	2017	2017+/-	2016	2017
0501	Ministerium	128,5 5,0 kw	159,0 5,0 kw	30,5 + -	- -	- -
0503	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften	5.833,0 260,0 kw	5.835,5 81,0 kw	2,5 + 179,0 kw -	31,5 -	- -
0504	Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen	8,5 -	11,0 -	2,5 + -	- -	- -
0505	Verwaltungsgerichtsbarkeit	273,0 25,5 kw	274,5 28,0 kw	1,5 + 2,5 kw +	- -	- -
0506	Sozialgerichtsbarkeit	234,5 4,0 kw	234,5 -	- 4,0 kw -	- -	- -
0507	Finanzgericht	65,0 -	64,5 -	0,5 - -	- -	- -
0508	Justizvollzugsanstalten	3.563,0 15,0 kw	3.824,5 210,0 kw	261,5 + 195,0 kw +	- -	- -
0509	Arbeitsgerichtsbarkeit	183,5 4,0 kw	183,5 4,0 kw	- -	- -	- -
0510	Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen	- -	- -	- -	- -	- -
0511	Notariate und Grundbuchämter des badischen Rechtsgebiets	317,5 18,0 kw	310,0 81,0 kw	7,5 - 63,0 kw +	- -	- -
0512	Notariate des württembergischen Rechtsgebiets	651,5 -	596,5 171,0 kw	55,0 - 171,0 kw +	- -	- -
	Einzelplan 05 für Europa	11.258,0 331,5 kw	11.493,5 580,0 kw	235,5 + 248,5 kw +	31,5 -	- -

Einzelplan 05

Ministerium der Justiz und für Europa Personalstellen 2017

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.	Beamtinnen und Beamte auf Tit. 422 03			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) Tit. 428 01			Gesamtzahl der Personalstellen			Kap.	
	2017+/-	2016	2017	2017+/-	2016	2017	2017+/-	2016	2017		2017+/-
	-	-	-	-	40,0	55,0	15,0 +	168,5	214,0		45,5 +
-	-	-	-	-	-	-	5,0 kw	5,0 kw	-		
31,5 -	505,0	514,0	9,0 +	1.838,0	1.890,0	52,0 +	8.207,5	8.239,5	32,0 +	0503	
-	-	-	-	46,5 kw	13,5 kw	33,0 kw -	306,5 kw	94,5 kw	212,0 kw -		
-	-	-	-	4,0	5,0	1,0 +	12,5	16,0	3,5 +	0504	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
-	-	-	-	63,0	68,5	5,5 +	336,0	343,0	7,0 +	0505	
-	-	-	-	15,0 kw	21,5 kw	6,5 kw +	40,5 kw	49,5 kw	9,0 kw +		
-	-	-	-	143,0	141,0	2,0 -	377,5	375,5	2,0 -	0506	
-	-	-	-	-	-	-	4,0 kw	-	4,0 kw -		
-	-	-	-	21,5	20,5	1,0 -	86,5	85,0	1,5 -	0507	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
-	330,0	330,0	-	206,5	226,5	20,0 +	4.099,5	4.381,0	281,5 +	0508	
-	-	-	-	2,0 kw	30,0 kw	28,0 kw +	17,0 kw	240,0 kw	223,0 kw +		
-	-	-	-	128,0	123,5	4,5 -	311,5	307,0	4,5 -	0509	
-	-	-	-	0,5 kw	-	0,5 kw -	4,5 kw	4,0 kw	0,5 kw -		
-	-	-	-	7,5	7,5	-	7,5	7,5	-	0510	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
-	-	-	-	289,0	266,5	22,5 -	606,5	576,5	30,0 -	0511	
-	-	-	-	16,0 kw	99,0 kw	83,0 kw +	34,0 kw	180,0 kw	146,0 kw +		
-	-	-	-	893,5	813,0	80,5 -	1.545,0	1.409,5	135,5 -	0512	
-	-	-	-	134,5 kw	317,5 kw	183,0 kw +	134,5 kw	488,5 kw	354,0 kw +		
31,5 -	835,0	844,0	9,0 +	3.634,0	3.617,0	17,0 -	15.758,5	15.954,5	196,0 +		
-	-	-	-	214,5 kw	481,5 kw	267,0 kw +	546,0 kw	1.061,5 kw	515,5 kw +		

